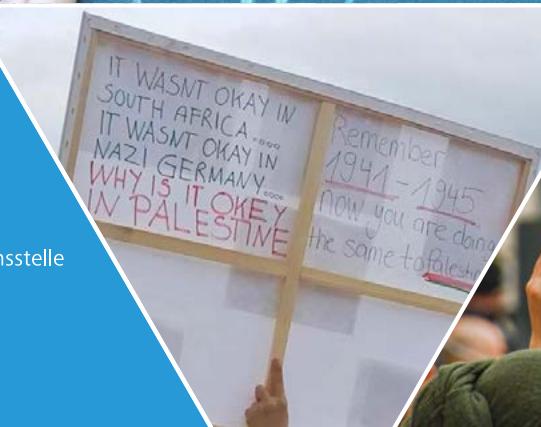


Multidirektionale Angriffe auf die Erinnerung

Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern

Überarbeitete Neuauflage



Impressum

Herausgeber:innen

Verein für Aufklärung und Demokratie e. V. und dessen Projekt Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern), Postfach 330842, 80068 München, Telefon 089 1222 340 60, info@rias-bayern.de

München, 2. (erweiterte & überarbeitete) Auflage 2025

Diese Broschüre kann auf rias-bayern.de heruntergeladen und außerdem als Printexemplar bestellt werden. Es wird keine Schutzgebühr erhoben. Wenn Sie die Veröffentlichung per Post zugeschickt bekommen möchten, bitten wir Sie um Erstattung der Portokosten.

V.i.S.d.P.

ist Dr. Annette Seidel-Arpaci,
VAD – Verein für Aufklärung und Demokratie e. V.,
Schellingstraße 109a, 80798 München

Konzept und Redaktion

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern): Felix Balandat, Eva Gruberová, Nikolai Schreiter, Annette Seidel-Arpaci.
Lektorat und Überarbeitung Dr. Lars Fischer

Namentlich gekennzeichnete Texte müssen nicht unbedingt die Position von RIAS Bayern widerspiegeln.

Druck

Senser Druck, Augsburg

Bildnachweis

Sofern nicht anders vermerkt, verbleiben die Bildrechte bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) bzw. bei den uns bekannten Fotograf:innen.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2025 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber:innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber:innen gestattet.

Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar an RIAS Bayern geschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Informationen in dieser Veröffentlichung wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber:innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweiligen Anbieter:innen oder Betreiber:innen der Seiten verantwortlich.

04 **Einleitung**

12 **Abba Naor: „Du warst doch in Kaunas!“**

- 20 Zum Verständnis der Schoah
- 23 Genozid?
- 25 Der Antisemitismus der Nazis
- 26 Einzigartig, singulär, präzedenzlos?
- 28 Post-Schoah-Antisemitismus

32 **Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern**

- 35 „Impfen macht frei“ – Post-Schoah-Antisemitismus im Kontext der Corona-Pandemie
- 38 „Stop doing what Hitler did to you“. Post-Schoah-Antisemitismus im Kontext des antiisraelischen Aktivismus
- 42 „Reißt die Holocaust-Denkäler ab!“ Post-Schoah-Antisemitismus in (Massen-) Zuschriften
- 44 „Was erzählt Ihr für Lügen?“ Antisemitische Vorfälle an Gedenkorten

48

Fallstudie 1: **Von Pösing nach Palästina. Der postkoloniale Angriff auf das Gedenken an die Schoah**

-
- 49 Unfreiwillige Gemeinsamkeiten
 - 51 Postkoloniale Theorie
 - 52 Eingebildete Verbote und die reine Lehre
 - 54 Die Hohepriester der Erinnerung und Muslime als die ‚neuen Juden‘
 - 57 ‚Angeblicher Antisemitismus‘ und die israelische ‚Obsession mit dem Holocaust‘
 - 62 Kassel: Antisemitismus? Welcher Antisemitismus?
 - 66 Die Instrumentalisierung der ‚Weltkultur‘ und des ‚Globalen Südens‘ als Waffen im Kampf gegen das Gedenken an die Schoah
 - 68 Vom Hörsaal auf die Straße und in die breite Öffentlichkeit
 - 72 Das ‚Vergleichsverbot‘ ist tot, es lebe das Vergleichsverbot!

78

Fallstudie 2: **Der russische Überfall auf die Ukraine und seine Auswirkungen auf die deutsche Gedenkkultur**

-
- 88 Schoah-bezogene vergangenheitspolitische Brennpunkte und Kontroversen seit 1945
 - 89 Antisemitismus in den ersten Nachkriegsjahren: Selektive Amnesie
 - 97 Frieden mit den Tätern und spärliche ‚Wiedergutmachungs‘-Bestrebungen
 - 105 Die Welle antisemitischer Schmierereien im Winter 1959/60
 - 113 Der Frankfurter Auschwitz-Prozess, die Verjährungsdebatte und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel
 - 116 Der ‚ehrbare‘ Antisemitismus der bundesdeutschen Linken
 - 120 Der Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München und das Versagen der deutschen Behörden, 1972

- 122 Ein vergangenheitspolitisches Großereignis: Die Ausstrahlung der US-Miniserie Holocaust im deutschen Fernsehen, 1979
- 123 Richard von Weizsäckers Rede am 8. Mai und die Bitburg-Affäre, 1985
- 126 Der Historikerstreit, 1986/87
- 128 Die Vergangenheitspolitische Zweiteilung im postkommunistischen Europa
- 131 Die Wehrmachtsausstellung, 1995–1999
- 134 Die Goldhagen-Debatte, 1996
- 136 Auschwitz als ‚Moralleule‘: Martin Walsers Paulskirchen-Rede, 1998
- 139 Die Möllemann-Affaire, 2002
- 142 Die Große Renaissance der Selbsteinopferung

148

Fallstudie 3: **Das ehemalige KZ Dachau als Brennpunkt vergangenheitspolitischer Trends und Kontroversen**

- 150 Die Einstellung der örtlichen Bevölkerung nach der Befreiung des Lagers
- 152 Der Leitenberg-Skandal
- 155 Die Ausstellung im großen Krematorium
- 158 Heinrich Junkers Antrag auf Schließung des Gedenkorts im großen Krematorium, 1955
- 161 Die Proteste von Angehörigen der Neuen Linken am 8.9.1968
- 163 Neue Impulse
- 165 Der Hungerstreik deutscher Sinti (1980)
- 166 Der Lange Kampf um das Jugendgästehaus
- 166 Gravierende Vorfälle seit 2000
- 168 Versuche, die Verbrechen der Nazis mit dem in der DDR geschehenen Unrecht gleichzusetzen
- 170 Ausblick
- 172 Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Einleitung



Deutschland habe die Nazivergangenheit aufgearbeitet. Antisemit sei heute abgesehen von einigen Rechtsradikalen und Islamisten niemand mehr. Es sei höchste Zeit, einen Schlussstrich unter die Nazivergangenheit zu ziehen, und sich stattdessen aktuellen Herausforderungen zuzuwenden. Derartige Behauptungen spiegeln die weit verbreitete Annahme wider, Deutschland habe sich umfassend mit der Nazivergangenheit auseinandergesetzt, ja, es habe mit Blick auf die in der Nazizeit begangenen Verbrechen sogar eine geradezu vorbildhafte Gedenkkultur entwickelt.

Doch davon kann in Wirklichkeit keine Rede sein. Bei entsprechenden Umfragen bejahren zahlreiche Befragte Aussagen, die dem Schoah-bezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind. Dieser Antisemitismus wird mitunter (so auch im Rahmen des von RIAS verwendeten Klassifizierungsschemas) als Post-Schoah-Antisemitismus bezeichnet. Darin spiegelt sich eine wichtige Einsicht wider: Spätestens seit dem 9. Mai 1945 ist aller Antisemitismus, ganz gleich wie er erklärt, ausgedrückt und in die Tat umgesetzt (bzw. verharmlost oder verteidigt) wird, stets Antisemitismus nach Auschwitz, also Antisemitismus im Wissen um die Schoah, der sich folglich an dem „neuen kategorischen Imperativ“ messen (lassen) muss, den der Nationalsozialismus Adorno zufolge „den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit ... aufgezwungen“ habe: „ihr Handeln und Denken so einzurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“.¹

Doch bringt der Begriff Post-Schoah-Antisemitismus das Problem mit sich, dass er nicht zwischen Antisemitismus im Wissen um und vor dem Hintergrund der Schoah und dem sogenannten sekundären Antisemitismus, also Formen des Antisemitismus,

die sich mehr oder weniger direkt auf die Schoah beziehen, unterscheidet. Beim sekundären Antisemitismus geht es vor allem um Versuche, die Schoah zu relativieren und zu normalisieren; um Versuche, das Verhältnis von Opfer und Täter umzukehren, beispielsweise, indem man Juden die Verantwortung für die Schoah zuweist oder Israels Umgang mit den Palästinensern mit der Auslöschung des europäischen Judentums durch die Nazis gleichsetzt; und um Versuche, den Kontext und die Implikationen der Schoah so umfassend zu universalisieren, dass die entscheidende Bedeutung des Antisemitismus für den Nationalsozialismus und, folglich, für die Schoah vernachlässigt oder geleugnet wird. In dieser Broschüre geht es uns vor allem um diese direkt auf die Schoah bezogenen Formen des Antisemitismus. Wir verbleiben jedoch, im Wissen um die oben beschriebenen Probleme der Bezeichnung und Bedeutung, beim von RIAS einheitlich verwendeten Begriff Post-Schoah-Antisemitismus.

Etlichen Leserinnen und Lesern dürfte der Begriff Holocaust als Bezeichnung für die Auslöschung des europäischen Judentums durch die Deutschen und ihre Helfer

vertrauter sein als der Begriff Schoah. Der Begriff Holocaust, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg erst allmählich einbürgerte, fasste in der Bundesrepublik vor allem nach der 1979 erfolgten Ausstrahlung der gleichnamigen US-amerikanischen Miniserie Fuß. Doch beruht der Begriff auf dem griechischen Ausdruck für Brandopfer: *holokaustos* (wörtlich: völlig verbrannt) und verweist somit auf eine Kulthandlung, bei der ein Opfer zur Ehre und/oder erhofften Versöhnung Gottes verbrannt wird. Zur Bezeichnung des Genozids an den europäischen Juden ist der Begriff somit kaum angemessen.

Schoah ist dagegen ein hebräischer Begriff für „vollständige Zerstörung“ oder „absolute Katastrophe“, der bald nach dem Krieg zunächst im Jischuw (der vorstaatlichen jüdischen Heimstätte in Palästina) zur Bezeichnung des Völkermordes an den europäischen Juden verwendet wurde. Im Jahr 1959 wurde in Israel der Jom HaSchoa als Gedenktag für die ermordeten Juden eingeführt. Er wird jährlich im Frühjahr, acht Tage vor dem Unabhängigkeitstag begangen. In Europa und Nordamerika erlangte der Begriff vor allem durch Claude Lanzmanns gleichnamigen Film (1985) zunehmende Bekanntheit. Lanzmanns neuneinhalbstündiger Dokumentarfilm besteht in erster Linie aus Aufnahmen, die er seit 1973 nach und nach an den Tötungs-orten in Treblinka, Auschwitz, Chełmno und Warschau gefilmt hatte. Dabei handelt es sich vor allem um ausführliche Interviews mit Überlebenden, Augenzeugen und Tätern. Bis heute kommt niemand, der oder dem es ernsthaft darum geht,

sich einen Begriff von der Monstrosität der Schoah zu machen, an Lanzmanns Film vorbei. Gleches gilt für eine Reihe schriftlicher Erfahrungsberichte, insbesondere für jene von Primo Levi und Fred Wander.²

In westlichen Ländern hat der zunehmende Gebrauch des Begriffs Schoah bedauerlicherweise auch unbeabsichtigte Konsequenzen gezeitigt. Jene, die die Schoah zu relativieren und zu normalisieren suchen, rekurrieren zunehmend auf den Begriff Holocaust, um eine Vielzahl von Verbrechen zu benennen, die sich gegen zahlreiche Opfergruppen richteten – mit Ausnahme der Juden. Diese Tendenz fand 2019 einen besonders eklatanten Ausdruck, als die University and College Union (UCU), die Gewerkschaft der Hochschullehrerinnen und -lehrer im Vereinigten Königreich, ein Einladungsemail zu dem am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, stattfindenden Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust verschickte, in dem etliche Opfergruppen aufgelistet wurden, Juden aber tatsächlich fehlten: „Gewerkschaften und die Sozialdemokraten und Kommunisten in ihnen“, hieß es dort, „gehörten zu den ersten Gruppen, die von den Nazis nach Hitlers Machtantritt verfolgt wurden. Zudem wurden die folgenden Gruppen verfolgt: Europas Roma und Sinti; ‚Asoziale‘, also u. a. Bettler, Alkoholiker, Drogenabhängige, Prostituierte und Pazifisten; Schwarze; Behinderte; Freimaurer; Schwule und Lesben; Jehovas Zeugen; polnische Nichtjuden und slawische Kriegsgefangene.“ Die Einladung stellte einen Link zu einer eigens aus diesem

Anlass geschaffenen Webseite bereit, doch auch dort fanden Juden keine Erwähnung.³ Diese Entwicklung lässt sich nun durch den selteneren Gebrauch des Begriffs Schoah, der vielen bis heute nicht bekannt und daher oftmals erklärmgsbedürftiger ist, als man würde annehmen wollen, nicht mehr rückgängig machen, man sollte diese unbeabsichtigten Konsequenzen jedoch stets im Hinterkopf behalten.

Dem Post-Schoah-Antisemitismus, den nicht nur Umfragen stets aus Neue nachweisen, sondern den Jüdinnen und Juden auch im Alltag erleben, wird nach wie vor viel zu wenig entgegengesetzt. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass die Behandlung der Schoah in vielen Fällen noch immer kein integraler Bestandteil der Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen ist.⁴ Die öffentliche und wissenschaftliche Darstellung der Verbrechen der Nazizeit wird allzu oft dadurch konterkariert, dass die Nazizeit in den meisten Familien in erster Linie (und oftmals ausschließlich) als Zeit des von den eigenen Verwandten (tatsächlich oder angeblich) erlittenen Leides während des Kriegs und/oder in den Nachkriegsjahren aufgefasst wird.⁵ Dagegen erinnert das Gedenken an die Schoah die Deutschen an die eigene Beteiligung und Komplizenschaft (bzw. die ihrer Vorfahren), die die Verbrechen der Nazizeit ermöglichten, und führt daher häufig zu einer Abwehrreaktion. Oftmals leitet sich aus dieser Abwehrreaktion die Behauptung ab, die Bedeutung der Schoah werde von Juden und/oder Israel übertrieben, um den Deutschen ein schlechtes Gewissen einzureden und sie dann damit zu erpressen.

Diese Vermengung von Unverständnis und Selbsteinopferung zeigte sich beispielsweise während der Corona-Pandemie, als Impfgegner die zur Begrenzung der Pandemie tatsächlich oder angeblich ergriffenen Maßnahmen mit der Verfolgung der Juden durch die Nazis gleichsetzten. Dass immer mehr Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um jüdische Einrichtungen in Deutschland zu schützen, verweist auch nicht gerade darauf, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft, wie so oft behauptet wird, mit den Juden im Land im Reinen sei.

Die bestehende deutsche Gedenkkultur verdankt sich in allererster Linie zwei Faktoren. Zum einen verdanken wir sie dem unermüdlichen und unnachgiebigen Beharren der Überlebenden darauf, dass die Verbrechen der Nazizeit nicht vergessen werden dürfen. Zum anderen verdanken wir sie der von ihren Befreiern, den Alliierten, unmissverständlich formulierten Klarstellung, dass die internationale Rehabilitation Deutschlands davon abhängen werde, wie das Land die jüdischen Überlebenden künftig behandle. Im Gegensatz zu den Überlebenden ließen die Alliierten sich nicht so ohne Weiteres ignorieren. Was ‚das Ausland‘ einem (angeblich) durchgehen lassen würde (oder nicht), war im politischen Leben der frühen Bundesrepublik eine zentrale Kategorie, die in zahlreichen Debatten und Kontroversen eine wichtige Rolle spielte. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer verwies wiederholt auf einen zwar als ungerechtfertigt betrachteten aber nun einmal gegebenen Druck ‚des

Auslands', um seinen Kollegen Zugeständnisse abzutrotzen.

In der jüngeren Vergangenheit ist die aus dieser Konstellation hervorgegangene Gedenkkultur vielfältigen Angriffen ausgesetzt, und zwar sowohl von rechter Seite als auch – in ständig zunehmendem Maße – von Aktivisten, die sich als fortschrittliche Linke begreifen. Letztere behaupten, die Deutschen seien dermaßen auf die Schoah fixiert, dass sie andere historische Verbrechen, etwa in den Kolonien, gar nicht erst zur Kenntnis nehmen könnten. Um die Schoah ihren ideologischen Präferenzen gefügig zu machen, müssen sie leugnen, dass der Antisemitismus der Kern der nationalsozialistischen Ideologie war und die Schoah aus ihrem konkreten historischen Kontext herauslösen.

An alledem ist nichts wirklich neu. Es stellt vielmehr das Wiederaufleben von Kontroversen dar, von denen viele hofften, sie seien schon vor Jahrzehnten geklärt worden. Das Bestreben, die Nazivergangenheit zu normalisieren, zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Geschichte der Bundesrepublik.⁶ Es hat zu stets neuen Auseinandersetzungen über die Interpretation der Nazizeit und das Gedenken an ihre Opfer geführt und vielfältige Bemühungen hervorgebracht, die Verbrechen der Nazizeit zu relativieren und ihre Geschichte zu verfälschen. Dies belegt, wie schwer es der deutschen Gesellschaft gefallen ist, und auch weiterhin fällt, sich auf angemessene Weise mit der Nazi-Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Deutsche Forscher und Forscherinnen zeigten nach 1945 anfangs kaum Interesse an der Schoah. Pionierarbeit wurde in diesem Bereich vor allem von jüdischen Historikerinnen und Historikern geleistet, doch wurde diese in Deutschland rundweg als unwissenschaftlich oder vorurteilsbeladen diskreditiert. Schließlich seien Juden zu nah am Geschehen, um objektiv sein zu können, hieß es. Erst in den 1990er Jahren hielt die Einsicht, dass der Antisemitismus das Herzstück der nationalsozialistischen Ideologie war, in der deutschen Wissenschaftslandschaft auf breiter Basis Einzug.

Über Jahrzehnte hinweg torpedierte die Justiz (von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen) mindestens so viele Verfahren gegen Nazi-Verbrecher und -verbrecherinnen wie sie derartige Verfahren ernsthaft durchführte. Erst nachdem die meisten Täterinnen und Täter und Profiteure des Nazi-Regimes gestorben oder so alt geworden waren, dass sie allenfalls noch symbolische Haftstrafen würden absitzen können bzw. auf Haftverschonung rechnen konnten, und von vielen Beobachtern eher bemitleidet wurden, begann die Justiz energischer vorzugehen. Es dauerte bis 1998, ehe die Bundesrepublik, durch eine erfolgreiche Sammelklage gegen deutsche Unternehmen in den Vereinigten Staaten dazu gezwungen, Entschädigungszahlungen an nichtdeutsche Überlebende (vor allem in Osteuropa) zu leisten begann, von denen allzu viele allerdings inzwischen schon gestorben waren. Die ohnehin um ein halbes Jahrhundert verzögerte kleckerweise Restitution von geplünderten Kunstwerken an ihre

rechtmäßigen jüdischen Besitzerinnen und Besitzer (bzw. deren Erben) zieht sich nun schon seit Jahrzehnten hin.

Es gäbe also noch allerhand zu tun, eh man von einem angemessenen Umgang der deutschen Gesellschaft mit der Nazi-Vergangenheit im Allgemeinen und der Schoah im Besonderen sprechen könnte. Dennoch wird Deutschland nicht nur mit erstaunlicher Häufigkeit seiner angeblich vorbildlichen Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit wegen gepriesen, sondern immer mehr Stimmen behaupten, man habe es damit in Deutschland bereits viel zu weit getrieben.

Während die strafbewehrte Leugnung der Schoah weiterhin relativ selten vorkommt, lassen sich die Aussagen und Einschätzungen, die die Schoah in der einen oder anderen Form relativieren, kaum mehr überblicken. Das Gleiche gilt für die Forderung nach einem Schlussstrich unter die kritische Befassung mit der Nazi-Vergangenheit. Das qualitativ Neuartige an der Entwicklung der letzten Jahre besteht darin, dass derartige Aussagen und Einschätzungen immer häufiger von Menschen unterstützt und geteilt werden, die sich selbst für fortschrittlich halten. Sie haben einen Diskurs entwickelt, der es ihnen gestattet, die Schoah einerseits als entscheidenden Bezugspunkt beiseitezu-schieben und zugleich jene zu dämonisieren, die weiterhin darauf bestehen, dass die Schoah nicht vergessen werden dürfe und dass das Gedenken an die ermordeten Juden auch weiterhin von entscheidender Bedeutung sei.

Dreh- und Angelpunkt ist dabei Israel. Für die einen verkörpert es die historisch nicht zuletzt durch die Schoah begründete Einsicht, dass es ein Land geben muss, in dem Juden über ihre eigene Verteidigung entscheiden und das Juden jederzeit einen sicheren Zufluchtsort bieten kann. Für diejenigen, die Israel anhand postkolonialer Vorstellungen als koloniales, Apartheid-gestütztes Besiedlungsprojekt karikieren, ist es daher von entscheidender Bedeutung, genau diese nicht zuletzt durch die Schoah begründete Einsicht zu leugnen. Wie schockierende Reaktionen auf das am 7. Oktober 2023 von der Hamas verübte genozidiale Massaker in Israel gezeigt haben, ist dies im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten bereits die in weiten Teilen der Linken und unter Intellektuellen und Künstlern vorherrschende Position, und gerade seit dem 7. Oktober wird sie auch in Deutschland von immer mehr fortschrittlichen Aktivisten, Intellektuellen und Künstlerinnen und Künstlern, künstlerischen und akademischen Einrichtungen aggressiv vertreten. Die Parole „Befreit Palästina von deutscher Schuld“, in ähnlicher Weise einst nur von Altnazis und Neonazis vertreten, erfreut sich nun auch auf der Linken stetig zunehmender Beliebtheit.

Diese Tendenz zeichnete sich bereits in den Reaktionen auf die im Mai 2019 verabschiedete Bundestags-Erklärung ab, die die antisemitische Tendenz der BDS-Bewegung benannte, bislang allerdings kaum konkrete Konsequenzen gezeitigt hat. Zahlreiche Einzelpersonen, Initiativen und Institutionen aus dem Hochschul- und

Kulturbereich liefen gegen diesen Meilenstein Sturm und brachten ihre Zustimmung zur Dämonisierung Israels durch die BDS-Bewegung zum Ausdruck. Aus den eben genannten Gründen ist diese Opposition gegen den Bundestags-Beschluss zur BDS-Bewegung von der Notwendigkeit, die Schoah zu relativieren, nicht zu trennen.

Diese Tendenzen kulmisierten beispielhaft im Rahmen der *documenta15*, die von Juni bis September 2022 in Kassel stattfand. Sie war an einer seit Langem bekannten manichäischen Form des Antiimperialismus ausgerichtet, die in diesem Fall ‚antirassistisch‘ und postkolonial eingekleidet war und die dem Antiimperialismus innewohnenden Hang zum Antisemitismus aggressiv Ausdruck verlieh. Besonders deutlich war dies im Falle der riesigen, vom indonesischen Taring Padi-Kollektiv geschaffenen Collage mit dem Titel ‚People’s Justice‘.

Von Anfang an haben diese Tendenzen und Entwicklungen unsere Arbeit als RIAS Bayern maßgeblich geprägt. Viele der uns gemeldeten Vorfälle ließen sich gar nicht einordnen, ohne sie zu berücksichtigen. Daher haben wir uns zur Herausgabe dieser Broschüre entschlossen, um die betreffenden Sachverhalte ausführlicher darstellen zu können.

Eine frühere Ausgabe dieser Broschüre erschien noch vor dem von der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 im Süden Israels verübten genozidalen Massaker. Während viele zu dem Massaker bemerkenswert wenig anzumerken hatten (und haben), haben gerade die Reaktionen

jener postkolonialen und multidirektionalen Intellektuellen und Aktivisten, die wir in dieser Broschüre beleuchten, unsere Besorgnis mit Blick auf deren Angriffe auf das Gedenken an die Schoah nicht nur bestätigt, sondern übertragen. Die breite Verankerung postkolonialer Vorstellungen und Ideen trägt auf entscheidende Weise dazu bei, dass Menschen, die sich für fortschrittlich halten, genozidale Verbrechen gegen Juden – weil diese vermeintlich ‚Weiße‘ und daher unweigerlich Unterdrücker seien – gleichgültig gegenüberstehen bzw. diese gar enthusiastisch begrüßen. Mit dem schlimmsten gegen Juden verübten Verbrechen seit der Schoah konfrontiert, folgern sie nicht, dass die Juden erst recht einen eigenen, verteidigungsfähigen Staat brauchen, sondern dass dieser möglichst schnell von der Landkarte getilgt werden müsse.

Die multidirektionalen Angriffe auf die Erinnerung zeichnen sich auch dadurch aus, dass über Jahre hinweg behauptet wurde, die Schoah unterscheide sich in nichts von anderen kollektiven Verbrechen, nun jedoch ein Verbrechen gefunden wurde, das keineswegs mit der Schoah ‚verglichen‘ werden dürfe: nämlich das Massaker vom 7. Oktober. Angeblich habe ein Tabu bestanden, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran hindert, die Schoah zu anderen Ereignissen ins Verhältnis zu setzen. Doch nun wird anstelle des eingebildeten Tabus ein eigenes gesetzt. Das neuerliche genozidale Verbrechen an Juden dürfe keineswegs zum genozidalen Verbrechen der Schoah ins Verhältnis gesetzt werden. Antisemitismus habe am

7. Oktober ebenso wenig eine zentrale Rolle gespielt wie angeblich schon in der Schoah. Wir kommen auf diesen Sachverhalt im Rahmen unserer ersten Fallstudie, die sich dezidiert mit dem postkolonialen Angriff auf das Gedenken an die Schoah befasst, nochmals zurück.

Zunächst erteilen wir Abba Naor, einem Überlebenden, das Wort. Er beschreibt seine Erfahrungen mit Antisemitismus in Bayern nach dem Krieg und bietet eine Einschätzung der jüngeren Entwicklung, allerdings ohne das Massaker vom 7. Oktober schon zu berücksichtigen. Im darauffolgenden Abschnitt präsentieren wir einige Überlegungen zum angemessenen Verständnis der Schoah und erklären, warum der Leugnung ihres präzedenzlosen Charakters eine antisemitische Tendenz innewohnt. Darauf folgt eine Darstellung der relevanten antisemitischen Vorfälle in Bayern, die wir insbesondere im Zeitraum von Januar 2019 bis Juli 2022 registriert haben. Unsere anschließende Chronologie bedeutsamer erinnerungspolitischer Ereignisse und Kontroversen wird durch drei Fallstudien ergänzt. Die erste befasst sich, wie bereits erwähnt, mit dem postkolonialen Angriff auf die Spezifität der Schoah; die zweite mit relevanten Diskussionen, die sich insbesondere zu Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ergaben; die dritte mit der Entwicklung der Gedenkstätte in Dachau vor dem Hintergrund der bayerischen und bundesdeutschen Erinnerungspolitik.

- 1 Theodor W. Adorno, *Gesammelte Werke* Bd. 6: *Negative Dialektik*, S. 358. So wie bei Adorno wird der Name Auschwitz häufig nicht bloß zur Bezeichnung des spezifischen Lagerkomplexes Auschwitz verwendet, sondern *paris pro toto* als Begriff für die Schoah insgesamt. Zum in der Nähe Krakaus gelegenen Lager gehörten neben dem Todeslager Auschwitz-Birkenau auch ein „reguläres“ Konzentrationslager, ein mehreren Großbetrieben dienendes Zwangsarbeitslager (Auschwitz-Monowitz) und zahlreiche Außenlager.
- 2 Primo Levi: Ist das ein Mensch? Autorisierte Übertragung aus dem Italienischen von Heinz Riedt. Frankfurt/Main: Fischer, 1958; ders.: Atempause. Aus dem Italienischen übertragen von Barbara u. Robert Picht. Hamburg: Wegner, 1974; Fred Wander: Der siebente Brunnen. Berlin: Aufbau, 1971; Neuauflage Göttingen: Wallstein, 2005.
- 3 Siehe Daniel Sugarman: University and College Union apologises after failing to include Jews on list of groups of Holocaust victims. In: Jewish Chronicle, 2.10.2019, <https://www.thejc.com/news/university-and-college-union-apologises-after-failing-to-include-jews-on-list-of-groups-of-holocaust-victims-wtzhnpt5#>.
- 4 Amory Burchard: Umgang mit Nationalsozialismus: Hochschulen ignorieren den Holocaust. In: Tagesspiegel, 4.7.2017, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/umgang-mit-nationalsozialismus-hochschulen-ignorieren-den-holocaust/13823598.html>.
- 5 Siehe Harald Welzer, Sabine Möller und Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi“ – Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt/Main: Fischer, 2005, S. 210.
- 6 Auf die entsprechenden Vorgänge und Entwicklungen in der DDR können wir im Rahmen dieser Publikation nicht eingehen. Die DDR begriff sich als antifaschistischer Staat und das, andere, bessere Deutschland. Angeblich hatten deutsche Antifaschisten die „Hitler-Diktatur“ an der Seite der Roten Armee besiegt. Indem er der Sammelkategorie Faschismus subsumiert wurde, wurde der Nationalsozialismus universalisiert und der Antisemitismus für irrelevant erklärt. Da die Gedenkkultur der DDR primär den (vermeintlichen) antifaschistischen Klassenkampf heroisierte, spielte die Schoah allenfalls eine Nebenrolle. Es dauerte bis 1988, ehe das kommunistische Regime in dem Bestreben, seinen internationalen Ruf aufzubessern, ein gewisses Interesse an jüdischer Geschichte und jüdischen Opfern des Nationalsozialismus als *Juden* zu zeigen begann.

Abba Naor: „Du warst doch in Kaunas!“

Abba Naor

Photo: Niels P. Jørgensen



Abba Naor wurde am 21. März 1928 im litauischen Kaunas geboren. In der ersten Augustwoche 1941 wurden der damals 13-Jährige und seine Familie in das Ghetto getrieben, 1944 wurde er in das KZ Stutthof und von dort in die Dachauer Außenlager in der Nähe von Landsberg am Lech verschleppt. Am 2. Mai 1945 befreiten US-Truppen den 17-Jährigen bei Waakirchen im oberbayerischen Landkreis Miesbach. Von seiner fünfköpfigen Familie hatten nur er und sein Vater überlebt. Abba Naor wurde noch im DP-Lager Mitglied der Haganah, kämpfte 1948 im israelischen Unabhängigkeitskrieg und war Jahre später an der Rettung der äthiopischen Juden beteiligt. Seit mehr als 30 Jahren pendelt er zwischen dem israelischen Rehovot und München. In Bayern klärt er Schülerinnen und Schüler über die Schoah und den Nationalsozialismus auf. Seit 2017 ist er als Nachfolger des verstorbenen Auschwitz-Überlebenden Max Mannheimer Vizepräsident des Comité International de Dachau (CID).

Die Philosophin Hannah Arendt hat es auf den Punkt gebracht: „Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher.“ Nun hat aber die UN-Generalversammlung in ihrem Teilungsbeschluss am 29. November 1947 dem jüdischen Volk nicht den Mond, sondern einen Teil des britischen Mandatsgebiets Palästina als nationale Heimstatt zugesprochen, entsprechend den Plänen ihrer Vorgängervereinigung, des Völkerbundes, von 1922. Eretz Israel war von alters her, seit der Antike, Heimat israelischer Völkerschaften.¹ Nur wenige Stunden nach der Ausrufung der israelischen Unabhängigkeit, um Mitternacht am 14. Mai 1948, griffen die Armeen Transjordaniens, des Irak, des Libanon, Ägyptens und Syriens Israel an. Ehemalige SS-Männer berieten die arabischen Truppen. Der Angriff war ein Völkerrechtsbruch, denn

das Existenzrecht Israels ist ein im Völkerrecht verankerter Anspruch, den alle 193 von den Vereinten Nationen als Völkerrechtssubjekte anerkannte Staaten haben. Das zur Klarstellung für all jene, die den jüdischen Staat im Nahen Osten gerne von der Landkarte verschwinden sähen.

Darüber machte ich mir damals, in den Gefechten auf dem Weg nach Jerusalem oder in der Wüste Negev, natürlich keine Gedanken. Wir kämpften um unser Überleben. Ich, ein 20-jähriger litauischer Jude, der dem Massenmord an den europäischen Juden entkommen war, trug immer eine Patrone in der Hosentasche. Die Kommandeure hatten uns ermahnt, die letzte Patrone für uns selbst aufzubewahren. Aber es ging und geht, darüber darf man sich nicht täuschen, nicht allein um

territoriale Konflikte. Die arabische Feindschaft gegen Israel, gegen uns, speist sich aus einem Judenhass, der im Nahen Osten und anderen vornehmlich muslimischen Ländern bereits in Pogromen im 19. Jahrhundert und viel früher ausbrach, und durch Nazideutschland angeheizt worden ist.

Insofern hat sie Recht, die kluge Hannah Arendt, nicht einmal im jüdischen Staat Israel sind wir vor Antisemitismus sicher – aber ohne ihn würde es keine Zufluchtsstätte, keinen Schutz für Jüdinnen und Juden geben, die verstreut in der Diaspora auf der ganzen Welt leben. Von seiner Gründung an ist Israel militärischen Angriffen ausgesetzt gewesen und es muss sich bis zum heutigen Tag Raketenangriffen und Selbstmordattentaten erwehren,

Die arabische Feindschaft gegen Israel, gegen uns, speist sich aus einem Judenhass, der im Nahen Osten und anderen vornehmlich muslimischen Ländern bereits in Pogromen im 19. Jahrhundert und viel früher ausbrach, und durch Nazideutschland angeheizt worden ist.

die von palästinensischen Terrorgruppen wie der Hamas oder der vom Iran unterstützten Hisbollah verübt werden. Sie haben nur ein Ziel: die Auslöschung des jüdischen Staates Israels. Wie jeder Krieg wird auch dieser nicht allein mit Waffen, sondern auch mit Worten und Gedanken ausgetragen – in Israel, Europa und in den USA.

Unsere Feinde haben Verbündete auch in Deutschland, dem Land, aus dem die Schoah hervorging; das sind Gruppierungen aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum, die als Erben der rassistisch-völkischen Naziideologie agieren – seit der Bundestagswahl 2017 sitzen einige davon mit der AfD im Parlament – und seit 1945 für eine ganze Reihe von Mordtaten verantwortlich sind; es sind hierzulande lebende Muslime, die bei Demonstrationen auf deutschen Straßen „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ skandieren, gelegentlich im Gleichschritt mit Linksextremen, die Ende der 1960er und in den 1970er Jahren brutale Anschläge auf deutsche Juden und jüdische Einrichtungen verübt haben; es sind Menschen, die ihren Antisemitismus als ‚Antizionismus‘ kaschieren und dem Staat Israel seine Legitimation entziehen wollen, sein Ansehen in der Völkergemeinschaft zu beschädigen versuchen, und das mit einem Erfolg, indem sie ihn als rassistischen Apartheid-Staat dämonisieren, seine Politik mit der der Nationalsozialisten gleichsetzen.

Erinnerung? Genau das wollte die Mehrheit der Deutschen nach 1945 nicht, zumindest nicht so genau. Man wollte

möglichst schnell alles vergessen und vor der Weltöffentlichkeit seine angebliche Unschuld demonstrieren; und so kam es, dass heute auch die Erinnerung an die Jahre nach 1945 viele blinde Flecken aufweist. Der Judenhass lebte weiter in gewalttätigen Ausschreitungen gegen jüdische Displaced Persons;² die Handvoll zurückgekehrter deutscher Juden und die jüdischen Überlebenden und Flüchtlinge aus Osteuropa waren alles andere als willkommen. Viele Deutsche sahen in uns keine Opfer der Nazis, sondern Schwarzhändler und Wucherer. Karl Scharnagl, Münchener Oberbürgermeister von 1945 bis 1948 und Mitbegründer der CSU, beschimpfte die Juden in den DP-Lagern als „arbeitsscheues Gesindel“.

Dass es den Deutschen, den meisten jedenfalls, um Aussöhnung nicht mit den Opfern, sondern mit den Tätern, mit sich selbst ging, verstand ich schlagartig, als ich 1945 im Polizeirevier an der Ettstraße in München eine gespenstische Begegnung hatte. Ich war vier Tage lang mit 20 anderen DPs in einer Zelle eingesperrt, nachdem die Polizei mich bei einer Razzia im DP-Camp im Deutschen Museum an der Isar festgenommen hatte. Bei der Entlassung sah ich auf einer Treppe im Polizeigebäude einen Polizisten, der an mir vorbeiging. Ich erstarre: „Jordan?“ rief ich ihm zu, dann: „Du warst doch in Kaunas! – Der war bei der Schutzpolizei in der Kestucio-Straße!“ brüllte ich. Jordan erschrak und rannte die Treppe hinunter. Als ich seine verdutzten dreinblickenden Kollegen ansprach, zuckten sie nur mit der Schulter und wandten sich ab. Jordan

Bis auf wenige Ausnahmen kehrten Nazis in Politik, Wirtschaft, Kultur, Medizin, Justiz und Sicherheitsorgane zurück, lebten in der demokratischen Bundesrepublik unbehelligt ihr Leben

war einer der Mörder, der im Ghetto ein „lustiges Wettschießen“ auf Wasserflaschen veranstaltet hatte, die wir Juden auf den Köpfen balancieren mussten. Manchmal traf eine Kugel auch den Kopf. Es ist bekannt: Bis auf wenige Ausnahmen kehrten Nazis in Politik, Wirtschaft, Kultur, Medizin, Justiz und Sicherheitsorgane zurück, lebten in der demokratischen Bundesrepublik unbehelligt ihr Leben.

Mein Leben nach dem Überleben nahm seinen Ausgang im DP-Camp Landsberg am Lech. „Don't Take Your Guns To Town“ – so lautete die Order für amerikanische Soldaten, die in den 1950er Jahren auf der U.S. Air Base Penzing stationiert waren, wenn sie Ausgang in die Stadt Landsberg am Lech bekamen. Einer von ihnen war Johnny Cash, der unter diesem Titel einen

populären Song schrieb. Da hatte ich das DP-Camp in der Stadt, in der Hitler nach seinem gescheiterten Putsch von 1923 in der Festungshaft Mein Kampf schrieb, schon längst verlassen. Die großen Spannungen zwischen einheimischer Bevölkerung und DPs waren bereits abgeklungen. Das Lager war von den Alliierten am 9. Mai 1945 in der Saarburgkaserne errichtet worden, einem ehemaligen Wehrmachtsbau, und beherbergte bis zu 7000 Überlebende.

Im Jahr 1946 kam es zu einem Aufstand der jüdischen DPs, denen die Einheimischen in der Regel mit großer Feindseligkeit begegneten. Man mochte wie anderswo in Bayern die überlebenden Juden nicht. So gab es auch kaum Kontakte zu den Landsbergern und den Deutschen in der Umgebung der Stadt. Wir hatten vor allem mit den Bauern zu tun, von denen wir Fleisch und Kartoffeln gegen Zigaretten, Schokolade und Kaffee, die wir von den Amerikanern erhielten, eintauschten.

Das DP-Camp Landsberg war jedoch etwas Besonderes: Hier entstand, wenn man so sagen will, die Keimzelle des israelischen Staates. Von Landsberg aus wurden vor allem illegale Auswanderungen nach Palästina organisiert. Ende Oktober 1945 kam David Ben-Gurion in das DP-Lager, um für die Staatsgründung Israels zu werben. Der Kibbutz in Landsberg nannte sich *Lohamei HaGeta'ot*, „die Ghetto-kämpfer“, in Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943.³ Es gab zwei zionistische Parteien, und die linksgerichtete, der ich angehörte, bereitete sich besonders konsequent auf

die Auswanderung nach Eretz Israel vor, unter der Anleitung von Mitgliedern der Jüdischen Brigade, die in der britischen Armee gegen Deutschland gekämpft hatte.

Im Kibbutz wurde auch ich auf die anstrengende landwirtschaftliche Arbeit im Gelobten Land vorbereitet. Doch damit nicht genug: Eines Tages wurde ich zu einem fremden Besucher gerufen, der hinter mir die Tür verschloss und mich aufforderte, am Tisch Platz zu nehmen. Er legte eine Bibel vor mich hin und eine Pistole. Ich musste die Hände darauflegen und schwören – und damit war ich, mit 18 Jahren, Mitglied der Haganah, der zionistischen militärischen Untergrundorganisation, die 1920 zum Schutz von jüdischen Siedlungen in Palästina vor arabischen Übergriffen gegründet worden war. Danach jüdische Brigade, illegale Auswanderung nach Palästina, die Briten kaperten unser Schiff, fast ein Jahr lang Internierung auf Zypern, schließlich, endlich Ankunft in Haifa, Spion der Haganah, Soldat im Unabhängigkeitskrieg und schließlich die Arbeit in den Sicherheitsorganen. Ich würde mir wünschen, dass die Bedeutung und die Geschichte dieses Kibbutz in Landsberg, der den Staat Israel vorwegnahm, in die deutsche Erinnerungskultur aufgenommen würden, etwa durch ein Museum auf seinem ehemaligen Gelände, im Kratzerkeller dieser Stadt, in der verurteilte Nazikriegsverbrecher nach 1945 in Haft saßen und manche Politiker und Kirchenvertreter ihre Freilassung forderten und gar an Demonstrationen dafür teilnahmen.

1967 zog ich mit meiner Familie vom israelischen Rehovot nach München um. Dass wir in Deutschland nicht bei allen willkommen waren, verstand ich, als ich feststellen musste, dass meine dreijährige Enkelin Dana in ihrem Kindergarten von einer Kindergärtnerin immer auf der Toilette eingesperrt wurde. Das verstand ich auch, als mich der Vertreter eines Möbelhauses bei meiner Reklamation, wo denn die längst überfällige Lieferung bliebe, böse anherrschte: „Was wollen Sie hier überhaupt!“ Die Löwenbrauerei München wollte mich schon hierbehalten, denn ich machte als Pächter im Schwabinger Szenelokal „Stop In“ enormen Umsatz. Zu meinen Stammgästen gehörten Studenten, die sich als aufgeklärte, revolutionäre Linke verstanden. Nach dem Sechs-Tage-Krieg war der Nahostkonflikt ihr beherrschendes Thema, die Gespräche drehten sich lautstark um die vermeintlichen Untaten des Staates Israel und die vermeintliche Unterdrückung der Palästinenser: Israel sei der Aggressor, Israel vertreibe die Palästinenser, Israel das, Israel jenes. Ich hielte es nicht aus und mischte mich ein, sagte ihnen, dass mein Land diesen Krieg nicht wollte. Es musste ihn aber zur Verteidigung führen, weil unsere arabischen Nachbarn uns vernichten wollen. Was sollten wir denn machen, fragte ich sie, etwa tatenlos warten? Im Meer schwimmen können wir nicht. Nach diesem Abend kamen sie nicht mehr. Das ist die Macht der Gewohnheit: Die Juden waren ja immer eine Minderheit, die Unterdrückten. Nach dem Sechs-Tage-Krieg waren sie plötzlich keine Opfer mehr. Diese jungen Deutschen haben den Antisemitismus mit der Muttermilch

aufgesogen, einige sind später sogar zu Arafat gefahren, um von palästinensischen Terroristen zu lernen, wie man israelische Flugzeuge kapert. Seit den Übergriffen auf meine Enkelin – mein kleiner Bruder Berale wurde im Alter von fünf Jahren in Auschwitz-Birkenau mit meiner Mutter vergast – hatten wir uns ohnehin zur Rückkehr nach Israel entschlossen. Der Mond war aus verschiedenen Gründen keine Option.

Viele Jahre später kam es dazu, dass ich als Zeuge, der zwischen Rehovot und München pendelte, zu einem Teil der Erinnerungskultur wurde, gegen die viel einzuwenden ist, aber die doch auch, weil wir keine bessere haben, der Verteidigung bedarf – gegen die Angriffe von links, rechts, von muslimischer Seite und aus der sogenannten bürgerlichen Mitte. Zum Beispiel die christlichen Kirchen: Ich sehe mir im Fernsehen häufig die Predigten ihrer Vertreter an und ich warte vergebens – kein Wort gegen den aktuellen Antisemitismus, kein Wort für das Existenzrecht Israels. Der Antijudaismus hat dem Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten den Weg geebnet. Zu den gerade zu Ende gegangenen Jubiläumsfeierlichkeiten von 1700 Jahre jüdischem Leben auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands, einem wohlmeinenden Projekt, fiel mir auf, dass verschiedene Redner aus Politik und Kultur immer von dem Beitrag „jüdischer Mitbürger“ zur deutschen Kultur sprachen. Das vertieft, auch wenn sie es nicht so meinen, nur den Graben zwischen nichtjüdischen und jüdischen Deutschen – Jüdinnen und Juden waren keine „Mitbürger“, sondern Deutsche, sie

haben keinen ‚Beitrag‘ geleistet, nicht wenige standen gar im Zentrum der geistigen und politischen Entwicklung Deutschlands, kämpften im Ersten Weltkrieg für ihr Land. Wir können tun, was wir wollen, wir bleiben Fremde, Andere, die nicht dazu gehören. Ich bin 94, und was ich mir wünsche, aber wohl nicht erleben werde, ist, dass Juden, bei welchem Anlass auch immer, bei ihrem Namen genannt werden, nicht davon die Rede ist, dass so und so viele Juden dies oder jenes erlebt oder getan hätten.

Wir haben Namen, sind nicht ein von Antisemiten wie auch immer imaginiertes Kollektiv, sondern Individuen. Ich habe meinen Frieden mit Deutschland gemacht. Das liegt an den Begegnungen mit anderen Deutschen, der zweiten, nichtjüdischen

Mir bleibt eine Hoffnung: die Jugend. Deshalb trete ich vor Schülerinnen und Schülern in Bayern seit den 1990er Jahren als Zeitzeuge auf, um sie über die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären, mitzuhelfen, sie gegen den Antisemitismus immun zu machen und Verständnis für Israel zu fördern.

Frau meines Vaters zum Beispiel, mit der er nach 1945 in München lebte. Sie war ein wunderbarer Mensch. Das liegt auch an der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, die es mir und anderen Überlebenden ermöglicht, als Zeitzeugen in Schulen aufzutreten – inzwischen habe ich vor Tausenden von Schülerinnen und Schülern gesprochen. Umso mehr erschüttert mich das aktuelle Anwachsen jüdenfeindlicher Einstellungen in der deutschen Gesellschaft, nicht zuletzt auch bei den Corona-Protesten, auf deren Nährboden die alten Verschwörungsmythen gedeihen. Das, was wir heute als Erinnerungskultur bezeichnen, wurde in zähem Kampf erstritten und war nie in der breiten Gesellschaft und zunächst auch in der offiziellen Politik nicht wirklich anerkannt. Vor diesem Hintergrund empfinde ich die wiederkehrenden Angriffe auf die Erinnerungskultur – gegen die Wahrheit der Fakten und Tatsachen, um die Shoah zu relativieren –, die Angriffe auch aus dem Kreis von konservativen wie linksliberalen Historikern und Politologen und in den Feuilletons der Tageszeitungen, als nur zynisch. Eine Aufarbeitung der Verbrechen hat – mit ehrenwerten Ausnahmen – in der Breite nie stattgefunden: Deshalb steht Deutschland aktuell vor dem Problem einer wachsenden Zahl von antisemitischen Straftaten und Vorfällen – von Übergriffen auf jüdische Mädchen und Jungen in den Schulen bis hin zu Anschlägen wie dem auf die Synagoge in Halle 2019.

Mir bleibt eine Hoffnung: die Jugend. Deshalb trete ich vor Schülerinnen und Schülern in Bayern seit den 1990er Jahren als Zeitzeuge auf, um sie über

die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären, mitzuhelfen, sie gegen den Antisemitismus immun zu machen und Verständnis für Israel zu fördern. Ihre Reaktionen bestärken mich in der Überzeugung, dass die Erinnerungskultur in Deutschland, was immer man auch kritisch gegen sie einwenden kann, eine Voraussetzung für den Kampf gegen den Antisemitismus ist. In diesem Kampf brauchen wir Juden – in Deutschland wie in Israel – verlässliche Partner, und deshalb freue ich mich über das Engagement von RIAS Bayern, die ihre aktuelle Ausgabe ihrer wichtigen Fachbroschüren dieser Erinnerungskultur widmet. Es tut mir gut, solche Verbündete zu haben, denn, wie gesagt, wir wollen nicht auf den Mond auswandern, können es auch nicht. Wir bleiben, wie wir das seit Tausenden von Jahren tun – auch dank der Hilfe solcher Freunde.

Ich hielte es nicht aus und mischte mich ein, sagte ihnen, dass mein Land diesen Krieg nicht wollte. Es musste ihn aber zur Verteidigung führen, weil unsere arabischen Nachbarn uns vernichten wollen. Was sollten wir denn machen, fragte ich sie, etwa tatenlos warten? Im Meer schwimmen können wir nicht. Nach diesem Abend kamen sie nicht mehr.

1 „Eretz Israel“ (hebräisch für „Land Israel“) ist eine traditionelle, schon im Tanakh gebräuchliche Bezeichnung für das den Israeliten verheiße Land. Ab dem 19. Jahrhundert wurde der Begriff von Zionisten zur Bezeichnung der jüdischen Heimstätte in Palästina aufgegriffen, und er wird mitunter auch in einem umschreibenden Sinn zur Bezeichnung des heutigen Staats Israel verwendet.

2 Am Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich etwa zwölf Millionen Menschen kriegsbedingt bzw. infolge der Schoah nicht mehr in ihren Ursprungsländern. Neben ehemaligen jüdischen Häftlingen gehörten dazu u.a. Zwangsarbeiter, die aus ganz Europa nach (Groß-) Deutschland verschleppt worden waren, nichtjüdische deutsche Häftlinge, die nach Osteuropa verschleppt worden waren, und Kollaborateure, die sich dem Rückzug der Wehrmacht angeschlossen hatten. Es dauerte ein Jahrzehnt, ehe sämtliche „Displaced Persons“ repatriiert werden konnten oder irgendwo ein neues Zuhause fanden.

3 Der Kibbutz war eine der wichtigsten Siedlungsformen im Jischuv (der jüdischen Heimstätte in Palästina). Kibbutzim waren streng kollektiv organisierte genossenschaftliche Siedlungen. Bis zur Schoah organisierten sich auch Juden, die sich auf die Alija (die Übersiedlung in den Jischuv) vorbereiteten in Kibbutzim, auch wenn der Begriff in diesem Fall eher metaphorisch als wörtlich zu nehmen war. Ähnliches gilt wohl für den von Abba Naor beschriebenen Landsberger Kibbutz.

Zum Verständnis der Schoah

Im Zeitraum von September 1939 bis Mai 1945 ermordeten die Deutschen und ihre Helfer ungefähr sechs Millionen Juden, darunter anderthalb Millionen Kinder, aus nur einem Grund: Weil sie, der Nazi-Auffassung zufolge, Juden waren. Ob die Opfer sich selbst für Juden hielten, spielte dabei keine Rolle, und es gab auch keinen Mechanismus, der es Juden gestattet hätte, Nichtjuden zu werden. Ob jemand sterben musste oder leben durfte, hing davon ab, wie viele jüdische Großeltern er oder sie hatte.

Antisemitismus war der Kern des Nationalsozialismus und niemand konnte ernsthaft bezweifeln, dass das Versprechen der Nazis, die ‚Judenfrage‘ einer Lösung zuzuführen, ernst gemeint war. Doch selbst als das Regime den Zweiten Weltkrieg auslöste, war es sich noch unschlüssig darüber, wie die Juden am besten aus allen Gebieten unter seiner Kontrolle entfernt werden könnten. Es stimmt zwar, dass es nach der Eroberung Polens im September 1939 nicht lange dauerte, bis deutsche Truppen Juden spontan zu ermorden begannen. Ebenso wurde die jüdische Bevölkerung einzelner Orte schon wenige Wochen nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 systematisch ermordet. Dennoch wurde die Entscheidung, mit der umfassenden systematischen Ermordung aller Juden in Gebieten unter deutscher Kontrolle zu beginnen, erst im Oktober 1941 getroffen. Wir schildern diesen Entscheidungsfindungsprozess in unserer zweiten, mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine befassten Fallstudie etwas ausführlicher.

Im Juni 1942 wurde im Westen öffentlich bekannt, dass Deutschland dabei war, das europäische Judentum vollständig auszulöschen. Im Dezember 1942 hielten jüdische Gemeinden weltweit besondere Fastentage und Gottesdienste ab, in denen sie für die Rettung der in Europa festsitzenden

Juden beteten, und die im Entstehen begriffenen Vereinten Nationen veröffentlichten eine Protestnote. Im Vereinigten Königreich wurde die Note am 17. Dezember im Unterhaus diskutiert, worüber die Presse ausführlich berichtete. Dennoch bemühten sich die Westalliierten, der Schoah öffentlich keine allzu große Bedeutung beizumessen, weil sie der Behauptung, sie führten den Krieg gegen Deutschland ‚für die Juden‘, keinen Nährboden bieten wollten. Dies führte dazu, dass selbst, als die Rote Armee Majdanek im Juli 1944 befreite und detaillierte Informationen über die Vorgänge in den Todeslagern den Westen erreichten, viele noch immer nicht glauben konnten, was sie sahen, hörten und/oder lasen. Den Abstand zwischen Wissen und tatsächlichem Begreifen vermochten viele erst allmählich zu schließen.¹

Doch spätestens im Sommer 1945 hatten (jedenfalls außerhalb Deutschlands) auch Menschen, die sich keine besondere Mühe gaben, das Weltgeschehen zu verfolgen, begriffen, dass die Nazis an den Juden ein ganz außerordentlich monströses Verbrechen verübt hatten, das alles bis dahin für denkbar Gehaltene in den Schatten stellte. Man kann den mit dieser Erkenntnis verbundenen Schock etwa an der Wirkung ablesen, die Hinweise auf ‚Belsen‘ noch heute, acht Jahrzehnte später, im Vereinigten Königreich haben, und das nicht nur unter Gebildeten oder in der Hochkultur. So tief saß seinerzeit der Schock, den die Nachrichten über das von den Briten befreite Lager Bergen-Belsen und das dort Vorgefundene im Vereinigten Königreich auslöste, dass selbst diejenigen, die auf Befragen vermutlich nur sehr ungenaue Angaben darüber machen könnten, was sich dort im Einzelnen zutrug, dennoch wissen, dass es sich dabei um etwas handelt, das im eigentlichen Wortsinn von ganz und gar außerordentlicher Bedeutung war.

Selbst zu diesem frühen Zeitpunkt genügte der Schock über die verübten Verbrechen aus, um die Schaffung zweier Rechtsinstrumente zu motivieren: Die von der UNO ratifizierte „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ (auf die wir noch zurückkommen werden) und die Kategorie der ‚Verbrechen gegen die Menschheit‘, die erstmals im Statut für den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg verankert wurde. Der Schaffung beider Rechtsinstrumente lag die Erkenntnis zugrunde, dass es selbst in einer Welt, in der grauenvolle Massentötungen und Kollektivverbrechen keine Seltenheit sind, gelegentlich Verbrechen gibt, die nicht zuletzt aufgrund der Unumkehrbarkeit ihrer Folgen schwerer wiegen als andere und deren Unterbindung daher, wenn irgend

möglich, auch dringlicher ist als die anderer. Der Zweck der Konvention bestand schließlich nicht darin, sich zu Vergangenem zu äußern, sondern die zivilisierte Welt dazu zu verpflichten, Derartiges in Zukunft zu verhindern.

Die Notwendigkeit, die Unterschiede zwischen der Schoah und anderen, teilweise vergleichbaren Verbrechen im Einzelnen zu benennen, entstand letztlich erst, als der Schock zunehmend nachließ, und das spezifisch Monströse an der Schoah sich immer weniger von selbst verstand. Erschwerend kam hinzu, dass das Wissen um die Faktoren, die das Spezifische der Schoah ausmachen, oft von Anfang an gering war und sie von vielen als letztlich völlig unerklärlicher Einbruch des Bösen ins Weltgeschehen aufgefasst wurde.

Es stimmt, dass die Monstrosität der Schoah das Auffassungs- und Vorstellungsvermögen selbst erfahrener Forscher stets aufs Neue herausfordert und mitunter übersteigt. Dennoch gibt es sehr viel das wir durchaus wissen und erklären können und auch wissen und zu erklären imstande sein müssen, wenn wir nur die geringste Chance haben wollen, dem eingangs erwähnten neuen kategorischen Imperativ zu entsprechen.

Genozid?

Die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ bezieht sich auf „eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassistische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Zu den besagten Handlungen gehört vor allem, dass man Angehörige der Gruppe tötet oder ihnen schweren körperlichen oder seelischem Schaden zufügt, sie an der Fortpflanzung hindert und/oder ihnen ihre Kinder wegnimmt. Die Formulierung „ganz oder teilweise“ bezog sich auf die beiden jüngsten Fälle, auf die die Konvention unmittelbar reagierte: Das Bestreben der Deutschen, die Juden in Gänze und die Polen zu erheblichen Teilen zu ermorden. Sie hat sich aber auch als eine der Schwächen der Konvention erwiesen, hat sie doch dazu beigetragen, dass der Begriff Genozid in politischen Auseinandersetzungen und alltagssprachlich immer inflationärer gebraucht – und missbraucht – worden ist. Der ungenaue und inflationäre Gebrauch eines derartigen Begriffs beraubt ihn nach und nach seiner Bedeutung. Wenn alles ein Genozid sein soll, ist am Ende nichts mehr ein Genozid.

Dass die Schoah im Sinne der Konvention ein Genozid war, steht außer Frage. Doch folgt hieraus noch nicht, dass die Schoah sich nicht von anderen Genoziden im Sinne der Konvention unterschieden habe, wie jene behaupten, die die Schoah normalisieren wollen. Je inflationärer der Begriff gebraucht wird, desto weniger wird er der Schoah gerecht.

Der im Oktober 2024 verstorbene israelische Historiker Yehuda Bauer, der 1939 als Jugendlicher mit seiner Familie aus Prag fliehen konnte und später eine herausragende Rolle in der Erforschung der Schoah spielte, schlug eine Unterteilung in vier Kategorien vor: Genozide im Sinne der Konvention; politisch, wirtschaftlich und sozial motivierte Massenmorde; ethnische Säuberungen; und globale genozidale Ideologien wie den radikalen politischen Islam, die den Massenmord sowohl predigen als auch praktizieren.² Wie er 2006 feststellte, werden „Juden heute erstmals seit 1945 wieder ganz offen von einer genozidalen radikalislamischen Ideologie bedroht, deren mörderische Tiraden man ernster nehmen muss, als man bedauerlicherweise vor zwei oder mehr Generationen jene der Nazis nahm“.³

Wie Bauer betonte, habe die Schoah zwar gewisse Merkmale mit anderen Genoziden geteilt, entscheidende andere aber eben nicht: Die Deutschen hätten nach allen, die sie für Juden hielten, gesucht, sie aufgespürt, erfasst, gedemütigt, enteignet, konzentriert, deportiert und ermordet – und zwar absolut alle, derer sie habhaft werden konnten. Menschen, die als Juden klassifiziert wurden, seien getötet worden, weil sie kein anderes Verbrechen begangen hatten, denn als Juden geboren zu werden. Wo immer die Deutschen das Sagen hatten, und das hätte ja alsbald auf der ganzen Erde sein sollen, sollten sämtliche Juden getötet werden. Einen derart global angelegten Genozid habe es zuvor nie gegeben.⁴

Die antisemitische Ideologie der Nazis habe keinerlei wirtschaftliche, soziale oder politische Grundlage gehabt, sondern aus einer Aneinanderreihung von albtraumhaften Wahnvorstellungen bestanden. Das jüdische Streben nach der Weltherrschaft, das die Nazis beklagten, sei in Wirklichkeit das Spiegelbild ihres eigenen gewesen. Sie hätten den Juden vorgeworfen, dass sie die arische Zivilisation korrumptierten, die Ritualmordbeschuldigung aktualisiert und die Juden der Kriegstreiberei beschuldigt. Kurzum, der Zweck der Ermordung der Juden sei ausschließlich die Ermordung der Juden gewesen. Daneben habe sie keinerlei pragmatischen Nutzen gehabt, dafür aber enorme Ressourcen verschlungen.

Die Schoah sei, jedenfalls bislang, der einzige Genozid, der ausschließlich durch albtraumhafte ideologische Wahnvorstellungen motiviert worden sei.⁵

Trotz seines in Teilen recht verschiedenen Ansatzes gelangte auch der einflussreiche US-amerikanische Historiker der Schoah Christopher Browning zu folgendem Schluss: „Meines Erachtens stellte der Holocaust einen Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit dar – er war der bislang extremste Genozid. Er unterschied sich in zweifacher Hinsicht von anderen Genoziden. Dabei geht es zum einen um die unbegrenzte Reichweite des Vorhabens, also das Ziel, absolut jeden Juden, ob Mann, Frau oder Kind, im Bereich des Nazireichs zu töten; und zum andern um die eingesetzten Mittel, also den Einsatz der administrativen, bürokratischen und technischen Kapazitäten eines modern Nationalstaats und der westlichen Wissenschaft. Genau diese Faktoren sind es, die die Singularität des Holocausts ausmachen und die ‚Endlösung‘ der Nazis in ihrer endgültigen Form“ von anderen bevölkerungspolitischen Verbrechen des Regimes, ja „sogar von der systematischen und umfassenden Ermordung sowjetischer – nicht sämtlicher europäischer – Juden unterschied“.⁶

Der Antisemitismus der Nazis

Bauer hat angemerkt, dass die Nazis den Großteil ihrer antisemitischen Wahnvorstellungen zwar vom christlichen Antisemitismus geerbt hätten, doch habe dieser zu keinem Zeitpunkt auf die Ermordung aller Juden abgezielt.⁷ Die Nazis hätten die Juden für Wesen gehalten, die teils Mensch, teils satanisches Geschöpf seien und sich als Fremdkörper unter den Völkern eingenistet hätten. Da sie das absolut Böse verkörperten, mussten sie vernichtet werden.⁸

In ähnlicher Weise hat der renommierte französisch-israelische Historiker der Schoah Saul Friedländer, der als Kind versteckt wurde und daher überlebte, den Antisemitismus der Nazis darum als ‚Erlösungsantisemitismus‘ charakterisiert: „mit anderen Worten, jenseits der unmittelbaren ideologischen Konfrontation mit dem Liberalismus und dem Kommunismus, bei denen es sich in den Augen Hitlers um Weltanschauungen handelte, die von Juden und zugunsten jüdischer Interessen erfunden worden waren, fasste er seine Mission als eine Art Kreuzzug zur Erlösung der Welt durch die Beseitigung der Juden auf. Er sah ‚den Juden‘ als das Prinzip des

Bösen.“ Der „antijüdische Wahn“ der Nazis lasse sich „auf die knappste Weise zusammenfassen: *Der Jude war eine tödliche und aktive Bedrohung für alle Nationen, für die arische Rasse und für das deutsche Volk.*“⁹ Deutschland befand sich somit in einem „apokalyptischen“ Kampf gegen die Juden, denn „die Erlösung des Volks, der Rasse bzw. der arischen Menschheit könne nur durch die Beseitigung der Juden gewährleistet werden. Ein Sieg der Juden war nicht ausgeschlossen. Er würde das Ende des Volks, der Rasse bzw. der arischen Menschheit bedeuten.“¹⁰

Zwar hätten nicht alle, die an der Umsetzung des Genozids beteiligt waren, diesen antisemitischen Wahn unbedingt in Gänze geteilt. Doch sei zugleich wahr, dass es einer fanatischen und gnadenlosen ideologischen Motivation und Entschlossenheit bedurfte, um die vollständige Beseitigung mehrerer Millionen Menschen systematisch in Angriff zu nehmen und Hunderttausende zu diesem Zweck inmitten des immer schwieriger werdenden Kriegsgeschehens aus allen Teilen Europas zu den Tötungsstätten zu transportieren.¹¹

Einzigartig, singulär, präzedenzlos?

Vor diesem Hintergrund ist immer wieder diskutiert (und zum Teil auch darum gestritten worden), ob die Schoah am angemessensten als einzigartig, singulär oder präzedenzlos zu charakterisieren sei. Die einst häufig verwendete Bezeichnung als einzigartig wird inzwischen nur noch selten gebraucht. Etliche Forscher und Kommentatoren lehnten sie ab, weil ein einzigartiges Ereignis sich definitionsgemäß nur einmal zutragen könne und damit letztlich außerhalb der Geschichte stehe. Ähnliches lässt sich gegen die Bezeichnung der Schoah als singulär vorbringen, allerdings lassen diese Bedenken sich durch eine knappe Ergänzung ohne allzu große Schwierigkeiten ausräumen: Die Schoah stellte ein *bis dahin* singuläres Verbrechen dar. Allerdings scheint die Designation „singulär“ inzwischen bei jenen, die die Spezifität der Schoah einebnen wollen, weitaus beliebter zu sein als bei jenen, die weiterhin auf ihr beharren. Kritiker schießen sich gerne auf sie als Strohmann ein, da sie leichter zu entkräften ist als die inzwischen weit gebräuchlichere Charakterisierung der Schoah als präzedenzlos.

Yehuda Bauer hat sich für diese Bezeichnung stark gemacht, allerdings nicht ohne einzugehen, dass es auch mit ihr ein Problem gibt, denn was

zu einem vergangenen Zeitpunkt präzedenzlos gewesen sein mag, hätte sich inzwischen hundertmal wiederholen können. Daher betonte Bauer immer wieder, dass „die Schoah sich in ähnlicher Weise wiederholen kann. ... Die Schoah war präzedenzlos, doch stellt sie einen Präzedenzfall dar.“¹² Dass sie sich wiederholen *kann*, heißt jedoch nicht, dass sie sich jedes Mal wiederholt, wenn irgendwo irgendein Kollektivverbrechen verübt wird.

Hannah Arendt dürfte eine der ersten maßgeblichen Intellektuellen gewesen sein, die über die (in der deutschen Übersetzung) „Beispiellosigkeit“ der Schoah theoretisch ausführlicher nachdachte.¹³ In ihrem 1964 auch auf deutsch veröffentlichten Bericht über den Eichmann-Prozess in Jerusalem spielte dieser Aspekt eine zentrale Rolle. Sie bemängelte, dass es allzu vielen am „Verständnis des wahren Schreckens von Auschwitz“ fehle. Dieser Schrecken sei „anderer Art ... als all die Greuel der Vergangenheit“.¹⁴ „Wenn ein spezifisches Verbrechen erst einmal begangen ist“, merkte sie explizit an, „ist seine Wiederholung wahrscheinlicher, als sein erstes Auftreten je war“,¹⁵ weil „das Noch-nie-Dagewesene, wenn es einmal erschienen ist, ein Präzedenzfall für die Zukunft werden kann“.¹⁶

Der einflussreiche deutsch-israelische Historiker Dan Diner hat die Schoah als Zivilisationsbruch charakterisiert. Dabei ging es ihm selbstredend nicht darum zu behaupten, die Welt sei vor der Schoah zivilisiert gewesen und dann nicht mehr. Vielmehr argumentierte er, für absolut gehaltene Annahmen über menschliches Verhalten seien durch die Schoah außer Kraft gesetzt worden. Dabei ging es ihm zum einen um die absolute „Sinn- und Zwecklosigkeit ... der Vernichtung um der Vernichtung willen“, durch die, wie er betonte, nicht eine irrationale, sondern eine eigene gegenrationale Ordnung geschaffen wurde, in der der Ausgang durch keinerlei nach den bis dahin akzeptierten Maßstäben für rational gehaltenes Verhalten der Opfer beeinflusst werden konnte.¹⁷ Zum anderen ging es Diner darum, dass die zuvor für absolut gehaltene Sicherheit, die Mörder würden ihre eigene Selbsterhaltung über die Ermordung ihrer Opfer stellen, durch die Schoah zunichte gemacht worden sei.¹⁸

Letztlich ist der Begriff, den man zur Charakterisierung der Schoah vorzieht, natürlich nicht das Entscheidende. Entscheidend ist die Bereitschaft, die hier angedeutete Spezifität der Schoah ernst zu nehmen. Dazu gehört auch die Anerkenntnis, dass ihre Opfer nicht nur zufällig Juden waren, und dass Antisemitismus für die Nazis von zentraler Bedeutung war.

Post-Schoah-Antisemitismus

Will man sein „Handeln und Denken so einzurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“, wird man zunächst wissen müssen, was es ist, dessen Wiederholung unterbunden werden soll. Adorno zufolge galt dieser neue kategorische Imperativ im Übrigen nicht nur für die Deutschen und Österreicher als primäre Täter bzw. ihre Nachfahren. Kategorisch ist ein Imperativ nur, wenn er für alle gilt. Demnach können Aussagen über die Schoah, die deren Spezifität nicht gerecht werden, dem kategorischen Imperativ nicht gerecht werden, ohne deswegen automatisch antisemitisch zu sein. In aller Regel werden sie jedoch antisemitisch, sobald sie nicht auf bloßer Unkenntnis beruhen, sondern durch (bewusste oder unbewusste) sachfremde Beweggründe motiviert sind.

So dienen beispielsweise die Opfer-Täter-Umkehr und Bestrebungen, die eigene Komplizenschaft gegen andere Untaten aufzurechnen, in Deutschland und Österreich, aber auch in anderen europäischen Ländern, in denen nennenswerte Kräfte die Deutschen bei der Durchführung der Schoah unterstützten, fast immer der Schuldabwehr. Dass die Nachfahren derer, die, als Täter oder Komplizen, mal mehr, mal weniger, in die Schoah verwickelt waren, die Forderung, ihrer Opfer weiterhin zu gedenken, in vielen Fällen nicht gerne hören, ist kaum überraschend. Zu recht empfinden sie die Schoah als einen Makel, der sie daran hindern würde, sich als Teil eines makellosen Kollektivs zu betrachten. Dennoch ist es bemerkenswert, wie oft die entsprechende Abwehr nicht nur in impliziten, sondern auch in expliziten Antisemitismus umschlägt. Dabei besteht das Paradoxon darin, dass es gerade die Abwehr und das aus ihm hervorgehende Ressentiment sind, die das beklagte Unbehagen stets aufs Neue verlängern.

Wie wir sahen, meinen viele, die Schoah habe unabweisbar bewiesen, wie schutzlos das Diasporajudentum gewesen sei und wie dringend die Juden ein eigenes Land brauchten, in dem es ihnen freisteht, sich, statt sich auf die (erfahrungsgemäß ausbleibende) Hilfe Dritter zu verlassen, selbst gegen Angriffe zu verteidigen, und in dem Juden erforderlichenfalls jederzeit Zuflucht finden könnten. Aus eben diesem Grund suchen andere, die entscheidende Bedeutung des Antisemitismus für die Ideologie der Nazis und die Enormität und Monstrosität des Genozids an den europäischen Juden in Abrede zu stellen oder gänzlich zu leugnen, um folglich auch die Notwendigkeit der Existenz Israels leugnen zu können.

Die Neue Linke war mehr oder weniger von Anbeginn an durch Antisemitismus geprägt. Es gab und gibt dafür zwei entscheidende Gründe: Einerseits ihre grundlegende Unfähigkeit, Phänomene ohne Bezug auf realexistierende wirtschaftliche Interessen oder soziale Konflikte einordnen zu können; andererseits ihr manichäisches Ressentiment gegen die Vereinigten Staaten im Besonderen und den Westen im Allgemeinen. Auf dieser Grundlage hat der Postkolonialismus die Juden als Weiße definiert, woraus sich automatisch ergeben soll, dass sie unmöglich Opfer sein können und zwangsläufig auf der Seite der Herrschaft und Unterdrückung stehen. Sofern man nicht gewillt ist, geradeheraus zu leugnen, dass die Schoah stattgefunden hat, lässt sie sich in dieses Schema nur dadurch zwingen, dass man ihre Spezifität so lange radikal in Abrede stellt, bis sie als genau das erscheint, was sie nicht war: ein Genozid wie jeder andere.

Augsburg, 2. Dezember 2021

Das Jüdische Museum Augsburg-Schwaben kündigt auf Facebook eine Lesung von Texten Überlebender des KZ-Außenlagers Augsburg-Kriegshaber an. Darauf kommt es zu folgendem Schlagabtausch:

Userin 1: „Man kann den Quatsch nicht mehr hören.“

Userin 2: „Gerade wegen Leuten wie Ihnen ist das Erinnern so wichtig.“

Userin 1: „Erinnern weil sie wieder Geld wollen um was anderes geht es doch nicht.“

Bezeichnend ist schon der Gebrauch des Ausdrucks ‚man‘. So wie schon niemand Konkretes für die Verbrechen verantwortlich gewesen sein soll, so spricht auch Userin 1 nicht für sich oder für jemanden bestimmtes, sondern im Namen der Allgemeinheit. Wer in ihrem zweiten Post mit „sie“ gemeint ist, braucht gar nicht erst ausgesprochen zu werden. Es versteht sich von selbst, dass die bekanntlich geldgierigen Juden gemeint sind, die die Verbrechen der Nazizeit – bei denen es sich ohnehin bloß um „Quatsch“ handelt(e), wodurch zudem die Opfer und Überlebenden verhöhnt werden – ausnutzen, um den Deutschen Geld abzupressen.

Ingolstadt, 8. April 2022

Eine Bildungseinrichtung kündigt auf Facebook eine Lesung an. In dem betreffenden Buch geht es um aktuellen Antisemitismus in Deutschland. Nach drei Tagen postet ein User den folgenden Kommentar:

„Es gibt keinen Judenhass es ist nur eine mache der Medien die das Volk zum nachdenken bringen soll und damit das deutsche Volk schön brav weiterzahlt sonst nix.“

Dieser User kombinierte das schon bekannte antisemitische Stereotyp der geldgierigen Juden, die ‚das deutsche Volk‘ mit den Verbrechen der Nazizeit und der Behauptung, es gebe in Deutschland noch immer Antisemitismus, erpressen, mit der Vorstellung einer Verschwörung der Medien („Lügenpresse“), die die Bevölkerung mit ‚fake news‘ zu manipulieren versuchen. Eine derartige Rolle ist den Medien (und insbesondere der Presse) seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder nachgesagt worden, namentlich von Antisemiten, die behaupteten, die Presse werde von Juden kontrolliert (eine Behauptung, die sich in Deutschland seit 1933 allerdings nurmehr schwer aufrechterhalten lässt). Der Bezug zur Schoah wird in diesem Fall durch das Wort „weiterzahlt“ hergestellt, das sich nur auf Wiedergutmachungszahlungen beziehen kann. Bei der Klage, die Deutschen sollten „zum nachdenken“ gebracht werden, dürfte es sich um eine klassische Freudsche Fehlleistung handeln.

Nürnberg, 28. April 2022

Im Rahmen eines Vortrags vor künftigen Beamten und Beamten berichtet eine jüdische Referentin, sie sei seit der dritten Klasse wiederholt mit Antisemitismus konfrontiert worden. Daraufhin unterbrach ein Teilnehmer sie mit den Worten, das sei „völliger Quatsch“. Er glaube ihr nicht. Im Übrigen habe er „keinen Bock mehr darauf“, mit diesem Problem, für das er nicht verantwortlich sei, konfrontiert zu werden. Die Referentin stellte klar, dass sie gar nicht behauptet habe, dass er verantwortlich sei, doch fuhr er unbeirrt fort. Das Ganze sei nun schon mehr als 70 Jahre her, „wir können doch nichts dafür“, und er wüsste gerne, warum „wir“ uns dennoch weiterhin „diesen Scheiß geben“. Als die Referentin klarstellte, dass sie von ihren eigenen Erfahrungen vor Ort in Nürnberg gesprochen habe, erwiderte der betreffende Teilnehmer: „Ja, aber Juden wurden schon immer umgebracht, das heißt das wird sowieso passieren und hat bestimmt auch einen Grund.“

„Ja, aber Juden wurden schon immer umgebracht, das heißt das wird sowieso passieren und hat bestimmt auch einen Grund.“

- 1 Diese genuinen Auffassungsschwierigkeiten dürfen nicht mit dem nachträglich von den meisten Deutschen behaupteten Nichtwissen verwechselt werden. Siehe Lars Fischer: Public Knowledge of the Shoah in Nazi Germany. In: *Holocaust Studies* 14, 3 (2008), S. 142–162.
- 2 Yehuda Bauer: On the Holocaust and Other Genocides. Joseph and Rebecca Meyerhoff Annual Lecture, 5.10.2006, <https://collections.ushmm.org/search/catalog/bib125656>, S. 6.
- 3 Ebd., S. 9.
- 4 Bekanntlich hatten die Nazis keineswegs vor, es bei der Ermordung aller europäischen Juden zu belassen. Beispielsweise wartete bereits das Führungsteam einer Einsatzgruppe in Athen, um nach Palästina überzusetzen, sobald es der Wehrmacht gelingen sollte, die Kontrolle über das Gebiet zu erringen. Die Deutschen gingen davon aus, dass es nur des Führungsteams bedürfen würde, da man die Ermordung der jüdischen Bevölkerung den palästinensischen Arabern würde überlassen können. Als Infolge der deutschen Niederlage in der zweiten Schlacht um El Alamein klar wurde, dass die Wehrmacht Palästina nicht würde erobern können, wurde das Einsatzgruppenteam nach Tunis umgeleitet, musste die geplante Deportation der dortigen Juden aber schließlich infolge mangelnder Transportkapazitäten unterlassen. Dass der genozidale Antisemitismus der Nazis auch im arabischen Raum Anhänger hatte und hat, ist hinlänglich bekannt. Am berüchtigsten ist der Fall des Jerusalemer Großmuftis Amin al-Husseini. Siehe Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers: Halbmond und Hakenkreuz. Das „Dritte Reich“, die Araber und Palästina. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2006.
- 5 Bauer: On the Holocaust and Other Genocides, S. 10–11, 12, 13. In einer späteren Publikation schrieb Bauer: „Es ist ganz offensichtlich, dass die Feindschaft/der Hass kein bisschen pragmatischer Natur waren. ... Die dem Holocaust zugrundliegende Motivation war ideologischer Natur und widersprach den wirtschaftlichen und politischen und, in gewissem Ausmaß, sogar den militärischen Interessen Nazideutschlands.“ Yehuda Bauer: Holocaust and Genocide. In ders.: *The World and the Jews*. Zurich: Lit, 2021, S. 113–146, 121.
- 6 Christopher R. Browning: *Nazi Policy, Jewish Workers, German Killers*. New York: Cambridge University Press, 2000, S. 32.
- 7 Bauer: On the Holocaust and Other Genocides, S. 12.
- 8 Bauer: *Holocaust and Genocide*, S. 130.
- 9 Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945, Bd. 2: *Die Jahre der Vernichtung*, aus dem Englisch übersetzt von Martin Pfeiffer. München: C. H. Beck, 2006, S. 16, 17.
- 10 Saul Friedländer: *Ideology and Extermination: The Immediate Origins of the „Final Solution“*. In: Moishe Postone & Eric Santner (Hgg.): *Catastrophe and Meaning. The Holocaust and the Twentieth Century*. Chicago: University of Chicago Press, 2003, S. 17–33, 18.
- 11 Ebd., S. 31–32.
- 12 Bauer: On the Holocaust and Other Genocides, S. 15.
- 13 Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, aus dem Amerikanischen von Brigitte Granzow. München: Piper, 1986, S. 386, 389.
- 14 Ebd., S. 390.
- 15 Ebd., S. 396.
- 16 Ebd., S. 397.
- 17 Dan Diner, Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit der Massenvernichtung. In: *Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart* Nr. 2/1987, S. 23–33, 32.
- 18 Dan Diner, Jenseits des Vorstellbaren. Der „Judenrat“ als Grenzsituation. In ders.: *Gedächtniszonen. Über jüdische und andere Geschichten*. München: C. H. Beck, S. 135–151, 151.

Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern

In den ersten dreieinhalb Jahren seiner Tätigkeit (vom 1.1.2019 bis 19.7.2022) registrierte RIAS Bayern insgesamt 570 antisemitische Vorfälle, die ganz oder teilweise der Kategorie des Post-Schoah-Antisemitismus zuzuordnen waren, bei denen es also um antisemitische Äußerungen und Handlungen ging, die durch bestimmte Formen der Bezugnahme auf die Schoah – Schuldabwehr, Relativierung, Opfer-Täter-Umkehr etc. – gekennzeichnet waren.¹

Zum Verständnis unserer Arbeit ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die von uns registrierten Vorfälle das tatsächliche Ausmaß des Antisemitismus keinesfalls abbilden. Erfasst werden nur Vorfälle, die uns entweder gemeldet werden oder die uns im Rahmen des von uns leistbaren Monitorings zur Kenntnis gelangen. Dass uns antisemitische Vorfälle gemeldet werden, setzt erstens voraus, dass sie als solche erkannt werden, und zweitens, dass Betroffene und/oder Zeugen wissen, dass es uns gibt. Selbst jetzt, wo RIAS Bayern im Freistaat relativ bekannt ist, steht außer Frage, dass die nicht gemeldeten oder registrierten antisemitischen Vorfälle jene, die wir registrieren können, um ein Vielfaches übersteigen. Umso mehr war dies in den ersten Jahren unserer Tätigkeit der Fall. Um Vergleiche von Jahr zu Jahr anzustellen, sind insofern die anteiligen Werte (beispielsweise, wie viele Vorfälle den verschiedenen Kategorien und Erscheinungsformen zuzuordnen waren) gerade in den ersten Jahren gewiss aussagekräftiger als die absoluten Zahlen. Umgekehrt sind geringfügige jährliche Schwankungen wenig aussagekräftig.

Insgesamt registrierte RIAS Bayern im besagten Zeitraum 1091 antisemitische Vorfälle. Mehr als die Hälfte der Vorfälle (52 %) waren also der Kategorie des Post-Schoah-Antisemitismus zuzuordnen. Nach Vorfallsart setzte sich die Gesamtzahl der 570 Schoah-bezogenen antisemitischen Vorfälle wie folgt zusammen: Drei unterhalb der Schwelle zur schweren Körperverletzung bleibende Angriffe auf Personen, 35 gezielte Sachbeschädigungen, sechzehn Bedrohungen, 79 Massenzuschriften und 437 Fälle verletzenden Verhaltens (davon 183 im Rahmen von Versammlungen). Der hohe Anteil der Vorfälle in der Kategorie ‚verletzendes Verhalten‘, bei denen es sich nicht unbedingt um Straftaten handelt, deutet darauf hin, dass der Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern ein weit verbreitetes, relativ niedrigschwelliges Alltagsphänomen ist.

Der politische Hintergrund der Vorfälle konnte lediglich in 51 % der 570 Vorfälle, zugeordnet werden. In den Fällen, in denen der politische Hintergrund

einheitig festgestellt werden konnte, ergab sich das folgende Bild: In 120 Fällen (41 % der Vorfälle, deren politischer Hintergrund ermittelt werden konnte) waren die Vorfälle dem verschwörungsideologischen Spektrum zuzuordnen. In 107 Fällen (37 %) wurden die Täter dem extrem rechten Lager zugeordnet. Vierzig Fälle (vierzehn Prozent) konnten dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden. Die verbleibenden Fälle wurden dem islamischen/islamistischen bzw. dem christlichen/christlich-fundamentalistischen Spektrum zugeordnet.

Von den 570 dem Post-Schoah-Antisemitismus zuzuordnenden Vorfällen ereigneten sich drei Viertel (42,76 %) offline, davon 218 auf der Straße, 48 in einer öffentlichen Grünanlage, 48 an einem Gedenkort, 23 in einer Bildungseinrichtung, 21 im ÖPNV, 21 im Wohnumfeld, dreizehn auf einem Gewerbegelände, elf am Arbeitsplatz, jeweils zehn in einer Geschäftsstelle oder einem öffentlichen Gebäude und sieben in oder an einer Synagoge.

Diese Eckdaten haben sich in den Folgejahren im Großen und Ganzen weiter erhärtet, wobei sich die Vorfälle mit verschwörungsideologischem Hintergrund nach der Corona-Pandemie verringerten. Der Anteil der dem Post-Schoah-Antisemitismus zuzuordnenden Vorfälle an der Gesamtzahl liegt für die Jahren 2019 bis 2023 im Schnitt bei 49 %. Dies ist umso bemerkenswerter, als dieser Anteil 2023 bei ‚nur‘ 36 Prozent lag. Allerdings ist diese Zahl insofern trügerisch, als der niedrigere Anteil der Schoah-bezogenen antisemitischen Vorfälle an der Gesamtzahl gleichzeitig mit einer massive Zunahme der dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnenden Vorfälle nach dem von der Hamas in Israel verübten Massaker vom 7. Oktober einhergeht. Registrierte RIAS Bayern für den Zeitraum 1.1. bis 6.10.2023 insgesamt 374 antisemitische Vorfälle, so kamen im Zeitraum 7.10. bis 31.12.2023 nochmals 359 hinzu. Tatsächlich lag die Zahl der dem Post-Schoah-Antisemitismus zuzuordnenden Vorfälle 2023 nochmals deutlich höher als jeweils in den vorangegangenen erfassten Jahren. Die dramatische Zunahme des israelbezogenen Antisemitismus nach dem Massaker vom Oktober 2023 erfolgt also nicht etwa auf Kosten des Schoah-bezogenen Antisemitismus, sondern kommt zu diesem noch hinzu. Tatsächlich gab es hier deutliche Überschneidungen: Bei den 64 im Zeitraum vom 7.10. bis zum 31.12.2023 erfassten israelbezogenen antisemitischen Vorfällen bei Versammlungen kam es in 28 Fällen (44 %) auch zu dem Post-Schoah zurechenbaren antisemitischen Vorfällen.

Wie die Zunahme israelbezogener antisemitischer Vorfälle nach dem Massaker vom 7. Oktober bereits andeutet, können sich die Schwerpunkte auch innerhalb der jeweiligen Kategorien antisemitischer Vorfälle von Jahr zu Jahr verändern.

„Impfen macht frei“ – Post-Schoah-Antisemitismus im Kontext der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie bildete den Hintergrund für 235 (41%) der von RIAS Bayern im Zeitraum von Anfang 2019 bis zum Sommer 2022 registrierten 570 antisemitischen Vorfälle des Post-Schoah-Antisemitismus. Dabei handelte es sich um eine gezielte Sachbeschädigung, drei Bedrohungen, acht Massenzuschriften sowie 223 Fälle verletzenden Verhaltens. In 140 Fällen fand das verletzende Verhalten im Rahmen von Versammlungen statt. Anders ausgedrückt: bei 140 (77%) der insgesamt 183 dokumentierten Versammlungen, bei denen es zu antisemitischen Vorfällen im Zusammenhang mit der Pandemie kam, war Post-Schoah-Antisemitismus zu verzeichnen. Überwiegend handelte es sich dabei um Relativierungen der Schoah, die die zur Eindämmung der Pandemie tatsächlich oder angeblich ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen mit der Verfolgung der Juden in der Nazizeit gleichsetzten.

Murnau, 17. November 2020

In Murnau war eine Coronademo mit der Auflage gestattet worden, dass Teilnehmer, die sich weigerten, Masken zu tragen, sich in einem von den Maskenträgern getrennten Bereich würden aufhalten müssen. Prompt setzte einer der Redner diese Auflage mit der Selektion an der sogenannten Rampe im Todeslager Auschwitz-Birkenau gleich, an der diejenigen, die zunächst ins Lager kamen, von jenen getrennt wurden, die sofort vergast wurden: „Vielleicht machen wir heute Abend hier nochmal eine Demo und ich würde der Polizei dann vorschlagen, dass die Polizei vielleicht eine Rampe macht, wo die Leute dann kommen und an der Rampe wird dann eingeteilt. Nach links die, die keine Maske tragen, die also nicht arbeitsfähig sind, und nach rechts die anderen. [Applaus] Das wäre dann doch der nächste Schritt, könnte man doch vorschlagen, also wäre doch eine gute Maßnahme. Wenn ihr im Geschichtsunterricht aufgepasst habt, diese Aufteilung von Menschen hat es schon gegeben.“

Im Zeitraum von Anfang 2019 bis zum Sommer 2022 registrierte RIAS Bayern 34 Fälle, in denen die Parole „Impfen macht frei“ auf Masken, Transparenten oder Plakaten zur Schau gestellt wurde. Diese Parole kann nur als Verfremdung und Verharmlosung der Nazi-Parole „Arbeit macht frei“ verstanden werden, die unter anderem über dem Tor mehrerer Lager, darunter auch das Stammlager Auschwitz, prangte. Impfgegner

bemächtigten sich dieser Parole, um zu behaupten, sie würden verfolgt – und womöglich eines Tages getötet werden – wie einst die Juden. Wie so oft, wenn die Schoah als Analogie beschworen wird, haftet dieser Bemächtigung das Paradoxon an, dass einerseits die Bedeutung des eigenen Missbehagens durch die Gleichsetzung erhöht werden soll, dadurch aber gleichzeitig die Schoah massiv relativiert wird. Wenn Impfgegner zur Kennzeichnung ihrer angeblichen Verfolgung während der Pandemie auf die Schoah verweisen, impliziert das umgekehrt, dass die Schoah nicht schlimmer war als der (angebliche) Impfzwang.

Das Gleiche gilt für den Gebrauch des in vielen Fällen mit dem Wort ‚ungeimpft‘ beschriebenen Magen David – der neuzeitlichen, oft als Davidstern bekannten Darstellung des Davidschildes – als Zeichen des Protests gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Das Symbol des sechszackigen Sterns gibt es in verschiedenen Farben und Zusammenhängen, doch ist der gelbe Magen David zumindest in Europa untrennbar mit den gelben Aufnähern verbunden, die Juden (im Sinne der Nürnberger Gesetze von 1935) je nach ihrem Aufenthaltsort ab 1939, 1941 oder 1942 gezwungen wurden, auf ihrer Kleidung anzubringen, damit man sie leichter erkennen und ihrer schneller habhaft werden konnte. Im betreffenden Zeitraum registrierte RIAS Bayern fünfzehn Fälle, in denen der verfremdete Stern im Zusammenhang mit der Pandemie öffentlich zur Schau gestellt wurde. Diese Zurschaustellung deutet daraufhin, wie selbstverständlich der Griff zur Schoah-Relativierung für allzu viele ist.

Zu diesem Themenkomplex haben wir eine Broschüre mit dem Titel „*Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen – Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona*“ veröffentlicht. In der ersten Auflage der Broschüre schrieb Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes Israelitischer Kultusgemeinden in Bayern: „Man könnte angesichts des antisemitischen ‚Geschwurbels‘ meinen, man sei im finsternsten Mittelalter gelandet. Antisemitismus ist ein zentrales Ideologieelement der Coronaproteste. Es ist daher höchste Zeit, die Gefährdung unserer Demokratie, die von diesen Menschen, die sich immer mehr radikalisieren, ausgeht, wahrzunehmen und aktiv zu bekämpfen. Denn es ist zu befürchten, dass die entstandenen Netzwerke auch nach der Pandemie nicht verschwinden werden.“

Schusters Befürchtungen bewahrheiteten sich prompt. Nach dem Abklingen der Pandemie orientierte sich das verschwörungsideo logische

Milieu mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine in diese Richtung und verortete die Schuld für den Krieg gegen die Ukraine teilweise oder in Gänze bei ‚den Amerikanern‘, der NATO oder ‚dem Westen‘. Es wurden bei verschwörungsideologischen Versammlungen unterdessen etwa auch Banner mit Karikaturen des ukrainischen Präsidenten als weltbedrohende Krake gezeigt und ähnliches mehr.

Die dritte und erweiterte, 2023 erschienene Auflage dieser Broschüre ist online erhältlich: https://report-antisemitism.de/documents/2023-03-Co-rona_Report_web_3_Auflage.pdf

Regensburg, 16. Mai 2020

Etwa 300 Menschen folgten einem Aufruf zu einer Kundgebung unter dem Motto „Solidarität mit den Coronaopfern“ – womit nicht die infolge der Krankheit gestorbenen oder beeinträchtigten Menschen, sondern jene gemeint waren, die sich für Opfer der zur Eindämmung der Krankheit ergriffenen Maßnahmen hielten. Einer der Ordner trug einen Magen David aus Filz mit dem Aufdruck „Nicht Corona geimpft!“

Nürnberg, 19. Dezember 2021

Bei einer von der AfD organisierten Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen führte eine Teilnehmerin ein Schild mit der Aufschrift „Impfung macht frei“ mit.



„Stop doing what Hitler did to you“. Post-Schoah-Antisemitismus im Kontext des antiisraelischen Aktivismus

Von den insgesamt 1091 im Zeitraum von Anfang 2019 bis zum Sommer 2022 von RIAS Bayern erfassten antisemitischen Vorfällen waren 227 (21%) der Kategorie des israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen. Von diesen 227 Vorfällen kombinierten 110, also fast die Hälfte (48%) und damit mehr als zehn Prozent aller registrierten Vorfälle, Schoah- und Israelbezogene antisemitische Motive. Dabei handelte es sich um drei gezielte Sachbeschädigungen, zwei Bedrohungen, 32 Massenzuschriften und 73 Fälle verletzenden Verhaltens, davon 37 im Rahmen öffentlicher Versammlungen.

Ein Fünftel dieser Vorfälle (22) wurde während des Kriegs zwischen Israel und der Hamas bzw. dem Palästinensischen Islamischen Dschihad im Mai 2021 registriert.

Aus diesem Anlass kam es weltweit zu antiisraelischen Kundgebungen und Demonstrationen, so auch in Bayern. In sechzehn dieser Fälle waren die entsprechenden Aussagen im Rahmen öffentlicher Kundgebungen zu verzeichnen.

Nürnberg, 14. Mai 2021

Knapp 300 Menschen versammelten sich am 14. Mai 2021 (dem Jahrestag der israelischen Staatsgründung im Jahr 1948) im Nürnberger Westpark zu einer antiisraelischen Kundgebung. Eine Teilnehmerin führte ein Schild mit, auf dem es unter anderem hieß: „Wollt ihr wirklich die übertreffen, die euch nieder getreten haben ... und aus den Palästinensern die neuen Juden machen?“ Auf weiteren Schildern waren die Aufschriften „Stop Doing what Hitler did to you“ und „One Holocaust doesn't justify another“ zu lesen.

München, 16. August 2022

Ein Sicherheitsmitarbeiter zeigte einer Delegation israelischer Sportler, die sich anlässlich der European Championships in München aufhielt und auf dem Weg zu den Gedenkorten war, die an die Opfer des palästinensischen Terroranschlags auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen von 1972 erinnern, den Hitlergruß.

München, 23 Mai 2021

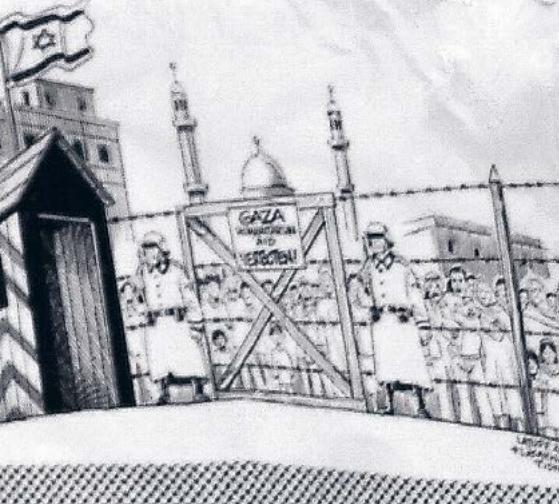
Bei einer Kundgebung auf dem Münchener Marienplatz setzte einer der Redner Israel wiederholt mit Nazideutschland gleich und den Gazastreifen mit einem KZ. Auf die Aussage, er „denke und fühle, dass, wer heute pro Israel ist, der wäre im letzten Jahrhundert pro Drittes Reich gewesen“, erhielt er Applaus. „Und wer heute pro Zionismus ist, der wäre im letzten Jahrhundert pro Nationalsozialismus gewesen“, meinte er weiter. Die Israelis seien heute „die Wächter der Mauern ... dieses KZs“, womit Gaza gemeint war. Und weiter: „Die Opfer des Holocaust würden jedem eine Ohrfeige verpassen, der sagt, dass KZ-Wächter ein Recht auf Selbstverteidigung hätten“.

München, 29. Mai 2021

„Genau wegen der Geschichte Deutschlands“, meinte einer der Redner bei einer Kundgebung auf dem Münchener Odeonsplatz, „sollte Merkel sich schämen, Solidarität mit dem Staat Israel auszusprechen.“ Auf einem Schild war ein Cartoon von Carlos Latuff abgebildet. Zu sehen war ein Wohnviertel mit einer Moschee und einer Gruppe Zivilisten hinter Stacheldraht. Über dem Eingang stand „Gaza – Humanitarian Aid Verboten“. Vor dem Zaun standen ein mit einer israelischen Fahne versehenes Wachhaus und zwei Soldaten in Wehrmachtsuniform. Auf einem weiteren mitgeführten Schild stand „Gaza Ghetto“.

Israel beginnt weder damals, noch begeht oder plant es heute einen Genozid, geschweige eine Wiederholung der Schoah. Es verschleppt keine Palästinenser an Orte, an denen eigens Mordfabriken errichtet wurden, und es ist auch nicht entschlossen, die Welt durch die Auslöschung eines angeblichen ‚Palästinensertums‘ zu erlösen. Wer das Gegenteil behauptet,





instrumentalisiert die Schoah, um sie als Kampfmittel gegen Israel einzusetzen und das Land grundlos schlimmster Verbrechen zu beschuldigen. Aus der falschen Voraussetzung ergibt sich dann folgerichtig die falsche Folgerung: Wenn die Israelis bzw. die Zionisten (womit allzu oft ohnehin ‚die Juden‘ gemeint sind) die neuen Nazis sind, dann ist man nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, dem eigenen Antisemitismus freien Lauf zu lassen. Im Gegensatz zu dem krassen ‚rassischen‘ Antisemitismus der Nazis präsentiert der israelbezogene Antisemitismus sich gerne als vermeintlich ehrbare ‚Israelkritik‘. Allerdings ist auch die unverhohlene Forderung nach Israels Beseitigung inzwischen, insbesondere seit dem genozidalen Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, immer öfter zu vernehmen.

Antisemitische Aussagen sagen über Juden ohnehin nichts aus, wohl aber über die Antisemiten. Aus der Tatsache, dass der Antisemitismus eine Form der pathischen Projektion ist, folgt unter anderem, dass antisemitische Aussagen über angebliche jüdische/israelische Untaten in vielen Fällen tatsächlich Aussagen darüber sind, was die Antisemiten selbst den Juden/Israelis antun wollen. Wenn die Antisemiten Israel unaufhörlich der Absicht beschuldigen, mit den Palästinensern so zu verfahren, wie die Nazis einst mit den Juden verfuhren, so drückt sich darin tatsächlich ihre eigene Absicht aus, eine ‚judenreine‘ Welt zu schaffen.

Zum israelbezogenen Antisemitismus im Kontext des damaligen Gaza-kriegs haben wir eine Broschüre mit dem Titel „*From the river to the sea*“ – *Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021* veröffentlicht. In ihrem

Vorwort zu der Broschüre schrieb die damalige israelische Generalkonsulin in München, Sandra Simovich:

Als israelisches Generalkonsulat suchen wir gezielt den Austausch mit jungen Menschen und gehen dafür an Schulen oder halten gemeinsame virtuelle Gesprächsrunden ab. In jüngster Zeit kam es bei diesen Treffen vermehrt vor, dass die Frage gestellt wurde, ob der israelisch-palästinensische Konflikt mit dem Holocaust verglichen werden könne.

Nicht wenige Schüler und Schülerinnen lassen keinen Zweifel daran, dass sie Israel als den alleinigen Aggressor im Konflikt mit den Palästinensern und anderen arabischen Staaten ansehen. So wird Israel bezichtigt, einen Völkermord an den Palästinensern zu begehen, ebenso wie die Nationalsozialisten einen Genozid an den europäischen Juden begingen.

Für Israelis ist dieser Vergleich eine Schockerfahrung, vor allem da der/die Fragende oftmals gar nicht weiß, was der Begriff Holocaust bezeichnet. Das ist gleichermaßen enttäuschend wie tief verletzend. Auf die Nachfrage, ob man denn wisse, was während des Holocausts geschehen sei, antwortete eine Schülerin, dass Juden „ausgegrenzt wurden“.

Wenn Deutsche offenbaren, dass sie unwissend und/oder uninteressiert an der Geschichte des Völkermordes an den europäischen Juden sind, so kommt dies für viele Israelis einer Diffamierung der Ermordeten gleich. Oft muss bei den Gesprächen erklärt werden, dass der Vergleich und die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem nationalsozialistischen Genozid an den europäischen Juden die Schuld Deutschlands am Holocaust relativiert. Bei einem Gespräch führte diese Erklärung dazu, dass eine Schülerin sich für ihre Frage, wie der israelisch-palästinensische Konflikt mit dem Holocaust zu vergleichen sei, entschuldigte. Es geht aber nicht darum, dass sie diese Frage stellte, sondern darum, warum sie diese Frage stellte.

Exemplare dieser Broschüre können bei info@rias-bayern.de bestellt werden und sie ist als Download verfügbar auf <https://report-antisemitism.de/publications/>.

„Reißt die Holocaust-Denkmäler ab!“ Post-Schoah-Antisemitismus in (Massen-)Zuschriften

In der Zeit von Anfang 2019 bis zum Sommer 2022 registrierte RIAS Bayern 91 Fälle von Post-Schoah-Antisemitismus in Mitteilungen per Post (31) oder Email (60). In 79 Fällen handelte es sich dabei um Massenzusendungen, also um Mitteilungen, die an mehrere Empfänger gleichzeitig adressiert waren. Viele dieser Zusendungen, die sich an Privatpersonen oder Institutionen bzw. aus der Politik oder den Medien bekannte Persönlichkeiten richteten, übermittelten ungewöhnlich ausführliche Texte, deren Autoren in etlichen Fällen kein antisemitisches Stereotyp ausließen.

München, 27. März 2021

Eine Münchener Einrichtung der Jugendarbeit erhielt eine Email mit dem Betreff: „Reißt die Holocaust-Denkmäler ab! Hundert Jahre Krieg der Zionisten gegen Deutschland und die Welt“. Der Text des Emails bestand aus einem Sammelsurium an antisemitischen Wahnvorstellungen, die im Schnelllauf durch die Menschheitsgeschichte die Existenz einer jüdischen Weltverschwörung beweisen sollten.

„Die Juden“ würden seit „über hundert Jahren Krieg gegen Deutschland führen“; der Zionismus verfolge „die Eroberung der Weltherrschaft“; „Rache und unersättliche Gier“ seien „Wesenszüge des Judentums“ und „jüdisches Recht“ untersage die „Vermischung“ verschiedener Kulturen. Israel, dem in der Email das Existenzrecht abgesprochen wurde, agiere nicht nur im Nahen Osten, sondern weltweit als Kriegstreiber und würde Palästinenser „massakrieren“. Antisemitismus sei eine „Fiktion“ und die Schoah nichts als ein „Märchen“, eine „Lüge“ und ein „Totschlagargument“.

Der Email war eine hausgemachte Zeichnung beigefügt. Sie zeigte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Flucht von einem explodierenden Schiff mit deutscher Flagge nach Israel. Die Zeichnung dürfte sich auf das absurde Gerücht bezogen haben, Merkel sei Jüdin und daher nicht nur unfähig, dem deutschen Volk zu dienen, sondern betreibe aktiv Deutschlands Zerstörung.

Bayernweit, 2021

Siebzehn Empfänger und Empfängerinnen erhielten einen identischen Kettenbrief. Dem Brief beigefügt waren Kopien verschiedener

Materialien, die die Schoah relativierten und die Funktion der Konzentrationslager infrage stellten.

Darunter war die Kopie eines Artikels aus dem Londoner *Daily Express* vom Frühjahr 1933 mit der Überschrift „Judäa erklärt Deutschland den Krieg“ als angeblicher Beweis dafür, dass die Juden für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen seien.² Zudem sollten verschiedene Auszüge aus jüdischen Rechtstexten den Wahrheitsgehalt antisemitischer Stereotype belegen. Ein weiteres Dokument sollte zeigen, dass die Nazis die Miss-handlung von KZ-Gefangenen untersagten. Bevölkerungsstatistiken für den Zeitraum von 1933 bis 1948 belegten angeblich, dass die Schoah nicht stattgefunden haben konnte. Eine annotierte technische Zeichnung war als vermeintlicher Beweis dafür beigelegt, dass die Gaskammern lediglich der Entlausung der Gefangenen gedient hätten und Zyklon B ein ganz gewöhnliches Entlausungsmittel gewesen sei.

Neben dem seltsamen Widerspruch, dass der Autor des Kettenbriefs einerseits das Geschehene leugnete, andererseits die Juden für das nicht Geschehene verantwortlich machte, fallen an dem Kettenbrief vor allem das Missionsbewusstsein des Autors und die Dringlichkeit des vorgetragenen Anliegens auf, durch die aus den antisemitischen Äußerungen eine Aufforderung zu antisemitischem Handeln wird. Die bereitgestellte Information müsse dringend größere Verbreitung finden. Die Welt müsse die ‚Wahrheit‘ über die Juden und die Schoah erfahren, nicht nur, weil die Wahrheit der Unwahrheit grundsätzlich vorzuziehen sei, sondern weil die Welt sich sonst in unmittelbarer Gefahr befindet. Die Opfer seien nicht die Juden, sondern die Deutschen, die zu Unrecht denunziert und verfolgt würden, um eine ‚Wahrheit‘ zu verbergen, die die Welt befreien würde. Im Bewusstsein seines Urhebers handelte es sich bei dem Kettenbrief schlicht um eine dringend gebotene Form der Notwehr.

Im Fall des Kettenbriefs ging der Aufruf zu handeln über die Verbreitung der entsprechenden Informationen nicht hinaus. Zu Ende gedacht können derartige Aufrufe allerdings auch wesentlich gravierendere Folgen zeitigen. Den Terroristen, der an Jom Kippur 2019 die Synagoge in Halle angriff, motivierte die ‚Einsicht‘, dass ‚der Jude‘ für die seines Erachtens gravierendsten globalen Herausforderungen – Feminismus, sinkende Geburtenraten und Migration – verantwortlich sei. Auch er war davon überzeugt, dass die Schoah nicht stattgefunden habe. Auch der Terrorist, der 2020 in Hanau zehn Menschen ermordete (von denen die meisten

entweder einen kurdischen und türkischen Migrationshintergrund hatten oder Roma waren), glaubte, obwohl der Anschlag sich nicht gezielt gegen Juden richtete, an mehrere antisemitische Verschwörungsmythen. Die Überzeugung, dass die von ‚den Juden‘ ausgehende Gefahr so gewaltig sei, dass nur extremste Formen des ‚Widerstands‘ ihr noch Einhalt gebieten könnten, war es auch, die die Nazis davon überzeugte, nur die Ermordung sämtlicher Juden könne das Überleben der Menschheit garantieren.

„Was erzählt Ihr für Lügen?“ Antisemitische Vorfälle an Gedenkorten

Im Zeitraum von Anfang 2019 bis zum Sommer 2022 registrierte RIAS Bayern 48 antisemitische Vorfälle, die sich an Gedenkorten zutrugen. In fast der Hälfte der Fälle (23) handelte es sich um Sachbeschädigungen. Dabei wurden entweder Gedenkzeichen beschädigt oder Gedenkorte mit antisemitischen Parolen beschmiert. In die Kategorie verletzenden Verhaltens fielen 20 Vorfälle. Die Regelmäßigkeit, mit der RIAS Bayern immer wieder antisemitische Vorfälle an Gedenkorten verzeichnen muss, deutet darauf hin, dass das Gedenken an die Schoah allzu viele Menschen in Deutschland weiterhin dermaßen irritiert, dass sie den Drang, darauf mit offener Aggression zu reagieren, nur schwer – oder gar nicht – zu unterdrücken vermögen.

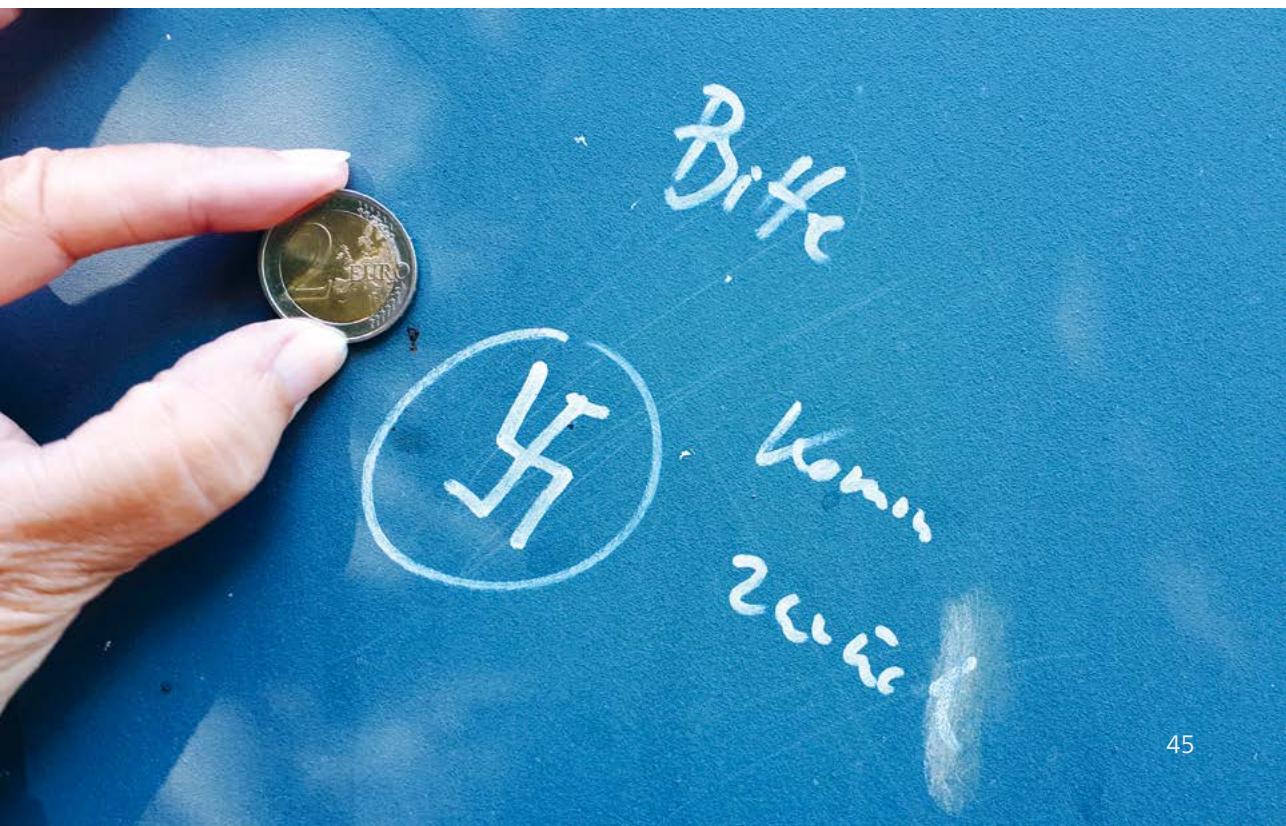
München, 21. April 2019

Am 21.4.2019 wurde RIAS Bayern gemeldet, dass unbekannte Täter über Ostern ein Denkmal mit einer Doppelsigrune, dem Symbol der SS, beschmiert hatten. Bei dem Denkmal handelte es sich um die im November 2016 eingeweihte Skulptur „Gebeugter leerer Stuhl“ an der Obermenzinger Pfarrkirche Leiden Christi, die an die verfolgten, vertriebenen und ermordeten Juden des Orts erinnern soll.

Kaufering, 2. Oktober 2021

Bei einer Führung am Gedenkort für das Lager Kaufering VII (der jetzigen Europäischen Holocaustgedenkstätte) bemerkte einer der Teilnehmer auf der Rückseite einer der Informationstafeln ein Hakenkreuz und die Worte „Bitte komm zurück“. Die Stiftung Bayerische Gedenkstätten erstattete Anzeige.

Kaufering VII gehörte zum Lagerkomplex Kaufering, dem im Sommer 1944 eingerichteten größten Netzwerk Dachauer Nebenlager, in dem überwiegend jüdische Gefangene (von denen viele angesichts des Arbeitskräftemangels in Deutschland aus Lagern im Osten zurückgebracht worden waren) in teilweise unterirdischen Produktionsstätten der Rüstungsindustrie Zwangsarbeit verrichten mussten. Die Bedingungen in Kaufering waren, selbst an den sonst üblichen Maßstäben in deutschen Lagern gemessen, besonders verheerend, und ein Großteil der Gefangenen starb innerhalb kürzester Zeit. Daher gibt es in der Gegend der ehemaligen Lager zahlreiche Massengräber.



Würzburg, Mai/Juni 2022

Vor dem Würzburger Hauptbahnhof steht ein Mahnmal zum Gedenken an die in den Jahren 1941 bis 1944 aus Unterfranken in die osteuropäischen Transitghettos und Todeslager deportierten Juden, das im Juli 2020 und Mai 2023 auch beschädigt wurde. Es besteht aus drei Informationstafeln und einigen Dutzend symbolischen Gepäckstücken aus Beton.

Von April bis Juli 2022 präsentierte eine Darstellerin des Mainfranken Theaters Würzburg dort eine Bearbeitung von Anne Franks Tagebuch. Da es den Verantwortlichen offenbar gar nicht in den Sinn gekommen war, dass es auf die Vorstellungen auch negative Reaktionen geben könnte, hatte das Theater im Voraus keinerlei Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Erst als es über verschiedene Vorfälle informiert wurde, entsandte es schließlich einen Beschäftigten zum Mahnmal, um während der Vorstellungen für Ordnung zu sorgen.

Nachdem bei RIAS Bayern mehrere relevante Meldungen eingegangen waren, haben wir mehrere Vorstellungen beobachtet, bei denen es auch zu antisemitischen Störungen kam. Am 6. Mai 2022 kommentierte ein Passant die Vorstellung mit den Worten: „Was für eine scheiß Judenveranstaltung hier, was erzählt ihr für Lügen?“ Am 10. Juni rief ein Passant laut „Juden!“, während andere die Vorstellung durch unverständliche Rufe, Lachen und demonstratives Kopfschütteln störten und dabei auf die Schauspielerin zeigten. Am 12. Juni waren von einem Keffiyeh tragenden Passanten mehrere unverständliche Rufe in Richtung des Mahnmals zu hören. Am 13. Juni meinte ein Passant, er werde „in 100 Jahren nicht verstehen, warum stellt man das da hin?“, und es waren erneut unverständliche Rufe zu vernehmen. Am 15. Juni wurden mehrere Theaterangestellte vor der Vorstellung von einer Passantin angesprochen. „Habt ihr Juden dabei?“ wollte sie wissen. Sie sei antisemitisch eingestellt, da sie so erzogen worden sei und ihr Vater „im Schützengraben“ gekämpft habe. Zusammen mit ihren beiden Begleitern setzte sie sich auf den Teil des Mahnmals, der als Bühne diente, und weigerte sich längere Zeit, diese freizugeben.

Die Leiterin von RIAS Bayern, Annette Seidel-Arpaci, sagte zu den Vorfällen: „Wenn eine öffentliche Theaterinszenierung an einem Ort des Gedenkens an die Schoa vor antisemitischen Pöbeleien nicht sicher ist, so zeigt dies, dass man nicht an die Ermordeten erinnert werden möchte. Das

Gedenken stört, man will überhaupt nichts hören von und über Juden. Nichts über die von den Vorfahren Ermordeten aber auch nichts von den Lebenden. Das wird dann auch jederzeit im Alltag zum Ausdruck gebracht, wenn man zufällig auf ‚etwas Jüdisches‘ stößt. Es ist furchtbar, dass die junge Hauptdarstellerin Angst haben muss, öffentlich aufzutreten. Diese antisemitischen Zustände dürfen nicht verschwiegen oder beschwichtigt werden.“

- 1 Bei Vorfällen, die mehreren Erscheinungsformen zuzuordnen sind, werden sämtliche zutreffenden Formen bei der Dokumentation des Vorfalls vermerkt.
- 2 Die Überschrift im *Daily Express* (Nr. 10,258) vom 24.3.1933 leitete einen Artikel ein, der den Mut der Juden lobte, die in verschiedenen Ländern einen wirtschaftlichen Boykott gegen Nazideutschland organisierten: „Das Erscheinen des Hakenkreuzes als Symbol eines neuen Deutschlands hat den Löwen Judas, das alte Schlachtbanner stolzen jüdischen Widerstands, auf den Plan gerufen. ... Das Weltjudentum hat beschlossen, diese Wiederbelebung der mittelalterlichen Judenhetze nicht einfach hinzunehmen. ... Das altehrwürdige und wiedervereinte Volk Israels rüstet sich mit neuen und modernen Waffen, um den uralten Kampf gegen seine Verfolger aufzunehmen.“

Fallstudie 1:

Von Pösing nach Palästina.
Der postkoloniale
Angriff auf das Gedenken
an die Schoah



Viele der Reaktionen und Nichtreaktionen auf das von der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel verübte genozidale Massaker haben gezeigt, wie weit postkoloniale Ideologie inzwischen in den gesellschaftlichen Mainstream vorgedrungen sind. Was vor fünfzehn oder 20 Jahren noch die abwegige Obsession einer lautstarken aber relativ abseitigen akademischen und künstlerischen Elite zu sein schien, wird inzwischen von weiten gesellschaftlichen Kreisen ganz selbstverständlich geteilt. Nach 2000 Jahren, in denen Juden nie ‚weiß‘ genug waren, um akzeptiert zu werden bzw. am Leben bleiben zu dürfen, heißt es nun, sie seien weißer als weiß, genössen schon in der Diaspora allzu viele Privilegien und seien, sofern sie in Israel leben, Kolonialisten und damit die Verkörperung des Bösen schlechthin. Diese manichäische Sichtweise positioniert Juden jenseits jeder zwischenmenschlichen Solidarität.

Unfreiwillige Gemeinsamkeiten

Der Postkolonialismus ist die gegenwärtig einflussreichste Form des seit dem 19. Jahrhundert in verschiedenen Formen stets aufs Neue auftretenden Antiimperialismus. Ähnlich wie Antisemitismus stets der Antisemitismus der Anderen zu sein scheint, so scheint auch der Imperialismus stets der Imperialismus der Anderen zu sein. Sowohl die Alte als auch die Neue Linke haben wiederholt grausamste Diktaturen, nicht nur, aber insbesondere im heutigen sogenannten Globalen Süden, unterstützt, weil im antiimperialistischen Kampf der Gegner meines Gegners ein Freund sein soll, selbst wenn das Verhalten des betreffenden ‚Freunds‘ allem widerspricht, was man sonst für richtig hält (oder zu halten vorgibt). Linke und rechte Antiimperialisten mögen sich darin unterscheiden, wen sie jeweils für die ‚Guten‘ und die ‚Bösen‘ halten, doch ist ihre Logik in aller Regel ununterscheidbar, sie geht nur jeweils von einem anderen Ausgangspunkt aus. Ebenfalls gemeinsam ist linken und rechten Antiimperialisten ein militanter Antiamerikanismus und eine ausgeprägte Empfänglichkeit für antisemitische Stereotype.

◀ Pösing, April 2019

Kapelle „Unschuldige Kinder – der stumme Schrei“

Foto: Pedro Ximenez, wikipedia

Infofern ist es weniger überraschend, als man zunächst vielleicht denken würde, dass der erste von RIAS Bayern – nur wenige Monate, nachdem wir Anfang 2019 unsere Arbeit aufgenommen haben – registrierte Fall von antiimperialistischer Schoah-Relativierung nicht auf postkoloniale Linke zurückging, sondern auf einen militanten christlichen Abtreibungsgegner. Im oberpfälzischen Dorf Pösing hat dieser eine private Kapelle errichtet, in der Abtreibung als „Der größte Völkermord in der Geschichte der Menschheit“ beschrieben und der „Holocaust“ an ungeborenen Kindern“ beklagt wird. Ausgestellt wird in der Kapelle auch der Leserbrief eines Arztes vom Dezember 1982, der zwar auch einiges an den ehemaligen Westalliierten auszusetzen hat, dessen Zorn sich aber in erster Linie gegen das richtete, was die Nazis „Kolonialbolschewismus“ nannten.¹ In dem Brief heißt es u. a.:

„Auch die schönste Holocaust TV-Wiederholung samt Fernseh-Diskussion hat mir nicht klarmachen können, warum wir uns permanent über die Verbrechen der toten Nazis entrüsten müssen. Wo wir doch gleichzeitig über die Verbrechen höchst lebendiger Mörder so merkwürdig laut schweigen. Wenn es schon unschicklich ist, über die alliierten Verbrechen an Deutschen zu sprechen – wann bitte unterhalten wir uns einmal über den millionenfachen Holocaust an den Indianern oder den Maoris? Wann über die Ausrottung der Weißrussen, Kulaken, Wlassow-Leute, Krim-Tataren oder der Krasnow-Kosaken? Auch das waren Millionen! Wann endlich sehen wir die Holocaust-Filme über Afghanistan, Vietnam und Kambodscha? Wann die über Palästina oder den Libanon?“²

Zu Holocaust

12/82

Auch die schönste Holocaust-TV-Wiederholung samt Fernseh-Diskussion hat mir nicht klarmachen können, warum wir uns permanent über die Verbrechen der toten Nazis entrüsten müssen. Wo wir doch gleichzeitig über die Verbrechen höchst lebendiger Mörder so merkwürdig laut schweigen. Wenn es schon unschicklich ist, über die alliierten Verbrechen an Deutschen zu sprechen – wann bitte unterhalten wir uns einmal über den millionenfachen Holocaust an den Indianern oder den Maoris? Wann über die Ausrottung der Weißrussen, Kulaken, Wlassow-Leute, Krim-Tataren oder der Krasnow-Kosaken? Auch das waren Millionen! Wann endlich sehen wir die Holocaust-Filme über Afghanistan, Vietnam und Kambodscha? Wann die über Palästina oder den Libanon? Wann entrüstet sich der furchtlose Antifaschist Heinrich Albertz über den Embryocaust unserer Tage? Wann der mutige Stefan Heym? Die Nazis gebrauchten für Judenmord die harmlosen Ersatzworte „Sonderbehandlung“ und „Endlösung“. Unsere moraltriefende, bundesnachkriegsdeutsche Avantgarde hat für Kindermord das schöne Wort „Schwangerschaftsabbruch“ erfunden! (Auf Krankenschein! Versteht sich!). Ganz zart besaitete Gemüter pflegen bei uns mit unschuldigem Augenaufschlag klangvoll über „Geburtenregelung“ zu plaudern. „Endlösung für ungeborene Kinder“ wäre beziehungs voller und richtiger!

Leserbrief
Dezember 1982

► Pösing, 2019

Dieser Leserbrief von 1982 wird in einer privaten Kapelle zur Schau gestellt, in der (wie auch in dem Brief) Abtreibung mit der Schoah gleichgesetzt wird.

Postkoloniale Theorie

Im Prinzip könnte der postkoloniale Ansatz entscheidend zur Diskussion der europäischen Kolonialgeschichte und ihrer Auswirkungen auf die Gegenwart beitragen. Dabei geht es um eine Vielzahl von Fragen, beispielsweise mit Blick auf die Berechtigung bestimmter Reparationsforderungen; geplünderte Ausstellungsgegenstände und menschliche Überreste, die sich in europäischen Sammlungen befinden; problematische Denkmäler und Straßennamen; und Formen des Rassismus, die aus kolonialistischen Vorstellungen und Praktiken hervorgegangen sind. Ähnlich wie beim Antiziganismus oder der verspäteten und schleppenden Leistung von Entschädigungszahlungen an Opfer des deutschen Eroberungs- und Vernichtungskriegs in Osteuropa, gibt es hier noch viel zu tun.

Doch für allzu viele postkoloniale Intellektuelle und Aktivisten ist der postkoloniale Ansatz untrennbar mit einem massiven und entschlossenen Angriff auf die Spezifität der Schoah und das angemessene Gedenken an ihre Opfer verbunden. Wie bereits erwähnt, war es vor allem der unbeirrbarer Einsatz der Überlebenden, der in der Bundesrepublik allmählich eine Gedenkkultur entstehen ließ. Diese ist allzu oft oberflächlich und geht in vielen Fällen über Lippenbekenntnisse kaum hinaus. Es gibt an ihr also jede Menge zu kritisieren, und vieles wäre noch zu tun, ehe sie als der Sache wirklich angemessen gelten könnte. Doch postkoloniale Intellektuelle und Aktivisten behaupten, die Deutschen seien mit dem Gedenken und der kritischen Aufarbeitung schon seit langem viel zu weit gegangen.

Der postkoloniale Ansatz braucht rein konzeptionell gesehen nicht antisemitisch zu sein. Problematische Aussagen postkolonialer Intellektueller und Aktivisten über die Schoah sind auch nicht unbedingt (im Sinne der RIAS-Kriterien) antisemitisch.

Man wird jedoch schwer leugnen können, dass die Behauptung, die deutsche Gesellschaft habe sich schon viel zu intensiv mit der Schoah auseinandergesetzt und müsse sich endlich von dieser Obsession emanzipieren, die Normalisierung der Schoah und Schoah-bezogene antisemitische Ressentiments befördert.

Dies hat sich in den letzten Jahren anhand mehrerer medienwirksamer Kontroversen, die das zunehmende Vordringen des postkolonialen Ansatzes in die Mitte der Gesellschaft widerspiegeln, deutlich nachvollziehen

lassen. Was einst die Obsession einer zwar lautstarken aber relativ kleinen Riege im Wissenschafts- und Kultursektor war, eroberte nun das deutsche Kulturleben und Feuilleton. Im Folgenden besprechen wir zunächst zwei von prominenten postkolonialen Intellektuellen veröffentlichte programmatiche Erklärungen und dann drei konkrete Beispiele, die illustrieren, wie etabliert der Ansatz in Deutschland inzwischen ist: Die von der Ruhrtriennale 2020 ausgesprochene Einladung an Achille Mbembe, einen der international prominentesten Vertreter des postkolonialen Ansatzes; die bereits erwähnte *documenta15* in Kassel; und eine in Berlin abgehaltene Konferenz mit dem Titel „Hijacking Memory“.

Eingebildete Verbote und die reine Lehre

Im Frühjahr 2021 veröffentlichten Michael Rothberg und Jürgen Zimmerer eine programmatiche Erklärung mit dem Titel „Enttabuisiert den Vergleich!“ Was sie zu sagen hatten, war keineswegs neu, doch war es selten an so öffentlichkeitswirksamer Stelle formuliert worden. Rothberg und Zimmerer waren schon seit Jahren dafür bekannt, dass sie die Schoah vor allem für eines in einer langen Reihe (deutscher) Kolonialverbrechen hielten. Bei Zimmerer konnte man das schon 2011 in seiner Aufsatzsammlung *Von Windhuk nach Auschwitz?* nachlesen. Rothberg war zwischenzeitlich mit der Forderung nach einem ‚multidirektionalen‘ Erinnern aufgewartet, das Kolonialverbrechen und der Schoah angeblich gleichermaßen gerecht würde.

Folge man ihrem Ansatz, behaupteten Rothberg und Zimmerer, so stünde „am Ende ... nicht weniger deutsche Verantwortung, sondern mehr, nicht weniger, sondern mehr Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus“, und dies sei doch wohl der Zweck der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nazis im Allgemeinen und der Schoah im Besonderen. Sie bestritten ausdrücklich, dass sie die Singularität der Schoah und damit das Ausmaß der deutschen Schuld und Verantwortung infrage stellen wollten. Einmal angenommen, sie hätten dies ernst gemeint, müsste man davon ausgehen, ihr Manifest sei ihnen entglitten, denn darin wird die Präzedenzlosigkeit der Schoah sehr wohl bestritten.

Die Forderung nach einer ‚Enttabuisierung‘ des Vergleichens war ohnehin überflüssig, denn das angebliche Tabu hat es nie gegeben und kann es auch gar nicht geben.³ Gemeint ist in diesem Kontext nicht ‚Vergleich‘

sondern ‚Gleichsetzung‘. Zugegeben, umgangssprachlich werden die Begriffe allzu oft synonym gebraucht. Doch kann ja kein Akademiker ernsthaft behaupten wollen, es sei ihm oder ihr nicht klar, dass gerade die Feststellung, etwas sei singulär oder präzedenzlos, überhaupt nur auf der Grundlage eines Vergleichs getroffen werden kann. Das Beharren auf der Präzedenzlosigkeit der Schoah setzt den Vergleich mit anderen Genoziden, Kollektivverbrechen und Massenmorden also zwangsläufig voraus.

Es stellt sich also die Frage, was Rothberg und Zimmerer damit beabsichtigten, zu behaupten, es gäbe ein solches Verbot „jedes Vergleichs und In-Beziehung-Setzens“ der Schoah zu anderen, Vergleiche nahelegenden Phänomenen.⁴ Sie wählten die altbewährte Pose des tapferen Tabubrechers, der sich traut, Wahrheiten, die der Gesellschaft angeblich vorenthalten werden, furchtlos auszusprechen. Die Pose erweist sich stets aufs Neue als überraschend wirksam – und ist fast immer das Markenzeichen von Konformisten. In aller Regel konfrontiert der Tabubrecher sein Publikum mitnichten mit unbequemen Wahrheiten, er spricht ihm aus der Seele. In diesem konkreten Zusammenhang stellt sie auch eine Form der Opfer-Täter-Umkehr dar. Die Tabubrecher präsentieren sich als die Opfer derer, die angeblich aus unlauteren Motiven zu viel Aufmerksamkeit für die tatsächlichen Opfer verlangen. Es ist die gleiche Pose, die Martin Walser einnahm, als er 1998 – „vor Kühnheit zitternd“ – seine berüchtigte Paulskirchenrede hielt, in der er bemängelte, die Rede von Auschwitz sei zu einer „Moralkeule“ geworden.

Rothberg und Zimmerer argumentierten nun, dass ein Tabu wie das von ihnen behauptete natürlich durchgesetzt und überwacht werden müsse. Folglich muss es also irgendwelche Missetäter geben, die genau das tun. Durch die Verwendung zahlreicher Passivkonstruktionen ohne grammatisches Subjekt vermieden Rothberg und Zimmerer es sorgsam, diese Missetäter zu benennen. Wer ihnen dabei vorschwebte, lässt sich jedenfalls anhand des Manifests nicht eindeutig feststellen. Doch ergibt sich umgekehrt das Problem, dass vage Anspielungen auf nicht näher bezeichnete Autoritäten, die der Gesellschaft die Wahrheit vorenthalten und bestimmten Gruppen unverdiente Privilegien einräumen, seit Jahrhunderten mehr oder weniger unweigerlich antisemitisch aufgeladen (gewesen) sind. Keine andere Gruppe ist historisch in gleichem Maße und so regelmäßig wie die Juden als unsichtbare Macht denunziert worden, die hinter den Kulissen die Fäden zieht.

Die Hohepriester der Erinnerung und Muslime als die ‚neuen Juden‘

Es dauerte nicht lange, ehe über die Missetäter dann doch Näheres zu erfahren war, beispielsweise in der vom Historiker Dirk Moses verfassten Apologie für das Manifest von Rothberg und Zimmerer.⁵ Ignoriert man den relevanten Forschungsstand und die Ergebnisse sämtlicher Umfragen zum Thema und glaubt stattdessen Moses, so geht dem gesamten deutschen Volk nichts über die Sicherheit der Juden und Israelis. Im „Katechismus der Deutschen“, sei die Schoah fest verankert als ein „heiliges Trauma, das um keinen Preis durch andere Ereignisse – etwa durch nichtjüdische Opfer oder andere Völkermorde – kontaminiert werden darf, da dies seine sakrale Erlösungsfunktion beeinträchtigen würde“. Das Ergebnis sei die philosemitische Umkehr dessen, was Saul Friedländer als Erlösungsantisemitismus beschrieben habe.

Um den Würgegriff des „Katechismus der Deutschen“ aufrecht zu erhalten, fänden „unter der Aufsicht selbsternannter ‚Hohepriester‘“ regelmäßig „öffentliche Exorzismen“ statt. Durch den Gebrauch dieser Metaphorik wurde das Gedenken an die Opfer der Schoah nicht nur als fetischisierender sakraler Ritus denunziert, sondern auch seiner historischen Spezifität beraubt. Im Übrigen gibt es zwar in verschiedenen Religionen Hohepriester, doch in einer historisch christlich geprägten Gesellschaft ruft der Begriff ‚Hohepriester‘ mehr oder weniger zwangsläufig die Gottesmord-Beschuldigung auf, also die Behauptung, ‚die Juden‘ hätten, angeleitet von ihrem Hohepriester, Jesus ermordet. Wie bedeutsam dieses antisemitische Stereotyp weiterhin ist, zeigte sich 2024, als evangelikale Christen in den Vereinigten Staaten sich gegen die IHRA-Definition aussprachen, weil es ihr zufolge als antisemitisch gelten würde, die Juden des Gottesmordes zu beschuldigen.

Zu den aus Moses‘ Sicht verheerenden Lehrsätzen des „Katechismus der Deutschen“ gehört der folgende: „Der Antisemitismus ist ein Vorurteil und Ideologem *sui generis*“ und „sollte nicht mit Rassismus verwechselt werden“. Objektiv ist dies schlicht eine Tatsachenfeststellung, und Moses versucht auch gar nicht erst, sie inhaltlich zu widerlegen. Angeblich falsch ist sie nicht wegen ihres Inhalts, sondern einfach nur, weil sie eben Teil des ritualisierenden „Katechismus der Deutschen“ sein soll.⁶ Um Missverständnissen vorzubeugen: Es fielet wohl niemandem ein zu behaupten, es gebe keinerlei strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Antisemitismus

einerseits und dem Rassismus, Sexismus oder Schwulenhass etc. andererseits. Das Beharren darauf, dass Antisemitismus und Rassismus unterschieden werden müssten, hat auch (obwohl dies oft behauptet wird) nichts mit dem Bestreben zu tun, eine Hierarchie der Opfer oder des Leidens herzustellen. Die Unterscheidung beruht auf transparenten und verifizierbaren analytischen Kriterien. Die Spezifität des Antisemitismus beruht unter anderem darauf, dass er eine umfassendere Welterklärung bietet als jede andere Ideologie; und darauf, dass er sein Objekt, ‚die Juden‘, gleichzeitig für minderwertig und ungeheuer mächtig hält, weswegen die gegen die Juden und ihre angeblichen Weltherrschafts-Ambitionen zu ergreifenden Maßnahmen besonders dringlich sind und besonders durchgreifend sein müssen. Daher die inhärente genozidale Dimension des Antisemitismus. Verwischt man die Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Rassismus, untergräbt man die Genauigkeit der eigenen Analyse und erschwert den Kampf gegen beide.⁷

Mit diesen, die Forschung seit Jahrzehnten intensiv beschäftigenden Fragen, gibt Moses sich gar nicht erst ab. Vielmehr geht er von einer auf alternativen Fakten beruhenden Fantasieversion europäischer Geschichte aus, der zufolge der Antisemitismus sich bereits seit dem Abschluss der Reconquista auf der iberischen Halbinsel an der Schwelle zwischen Hochmittelalter und Früher Neuzeit stets gleichermaßen gegen Muslime und Juden gerichtet habe.⁸ Nach der Schoah hätten „westdeutsche politische und kulturelle Eliten – Politiker und Kirchen – einen quasi theo-politischen Frieden mit ‚den Juden‘“ geschlossen. Daher unterstützten sie Israel, in dem sie im Sinne Herzls „ein Stück des Walles gegen Asien“ sähen und das für sie „den Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei besorgen“ solle.⁹ Nach dem 11. September 2001 sei die Feindschaft des ‚Ariers‘ dem ‚Semiten‘ gegenüber endgültig – und ausschließlich – auf die „vermeintliche muslimische Barbarei übertragen“ worden. So seien die Muslime nun die neuen Juden geworden.

Als sei all das nicht schon schlimm genug, hätten die deutschen „Hohenpriester“ den „Katechismus der Deutschen“ im „Austausch mit amerikanischen, britischen und israelischen Eliten“ geschaffen. Dass Israel dabei eine besonders verheerende Rolle spielt, sei schon daran zu erkennen, dass die israelische Regierung sich trotz ihrer „erschreckenden Auswirkungen“ für die IHRA-Definition „stark macht“. Nun ist die IHRA-Definition das Ergebnis eines mehrjährigen internationalen Diskussions- und Verständigungsprozesses, an dem zahlreiche Fachleute und fachlich relevante

sowie politische Institutionen beteiligt waren. Indem Moses impliziert, sie sei in erster Linie von der israelischen Regierung protegiert worden, und sich nebulös auf ‚israelische Eliten‘ bezieht, wird die Argumentation unmissverständlich antisemitisch.¹⁰

Noch sei aber nicht alles verloren, so Moses. Die „Jagd auf Häretiker“ habe „unter den liberalen Geistern, die Deutschlands Kulturinstitutionen leiten, den Verdacht aufkommen lassen, dass die Gedanken womöglich doch nicht ganz so frei sind und sie selbst als nächstes an die Reihe kommen könnten“. Daher lehnten diese sich nun gegen „die Hüter der erinnerungspolitischen Orthodoxie“ auf. Gemeint war die Ende 2020 ins Leben gerufene Initiative GG 5.3 Weltoffenheit, die sich dem Kampf der Moses, Rothberg und Zimmerer gegen die Windmühlen des eingebildeten Angriffs auf die Redefreiheit in Sachen Schoah und Israel anschloss.¹¹ In den Richtlinien zur IHRA Definition wird ausdrücklich klargestellt, dass „Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden“ könne.¹² Sofern man es nicht für ein selbstverständliches Recht hält, den einzigen jüdischen Staat nach anderen Maßstäben als alle anderen Staaten zu messen, gibt es also keinen Grund, an der IHRA-Definition Anstoß zu nehmen.

Tatsächlich befasst die IHRA-Definition sich gar nicht mit Fragen der Redefreiheit. Ihrer Aufgabe entsprechend begnügt sie sich damit klarzustellen, wo die Grenze zum Antisemitismus überschritten wird. Dazu, was konkret erfolgen soll, wenn dies geschieht, äußert sie sich nicht. Unseres Wissens gibt es kein Land, in dem antisemitische Aussagen für sich genommen strafrechtlich verfolgt werden können. Strafrechtlich relevant wird Antisemitismus erst in Verbindung mit einem strafbewehrten Tatbestand, etwa der Volksverhetzung. Auch die Holocaustleugnung ist in Deutschland nicht per se, sondern als spezifische Form der Volksverhetzung strafbar.

So überzeugt sind Moses und seine Gesinnungsgenossen davon, dass nur Menschen aus dem rechten politischen Spektrum etwas gegen ihre radikale Delegitimierung Israels einzuwenden haben könnten, dass für sie umstandslos folgt, alle, die Israel verteidigen und unterstützen, stünden politisch rechts. Als Beleg dafür führt Moses an, dass die AfD Israel „als ethno-nationalistischem und anti-islamischem Staat mit einer restriktiven Einwanderungspolitik eine gewisse Bewunderung entgegen“ bringe.¹³ Nun besteht die israelische Bevölkerung zu etwa einem Fünftel

aus Muslimen, die die gleichen politischen und bürgerlichen Rechte wie ihre jüdischen und christlichen Landsleute genießen und über ihre eigene religiöse, vom Staat finanzierte Gerichtsbarkeit zur Regelung bestimmter zivilrechtlicher Angelegenheiten verfügen. Das von Moses beschriebene Israel existiert also nur in seiner Fantasie und als Projektionsfläche für verschiedene antisemitische Stereotype. Mit dem realexistierenden Staat Israel hat all das nichts zu tun.

Während Moses' Apologie für das Manifest von Rothberg und Zimmerer ihm auch herbe Kritik einbrachte, gehörte der führende österreichische Rechtsextremist Martin Sellner zu jenen, die Moses' „scharfe Analyse ... absolut lesenswert“ fanden.¹⁴ Moses und seine Mitstreiter gehen von einem radikal verengten Antisemitismusbegriff aus, der eine Vielzahl antisemitischer Phänomene ausklammert. In dieser Sichtweise sind auch die Äußerungen des zur Ruhrtriennale 2020 eingeladenen und zuvor von der Gerda Henkel Stiftung intensiv geförderten postkolonialen Intellektuellen Achille Mbembe dann angeblich nicht antisemitisch.¹⁵

,Angeblicher Antisemitismus' und die israelische ,Obsession mit dem Holocaust'

Mbembe zufolge „sind die Auswirkungen des israelischen Projekts auf die Palästinenser aufgrund ihres Hightech-Charakters weitaus schlimmer als die vergleichsweise primitiven Maßnahmen, die das südafrikanische Apartheidregime von 1948 bis Anfang 1980 ergriff“.¹⁶ „Die fanatische Zerstörungsdynamik“ des „israelischen Projekts“, ziele darauf ab, „das Leben der Palästinenser in einen Trümmerhaufen und einen zur Entsorgung bestimmten Berg aus Müll zu verwandeln. In Südafrika“, dagegen, „erreichten die Trümmerberge niemals solche Ausmaße.“¹⁷ Zugleich identifiziert Mbembe „[d]as Apartheidregime in Südafrika und – in einer ganz anderen Größenordnung und in einem anderen Kontext – die Vernichtung der europäischen Juden“ als „emblematische Manifestationen“ des „Trennungswahns“, der auch Israels Behandlung der Palästinenser zugrunde liege.¹⁸ Die Schoah habe sich also nur quantitativ von der südafrikanischen Apartheid unterschieden, und die Apartheid ihrerseits war verglichen mit Israels Vorgehen „relativ primitiv“. Das kann nur heißen, dass auch die Schoah verglichen mit Israels Vorgehen „relativ primitiv“ war. Schon in einem 2003 in englischer Übersetzung erschienenem Text hatte Mbembe klargestellt, dass seines Erachtens „die gegenwärtige

koloniale Besetzung Palästinas die am erfolgreichsten bewerkstelligte Form der Nekropolitik“ darstelle.¹⁹

Während seine intellektuellen Unterstützer im Westen in der Regel zumindest den Anschein zu wahren suchen, sie würden vergleichende Genozidforschung betreiben, kann davon bei Mbembe keine Rede sein. Nach Jesiden, Kurden, Uiguren oder Rohingya, die sich nicht nur überhaupt sondern, bei halbwegs objektiver Betrachtungsweise, viel eher als vergleichbare Opfergruppen anbieten würden als die Palästinenser, sucht man bei ihm vergebens. Neben historischen Verallgemeinerungen gibt es bei ihm nur das Apartheidregime in Südafrika als kleinere Version der Schoah auf der einen Seite und den viel schlimmeren Umgang Israels mit den Palästinensern auf der anderen. Israels „Maßnahmen erinnern in mancherlei Hinsicht an das berüchtigte Modell der Apartheid mit ihren Bantustans.“ Allerdings reiche „die Metapher der Apartheid“ nicht aus, um Israels Vorgehen zu charakterisieren, denn „[d]ie darunterliegenden apokalyptischen Ressourcen und Katastrophen sind weitaus komplexer und geschichtlich viel tiefer verwurzelt“.²⁰

Mbembe hat 2006 in einem Interview erklärt, um welche „apokalyptischen Ressourcen und Katastrophen“ es dabei gehe. Die Situation in Südafrika unterscheide sich von der „in einem Land wie Israel“, weil man in Südafrika mittels der Wahrheits- und Versöhnungskommission die Geschichte des Apartheidregimes aufgearbeitet habe. Dagegen würden Staaten „wie Israel“, die sich in erster Linie über ihre Opfergeschichte definierten, „oft auch als hasserfüllte Subjekte“ auftreten. Stets aufs Neue müssten sie, beseelt vom „Geist der Rachsucht – Auge um Auge und Zahn um Zahn“, „den Opfertod nachstellen, indem sie anderen all jene Grausamkeiten antun, deren Sühneopfer sie einst selbst waren“.²¹ So erweisen sich Mbembe’s vermeintlich so originellen Ausführungen über „Länder wie Israel“ als eine weitere Variation auf das uralte antisemitische Stereotyp vom rachsüchtigen Juden, das in diesem Fall mit der Schoah erklärt werden soll.

Nun könnte man meinen, ein Autor, der behauptet, Israel leide an einer kollektiven Zwangsstörung, die ihm keine andere Wahl lasse, als die Schoah stets aufs Neue in noch schlimmerer Form gegen die Palästinenser in Szene zu setzen, sei zumindest nicht automatisch über jeden Verdacht des Antisemitismus erhaben. Doch Aleida Assmann, der 2018 gemeinsam mit ihrem inzwischen verstorbenen Mann Jan Assmann – ausgerechnet

für ihre Arbeiten zum Thema „Geschichtsvergessenheit und Erinnerungskultur“ – der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wurde, belehrt uns eines Besseren.²² Achille Mbembe habe sich

„als Afrikaner mit der Geschichte des Holocaust und Israels auseinandergesetzt, indem er sie in seine eigene Erfahrungswelt eingeordnet hat. Sein Bezug ist dabei nicht eine Ideologie oder ein Narrativ, das historische Ereignisse erklärt, deutet und bewertet, sondern das Band einer langen historisch geprägten und gelebten Erfahrung. Deshalb geht es hier nicht um Fragen des Vergleichs, der Bewertung und andere Diskursregeln der Wissenschaft, gegen die er möglicherweise verstoßen hat oder auch nicht, sondern um das Band der Empathie und Einfühlung von einer Gewaltgeschichte in eine andere. Er stellt Kontakte her und schafft persönliche Verbindungen zwischen unterschiedlichen Ereignissen und Kontinenten.“

Dass es Assmann in erster Linie um die Entlastung der Täter ging, verdeutlichte ihre Aussage, sein Ansatz könne „den Blick auf den Holocaust und die deutsche Identität (...) erweitern“. ²³

Im Namen des Antirassismus bediente Assmann sich hier, ähnlich wie viele ihrer Kollegen und Kolleginnen, eines rassistischen Kniffs. Dass der Afrikaner Mbembe sich nicht an die sonst gültigen Kriterien und Praktiken hält, wird ihm als Kreativität angerechnet. Daher steht es ihm frei, den Westen mit alternativen Fakten zu versorgen, die es gestatten, dem Zivilisationsbruch der Schoah die Singularität abzusprechen, wodurch zugleich die mit der Schoah verbundene Schuld und Verantwortung verringert bzw. entsorgt wird. Wo alle Verbrechen (außer den schlimmeren der Israelis) angeblich gleich sind, sind auch alle Täter (außer den Israelis) gleich.

In einem 2021 veröffentlichten Aufsatz hat Assmann ihre Position weiter zugespitzt. Hier sind Metapher und Realität kaum mehr zu unterscheiden. Man müsse sich zwischen Solidarität und Polarisierung entscheiden. Wer als solidarisch gelten möchte, muss sich durch Mbembe bereichert fühlen; muss die Problematisierung der Relativierung der Schoah als rechtes Komplott für eine „perfide Argumentation“ der „Meinungspolizisten“ halten; muss gegen die – lediglich dem Schutz der Netanyahu-Regierung dienende – IHRA-Definition und die BDS-Resolution des Bundestages sein; und darf nicht auf der jeweiligen Spezifität von Antisemitismus und Rassismus bestehen. Wer diese Kriterien nicht erfüllt, ist ein Polarisierer und hindert dadurch nicht nur den Kampf gegen Rassismus und

Rechtsextremismus, sondern verkörpert damit auch, so die Implikation, eben jenen von Mbembe identifizierten „Trennungswahn“, der schon zur Schoah und zum südafrikanischen Apartheidregime geführt hat und nun stets auf Neue zu den noch viel schlimmeren Verbrechen Israels führt.²⁴

Derlei Manöver gestatten es den Nachfahren der für die Schoah verantwortlichen Täterinnen und Täter nicht nur, sich von ‚Nichtbeteiligten‘ bescheinigen zu lassen, sie würden ihre eigene Verantwortung für die Schoah schon seit langem viel zu ernst nehmen. Sie erlauben es ihnen auch, sich selbst einzuopfern, indem sie sich als Opfer jener wahrnehmen, die darauf beharren, das von ihren Vorfahren begangene Verbrechen sei kein ganz ordinäres gewesen. Schließlich rechtfertigen sie nicht nur, sondern verpflichten sie geradezu dazu, gegen Israel in einer Form vorzugehen, die der Tatsache gerecht wird, dass es viel schlimmere Verbrechen als die eigenen Vorfahren begeht. Somit deckt die Wahrnehmung der Täter-Nachfahren sich auf mehreren Umwegen wieder mit der Sichtweise der Täter und Täterinnen selbst: Wie schon ihre Vorfahren sind sie gezwungen, sich gegen die Untaten der Juden zu wehren.

All diese Manöver würden verunmöglicht, würde man den Antisemitismus als eigenständiges und signifikantes Phänomen anerkennen. Es ließe sich dann weder die Notwendigkeit der Existenz Israels als jüdischer Staat und potenzieller Zufluchtsort infrage stellen noch die auf die Auslöschung Israels gerichtete BDS-Bewegung rechtfertigen.²⁵ Kurzum, die von Assmann erstrebte Erweiterung der ‚deutschen Identität‘ ist ohne die Tilgung der Spezifität der Schoah nicht zu haben.

Assmann befindet sich jedoch insofern in einer Zwickmühle, als sie das Vorhandensein von Antisemitismus nicht einfach bestreiten kann. Offenbar kann sie ihn aber ihrem eigenen Empfinden nach ausreichend neutralisieren, indem alles in einen großen Topf geworfen wird. Sie hält Mbembe zugute, dass er nicht trennt, sondern zusammenstellt: Er kritisiere „Diskriminierung und Entwürdigung von Menschen durch Antisemitismus, Rassismus, Islamophobie, Homophobie, Kolonialisierung, Apartheid und Sklaverei“.²⁶ Gebraucht werde ein „Antisemitismusbegriff, der uns nicht trennt, sondern zusammenführt und stärkt im entschlossenen Kampf gegen Judenhass, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie“.²⁷ Dabei schlägt sie selbst eine eigene, recht kuriose und instruktive dreiteilige Antisemitismusdefinition vor. Es gebe drei Sorten Antisemitismus: die erste sei der klassische Antisemitismus, die zweite sei „der Antisemitismus

als Kampf und Krieg gegen den Staat Israel, der heute vor allem in islamischen Staaten verbreitet ist, die das Existenzrecht Israels leugnen", und die dritte sei – gar kein Antisemitismus, sondern legitime Kritik, die durch Repressionsinstrumente wie die IHRA-Definition und den BDS-Beschluss grundlos als angeblicher Antisemitismus kriminalisiert werde. Das ist weder originell noch überraschend: Vorkämpfer des israelbezogenen Antisemitismus behaupten schließlich seit einem halben Jahrhundert, dass ihr Antisemitismus keiner sei.²⁸

Obwohl der postkoloniale Ansatz nicht zwangsläufig zur Relativierung der Schoah führen müsste, tut er es in der Praxis auffallend häufig.²⁹ Mbembe ist bei weitem nicht der Einzige, der die Existenz Israels für den „größten moralischen Skandal unserer Zeit“ hält.³⁰ Die Wege dorthin variieren, doch die Schlussfolgerung scheint stets auf das Gleiche hinauszulaufen. Der Anthropologe Mahmood Mamdani, der (ausgerechnet) den (nach dem jüdischen New Yorker Governor und Senator benannten) Herbert Lehman Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Columbia University in New York innehat, argumentiert zwar, dass Südafrika nicht der angemessenste Vergleichsfall sei, folgert aber dennoch, in der Schoah hätten sich die imperialistischen Untaten an ihren Tätern gerächt.³¹ Die Schutzanlagen, die Israel angesichts der verheerenden Terroranschläge während der Zweiten Intifada errichtet hat und die die Verübung weiterer Anschläge massiv erschwert haben, verwandelten die umstrittenen Gebiete, so Mamdani, „in eine Reihe von Gebilden zwischen Bantustans im Stile der Apartheid und Konzentrationslagern im Stile der Nazis“.³²

Dass diese Verbindung zwischen Angriffen auf das Verständnis der Schoah als präzedenzloser Zivilisationsbruch und den Angriffen auf Israel keine zufällige ist, bezeugt unter anderem ein der 2021 erschienenen und 2024 erneut aufgelegten deutschen Ausgabe von Rothbergs *Multidirektionale Erinnerung* vorangestelltes Interview. „Mein Interesse am Holocaust entstand etwa zur gleichen Zeit, als ich begann, mich mit der Politik Israels und Palästinas auseinanderzusetzen,“ bekennt er darin. „Man“, also er, „hatte den Eindruck, dass die amerikanischen Juden ihre Identität zugleich auf einer Besessenheit vom Holocaust und einer Loyalität zu Israel aufbauten, dessen Besetzungsregime durch die [Erste] Intifada dramatisch infrage gestellt wurde.“ Auffällig ist an diesem Bekenntnis nicht zuletzt, dass es nicht etwa die Auseinandersetzung mit der Geschichte Israels oder dem Völkerrecht war, die Rothbergs Interesse geweckt hatte, sondern der palästinensische Terrorismus. Ihm sei „zunehmend“ klar geworden, dass

Israel die „unrechtmäßige Besatzung und Enteignung der Palästinenser“ betreibe. Er habe sich dann genötigt gesehen, „einige Glaubensdogmen rund um den Holocaust infrage“ zu stellen, nicht weil an den Dogmen selbst etwas nicht stimmte, sondern weil sie angeblich „als Schutzwall gegen eine Kritik der israelischen Politik“ dienten.³³ Die Schoah gelangte also überhaupt nur darum in seinen Gesichtskreis, weil das Beharren auf ihrer Spezifität seiner Reaktion auf die Erste Intifada im Weg stand.

Kassel: Antisemitismus? Welcher Antisemitismus?

Da von einigen der Kuratoren und teilnehmenden Künstler und Künstlerinnen bekannt war, dass sie antisemitische Positionen vertreten und israelfeindliche Kampagnen unterstützt hatten, wurde bereits im Vorfeld der *documenta15* über Monate hinweg die Sorge geäußert, die Kunstshow könnte zur Plattform für antisemitische Positionierungen und Aktionen werde. Diese Warnungen wurden jedoch ignoriert und von einigen als rassistisch denunziert. Als die *documenta15* dann eröffnet wurde, stellte sich prompt heraus, dass mehrere dort ausgestellte Kunstwerke sich ganz eindeutig einer problemlos als solche zu erkennenden antisemitischen Bildsprache bedienten. Im Falle der riesigen, vom indonesischen Taring Padi-Kollektiv geschaffenen Collage mit dem Titel „People's Justice“ war die Sachlage so eindeutig (wenn einige auch weiterhin versuchten – und versuchen – dies zu leugnen), dass das Kunstwerk zunächst zugedeckt und schließlich abgebaut wurde. Nach und nach kamen weitere problematische Kunstwerke, Materialien und Hintergründe ans Tageslicht. Da die betreffenden Künstler und die Leitung der *documenta* auf die Enthüllungen stets nur mit Abwehr reagierten, zogen einige Künstlerinnen und Künstler entsetzt ihre Beiträge zurück. Nach einiger Zeit nahm der von außen an die *documenta* herangetragene Druck nicht zuletzt infolge dieses Trotzverhaltens dermaßen zu, dass die Generaldirektorin Sabine Schormann zurücktreten musste.

Noch vor Schormanns Rücktritt wandte sich der Deutschlandfunk – in der begründeten Annahme, er werde den Standpunkt des Senders unterstützen – an den schon in der Vergangenheit durch problematische Aussagen aufgefallenen Inhaber des Lehrstuhls für Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien an der Universität Kassel, Aram Ziai. Folgt man der Einleitung seines Buchs *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische*

und empirische Zugänge von 2016, so ist der Anfang aller postkolonialen Politikwissenschaft die Verleumdung der Charakterisierung der Schoah als Zivilisationsbruch. Ziai zufolge setzt sie „unweigerlich das Vorhandensein einer ungebrochenen, intakten Zivilisation vor Auschwitz oder zumindest vor der Naziherrschaft seit 1933 voraus. Selbst wer den Zivilisationsbegriff ungeachtet seiner zentralen Rolle für die Legitimation kolonialer Herrschaft nicht problematisieren will, muss sich dennoch die Frage gefallen lassen, was für eine Gesellschaft angesichts“ all der bereits zuvor – allerdings bemerkenswerterweise stets nur von Europäern bzw. Weißen – begangenen Verbrechen „da als intakte Zivilisation bzw. als zivilisiert bezeichnet werden soll.“³⁴

Das wäre eine durchaus berechtigte Frage, wäre da nicht das kleine Detail, dass die Charakterisierung der Schoah als Zivilisationsbruch mit alledem gar nichts zu tun hat. Keiner der sie vertretenden Intellektuellen hat je behauptet, die Schoah habe mit einer „ungebrochenen, intakten“ Zivilisation gebrochen. Wie wir sahen, hat Dan Diner, der diesen Begriff im Zusammenhang mit der Schoah eingeführt hat und auf den Ziai auch explizit verweist, sehr genau definiert, worin die spezifischen Faktoren bestehen, die die bis dahin geltende Allgemeingültigkeit ganz bestimmter zivilisatorischer Standards beseitigten. Niemand, der Diners Aussagen zum Thema gelesen hat, könnte bei noch so lockerer oder kreativer Interpretation behaupten, er setze „das Vorhandensein einer ungebrochenen, intakten Zivilisation vor Auschwitz“ voraus, oder die Charakterisierung der Schoah als Zivilisationsbruch tue das „unweigerlich“. Es kann sich also nur um eine wissentliche und willentliche, rein demagogische Fehlcharakterisierung handeln, die als falsche Prämissen allem, was dann folgt, immanente Plausibilität verleihen soll.

„[D]ie Ausrottung bestimmter Gruppen von Menschen“ durch die Nazis habe nur darum ein so disproportionales Entsetzen verursacht, so Ziai, weil es sich bei den Opfern „um weiße EuropäerInnen gehandelt“ habe.³⁵ Die Juden, die hier als hauptsächliche Opfergruppe gar nicht mehr in Erscheinung treten, werden dadurch anstandslos als Weiße subsumiert und damit der Gruppe der ewigen Täter zugeordnet. Damit erübrigkt sich dann auch jede Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus.

„Der jetzige antisemitische Zwischenfall“ – so bezeichnete er einen der schwerwiegendsten Antisemitismusskandale der deutschen Nachkriegsgeschichte – rechtfertige die Forderung nach Schormann Rücktritt nicht,

bestätigte Ziai dem Deutschlandfunk. Vielmehr sollte er „zum Anlass genommen werden, in einen Dialog einzutreten.“ Doch sei das Bestreben, einen solchen zu führen „unglücklicherweise“ bereits „vor einigen Wochen gescheitert“. Dabei habe der Zentralrat der Juden „eine zentrale Rolle gespielt“, indem er dem geplanten Diskussionspanel – seines Erachtens offenbar grundlos – einen „antisemitischen Bias“ vorgeworfen habe, und das, „obwohl mit Meron Mendel da eine ganz wichtige jüdische Stimme in Deutschland vertreten“ sein sollte.³⁶ Dies war ein Prachtleistung an klassischer Opfer-Täter-Umkehr. Nicht die Künstler, die sich der antisemitischen Bildsprache bedienten und diese auch weiterhin entschlossen verteidigten, nicht das für die Durchführung der *documenta* verantwortliche Team, das erst sämtliche Warnungen in den Wind schlug und nun jegliche als richtig erwiesene Kritik abwehrte, nicht jene Medien, die die antisemitische Bildsprache und damit verbundene Propaganda verharmlosten oder leugneten, waren die Missetäter und Störenfriede, sondern der Zentralrat der Juden, weil er sich nicht gerne mit Antisemiten an einen Tisch setzen wollte.

Allerdings streckte auch die „ganz wichtige jüdische Stimme in Deutschland“ – der Leiter der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt Meron Mendel, trotz seiner Fähigkeit, mit dem nackten Auge selbst dort noch Gelegenheiten für einen Dialog zu erblicken, wo andere sie auch mit einem Mikroskop nicht mehr sehen können – wenig später die Waffen. Von den für die *documenta* Verantwortlichen – vermutlich in der Annahme, er werde ihnen den Antisemitismusvorwurf vom Hals schaffen – als Berater bestellt, warf er alsbald hin, weil er einen „ernsthaften Willen, die Vorgänge aufzuarbeiten und in einen ehrlichen Dialog zu treten“, nicht erkennen könne.³⁷

Im Gespräch mit dem Deutschlandfunk nannte Ziai es grundsätzlich begrüßenswert, dass man in Deutschland eine besondere Vorsicht dem Antisemitismus gegenüber walten lasse, doch habe das sowohl Vor- als auch Nachteile. Zu den Nachteilen gehöre die „Hypersensibilität“ von „Leuten, die über das Ziel hinausschießen“. Hätte Ziai sich zu irgendeinem Zeitpunkt ernsthaft mit dem Antisemitismus auseinandergesetzt, hätte er gewusst, dass Juden von Antisemiten spätestens seit Aufkommen des politischen Antisemitismus im Laufe des 19. Jahrhunderts ihre angebliche „Hypersensibilität“ vorgeworfen wird, es sich dabei also um eine der abgedroschensten Formen der antisemitischen Abwehr handelt. Das – sich mit dem Antisemitismus ernsthaft befasst – hatte er aber, wie

er im Gespräch mit dem Deutschlandfunk selbst erwähnte – im Gegensatz zu denen, die schon im Vorfeld befürchtet hatten, die *documenta* könne von Antisemiten zur Zurschaustellung ihrer antisemitischen Positionen genutzt werden und die nun darauf beharrten, man habe sehr wohl im Voraus wissen können, dass es so kommen würde, wie es nun gekommen war – nicht. Er berichtete, er habe sich mit Menschen getroffen „die sich mehr mit Antisemitismus beschäftigt haben“, weil er dort „ein Defizit“ gehabt habe. Offenbar haben die ihm entweder nach dem Mund geredet, oder er hat ihnen nicht zugehört. Lernen lasse sich aus den Vorgängen um die *documenta*, dass ein „Dialog über das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus dringend notwendig“ sei, meinte Ziai. Schließlich sei „das Problematische an der Sache ... auch, dass Leute, die sich mit Antisemitismus beschäftigen“ sagten, der Antisemitismus sei „etwas ganz anderes als Rassismus“. Dabei sei Antisemitismus in Wirklichkeit „antijüdischer Rassismus“. Auch bei Ziai muss man offenbar den kategorischen Unterschied zwischen Antisemitismus und Rassismus leugnen, um ‚solidarisch‘ zu sein und nicht als potenziell genozidaler Polarisierer zu gelten.³⁸

Immerhin machte Ziai auch einen konkreten Vorschlag, wie man den postkolonialen Ansatz vom Antisemitismus abgrenzen könnte: Einige man sich auf eine „etwas engere Antisemitismusdefinition“, würde die Schnittstelle zwischen Postkolonialismus und Antisemitismus „verschwindend gering“ sein. Auch er möchte also offenbar den Antisemitismus dadurch zum Verschwinden bringen, dass man ihn einfach zum Nicht-Antisemitismus erklärt.

Israel als Kolonial- oder Apartheidstaat zu bezeichnen, fand Ziai im Gespräch mit dem Deutschlandfunk durchaus diskussionswürdig. Dabei hatte er es ein Jahr zuvor noch als „problematisch“ bezeichnet, obwohl er auch da schon darauf beharrte, man habe „das den Palästinenser_innen versprochene Land weggenommen“, um Raum für Israel zu schaffen.³⁹ So erweist Unkenntnis sowohl des Antisemitismus als auch der relevanten Geschichte sich einmal mehr als besonders tragfähiges Fundament für verschiedene nicht nur problematische, sondern schlicht antisemitische Fantasien bezüglich Israels.

Die Instrumentalisierung der ‚Weltkultur‘ und des ‚Globalen Südens‘ als Waffen im Kampf gegen das Gedenken an die Schoah

Eine Woche vor der Eröffnung der *documenta15* im Juni 2022 fand im Berliner Haus der Kulturen der Welt eine Konferenz unter dem provokanten programmatischen Motto „Hijacking Memory. Der Holocaust und die Neue Rechte“ statt. Das Haus der Kulturen der Welt wird von der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH verwaltet, deren Aufsichtsratsvorsitzende die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ist, damals also Claudia Roth. Seine Arbeit wird vom Außenministerium und wiederum von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien bezuschusst. „In welchem Verhältnis stehen die Ritualisierung des Holocaust-Gedenkens und der internationale Aufstieg der radikalen Rechten? Mit welchen unterschiedlichen Strategien versucht diese, das Gedenken zu kapern – und was lässt sich dem entgegensetzen?“ fragte die Ankündigung der Konferenz suggestiv.⁴⁰ Die Initiatorinnen der Konferenz waren Emily Dische-Becker, Susan Neiman und Stefanie Schüler-Springorum. Das Konzept für die Konferenz beruhte auf der Doppelannahme, dass nur ‚rechter‘ Antisemitismus wirklicher bzw. gefährlicher Antisemitismus sei und dass das Beharren auf der Spezifität der Schoah ein inhärent ‚rechtes‘ bzw. rechtsextremes Anliegen sei.

„Keine jüdische Person,⁴¹ nirgends, wird die reale Gefahr des Antisemitismus anzweifeln“, erklärte Neiman der *Berliner Zeitung* zufolge in ihrer Eröffnungsansprache. „Doch wir sind überzeugt, dass die Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs auf zynische Weise für nationalistische Zwecke eingesetzt wird.“⁴² Folglich sei es wichtig, den von der ‚neuen Rechten‘ behaupteten Antisemitismus vom tatsächlichen Antisemitismus zu trennen. Dass unter den Teilnehmern der Konferenz Einigkeit darüber herrschte, dass der israelbezogene Antisemitismus in die Kategorie des behaupteten und nicht des realen Antisemitismus gehöre, konnte niemanden überraschen. Wer andere des israelbezogenen Antisemitismus beschuldige, betreibe lediglich zionistische Propaganda, um Kritiker Israels mundtot zu machen. Als besonders verheerende Verkörperung dieser mundtodmachenden zionistischen Propaganda galt den Teilnehmenden – auch dies keine Überraschung – die IHRA-Definition. Kaum eine akademische Tagung hat in den letzten Jahren das Medienecho gefunden, das ‚Hijacking Memory‘ zuteil wurde. Die Süddeutsche Zeitung etwa betitelte ihren Beitrag am 12. Juni mit einem aufatmenden „Ein fairer Streit, endlich“.⁴³

In der *Jüdischen Allgemeinen* veröffentlichte ein kritischer Teilnehmer, der Soziologe Natan Sznaider, die folgende Einschätzung der Konferenz: „Nicht weit, von wo die Befehle erteilt wurden, jüdisches Leben zu vernichten, fand unlängst im Haus der Kulturen der Welt eine Konferenz statt, die sich der einzigen relevanten Erinnerung für Deutsche entledigen wollte – unter dem Namen ‚Hijacking Memory. Der Holocaust und die Neue Rechte‘. Neue Opfer wurden dort geschaffen. Das progressive Milieu sieht sich als Opfer der partikularen jüdischen Erinnerung.“⁴⁴

Dass die Juden kein Recht auf nationale Selbstbestimmung haben (die Behauptung findet sich unter den zur IHRA-Definition gehörenden Beispielen) galt unter den Konferenzteilnehmern als ausgemacht. Zudem spielte der von vielen postkolonialen Intellektuellen und Aktivisten häufig vertretene Kulturalismus auch hier eine prominente Rolle. Demnach gäbe es verschiedene Erfahrungen und Erinnerungen, und das, was von einem Blickwinkel aus – beispielsweise vom Westen aus gesehen – antisemitisch sei, brauche vom Globalen Süden aus gesehen noch lange nicht antisemitisch zu sein. Dieser Ansatz ermöglicht es, genozidalen palästinensischen Terrorismus, die BDS-Bewegung, Kunstwerke, die sich unverkennbar einer antisemitischen Bildsprache bedienen, und vieles mehr von jedem Verdacht des Antisemitismus freizusprechen. Wie wir im Falle Assmanns schon sahen, handelt es sich hierbei letztlich um eine Form der rassistischen Aneignung. Westliche Intellektuelle und Aktivisten bedienen sich ganz bestimmter im Globale Süden vertretener Positionen, um sich selbst der Notwendigkeit einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Schoah zu entledigen.

Selbst wenn man akzeptieren würde, dass die Menschen im Globalen Süden sich an zentrale universelle Werte nicht zu halten bräuchten, bliebe die Frage unbeantwortet, warum Menschen im Westen, wenn sie sich deren Positionen zu eigen machen, nicht dennoch antisemitisch sein sollen. Wenn alle sich nur nach den ‚eigenen‘ Erfahrungen und Erinnerungen richten sollen, dann wären für nichtjüdische Deutsche und Österreicher die Erfahrungen und Erinnerungen der Nazis maßgebend, und Juden dürften sich tatsächlich nur für die Schoah interessieren.

Vom Hörsaal auf die Straße und in die breite Öffentlichkeit

Die Behauptung, es werde grundlos auf der Spezifik der Schoah beharrt, um berechtigte Kritik an Israel zu delegitimieren, ist schon vor Jahren von den Hörsälen und Kulturzentren auf die Straße geschwappt. Ein Beispiel in Bayern ist die Münchner Gruppe der sogenannten Frauen in Schwarz. Sie hält regelmäßig Mahnwachen ab, bei denen Flugblätter mit antisemitischem Inhalt verteilt werden. Auf ihrer Webseite erklärt die Gruppe ihre Aktivitäten unter anderem wie folgt: „Mit dem Hinweis auf den Holocaust wird ihm [dem Staat Israel] eine Sonderrolle zugestanden, die es ihm erlaubt, die Sicherung seiner Existenz ausschließlich militärisch als ‚Selbstverteidigung‘ zu begreifen und sich über geltende Völker- und Menschenrechte hinwegzusetzen“.⁴⁵

Die wiederholt bei anti-israelischen Kundgebungen in Bayern mitgeführten Abbildungen der Cartoon-Figur Handala stellen ein weiteres Beispiel dar. Verschiedene dieser von Naji al-Alis geschaffenen Cartoons sorgten auch auf der *documenta15* für Aufsehen. Sie gehörten zu den weiteren sich einer antisemitischen Bildsprache bedienenden Arbeiten, die etwa sechs Wochen nach der Eröffnung dort entdeckt und kurzzeitig entfernt, dann jedoch wieder ausgestellt wurden.⁴⁶ Bei der im arabischen Raum überall bekannten Figur handelt es sich um einen palästinensischen Jungen, der stets nur von hinten zu sehen ist. Al-Alis hat sich stets freimütig dazu bekannt, dass er sich unter einem ‚freien‘ Palästina das gesamte Gebiet ‚from the river to the sea‘, also einschließlich des israelischen Staatsgebiets, vorstellt. Seine Kritik gilt auch arabischen Politikern, die er beispielsweise als Schnecken abbildet, weil sie sich seines Erachtens nicht ausreichend für die Palästinenser einsetzen. In erster Linie gilt seine Kritik allerdings Israel und den Vereinigten Staaten. Angehörige der IDF werden durchgängig auf antisemitische Weise dargestellt, beispielsweise mit überdimensionierten Nasen oder als umgarnende Spinnen. Meist wird Handala lediglich als Beobachter dargestellt, doch gelegentlich schreitet er auch zur Tat, etwa indem er eine israelische Fahne anzündet. Kurzum: Der Antisemitismus ist für die Handala-Cartoons konstitutiv. Insofern ist es nur folgerichtig, dass die Figur auch der BDS-Bewegung, die die Beseitigung Israels erstrebt, als Maskottchen dient.

Wir haben bereits auf einige der bei anti-israelischen Kundgebungen in den Jahren 2021 und 2022 registrierten Schoah-relativierenden Parolen hingewiesen: „Wollt ihr wirklich die übertreffen, die euch nieder getreten haben ... und aus den Palästinensern die neuen Juden machen?“; „Stop Doing what Hitler did to you #free #palestine“; „One Holocaust doesn't justify another #free #palestine“. Andere lauteten: „Aus deutscher Geschichte lernen heißt Apartheid unterstützen?“; „It wasn't okay in South Africa ..., it wasn't okay in Nazi Germany ..., Why is it okey [sic] in Palestine?“ und „Remember 1941–1945. Now you are doing the same to Palestina [sic].“

München, 15. Mai 2021

Apartheid, Schoah, irgendwas mit Palästina:
Alles irgendwie gleich und „not okay“.
Vermischung und Verharmlosung auf einem
Schild.



Kaum noch der Rede wert scheint nach den Entwicklungen seit dem 7. Oktober die gemeinsame Pressekonferenz des damaligen Bundeskanzlers Scholz mit dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmood Abbas am 16.8.2022, bei der Abbas vor der versammelten Weltpresse erklärte, Israel habe „50 Holocausts“ an den Palästinensern verübt. Obwohl er die Äußerung später kritisierte, ließ Scholz Abbas gewähren.

Dies mögen besonders eklatante Beispiele für die Vermengung von israelbezogenem und Post-Schoah-Antisemitismus sein. Doch werden die derartigen Ausdruckformen zugrundeliegenden Ideen gerade im Kultur- und Wissenschaftssektor von allzu vielen akzeptiert, wodurch beide Formen des Antisemitismus in stetig zunehmendem Maße befördert werden. Während rechtsradikaler Antisemitismus in Deutschland noch immer weitgehend tabu ist, sind allzu viele Deutsche für Schoah-relativierenden Antisemitismus aus historischen Gründen nur zu empfänglich, insbesondere, wenn er als ‚Antirassismus‘ verkleidet daherkommt.

Von ihrer direkten Wirkung einmal abgesehen tragen die Provokationen postkolonialer Schoah-Relativierer auch zur Verwirrung öffentlicher Debatten bei. Wenn Kritiker die Provokationen beim Namen nennen, folgen stets offene Briefe und Aufrufe, unterzeichnet von allerlei Prominenz aus Kultur und Wissenschaft, in denen behauptet wird, von Antisemitismus könne keine Rede sei und die Kritiker suchten die Meinungs-, Rede- und Wissenschaftsfreiheit zu untergraben. Unterdessen nimmt die Zahl der dokumentierten antisemitischen Äußerungen und Handlungen beständig zu. Dadurch wird ein Klima geschaffen, in dem der Antisemitismusvorwurf immer häufiger als ungehöriger denn der Antisemitismus selbst dargestellt und wahrgenommen wird. Seit dem 7. Oktober 2023 hat diese Entwicklung sich in einem in der deutschen Nachkriegsgeschichte bislang unbekanntem Maße beschleunigt und intensiviert.

Die Entwicklung fällt in Deutschland mit seiner Geschichte der Erinnerungsabwehr und des Schuldabwehrantisemitismus, später der „Wiedergutverdung der Deutschen“ (Eike Geisel) als Erinnerungsweltmeister, auf fruchtbaren Boden.

Israelbezogener und Post-Schoah-Antisemitismus, die schon lange häufig zusammen auftreten, finden zunehmend in einem gesellschaftlichen Milieu Resonanz, das bislang damit beschäftigt war, „Biotope mit toten Juden“

(Eike Geisel) einzurichten. Die lebenden Juden aber, insbesondere wenn sie, wie die meisten, zionistisch waren, kamen darin schon kaum vor.

Davon, dass die entstandene offizielle Gedenkkultur den Wunsch, sich der Verantwortung für die Schoah zu entledigen, in nennenswertem Maße verdrängt hätte, kann keine Rede sein. „Gerade wegen Auschwitz“ wird dem jüdischen Staat der Kampf angesagt. Angesichts dieser Motivationslage stellt der postkoloniale Ansatz ein attraktives Angebot dar. Er bietet die Versicherung, die Deutschen hätten sich schon jetzt allzu intensiv mit der Schoah befasst, dass sie es schon jetzt mit der Bekämpfung des Antisemitismus übertrieben hätten und dass sie geradezu verpflichtet seien, Israel zu ächten. In dem Maße, in dem das seit jeher denkbar geringe Detailwissen um die Schoah selbst Geschichte wird, werden die angeblichen Verbrechen Israels zunehmend auch als nachträgliche Rechtfertigung für die Schoah wahrgenommen.

München, Mai bis Juli 2021

Auf mehreren antiisraelischen bzw. Black Lives Matter-Kundgebungen wurde ein Transparent mitgeführt, auf dem Handala neben einem QR-Code abgebildet war, in den in rot die Karte Palästinas „from the river to the sea“, also einschließlich des israelischen Staatsgebiets, integriert war.



Das ‚Vergleichsverbot‘ ist tot, es lebe das Vergleichsverbot!

Nachdem Intellektuelle, die den postkolonialen Ansatz vertreten und die Schoah relativieren, diejenigen, die ihnen widersprechen, seit Jahren, ja zum Teil seit Jahrzehnten als Vollstrekker eines aus niedrigen Beweggründen aufrecht erhaltenen Tabus (das allerdings in Wirklichkeit nie bestanden hat) bezeichnet haben, hat der 7. Oktober 2023 ihnen ein würdiges Tabu beschert. Die Schoah mag sich qualitativ in nichts von allen möglichen anderen kollektiven Verbrechen und Massenmorden unterschieden haben, doch gibt es nun auf einmal doch eine Form des genozidalen Massenmords, die unter gar keinen Umständen mit der Schoah ‚verglichen‘ werden darf, nämlich ausgerechnet jene Form des genozidalen Massenmords, von der man hätte denken können, sie sei der Schoah besonders ähnlich: ein antisemitisch motiviertes genozidales Massaker an Juden.

So veröffentlichten sechzehn Wissenschaftler – darunter Michael Rothberg und Dirk Moses sowie eine der Organisatorinnen und zwei weitere Teilnehmer an der ‚Hijacking Memory‘-Konferenz – einen dringlichen Aufruf, um davor zu warnen, das von der Hamas am 7. Oktober 2023 verübte genozidale Massaker in irgendeiner Form zur Schoah ins Verhältnis zu setzen. Man dürfe sich „nicht auf die Erinnerung an den Holocaust beziehen, um die momentane Krise in Gaza und Israel zu erklären“.⁴⁷

Von den sechzehn Unterzeichnern des Aufrufs hatten zwölf zuvor die sogenannte „Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus“ unterschrieben, die entwickelt wurde, um die auch unserer Arbeit bei RIAS zugrundliegende IHRA-Definition zu diskreditieren und israelbezogenen Antisemitismus als angeblich legitime ‚Israelkritik‘ darzustellen. Die Behauptung, legitime ‚Israelkritik‘ werde zu Unrecht als Antisemitismus denunziert, findet sich auch wieder in dem Aufruf, in dem das Vergleichsverbot zwischen der Schoah und dem Massaker vom 7. Oktober eingefordert wird. Setze man die beiden zueinander ins Verhältnis, würde man „die Vermischung von Antisemitismus und Israelkritik vorantreiben“.

Den Unterzeichnern des Vergleichsverbots-Aufrufs zufolge habe das Massaker vom 7. Oktober lediglich eine weitere gewaltsame Eskalation im Streit zwischen Israel und den Palästinensern um Gebietsansprüche dargestellt. Sie stellten „die unerhörte Gewaltsamkeit des Angriffs am

7. Oktober und die andauernde Bombardierung und Invasion des Gazastreifens“ als gleich „verheerend“ auf eine Stufe und beschuldigten Israel der „kollektiven Bestrafung“ der Palästinenser. Allerdings verwendeten sie diesen Begriff nicht im Sinne des im Völkerrecht verankerten Tatbestands, sondern nach eigenem Gutdünken in emotiv-demagogischer Weise.

Die Hamas hat über ihre Intentionen noch nie jemanden zu täuschen versucht. Als unverhohlen dschihadistische Organisation ist ihr Ziel zunächst die Auslöschung Israels und die Ermordung aller israelischen Juden, denen die Flucht nicht rechtzeitig gelingt.

Darüber hinaus ist sie der globalen Vernichtung aller ‚Ungläubigen‘ verpflichtet. Sprecher der Organisation rühmen sich des genozidalen Massakers vom 7. Oktober 2023 und haben wiederholt angekündigt, weitere derartige Massaker „again and again“ verüben zu wollen, solange es ‚from the river to the sea‘ noch Juden gibt. Nachdem die Hamas nun genau das ausgeführt hatte, was sie stets angekündigt hat, bestehen diese Intellektuellen und Aktivisten noch immer darauf, sie wüssten besser als die Hamas selbst, was das Massaker zu bedeuten habe. Die damals 251 israelischen Geiseln im Gazastreifen kommen in dem Vergleichsverbot-Aufruf nicht vor.

Bei der Errichtung dieses neuartigen Vergleichsverbots wurde das Vorgeben angeblicher Wissenschaftlichkeit vollständig zugunsten reiner Ideologie über Bord geworden. Am deutlichsten ist dies bei Dirk Moses. Würde er seine eigene verstörende Argumentation ernst nehmen, müsste er das Massaker der Hamas als klassischen Fall eines subalternen Genozids einordnen. Wenn die Kategorie des subalternen Genozids der Relativierung und teilweisen Rechtfertigung der Schoah dient, ist sie nützlich; geht es um die Relativierung des Massakers vom 7. Oktober 2023, soll sie irrelevant sein.

Ähnlich flexibel gehen die Vergleichsverbieter auch mit ihrem eigenen Vergleichsverbot um. Zwar darf man das Massaker nicht zur Schoah ins Verhältnis setzen, man darf und soll sich aber sehr wohl auf die Schoah berufen, um Israels Selbstverteidigung gegen die Hamas als Schoah-ähnliches Verbrechen zu denunzieren. Kurzum: Wer das genozidale Massaker der Hamas zur Schoah in Beziehung setzt, ‚missbraucht‘ die Schoah; nur, wer sich auf die Schoah beruft, um Israel daran zu hindern, sich gegen derartige Verbrechen zur Wehr zu setzen, wird ihr gerecht. Wo die Schoah relativiert wird, folgt die Opfer-Täter-Umkehr, wie in diesem Fall, allzu oft auf dem Fuße.

- 1 Siehe Lars Fischer: The Nazi Invention of Anti-Imperialist Antizionism. In: Tel Aviv Review of Books, <https://www.tarb.co.il/the-nazi-invention-of-anti-imperialist-antizionism/>.
- 2 Vermutlich ging es dem Autor des Briefes hier um die Massaker, die unmittelbar nach dem Ende des Ersten Libanonkriegs in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila stattfanden. Obwohl dies gerne – mal implizit, mal explizit – behauptet wird, wurden diese Massaker, bei denen mehrere hundert Zivilisten ermordet wurden, nicht von den israelischen Streitkräften begangen, sondern von christlichen Falangisten. Allerdings waren die Falangisten mit Israel verbündet, und die israelischen Streitkräfte hätten die Milizionäre am Betreten der Lager hindern können. Daher musste Verteidigungsminister Ariel Sharon 1983 zurücktreten.
- 3 Eine kritische Diskussion dieses Sachverhalts findet sich in Saul Friedländer u.a.: Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. München: C. H. Beck, 2020.
- 4 Jürgen Zimmerer und Michael Rothberg: Enttabuisiert den Vergleich! Die Geschichtsschreibung globalisieren, das Gedenken pluralisieren: Warum sich die deutsche Erinnerungslandschaft verändern muss. In: Die Zeit, 4. 4. 2021, <https://www.zeit.de/2021/14/erinnerungskultur-gedenken-pluralisieren-holocaust-vergleich-globalisierung-geschichte-komplettansicht>.
- 5 A. Dirk Moses: Der Katechismus der Deutschen, 23.5.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>.
- 6 Um die Schoah kolonialer Logik gefügig zu machen, greift Moses zu verwegenen Mitteln. Sie sei, so behauptet er, unter anderem als „subalterner Genozid“ aufzufassen. Darunter versteht er einen Genozid, den Opfer des Kolonialismus gegen ihre tatsächlichen (oder, wie in diesem Fall, vermeintlichen) Kolonisatoren verüben. Für die Nazis, so Moses, „waren die Deutschen eine Urbevölkerung, die von den Juden kolonisiert worden war“. A. Dirk Moses: Empire, Colony, Genocide. Keywords and the Philosophy of History. In ders.: Empire, Colony, Genocide: Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History. New York: Berghahn, 2008, S. 3–54, 37. Nun würde man vermuten, dieser Logik zufolge sei die Schoah kein koloniales, sondern ein antikoloniales Verbrechen gewesen, doch lautet die Grundannahme offenbar, das Antikoloniale stelle eine Reaktion auf die Kolonialisierung dar, werde also durch die Koloni- sierung verursacht und das offenbar selbst dann, wenn die betreffende Kolonialisierung lediglich eine Wahnsinnsvorstellung ist. Mit Antisemitismus habe das alles nichts zu tun, dass die vermeintlichen Kolonisatoren Juden war, soll reiner Zufall sein. Eine ausführliche Kritik dieser Position findet sich bei Steffen Klävers: Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung. Berlin: De Gruyter, 2021, S. 121–128. Folglich soll auch dem Bestreben, Israel als jüdischen Staat auszulöschen, nichts Antisemitisches anhaften. Auch in diesem Fall soll es bloß Zufall sein, dass die (folgt man Moses‘ Argumentation: in diesem Fall tatsächlichen) Kolonisatoren wiederum Juden sind.
- 7 Siehe Ulrike Marz: Kritik des Rassismus. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling-Verlag, 2020, Abschnitt 5.3.
- 8 A. Dirk Moses: Antwort an Habermas: Warum auch Afrikaner und Muslime Gerechtigkeit verdienen. In: Berliner Zeitung, 25.9.2021, <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/dirk-moses-warum-wir-die-dialektik-der-normalisierung-ergaenzen-muessen-li.184931> (paywall).
- 9 Die beiden Zitate am Ende stammen aus Theodor Herzl: Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage. Leipzig und Wien: M. Breitenstein, 1896, S. 29. Der Judenstaat wurde 125 Jahre vor Moses‘ Text geschrieben, doch behandelt er die Zitate, als seien sie die entscheidenden Leitsätze, die für die gesamte Geschichte der zionistischen Bewegung, des Judentums und Israels bis heute jenseits aller anderen Erwägungen bestimmt geblieben seien. Diese tendenziöse Darstellung stellt nicht nur einen krassen Anachronismus dar, bedenkt man, dass das in den Formulierungen verkörperte Denken im Westen damals Gemeingut war, Moses zufolge inzwischen aber mehr oder weniger universell abgelehnt wird – nur bei den Zionisten offenbar nicht, die seit 1896 keinen neuen Gedanken gefasst haben sollen. Sie zeigt auch, dass die Schoah für Moses nicht nur keinen Civilisationsbruch darstellt. Sie stellt für ihn noch nicht einmal eine Zäsur dar, die auf grauenvolle Weise gezeigt hat, dass es eines verteidigungsfähigen jüdischen Staates bedarf, der Juden im Notfall Zuflucht gewähren kann. Während zwei Zitate aus dem Jahr 1896 imstande sein sollen, Israel auf alle Zeit zu delegitimieren, kommt dem Antisemitismus, der in den 1940er Jahren als offizielle Staatsdoktrin zum „subalternen Genozid“ an den Juden geführt hat, Moses zufolge keinerlei Bedeutung zu.

- 10 Moses: Der Katechismus der Deutschen.
- 11 Ebd.
- 12 IHRA: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, <https://holocaustremembrance.com/resources/artsdefinition-antisemitismus>.
- 13 Moses: Der Katechismus der Deutschen. Zum antisemitischen Gehalt dieses projektiven Zerrbildes siehe Nikolai Schreiter: Nicht an Israels Seite, an seiner Stelle wollen sie sein – Der Antisemitismus und ein verändertes Verhältnis von AfD und FPÖ zum jüdischen Staat. Eine psychoanalytisch inspirierte Analyse. In Lennard Schmidt u. a. (Hgg.): Antisemitismus zwischen Kontinuität und Adaptivität: Interdisziplinäre Perspektiven auf Geschichte, Aktualität und Prävention. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022, S. 243–256.
- 14 Martin Sellner: Postkoloniale Angriffe auf den „Auschwitz-Mythos“, <https://sezession.de/64268/postkoloniale-angriffe-auf-den-auschwitz-mythos>.
- 15 Eine ausführliche Darstellung von Mbembes Antisemitismus, seines christlich inspirierten Penchants für Märtyrer, seiner Behauptung, Israel sei aufgrund seiner Fetischisierung der Schoah unaufhörlich zur Ermordung anderer gezwungen, sowie seiner Nähe zur BDS-Bewegung findet sich in Alex Gruber: Speerspitze des postkolonialen Antisemitismus. Achille Mbembes „Nekropolitik“ als Handreichung für deutsche Erinnerungskultur. In: *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik* Nr. 17 (2021), S. 5–25.
- 16 Achille Mbembe: Politik der Feindschaft, aus dem Französischen von Michael Bischoff. Berlin: Suhrkamp, 2017, S. 85–86. Die Übersetzung wurde offenbar mit der heißen Nadel angefertigt: Es müsste (sofern die englischsprachige Fassung korrekt ist) am Ende „Anfang der 1980er“ heißen.
- 17 Ebd., S. 86.
- 18 Ebd., S. 89.
- 19 Im Originalwortlaut: „The most accomplished form of necropower is the contemporary colonial occupation of Palestine.“ Achille Mbembe: Necropolitics, übersetzt von Libby Meintjes. In: *Public Culture* 15, 1 (2003), S. 11–40, 27.
- 20 Ebd., S. 85.
- 21 What is Postcolonial Thinking? An interview with Achille Mbembe. In: *Esprit* Nr. 12 (2006), S. 117–133, English translation by John Fletcher, https://www.cairn-int.info/article-ESPRI_0612_0117--what-is-postcolonial-thinking.htm.
- 22 Siehe: Friedenspreis 2018: Aleida und Jan Assmann, <https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/die-preisträger/2010-2019/aleida-und-jan-assmann>.
- 23 Aleida Assmann: Debatte: Arbeit am Antisemitismusbegriff, 1. 6. 2020, <https://rotary.de/gesellschaft/arbeit-am-antisemitismusbegriff-a-16090.html>.
- 24 Aleida Assmann: Polarisieren oder solidarisieren? Ein Rückblick auf die Mbembe-Debatte. In: *Merkur* 75, 860 (2021), S. 5–19; A Spectre is Haunting Germany: The Mbembe Debate and the New Antisemitism. In: *Journal of Genocide Research* 23, 3 (2021), S. 400–411.
- 25 Assmann beruft sich auf Wolfgang Benz und Moshe Zimmermann als Kronzeugen für die Harmlosigkeit der BDS-Bewegung, als würde die Tatsache, dass mehrere Personen das Gleiche *behaupten*, schon die Wahrheit des Behaupteten garantieren.
- 26 Assmann: Polarisieren oder solidarisieren? S. 13.
- 27 Assmann: Arbeit am Antisemitismusbegriff.
- 28 Ebd. Im Gegensatz zu Moses et al, die mit einem ungewöhnlich engen Antisemitismusbegriff arbeiten, wählt Assmann hier einen anderen Weg. Das Ergebnis ist allerdings das Gleiche. Der Antisemitismusbegriff wird entweder so eng gefasst, dass er namentlich den Post-Schoah-Antisemitismus oder den israelbezogenen Antisemitismus ausklammert, oder er wird so weitgehend universalisiert, dass er sich gegen die gesamte Menschheit richtet und Juden gar nicht mehr als seine spezifische oder primäre Zielgruppe vorkommen. – Der Begriff bzw. das Konzept ‚Islamophobie‘ ist schon insofern hochgradig fragwürdig, als es vielfach eingesetzt wird, um heutige Muslime als die ‚neuen Juden‘ darzustellen und zu behaupten, Kritik am Islam oder an spezifischen muslimischen Praktiken sei rassistisch. Siehe Luzie H. Kahlweiß und Samuel Salzborn: „Islamophobie“ als politischer Kampfbegriff. Zur konzeptionellen und empirischen Kritik des Islamophobiebegriffs. In: *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 5, 2 (2011/2012), S. 248–263, https://www.hsbund.de/SharedDocs/Downloads/2_Zentralbereich/20_Rerferat_W/Publikationen/20_Schriften_Extremismus_Terrorismusforschung/band_06.html?nn=82324.
- 29 Siehe Ingo Elbe: Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservativismus, politischem Existentialismus und Postmoderne. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2020, S. 253–259.
- 30 Mbembe: Foreword: On Palestine; ders.: Necropolitics, S. 46.

- 31 Im Originalwortlaut: „The Holocaust was the imperial chickens coming home to roost.“ Mahmood Mamdani: Making Sense of Political Violence in Postcolonial Africa, <https://www.documenta-platform6.de/making-sense-of-political-violence-in-postcolonial-africa/>
- 32 Mahmood Mamdani: Guter Moslem, böser Moslem. Amerika und die Wurzeln des Terrors, aus dem Englischen übersetzt von Sophia Deeg. Hamburg: Edition Nautilus 2004, S. 266.
- 33 Felix Aster und Jana König: Zur Einführung: Interview mit Michael Rothberg. In Michael Rothberg: Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonialisierung. Aus dem Englischen von Max Henninger. Berlin: Metropol, 22004, S. 7–23, 7, 8.
- 34 Aram Ziai: Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge. Bielefeld: transcript, 2016, S. 17, 16.
- 35 Ziai: Postkoloniale Politikwissenschaft, S. 15
- 36 Manfred Götzke: Postkolonialismus und Antisemitismus auf der Documenta – Aram Ziai, Politologe. Deutschlandfunk, 26. 6. 2022, <https://www.deutschlandfunk.de/postkolonialismus-und-antisemitismus-auf-der-documenta-aram-ziai-politologe-dlf-27d8abb1-100.html>.
- 37 Daniella Baumeister: Antisemitismus-Eklat: Meron Mendel nicht länger Berater der documenta. Hessenschau, 8. 7. 2022, <https://www.hessenschau.de/kultur/antisemitismus-eklat-meron-mendel-nicht-laenger-berater-der-documenta,meron-mendel-tritt-zurueck-100.html>.
- 38 Götzke: Postkolonialismus und Antisemitismus.
- 39 Aram Ziai, Antisemitismus, Rassismus und postkoloniale Studien. Drängende Fragen zur „Causa Mbembe“. kassel postkolonial, 25. 6. 2020, <http://kassel-postkolonial.de/2020/06/25/artikel-antisemitismus-rassismus-und-postkoloniale-studien-draengende-fragen-zur-causa-mbembe/>.
- 40 Hijacking Memory: Der Holocaust und die neue Rechte, https://archiv.hkw.de/de/hkw/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung_209651.php.
- 41 Was oder ob Nichtjuden zum Thema Antisemitismus etwas zu sagen haben, ist für Neiman insofern nicht von Belang, als diese Frage den identitätspolitischen Rahmen sprengen würde.
- 42 Hanno Hauenstein: Hijacking Memory: Wie eine Konferenz Engpässe deutscher Debatten aufzeigt. In: Berliner Zeitung, 13. 7. 2022, <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/hijacking-memory-wie-eine-konferenz-die-engpaesse-deutscher-debatten-aufzeigt-li.245534>.
- 43 Till Briegleb: Konferenz „Hijacking Memory“: Ein fairer Streit, endlich. In: Süddeutsche Zeitung, 13. 6. 2022, <https://www.sueddeutsche.de/kultur>tagung-antisemitismus-erinnerungskultur-1.5601726?reduced=true>.
- 44 Natan Sznaider: Gekaperte Erinnerung. In: Jüdische Allgemeine, 27. 6. 2022, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/gekaperte-erinnerung/>.
- 45 Siehe <https://www.frauen-in-schwarz.de/>.
- 46 Kevin Culina: Zufallsfund offenbart neuen Antisemitismus-Skandal auf der Documenta. In: Die Welt, 27. 7. 2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article240158351/Documenta-Zufallsfund-offenbart-neuen-Antisemitismus-Skandal.html>; zu Handala, siehe auch RIAS Bayern, „From the River to the Sea“, S. 50–51.
- 47 Omer Bartov u. a.: An Open Letter on the Misuse of Holocaust Memory. In: New York Review of Books, 20. 11. 2023, <https://www.nybooks.com/online/2023/11/20/an-open-letter-on-the-misuse-of-holocaust-memor/?printpage=true>.

Ab August 2024 bietet RIAS Bayern die Wanderausstellung „Antisemitismus in Bayern – Judenhass heute“ an.



Die kompakten und leicht aufstellbaren Tafeln können Ihre Arbeit gegen Antisemitismus mit relativ geringem Aufwand und gebührenfrei bereichern. Eine digitale Erweiterung ermöglicht den Besuchern weiterführende Einblicke und ergänzt die Ausstellung um multimediale Elemente.

Was ist Antisemitismus? Welche unterschiedlichen Erscheinungsformen gibt es? Wie groß ist das Problem in Bayern? Welche Auswirkungen hat das auf Betroffene? Diesen Fragen geht die Wanderausstellung niedrigschwellig nach.

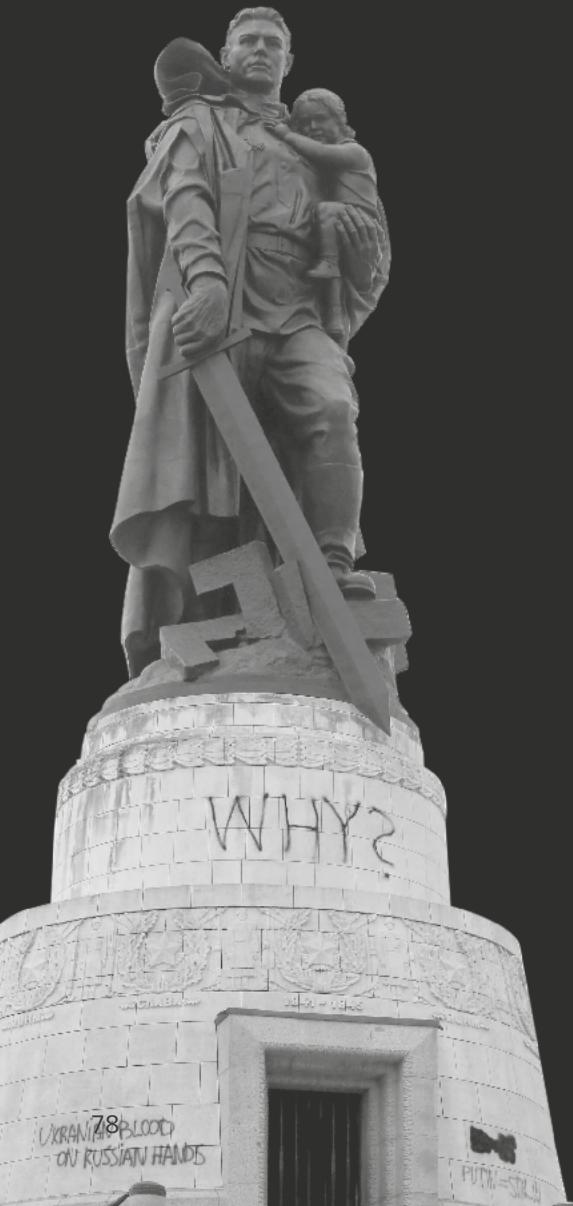
Sie kann von Initiativen, Vereinen, Bildungsträgern und anderen Interessierten geliehen und ausgestellt werden. Die Ausstellung richtet sich vor allem an Laufpublikum ohne Vorkenntnisse zum Thema, sie kann aber auch für tiefergehende pädagogische Arbeit genutzt werden. Wir unterstützen gerne bei der Bewerbung der Ausstellung und stehen für ein Rahmenprogramm zur Verfügung.

Die Wanderausstellung kann über info@rias-bayern.de angefragt werden.



Fallstudie 2:

Der russische Überfall auf die Ukraine und seine Auswirkungen auf die deutsche Gedenkkultur



Berlin, April 2022.

Sowjetisches Ehrenmal,
Treptower Park, Berlin

Drei Jahre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist das Interesse am Kriegsgeschehen erheblich zurückgegangen, und die Aufnahmen flüchtender oder trauernder Ukrainer und zerstörter ukrainischer Schulen, Wohn- und Krankenhäuser, die anfangs fast täglich in den Medien zu sehen waren, schaffen es nun viel seltener in die Schlagzeilen. Unweigerlich tritt nach mehreren Kriegsjahren eine gewisse Ermüdung ein und der anfängliche Schock über den eklatanten Völkerrechtsbruch des russischen Angriffskriegs ist einer zunehmenden Normalisierung gewichen. Was viele noch vor wenigen Jahren für undenkbar hielten: Dass es in Europa erneut zu einem großflächigen konventionellen Krieg kommen könnte, scheint heute kaum mehr bemerkenswert.

Zu Beginn des russischen Eroberungskriegs gegen die Ukraine sah das noch ganz anders aus. Rasch wurden Stimmen laut, die Zusammenhänge zwischen dem russischen Überfall und Verhalten in der Ukraine und den Verbrechen der Nazizeit herstellten. Manche begannen, die Geschichte umzuschreiben, um die Rollen, die Ukrainer und Deutsche während des Zweiten Weltkriegs spielten, neu zu verteilen, und deren Verantwortung für die von Nazideutschland bzw. auf sein Geheiß begangenen Verbrechen zu relativieren.

Diese Tendenz war schon daran zu erkennen, dass mehrere Ehrenmale geschändet wurden, die den Beitrag würdigen, den die Rote Armee bei der militärischen Niederschlagung Nazideutschlands leistete, und manche deren Entfernung forderten.¹ Befördert wurde diese Tendenz noch dadurch, dass die entscheidende Rolle der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg – nicht zuletzt befreite sie u. a. Majdanek, Auschwitz und zahlreiche andere Lager – in der alten Bundesrepublik eher totgeschwiegen als gewürdigt wurde. Auch über die von deutschen Soldaten und Sicherheitskräften an der sowjetischen Zivilbevölkerung begangenen horrenden Verbrechen wurde jahrzehntelang vorzugsweise geschwiegen. Obwohl der Roten Armee keineswegs nur Russen, sondern unter anderem

auch Ukrainer, Weißrussen, Georgier, Tataren und Armenier angehörten, scheint sie für viele im Westen bis heute ‚Der Russe‘ geblieben zu sein, der nun beim Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 erneut in Erscheinung trat. Dagegen scheint die Tatsache, dass die Sowjetunion seit mehr als drei Jahrzehnten nicht mehr existiert, kaum ins Gewicht zu fallen.

Während für die einen wie eh und je ‚der Russe‘ an allem schuld war (und ist), war (und ist) es für andere der Erzfeind NATO bzw. ‚der Ami‘. Den deutschen Unterstützern Putins, darunter zahlreiche Querdenker, gilt der russische Präsident als Held im Kampf gegen den woken Pluralismus des dekadenten Westens. Bekanntlich gab Putin an, Russland müsse die Ukraine ‚befreien‘, um sie zu ‚entnazifizieren‘. Um zu erklären, wie es sein könne, dass der Präsident eines von den Nazis regierten Landes Jude sei, behauptete der russische Außenminister Sergej Lawrow, auch Hitler habe jüdische Vorfahren gehabt.² Derartige Behauptungen waren offenbar gerade grotesk genug, um in die postfaktischen Narrative der pro-russischen und anti-ukrainischen Bewegung zu passen. Schließlich gab es noch Neonazis, die sich aus Begeisterung für die Asow-Bewegung auf die Seite der Ukraine schlagen,³ und Linke, denen die Existenz dieser Bewegung als Vorwand diente, der Ukraine ihre Unterstützung zu versagen.

Hatten verschwörungsideologische antisemitische Mythen schon während der Corona-Pandemie einen erheblichen Aufschwung erlebt, so feierten sie im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine erneut fröhliche Urständ und stellten dabei einmal mehr ihre enorme Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit unter Beweis. Strenggläubigen bietet der Antisemitismus eben tatsächlich eine zufriedenstellende Erklärung aller erdenklichen Umstände. In diesem Fall wurden verschiedene Annahmen miteinander verknüpft: Der Krieg diene als Vorwand zur Schaffung einer ‚neuen Weltordnung‘; Putin leiste Widerstand gegen die globalen Eliten, die hinter den Kulissen die Strippen zögen; er werde als Sündenbock missbraucht, um von den wahren Problemen der Welt abzulenken. Im Rahmen einer Umfrage, deren Ergebnisse im April 2022 veröffentlicht wurden, meinten mehr als vierzehn Prozent der Befragten, Putin werde zum Sündenbock gemacht. Befragte, die Kritiker der während der Corona-Pandemie zu deren Eindämmung ergriffenen Maßnahmen und Impfgegner und -gegnerinnen waren, neigten in viel höherem Maße dazu, den Krieg auf verschwörungsideologische Weise einzuordnen.⁴ Gerade die sogenannten Querdenker bedienten sich dabei überwiegend der gleichen Quellen, aus denen sie zuvor schon die Desinformation über die Pandemie

bezogen hatten. Dass Präsident Selenskyj Jude ist, ist für Antisemiten selbstredend ein gefundenes Fressen.⁵

Auch der israelbezogene Antisemitismus findet im Krieg in der Ukraine einige Anknüpfungspunkte. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gleiche dem Vorgehen Israels gegen die Palästinenser, meinten manche. Russland wurde also mit Israel gleichgesetzt und die Ukraine mit den Palästinensern. Bei manchen Kundgebungen ist der Ruf nach „Panzern für Palästina“ laut geworden. An der Tatsache, dass Waffen zwar an die Ukraine, nicht aber an die Palästinenser geliefert würden, zeige sich die Doppelmoral des Westens. Manche Putin-Unterstützer sehen sich durch den relativ breiten pro-ukrainischen Konsensus dermaßen unterdrückt, dass sie sich für die ‚neuen Juden‘ halten.

In den ersten Monaten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurden in den traditionellen und sozialen Medien, auf Kundgebungen und in politischen Erklärungen und Aufrufen verschiedene historische Analogien ins Gespräch gebracht, die teilweise auf eine Relativierung der Verbrechen der Nazizeit und der Schoah hinausliefen. Häufig wurde Putin mit Hitler gleichgesetzt und behauptet, Russland führe in der Ukraine einen Vernichtungskrieg. Der Begriff Vernichtungskrieg wurde zuvor in erster Linie im Zusammenhang mit den von der Wehrmacht bzw. deutschen Spezialeinheiten wie der SS begangenen Verbrechen in Osteuropa und insbesondere in der Sowjetunion (wo 20 Millionen Zivilisten den Deutschen zum Opfer fielen) verwendet.

In Talkshows und anspruchsvollen Tageszeitungen wurde zur Einordnung des Kriegs sogar Dan Diners Konzept des Zivilisationsbruchs beschworen.⁶ So wurde die Schoah-Relativierung gleich mit dem selbstentlastenden Gedanken kombiniert, dass andere genauso verbrecherisch seien wie die eigenen Vorfahren.⁷ Dabei müsste es sich angesichts der monströsen Verbrechen der Nazizeit – u.a. der Schoa, der Ermordung mehrerer Millionen sowjetischer Kriegsgefangener und des Zweiten Weltkriegs, der zig Millionen Menschenleben kostete – eigentlich von selbst verstehen, wie unwahrscheinlich es ist, dass derartige Gleichsetzungen zutreffen könnten.

Angesichts der Leichtigkeit, mit der derartige Analogien die Runde machten, ist es wichtig, noch einmal zu rekapitulieren, was es mit dem deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa auf sich hatte und in welchem

Bezug er zur Schoah stand. Der Begriff ‚Vernichtungskrieg‘ wurde dem Vorgehen der Nazis nicht etwa nachträglich von Historikern zugeordnet, sondern schon in der Planungsphase von den Deutschen selbst verwendet.⁸ Es stimmt zwar, dass der Krieg zusätzliche Gebiete unter deutsche Kontrolle bringen sollte, um so den viel zitierten deutschen ‚Lebensraum‘ zu erweitern und Deutschland die Ausbeutung der ökonomischen Ressourcen der annektierten und besetzten Gebiete zu ermöglichen. Doch stellte die Sowjetunion von Anfang an einen Sonderfall da, denn aus der Sicht der Nazis war die Sowjetunion das Mutterland und Hauptquartier des größten Feindes: Des Judäo-Bolschewismus. Nirgends würden die Deutschen einem gefährlicheren, niederträchtigeren und verschlageneren Feind gegenüberstehen. Der Krieg gegen die Sowjetunion musste also nicht nur militärisch, sondern auch ideologisch gewonnen werden, und jede judäo-bolschewistische Regung, die die unterworfenen Bevölkerung zum Widerstand ermutigen könnte, musste umgehend und gnadenlos ausgelöscht werden.

Dennoch hatte das Naziregime zur Zeit des Überfalls auf die Sowjetunion noch nicht beschlossen, alle in der besetzten Sowjetunion vorgefundenen, geschweige alle europäischen Juden zu ermorden. Noch ging das Naziregime davon aus, es würde die ‚Endlösung‘ erst durchführen können, wenn es den Krieg erfolgreich zu Ende geführt haben würde, weil beides gleichzeitig nicht praktikabel sei. In der Zwischenzeit war das Generalgouvernement (der von den Deutschen nicht annektierte Teil Polens) als Abladeplatz für die Juden Osteuropas vorgesehen. So wäre sichergestellt, dass von ihnen keine Gefahr für die deutschen Besatzer ausgege. Zudem gingen die Nazis davon aus, dass die Sterblichkeit durch die verheerenden Lebensbedingungen im Generalgouvernement in die Höhe getrieben und die Zahl der nach dem Krieg zu ermordenden Juden dadurch verringert werden könnte. Angesichts ihrer wahnhaften Furcht vor den judäo-bolschewistischen Ungeheuern war es dennoch von Anfang an klar, dass der den deutschen Einheiten eingeräumten Befugnis, auf jede wahrgenommene Bedrohung mit letaler Gewalt zu reagieren, in disproportionalem Maße Juden zum Opfer fallen würden. Christopher Browning hat diese Phase daher als eine des „impliziten“ Genozids charakterisiert.⁹

Nicht vorgesehen war in den deutschen Plänen für den Vernichtungskrieg allerdings, dass die Rote Armee zunächst weitgehend kollabieren würde, so dass die Deutschen innerhalb kürzester Zeit weit in die Sowjetunion vordringen konnten. Hitler fühlte sich alsbald genötigt einzugreifen, um die Einnahme Moskaus durch die Wehrmacht zu verhindern, ehe die Front

auf ganzer Länge abgesichert sein würde. Wiederholt war Hitler von der Führung der Wehrmacht gewarnt worden, dass ein Mehrfrontenkrieg Deutschland überfordern würde. Wiederholt hatten die Erfolge der Wehrmacht das Gegenteil bewiesen. Dass nun auch der Angriff auf die Sowjetunion ein unvorhergesehener Erfolg wurde, bestätigte Hitler in der Annahme, er sei unbesiegbar und man könne die Ermordung aller europäischen Juden doch schon jetzt in Angriff nehmen, ohne das Ende des Kriegs (von dem er vermutlich annahm, es liege eh nicht mehr in allzu großer Ferne) abzuwarten.

Mitte Juli 1941 begann das Naziregime die Möglichkeit ernsthaft in Betracht zu ziehen, Deutschland durch die Deportation sämtlicher in Großdeutschland verbliebener Juden nach Osteuropa endlich „judenrein“ zu machen. In dem Maße, in dem diese Pläne konkrete Gestalt annahmen, folgerten örtliche Kommandeure in der besetzten Sowjetunion angesichts der offenbar bevorstehenden Zufuhr weiterer Juden nach und nach, dass sie sich vermutlich der bereits an ihren Orten befindlichen Juden entledigen sollten, um Platz für die Neuankömmlinge zu schaffen. Im Laufe des Monats August 1941 begannen die Deutschen und ihre Kollaborateure, neben männlichen Sowjetbürgern, von denen viele Juden waren, nun auch jüdische Frauen und Kinder zu ermorden. Zugleich stockte der Vormarsch der Wehrmacht kurzzeitig, so dass Hitler seine Optionen noch einmal überdachte. Doch im September ging es wieder voran. Jetzt wurden aus den Massentötungen von Sowjetbürgern und -bürgerinnen, von denen viele Juden waren – in erster Linie durch Massenerschießungen an vorbereiteten Tötungsorten in der Nähe ihrer Wohnorte – immer häufiger Massentötungen sämtlicher Juden an bestimmten Orten. Dies waren die Vorläufer des sogenannten „Holocaust durch Kugeln“. „Die Frage“, so Jürgen Mattheus, lautete nun „nicht mehr, warum die Juden getötet werden sollten, sondern warum sie *nicht* getötet werden sollten“.¹⁰ Doch selbst jetzt war die systematische Ermordung aller Sowjetjuden noch nicht beschlossene Sache. Sie begann erst im Frühjahr 1942.

Irgendwann im Oktober 1941 fällte Hitler in der Annahme, Deutschland werde die Sowjetunion innerhalb weniger Monate besiegen, die Entscheidung, mit der vollständigen Ermordung aller europäischen Juden doch schon während des Kriegs zu beginnen. „Sollte die Judenfrage vor August 1941 auf die eine oder andere Art gelöst werden“, so Browning, „so war die Vorgehensweise ab Ende Oktober eindeutig – die Juden mussten in ihrer Gesamtheit sterben.“¹¹

Es folgte eine Phase des Experimentierens mit möglichen Tötungsmethoden. In diesem Zusammenhang wurden ab November 1941 einige mit Kohlenmonoxid arbeitende mobile Gaskammern an bestimmten Orten in der besetzten Sowjetunion eingesetzt. Inzwischen hatte auch der Bau der sogenannten Aktion Reinhardt-Lager, der im Generalgouvernement gelegenen Todeslager Belzec, Sobibor and Treblinka, begonnen. Ende 1941 waren die erforderlichen Vorbereitungen für die vollständige Auslöschung des europäischen Judentums weit gediehen und es war an der Zeit, die deutsche Verwaltung in die Koordination und Durchführung des Genozids einzubeziehen. Dies war der Zweck der Wannsee-Konferenz am 20.1.1942. Lange wurde angenommen, der Beschluss, mit der Endlösung zu beginnen, sei erst auf dieser Konferenz gefällt worden, doch war dies tatsächlich schon drei Monate vorher geschehen.

Der deutsche Vernichtungskrieg in der Sowjetunion stellte also einen wichtigen Zwischenschritt hin zur Schoah dar, doch können die beiden nicht einfach gleichgesetzt werden. Allerdings würden die im Rahmen des deutschen Vernichtungskriegs begangenen Verbrechen in der Sowjetunion die von den Russen während des gegenwärtigen Kriegs in der Ukraine verübten Verbrechen selbst dann in den Schatten stellen, wenn das Nazi-Regime sich im Herbst 1941 nicht entschlossen hätte, alle europäischen Juden zu ermorden. Selbstverständlich ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ein verbrecherisches Unterfangen. Zehntausende Ukrainerinnen und Ukrainer sind getötet worden, Millionen ihrer Landsleute haben ihre Wohnorte und/oder das Land verlassen müssen. Die Verwüstung von Nutzflächen und die zeitweise Blockade ukrainischer Getreideexporte hat die Ernährungslage weltweit verschärft, und die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs sind erheblich. Wie alle Kriege Putins wird auch dieser mit außergewöhnlicher – also über das im Krieg unvermeidliche Maß hinaus gehender – Brutalität und ohne jede Rücksicht auf das Wohlergehen von Zivilisten oder auch nur der eigenen Truppen geführt. Doch zielt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht auf die Ermordung großer Teile der ukrainischen Bevölkerung ab, geschweige auf die Erlösung der Welt durch die Ermordung aller Ukrainer. So wahnsinnig seine vorgesetzte oder tatsächliche Motivation für den Angriffskrieg sein mag, besteht Putins Absicht darin, die Ukraine zu ‚befreien‘, indem er sie wieder unter russische Kontrolle bringt. Plausibel lässt all das sich mit dem deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion nicht gleichsetzen und mit der Schoah schon gar nicht.

In der alten Bundesrepublik war nur eine winzige Minderheit bereit, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass für die Tötung von schätzungsweise 20 Millionen Zivilisten im Rahmen des deutschen Vernichtungskriegs in der Sowjetunion nicht nur die Sonderheiten wie die SS, sondern auch die Wehrmacht verantwortlich war. Erbittert wurde der Konsensus aufrechterhalten, die Wehrmacht habe ehrbar gekämpft und sei für die Verbrechen nicht verantwortlich gewesen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahren stieß eine Wanderausstellung, die diesem Mythos die empirische Grundlage entzog und auf die wir noch zurückkommen werden, auf massive Abwehr. Sie wurde sogar zum Ziel eines Brandanschlags.¹² Da die Zahl der SS-Angehörigen wesentlich geringer war als die der Wehrmachts-Angehörigen, ist es nicht gerade überraschend, dass allzu viele Deutsche davon, dass auch die Wehrmacht sich an den Verbrechen beteiligt hatte, nichts hören wollten.

- 1 Sowjetische Ehrenmale in Deutschland abreißen? Mitteldeutscher Rundfunk, 12.5.2022, <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/ukraine-krieg-denkmal-sowjetunion-deutschland-100.html>.
- 2 Israels Kritik an Lawrows Hitler-Vergleich zurückgewiesen. Russischer Außenminister: „Ich glaube, dass Adolf Hitler auch jüdisches Blut hatte.“ In: Jüdische Allgemeine, 3.5.2022, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kritik-an-lawrows-nazi-vergleich>.
- 3 Siehe: Nicholas Potter: Asow verdankt seine Existenz dem Krieg. Interview mit Michael Colborne. Belltower, 23.2.2022, <https://www.belltower.news/interview-zur-ukraine-asow-verdankt-seine-existenz-dem-krieg-128347>.
- 4 Jan Rathje, Miro Dittrich und Martin Müller: CeMas Studie: Verschwörungs-ideologische Positionierung zum Ukraine Krieg und die Rolle von RT DE auf Telegram, April 2022, <https://cemas.io/publikationen/russische-des-information/>.
- 5 Im Mai 2022 veröffentlichte die *Süddeutsche Zeitung* eine Karikatur, die sich der Bildsprache des *Stürmer* bediente, um Präsident Selenskyj als bedrohlich über dem Weltwirtschaftsforum in Davos schwebende Macht darzustellen. Siehe Torben Heine: „SZ“ wegen Selenskyj-Karikatur in der Kritik, 27.5.2022, <https://meedia.de/2022/05/27/sz-wegen-selenskyj-karikatur-in-der-kritik/>.
- 6 Siehe zum Beispiel Nikolas Busse: Überfall auf die Ukraine: Putins Zivilisationsbruch. In: FAZ+, 24.2.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wladimir-putins-ueberfall-auf-die-ukraine-zivilisationsbruch-17829693.html>; Michael Backfisch: Putins brutaler Ukrainekrieg – ein Zivilisationsbruch. In: WAZ+, 11.3.2022, <https://www.waz.de/politik/ukraine-krieg-zivilisationsbruch-invasion-id234793347.html>; bereits anlässlich der Annexion der Krim durch Russland: Norbert Röttgen: Krim Krise: „Putin begeht einen Zivilisationsbruch“. In: Berliner Morgenpost, 22.3.2014, <https://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article126069585/Putin-begeht-einen-Zivilisationsbruch.html>.
- 7 Im April 2022, zitierte *Die Welt* unkritisch die Aussage des Bürgermeisters von Mariupol, seine Stadt habe eine neues Babyn Jar erlitten. Siehe „Das neue Babyn Jar“ – bis zu 9000 Leichen in Massengräbern. In: *Die Welt*, 22.4.2022, <https://www.welt.de/politik/ausland/article238307463/Stadtrat-von-Mariupol-Das-neue-Babyn-Jar-bis-zu-9000-Leichen-in-Massengraebern.html>. Nicht, dass derartige hyperbolische Relativierungen etwas Neues waren. So schickte etwa der Christdemokrat Norbert Blüm, der unter Helmut Kohl von 1982 bis 1998 durchgängig als Bundesminister diente, im Jahr 2002 ein Protestschreiben an den israelischen Botschafter in Deutschland, in dem er forderte, Israels „hemmungsloser Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser müsse beendet werden. Siehe Severin Weiland: *Unionspolitiker streiten über Israel-Sanktionen*. In: *Spiegel*, 3.4.2002, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nahostkonflikt-unionspolitiker-streiten-ueber-israel-sanktionen-a-190037.html>.
- 8 Im Detail schildern Christopher Browning und Jürgen Matthäus die im Folgenden in aller Kürze zusammengefassten Vorgänge auf teils kontrastierende, teils komplementäre Weise in Christopher R. Browning: *Die Entfesselung der „Endlösung“: Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942*, aus dem Amerikanischen von Klaus-Dieter Schmidt. München: Propyläen, 2003.
- 9 Ebd., 455.
- 10 Ebd., 432.
- 11 Ebd., 460.
- 12 Hannes Heer und Klaus Naumann (Hgg.): *Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*. Hamburg: Hamburger Edition, 1995.

Download der Publikation unter:

[https://report-antisemitism.de/documents/](https://report-antisemitism.de/documents/Israelbezogener-Antisemitismus_in_Bayern_nach_dem_7_Oktober.pdf)
[Israelbezogener-Antisemitismus_in_Bayern_nach_dem_7_Oktober.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/Israelbezogener-Antisemitismus_in_Bayern_nach_dem_7_Oktober.pdf)



Schoah-bezogene vergangenheitspolitische Brennpunkte und Kontroversen seit 1945

Im Folgenden gehen wir auf einige wichtige Schoah-bezogene vergangenheitspolitische Brennpunkte und Kontroversen in der Geschichte der alten und neuen Bundesrepublik ein. Sie zeugen von dem stets neue Formen annehmendem Bestreben, die eigenen Verantwortung bzw. die der eigenen Vorfahren für die Verbrechen der Nazizeit im Allgemeinen und die Schoah im Besonderen zu relativieren bzw. zu leugnen.

Antisemitismus in den ersten Nachkriegsjahren: Selektive Amnesie

Saul K. Padover begleitete die Erste US-Armee 1944/45 im Auftrag des militärischen Nachrichtendienstes (Office of Strategic Services) bei ihrem Vormarsch in Deutschland. Nachdem die Alliierten die Stadt eingenommen hatten, wurde er damit beauftragt, in und um Aachen deutsche Zivilisten zu befragen. Diese Tätigkeit erwies sich rasch als Quelle erheblicher Frustration. „Seit zwei Monaten sind wir hier zugange,“ schrieb er, „wir haben mit vielen Menschen gesprochen, wir haben jede Menge Fragen gestellt, und wir haben keinen einzigen Nazi gefunden. Jeder ist ein Nazigegner. Alle Leute sind gegen Hitler. Sie sind schon immer gegen Hitler gewesen.“ Er habe bei den befragten Deutschen „keinen Schimmer eigenen Schuldbewusstseins“ entdecken können. Stattdessen warfen sie Hitler vor, „den Krieg verloren, und nicht, ihn begonnen zu haben.“¹

Noch ehe Deutschland kapituliert hatte, hatten die meisten nichtjüdischen Deutschen damit begonnen, ihre eigene Komplizenschaft und Verwicklung in die Verbrechen der Nazizeit zu leugnen und zu verdrängen.

Stattdessen schoben sie die Verantwortung für etwaige ‚Exzesse‘ Hitler und einer kleinen Schar hochrangiger Nazis zu, die ‚im deutschen Namen‘ gehandelt hätten. In Veröffentlichungen, die für eine breite Leserschaft bestimmt waren, wurde Hitler Jahrzehntelang als dämonische Figur porträtiert und der Nationalsozialismus als eine Katastrophe, deren Opfer Deutschland unerklärlicherweise geworden sei. In nicht unerheblichem Maße geschieht dies auch weiterhin. Tatsächlich hat es in der Geschichte des deutschen Nationalstaats kein Regime gegeben, das von einem ähnlich großen Anteil der deutschen Bevölkerung mit ähnlicher Begeisterung unterstützt wurde. Doch am 9. Mai 1945 versicherten alle, sofern sie überhaupt je etwas den Nazis Förderliches getan haben sollten, sei dies ganz unabsichtlich geschehen und dem extremen Befehlsnotstand zuzuschreiben, in dem sie sich befunden hätten. Die Verbrechen der Nazizeit im Allgemeinen und die Schoah im Besonderen waren offenbar von einer Handvoll Täter und Täterinnen begangen worden. Wo es ohnehin nur eine vernachlässigbare Anzahl von Tätern gab, konnte eigentlich auch niemand zum Komplizen geworden sein.

Die meisten Deutschen litten an einer hochgradig selektiven Form der kollektiven Amnesie. An Sachverhalte, die angeblich ihre Unschuld belegten, konnten sie sich sehr genau erinnern. Daran, was den Juden angetan worden war, konnte sich dagegen kaum jemand erinnern. Niemand hatte jüdische Nachbarn denunziert, niemand sich deren Eigentum angeeignet. Niemand hatte gesehen, wie jüdische Erwachsene und Kinder am helllichten Tag erst zu den Sammelpunkten und Transitlagern und dann von dort zu den Bahnhöfen marschierten, um deportiert zu werden. Dass sie im Osten systematisch ermordet wurden, wollte ohnehin niemand gewusst haben. Auf die anfänglichen Umerziehungs-Bestrebungen der Alliierten Besatzungsbehörden reagierten die meisten Deutschen mit Abwehr und hielten sich nun erstrecht für die verfolgte Unschuld. Lautstark beklagten sie das Schwerre, das sie während der Bombardierung deutscher Städte, der Flucht vor der vorrückenden Roten Armee oder bei der Repatriierung am Kriegsende erlitten hätten. Dass Unterkünfte und Lebensmittel unmittelbar nach dem Krieg so knapp waren, empfanden sie als hochgradig ungerecht. Obwohl sie angeblich gar nicht wussten, was sich eigentlich zugetragen hatte, waren sie sich sicher, dass sie von den Alliierten ungerecht behandelt würden.

Viele wurden auch nicht müde, auf die von anderen Ländern begangenen Verbrechen hinzuweisen. Dies war und ist eine Form der Schuldabwehr

und Opfer-Täter-Umkehr, die sich bis heute grosser Beliebtheit erfreut und in den letzten Jahren eher wieder zu- als abgenommen hat. Der australische Kriegskorrespondent Osmar White, der die Dritte US-Armee auf dem Vormarsch in Deutschland begleitete, erwähnte in seinem Erfahrungsbericht die Vorführung eines Films über Bergen-Belsen in einem norddeutschen Kriegsgefangenenlager, auf den die Wehrmachtssoldaten nicht nur mit lautem Stampfen und Pfiffen reagiert hätten. Zudem hätten sie geschrien: „Was ist mit der indischen Hungersnot? Was ist mit den Bergarbeitern in Kongo?“²

Mit der deutschen Kapitulation hörte der Antisemitismus zwar auf, offizielle Staatsdoktrin zu sein, und viele distanzierten sich dann allmählich vom Antisemitismus in seiner spezifisch nationalsozialistischen Ausformung, oder zumindest von den durch ihn motivierten ‚Exzessen‘. Doch hieß das mitnichten, dass andere lang tradierte Formen des Antisemitismus auch verschwanden. Wie eh und je passte der Antisemitismus sich den neuen Begebenheiten an, um auch für das neue vermeintlich erlittene Unrecht eine Erklärung bieten zu können. „Nur wenige verteidigen die Art und Weise, wie die Juden behandelt wurden“, hieß es in einem im November 1945 verfassten Bericht des US-amerikanischen Zweigs der Militärregierung (OMGUS), „aber die meisten meinen, dass es gut war, deren Macht zu brechen.“³ Selbst als niemand mehr glaubhaft behaupten konnte, von den an den Juden begangenen Verbrechen nichts zu wissen, wurde Antisemitismus nicht, wie oft behauptet wird, zur reinen Privatsache. Auch in der Öffentlichkeit machte er sich in mancherlei Form bemerkbar, beispielsweise durch zahlreiche Schändungen jüdischer Friedhöfe, durch antisematische Schmierereien, durch unmissverständlich ressentimentgeladene Berichte und Kommentare in der Presse, durch antisemitisch motivierte Anzeigen bei der Polizei und durch bürokratischen Obstruktionismus im Umgang mit jüdischen Überlebenden und ihren Entschädigungsansprüchen – und immer wieder auch durch die gewaltsame Bedrohung und Misshandlung von Juden.

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren lebten zahlreiche jüdische DPs (Displaced Persons) in der amerikanischen Besatzungszone, ein Großteil von ihnen in Bayern. Insbesondere jene, die entschlossen waren, in den Jischuw (ab 1948: nach Israel) auszuwandern, oder diese Option zumindest ernsthaft in Betracht zogen, gaben sich große Mühe, in die amerikanische Besatzungszone zu gelangen. Sie gingen davon aus, die Briten würden ihnen angesichts der Einwanderungssperre in das von ihnen verwaltete

Mandatsgebiet die Ausreise massiv erschweren. Bestanden die DPs anfangs in erster Linie aus Überlebenden der Lager, kamen mit der Zeit weitere osteuropäische Juden hinzu, die vor antisemitischen Gewaltakten in Polen flohen, bzw. Überlebende, die in der Sowjetunion überlebt hatten und bei ihrer Rückkehr in ihre vormaligen Wohnorte von ihrem alten Leben nichts mehr vorfanden und zum Teil offen angefeindet oder gewaltsam vertrieben wurden. Während manche schon weiterzogen, kamen daher neue DPs hinzu, so dass die Zahlen schwankten und es mehr oder weniger unmöglich ist, eine präzise Gesamtzahl für die Zeit bis zur Schließung der DP-Lager im Jahr 1952 zu ermitteln.⁴ Den vorliegenden Schätzungen zufolge befanden sich Anfang 1946 etwa 40 000 jüdische DPs in der amerikanischen Besatzungszone; Anfang 1947 waren es ungefähr 140 000, ein Jahr später 109 000. Die meisten waren in DP-Lagern untergebracht.⁵ Viele der DPs wollten ihr neues Leben so rasch wie möglich beginnen. Daher kam es zu außergewöhnlich vielen Familiengründungen, die die Zahl der DPs infolge der hohen Geburtenrate weiter steigerten.

Die wenigsten jüdischen DPs wollten in Deutschland bleiben. Die meisten wollten entweder in den Jischuw/nach Israel oder in die Vereinigten Staaten auswandern. Repatriierung war in den meisten Fällen ohnehin keine Option. Die erste ‚Generation‘ der DPs bestand überwiegend aus körperlich extrem geschwächten Überlebenden, die in vielen Fällen nichts als ihre KZ-Uniformen besaßen. Anfangs wurden sie gemeinsam mit nichtjüdischen DPs – darunter nicht wenige, die kurz zuvor noch mit den Deutschen kollaboriert hatten – in überfüllten Lagern untergebracht. Angesichts wiederholter Klagen über die Behandlung der jüdischen DPs beauftragte Präsident Harry Truman den renommierten Juristen Earl G. Harrison mit einer Untersuchung der Verhältnisse. Dank seines Berichts und der unermüdlichen Bemühungen jüdischer Hilfsorganisationen in den Vereinigten Staaten besserten sich die Bedingungen ab August 1945. Unter anderem wurde die Rolle eines Beraters für jüdische Angelegenheiten beim Kommandeur der US-Truppen in Europa geschaffen. Rabbi Philip Bernstein, der dieses Amt 1946/47 innehatte, setzte sich besonders hartnäckig dafür ein, dass sich die Lebensbedingungen und Aussichten der jüdischen DPs verbesserten. Unter anderem wurden jüdische DPs künftig in eigenen DP-Lagern untergebracht. In Bayern gab es drei große DP-Lager für Juden: Föhrenwald, Landsberg und Feldafing.

Dass die jüdischen DPs in mehrfacher Hinsicht besser behandelt wurden als die deutsche Zivilbevölkerung, ist absolut wahr und war angesichts dessen, was ihnen angetan worden war, auch völlig angemessen. Unter anderem erhielten sie mehr und bessere Lebensmittel und hatten Zugang zu Kaffee, Zigaretten und Schokolade. Dies führte dazu, dass einige jüdische DPs auf dem Schwarzmarkt, ohne den die meisten Deutschen kaum auskommen konnten, eine prominente Rolle spielten. Statt sich einzustehen, dass die Alliierten Gründe dafür hatten, die Opfer besser als die Täter zu behandeln, griffen die meisten nichtjüdischen Deutschen prompt zur nächsten Opfer-Täter-Umkehr und machten aus den ‚Privilegien‘, die den jüdischen DPs gewährt wurden, gleich wieder einen Popanz jüdischer Macht, deren Opfer sie angeblich waren. Die bessere Behandlung der jüdischen DPs identifizierten sie als das genaue Gegenteil dessen, was sie war. In dem Bisschen symbolischer Gerechtigkeit, das den Juden in dieser Form zuteilwurde, konnten sie nur eine gegen sie gerichtete Ungerechtigkeit erkennen. So kamen die Assoziationen, Bilder und Sprüche, die man aus dem *Stürmer* kannte, wieder zum Einsatz. Die jüdischen DPs seien Kriminelle; die Frauen seien Prostituierte, die Männer Betrüger und Wucherer; das Kürzel DP stehe in Wirklichkeit für „Deutschlands Parasiten“. Indem sie nun zu Tätern wurden, hatten die vormaligen Opfer den fortlebenden Antisemitismus nur sich selbst zuzuschreiben – als sei Antisemitismus eine Reaktion auf das Verhalten tatsächlicher Juden und nicht die Projektion verdrehter Vorstellungen, die nur in den Köpfen der Antisemiten existieren.

Am 31.7.1949, zwei Wochen vor der ersten Bundestagswahl, nahm der amerikanische Hochkommissar John McCloy in Heidelberg an der von jüdischen Interessenvertretern aus den westlichen Besatzungszonen veranstalteten zweiten Konferenz zur Beratung über die „Zukunft der Juden in Deutschland“ teil. Dort wiederholte er eine frühere Äußerung, der zufolge „die ganze Welt“ die künftige Entwicklung jüdischen Lebens in Deutschland „sehr genau beobachten“ werde. Sie stelle „einen der wirklichen Prüfsteine und die Probe auf Deutschlands Weg ins Licht“ dar.⁶ Betrachtet man die Äußerung McCloys in ihrem Kontext, wird deutlich, dass er im Laufe seiner Ansprache mehrmals die Verantwortung der Juden selbst für ihre künftige Integration betonte. Es hing von den Juden, die in Deutschland blieben, ab, ob sie künftig gedeihen würden. Die Juden müssten sich weniger abschließen und stärker auf die Mehrheitsgesellschaft einlassen.⁷

Er behauptete zwar, sich einem führenden deutschen Politiker gegenüber in ähnlicher Weise geäußert zu haben, doch fiel McCloy ansonsten in erster Linie durch überraschend optimistische Einschätzungen des guten Willens und der ausgeprägten Demokratiefähigkeit der deutschen Bevölkerung auf. Der Verdacht, er habe die Zukunft der Juden in Deutschland nur dann für eine entscheidende Frage gehalten, wenn er vor misstrauischen jüdischen Funktionären sprach bzw. meinte, trotzige Juden zu größerer Kompromissbereitschaft ermahnen zu müssen, ist daher nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Am 2.8.1949 kommentierte W. E. Süskind im Leitartikel der *Süddeutschen Zeitung* unter der Überschrift „Judenfrage als Prüfstein“ McCloys Aussagen. Der Intention nach bestärkte Süskind dessen Aussagen, was ihn allerdings nicht daran hinderte, seine Zustimmung mit allerhand problematischen Bemerkungen zu begründen: „Wir möchten glauben“, schrieb er, „dass beim *einfachen Mann* in Deutschland ein echter Antisemitismus tatsächlich genau so wenig besteht wie vor vierzig, vor zwanzig oder (unter uns in Bayern gesagt!) vor zehn Jahren. Nur dass der einfache Mann mit seiner gesunden Gesinnung nicht zu Worte kommt. Er schweigt, und da auch die Männer der Öffentlichkeit ihr höfliches oder verlegenes Schweigen der Gutangezogenen bewahren, behauptet mit ihrem Getuschel und Gezischel jene ewige Mitläuferkaste das Feld, jene Mittelseelen und Mittelintelligenzen, deren politisches Ingenium immer nur so weit reicht, nach einem Sündenbock fürs eigene liebe Unglück zu suchen ... Sie sind nicht einmal wirkliche Antisemiten; die wirklichen Antisemiten sitzen unerkannt hinter ihnen. Aber sie geben dem Antisemitismus Macht und verderben unseren Ruf, wo er mühsam hergestellt war.“

Was müssten die (nichtjüdischen) Deutschen nun also tun? Sie müssten „moralisch – eine besondere Rücksicht und Zartheit den Juden gegenüber walten lassen ...“, auch wenn vielleicht der einzelne Jude Rücksicht und Zartheit nicht herausfordert“. Sie müssten „intellektuell“ ihr „Urteil nicht bestimmen lassen von den Fehlern einzelner Juden und auch nicht von den Fehlern, die das ganze Volk in seiner Durchgezüchtetheit besitzen mag“. Und schließlich müssten sie „praktisch – den ungeheuren Vorteil nicht aufgeben, den die Anwesenheit einer jüdischen Minderheit noch jedem Volk beschert hat, das klug genug war, sich von der Massenhysterie des Antisemitismus freizuhalten“.⁸

Wie die zahlreichen nun bei der Zeitung eingehenden Leserbriefe zeigten, ging selbst dies etlichen Lesern noch viel zu weit. Am 9.8.1949 veröffentlichte das Blatt eine kleine Auswahl von vier Leserbriefen, darunter einen von einem „Adolf Bleibtreu“. Darin hieß es u.a.: „Geht doch nach Amerika, aber dort können sie Euch auch nicht gebrauchen, sie haben genug von diesen Blutsaugern. Ich bin beim Ami beschäftigt und da haben verschiedene schon gesagt, dass sie uns alles verzeihen, nur das eine nicht, und das ist, dass wir nicht alle vergast haben“. Er „gehöre zu den sogenannten Stilfalen im Lande, und die Flüsterpropaganda ist mehr wert als 100 Zeitungen. ... Wir sind ein ganz kleiner Kreis (noch!) ... Wir sind auf dem ‚Laufenden‘. Selbst in der engsten Umgebung von Dr. Auerbach & Kogon sitzen unsere Freunde. ... Bitte veröffentlichen Sie diese Zeilen, wenn Sie ‚Demokrat‘ sind.“⁹

Mit dem letzten Satz hatte „Adolf Bleibtreu“ der *Süddeutschen Zeitung* offenbar erfolgreich ins Gewissen geredet, denn angesichts der anschließenden Proteste beharrte sie darauf, es sei ihre ‚demokratische‘ Pflicht gewesen, bei der Auswahl der veröffentlichten Leserbriefe die ganze Bandbreite an Haltungen in der Bevölkerung abzubilden, „um die Reaktion der Öffentlichkeit nicht zu verfälschen“.¹⁰ Das konnte die zahlreichen aufgebrachten Juden der Stadt allerdings nicht überzeugen. Am nächsten Tag, dem 10.8., versammelten sich den Angaben der Zeitung zufolge „über 3000 jüdische Demonstranten“ zu einer Protest-Kundgebung in der Bogenhausener Möhlstraße, dem organisatorischen und geschäftlichen Zentrum jüdischen Lebens im München der unmittelbaren Nachkriegs-Jahre. Auf den mitgeführten Transparenten haben u.a. gestanden: „Nieder mit dem Stürmer von 1949, der ‚Süddeutschen Zeitung‘“ und „Der blutige Hitlerismus ist wieder da. Die niederträchtige Notiz der Süddeutschen Zeitung vom 9.8. ist eine Schande für die demokratische Welt.“

„Im Verlauf der sich nun“ aus nicht näher erläuterten Gründen „entwickelnden Straßenschlacht wurden etwa 21 Polizisten durch Steinwürfe und Schläge mit Holzstöcken und ausgerissenen Zaunlatten blutig geschlagen. Die Polizei machte von Gummiknüppeln Gebrauch. Ein Polizist mußte in Notwehr zur Pistole greifen und verwundete drei jüdische Demonstranten durch Bauchschuß. Die dadurch aufgebrachte Menge ging nun im Laufschritt mit Steinen und Stöcken gegen die Polizei vor, steckte einen Überfallwagen in Brand, zertrümmerte die Schreiben mehrerer Funkwagen und machte auch vor etwa sechs Zivilautos nicht halt“. Beruhigt werden konnte die Lage erst durch das Einschreiten der US-Militärpolizei,

die die deutsche Polizei aus der Möhlstraße vertrieb und ihr untersagte, sie wieder zu betreten.

In der Redaktion der *Süddeutschen Zeitung* war man nicht nur zutiefst beleidigt: „Man wird selten ein so krasses Beispiel erleben, dass dem, der sich redlich bemüht, zur Einsicht zu mahnen, in den Rücken gefallen wird.“ Zudem beklagte die Redaktion, dass derartige Proteste den Antisemitismus überhaupt erst hervorrufen würden: „Sollte der Antisemitismus – eine, wie wir nach wir vor glauben, im Grunde durchaus unbayerische Erscheinung – neuen Auftrieb erhalten, so wird man sich bei den Veranstaltern des gestrigen Tumults dafür bedanken dürfen.“¹¹



▲
Am 10.8.1949 protestierten tausende jüdische Demonstranten in der Münchner Möhlstraße gegen einen in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten antisemitischen Leserbrief. Auf dem Transparent steht: „Die Probe der deutschen ‚Demokratie‘ / Die ‚Süddeutsche Zeitung‘ / Das Nazi-Nest / Wir bitten um den Entzug ihrer Lizenz.“

Foto: Fosch, Süddeutsche Zeitung

Frieden mit den Tätern und spärliche ‚Wiedergutmachungs‘-Bestrebungen

Angesichts des heraufziehenden Kalten Kriegs gaben die Westalliierten ihre bescheidenen Versuche, die Deutschen in ihren Besatzungszonen zu einem ernsthaften Umdenken zu bewegen, alsbald wieder auf. Viel wichtiger schien es nun zu sein, die Mehrheit der künftigen Bundesbürger durch Milde und Zugeständnisse so gut es ging dem Westen zu verpflichten. Wenige Monate nach der Gründung der Bundesrepublik führte das 1947 gegründete Allensbach-Institut eine repräsentative Umfrage zum Thema Antisemitismus durch, deren Ergebnisse einen Eindruck davon vermittelten, was selbst die Köpfe jener Minderheit füllte, die es gut meinte.¹² Schon die nackten Zahlen ergeben ein erschreckendes Bild. Fast ein Viertel (23 Prozent) der Befragten stufte sich selbst als „demonstrativ antisemitisch“ oder Juden gegenüber „gefühlsmäßig ablehnend“ ein. Weitere fünfzehn Prozent gaben an, dass sie Juden „reserviert“ gegenüberstünden, und nochmal fünfzehn Prozent behaupteten, Juden seien ihn „gleichgültig“. Mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) gab an, Antisemitismus würde durch „die Eigenheiten jüdischer Volksgruppen“ verursacht. Weitere zwölf Prozent hielten „Die jüdische Religion“ für die Ursache des Antisemitismus und vierzehn Prozent mochten sich für keine der angegebenen Optionen entscheiden.

Die Reaktionen der bayerischen Teilnehmer wichen an verschiedenen Punkten mal mehr, mal weniger von denen der anderen Befragten ab. Sie gaben häufiger als andere an, nicht zu wissen, wie viele der vor 1933 in Deutschland lebenden Juden noch im Lande seien (Bayern: 72 Prozent; Durchschnitt: 65 Prozent). Während im Schnitt 30 Prozent der Befragten annahmen, die nicht mehr vorhandenen Juden seien „umgekommen“, dachten dies nur 20 Prozent der bayerischen Befragten. Entsprechend gingen sie eher als andere davon aus, es sei der einstigen jüdischen Bevölkerung gelungen auszuwandern (Bayern: 36 Prozent; Durchschnitt: 30 Prozent) bzw. sie behaupteten eher, sie wüssten nicht, was mit den Juden geschehen sei (Bayern: 37 Prozent; Durchschnitt: 34 Prozent). Sie schrieben der nationalsozialistischen Propaganda entschieden weniger Wirkung zu als andere und meinten am ehesten, der Antisemitismus habe seit 1945 zugenommen (Bayern: 33 Prozent; Durchschnitt: 19 Prozent). Entsprechend war der Anteil bayerischer Befragter, die meinten, es gebe seit 1945 weniger Antisemitismus besonders niedrig (Bayern: 22 Prozent; Durchschnitt: 32 Prozent). Zudem gaben sie in weit höherem Maße als

andere an, dass sie ihre Einstellung infolge der Präsenz osteuropäischer Juden seit 1945 geändert hätten (Bayern: 38 Prozent; Durchschnitt: 23 Prozent); entsprechend war der Anteil derer, die angaben, ihre Haltung habe sich nicht verändert, bei den bayerischen Befragten am geringsten (Bayern: 58 Prozent; Durchschnitt: 73 Prozent). Sie meinten auch etwas häufiger als andere, der Antisemitismus würde durch die „Eigenheiten“ der Juden hervorgerufen (Bayern: 58 Prozent; Durchschnitt: 53 Prozent). Nur die Befragten aus Rheinland-Pfalz hielten es für weniger wahrscheinlich, dass die „Judenfrage“ durch ein „friedliches Zusammenleben“ von Juden und Nichtjuden gelöst werden könne (Bayern: fünf Prozent; Durchschnitt: acht Prozent). Es waren auch wiederum nur die Rheinland-Pfälzer, die sich häufiger als die Bayern der Aussage „Die Judenfrage ist unlösbar (liegt an den Juden)“ anschlossen (Bayern: fünf Prozent; Durchschnitt: zwei Prozent).

Nun haften derartigen Umfragen selbst im besten Fall zahlreiche Probleme an, die fast immer zur Unterschätzung des vorhandenen Antisemitismus führen. In dieser Hinsicht schießt diese Allensbach-Umfrage jedoch den Vogel ab. Einerseits war die Anlage der Umfrage ungewöhnlich anspruchsvoll, denn die Befragten wurden nicht nur gebeten, ihre Zustimmung (oder nicht) zu bestimmten Aussagen zu signalisieren, sondern ihre jeweilige Wahl auch zu begründen. Allerdings hat das Institut dann keine qualitative Auswertung unternommen, sondern lediglich eine Auswahl der Begründungen im Anhang dokumentiert. Die dokumentierten Begründungen verweisen darauf, wie konfus die Vorstellungen der meisten zitierten Befragten waren. Geht man mit einer den heutigen Umfragen zum Thema entsprechenden Erwartungshaltung an sie heran, erlebt man sein blaues Wunder, weil so viele Begründungen heute gängigen Vorstellungen widersprechen und die Ausführungen jener, die einer bestimmten Aussage zugestimmt oder widersprochen haben, oftmals gar nicht zu unterscheiden sind. Viele der Befragten, die angaben, bestimmten Fragen gleichgültig gegenüberzustehen, lieferten dann Begründungen, aus denen sehr deutlich hervorgeht, dass sie den betreffenden Fragen alles andere als gleichgültig gegenüberstanden. Oft äußerten sie sich mindestens so deutlich wie diejenigen, die bereitwillig deutlichen Aussagen zugestimmt hatten.

Ehe die Befragten nach ihrer eigenen Haltung Juden gegenüber gefragt wurden, wurden ihnen – in der Annahme, es würde ihnen dann leichter fallen, ehrlich zu antworten – Aussagen im „Manche Leute

sagen..."-Format vorgelegt, die sie entweder bejahen oder verneinen sollten. Das führte dazu, dass zahlreiche Befragte annahmen, die Frage sei nicht, ob die Aussagen wahr oder unwahr seien, sondern ob es wahr sei, dass „Manche Leute“ diese Aussagen machen würden. Umgekehrt haben andere Befragte die Frage zwar im intendierten Sinne aufgefasst, haben dann aber in ihren Begründungen erklärt, dass sie die betreffenden Aussagen verneint hätten, weil die Juden viel schlimmer seien als sie in den betreffenden Aussagen dargestellt würden.

Fast alle Befragten, die meinten, der Antisemitismus habe seit 1945 noch zugenommen oder sei zumindest weiterhin ebenso stark wie zuvor, begründeten dies mit dem angeblichen Fehlverhalten der Juden. Ein Porzellanmaler (alle nachfolgenden Zitate stammen von bayerischen Befragten) in der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen verwies auf „die parasitäre Haltung der Juden“. Ein Hilfsarbeiter in der gleichen Altersgruppe bemängelte, „die Juden“ würden „sich gegen alle Deutschen ... herausfordernd und beleidigend“ benehmen.¹³ „Jetzt erst wissen wir um die Judenfrage. Jetzt erst gibt es für mich überhaupt dieses Problem“, meinte ein Bauschlosser in der Altersgruppe der noch nicht 30-Jährigen, und weiter: Die Juden „kamen mit einem Haß und einer Überheblichkeit wie unsere SS; Herrenrasse sagten die, und ausgewähltes Volk die Juden. Nein, so geht's nicht.“¹⁴ Eine noch nicht 30-Jährige „mithelfende Landwirtstochter“ erklärte die Tatsache, dass der Antisemitismus gleich stark geblieben sei, damit, dass „sich die Juden nach meiner Meinung nicht als großzügig zeigen im Vergessen der ihnen zugefügten Schädigung und Leiden“.¹⁵ Sie gab zudem an, die Propaganda der Nazis habe sie in keiner Weise beeinflusst, „Weil ich aus meinen Anschauungen heraus den Juden ohne jede Propaganda ablehne.“¹⁶ Dagegen meinte die Inhaberin eines Kolonialwarengeschäfts in der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen, der Antisemitismus sei seit 1945 „unverändert gering geblieben“. Allerdings: „Wenn man diese polnischen schmutzigen Juden sieht mit den Wollköpfen, dann fängt man sich unwillkürlich bald an zu kratzen“.¹⁷

Immerhin 27 der zitierten Befragten bejahten im Prinzip, dass die verfolgten Juden einen Anspruch auf Reparationen hätten. Allerdings machten die Begründungen dann deutlich, dass das bejahte Prinzip bestenfalls theoretischer Natur war. Manche meinten, die an den Juden begangenen Verbrechen seien so furchtbar gewesen, dass man sie ohnehin nicht wirklich wieder gutmachen könne, woraus sie dann folgerten, man solle es gar nicht erst versuchen. Mehrere Befragte stellten zum Teil sehr

nachdrücklich klar, dass die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen oder überhaupt die Deutschen – die ja auch Opfer der Nazis gewesen seien – ihres Erachtens zuerst entschädigt werden müssten.

„Erlittenes Unrecht und Verlust muß im Rahmen des Möglichen gut gemacht werden“, meinte eine Arbeiterin in der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen. Doch: „Keinesfalls können wir Flüchtlinge aber den Juden ein Vorrecht in dieser Frage einräumen, unsere Ansprüche unterscheiden sich in nichts von denen der Juden. Die Forderungen von diesem ‚feisten‘ Kerl – wie heißt er doch – Auerbach, ich hörte ihn auf einer Versammlung in Coburg – sind eine Unverschämtheit.“¹⁸ Überhaupt waren die Begründungen jener, die sich für und gegen eine Entschädigung der verfolgten Juden aussprachen, kaum zu unterscheiden. Die zuvor schon erwähnte Inhaberin eines Kolonialwarengeschäfts war dagegen und erläuterte ihre Ablehnung wie folgt: „Wenn Rußland seine lebenslänglichen Quälereien an deutschen Kriegsgefangenen, Frankreich seine satanische Behandlung an unseren Männern, die Tschechen an den Sudetendeutschen usw. wieder gut machen, sage ich spontan ja zur Pflicht der Wiedergutmachung an den Juden. *Nichts gegen Juden.* ... Aber was dem einen sein Recht, muß auch dem anderen zustehen. Unsere Männer, das Volk, konnten nichts dafür, dass dieser Hitler, dieser damische, den Krieg wollte.“¹⁹

Jene, die Entschädigungsleistungen ablehnten, unterschieden sich von denen, die sie im Prinzip befürworteten, in erster Linie dadurch, dass sie eher geneigt waren, den Juden die Verantwortung für ihre eigene Verfolgung zuzuschieben. „Die Juden wußten, dass man sie nicht haben wollte“, meinte eine noch nicht 30-Jährige „Damenschneiderin in Modesalon“ und weiter: „Sie wurden 1933 aufgefordert, auszuwandern. Warum sind sie nicht dieser Aufforderung gefolgt!“ (Schon das Ausrufezeichen zeigt an, dass es sich nicht einmal um eine rhetorische Frage, sondern um eine aggressive Abwehr geste handelte).²⁰ „Die ordentlichen Juden haben sie nicht umgebracht“, meinte eine „Landwirtsfrau“ in der Gruppe der 50- bis 65-Jährigen, „die sind ausgewandert.“²¹

Eine Hausfrau in der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen, die offenbar verarmt war und „z. Zt.“ als Näherin arbeiten musste, hatte gleich ein ganzes Lehrbuch für Antisemiten verschluckt: „Ich habe eine unüberwindliche Abneigung gegen sie, seit frühesten Jugend“, erklärte sie. „Ich würde aber immer für die Juden eintreten für Finanzierung ihrer Auswanderung und für Erhaltung des jüdischen Staates Israel. ... Ich möchte noch sagen, dass

ich auch die Juden auf der Bühne nicht mag, und der Bayerische Rundfunk hat eine Ansagerin mit einer ausgesprochen schnottrigen Zunge, vermutlich eine Jüdin. Wenn sie ansagt, schalte ich ab. Auch die erotisch aufgemachten Fotos in den Magazinen, deren Herausgeber sicherlich wieder Juden sind, stoßen mich ab, und ich bin nicht prüde. Ich sorge mich immer, dass diese Schwarten Kindern und Halbwüchsigen in die Hände fallen. Ich bin zu dem Schluß gekommen: Jedes Volk hat seinen Prozentsatz unredlicher Menschen, der aber niedrig ist. Bei den Juden ist es umgekehrt, da ist der Prozentsatz der Redlichen, Anständigen der niedere!“²²

Ausgewanderte Juden erfreuten sich überhaupt besonderer Beliebtheit. Zwei Drittel der Befragten meinten, die „Judenfrage“ könne möglicherweise durch die Existenz Israels gelöst werden, vorausgesetzt, alle Juden wanderten – zur Not unfreiwillig – dorthin aus und würden dann daran gehindert, Israel wieder zu verlassen. Etliche Befragte sorgten sich, dass Israel nicht groß genug für all Juden sein könnte. Mehrere schlügen explizit vor, man solle eine hohe Mauer um das Land errichten. Auch die Maßgabe, das Land müsse von der UNO beaufsichtigt werden, gab es.²³ Mehrere Befragte drückten ihre Genugtuung darüber aus, dass man werde zuschauen können, wie die Juden sich gegenseitig betrügen, da ihnen in ihrem eigenen Land ja keine Nichtjuden zur Verfügung stehen würden, die sie ausbeuten könnten. Umgekehrt meinten manche der Befragten, Israel sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die Juden sich nur durch die Ausbeutung anderer erhalten könnten.²⁴ Von denen, die darauf beharrten, Israel könne zur Lösung der „Judenfrage“ nichts beitragen, gab es einige Gegenvorschläge. Man könne die Juden beispielsweise zwingen auf eine entlegene Insel zu ziehen, die sie nicht verlassen dürften oder, noch besser, man sollte sie zum Mond schicken.²⁵ Als die Umfrage Ende 1952 teilweise wiederholt wurde, war der Anteil der Befragten, die sich freimüdig zum Antisemitismus bekannten, von 23 auf 34 Prozent gestiegen. Der Anteil jener, die sich für „tolerant“ hielten, war dagegen von 41 auf 23 Prozent gesunken. Bei dieser Gelegenheit entschied sich mehr als ein Drittel der Befragten (36 Prozent), die betreffende Frage nur ausweichend oder gar nicht zu beantworten.²⁶

Nicht nur für die im Rahmen der Allensbach-Studie Befragten gab es einen weiteren Feind, dem sie fast so viel Ressentiment entgegenbrachten wie den Juden: Die Alliierten. Der Grundkonsens, die Entnazifizierungsbestrebungen der Alliierten hätten eine krasse Form der Siegerjustiz dargestellt, die nun dringend von Deutschen wieder gutgemacht werden müsse, war

für die der jungen Bundesrepublik freudlos entgegengebrachte Akzeptanz in der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Ralph Giordano sprach in diesem Zusammenhang später vom ‚Großen Frieden mit den Tätern‘.²⁷ Schwer fiel dieser Friedensschluss nicht, denn die Gesellschaft, die ihn schloss, bestand ja zu nicht unerheblichen Teilen aus den Tätern, mit denen sie ihn schloss. Letztlich schloss sie den Frieden also mit sich selbst.

Einige hochrangige Täter wurde zwar noch vor Gericht gestellt und verurteilt, doch wurden sie fast alle vorzeitig entlassen. Hinzu kamen mehrere Amnestien, so dass am Ende fast alle wegen ihrer Beteiligung an den Verbrechen der Nazizeit verurteilte Täter vorzeitig freikamen. Ermittlungen, sofern sie überhaupt stattfanden, zogen sich meist über Jahre hin, und zahlreiche Täter, denen eine Anklage drohte, konnten fliehen oder starben, ehe Anklage gegen sie erhoben wurde. Nur gegen eine kleine Minderheit der Mörder und ihrer Komplizen leitete die bundesdeutsche Justiz jemals Ermittlungen ein. In der Regel erlitten sie allenfalls einen kurzzeitigen Karriereknick.

Die Weigerung, sich mit der eigenen Verantwortung für das Geschehene kritisch auseinanderzusetzen, war Teil einer Doppelstrategie, deren anderer Teil in dem Beharren der offiziellen Bundesrepublik darauf bestand, sie habe radikal mit der Nazivergangenheit gebrochen. Dass über die Verantwortung Einzelner selten gesprochen wurde, war weder auf Schamgefühle zurückzuführen noch darauf, dass die Tatsachen vertuscht werden sollten. Schließlich wussten die Leute damals ja in aller Regel noch, wer was getan hatte, und die wenigsten hätten es sich leisten können, den ersten Stein zu werfen. Vielmehr handelte es sich um eine bewusste Übereinkunft – der konservative Philosoph Hermann Lübbe nannte es ‚kommunikatives Beschweigen‘ – das voraussetzte, die entscheidende Frage sei nicht, was einer getan habe, sondern wozu einer in Zukunft bereit sei.²⁸ Die deutsche Mehrheitsgesellschaft stürzte sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die wenigsten dürften nach der Auflösung der DP-Lager überhaupt gewusst haben, dass überhaupt Juden in der Bundesrepublik lebten. Nach einem Besuch in Westdeutschland schrieb Hannah Arendt 1950: „Nirgends wird dieser Albtraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt und nirgendwo wird weniger darüber gesprochen als in Deutschland. ... Dieser allgemeine Gefühlsmangel, auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rühseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äußerliche

Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden“.²⁹

Am 10.9.1952 unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und der israelische Außenminister Moshe Sharett das Luxemburger Abkommen. Es verpflichtete die Bundesrepublik zur Leistung von Reparationszahlungen an Israel (die Israel sich wiederum für deutsche Waren auszugeben verpflichtete) sowie, durch die Claims Conference (Conference on Jewish Material Claims Against Germany) an individuelle jüdische Opfer. Die Präambel legte deutlich die unterschiedlichen Auffassungen der beiden Vertragsparteien dar. Israel, so hieß es, habe „die schwere Last auf sich genommen, eine so große Anzahl vertriebener und mittellosen jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und den vormals unter deutscher Kontrolle stehenden Gebieten aufzunehmen, und hat sich daher mit der Forderung nach umfassender Kompensation für die Kosten der Integration dieser Flüchtlinge an die Bundesrepublik gewandt.“ Die Bundesregierung, so wurde andererseits festgehalten, habe mit der Regierungserklärung vom 27.9.1951 „ihre Absicht kund getan“, den durch die „unsagbaren Verbrechen, die in der Zeit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft gegen jüdische Menschen begangen wurden“, verursachten materiellen Schaden wiedergutzumachen.³⁰

„Im Namen des deutschen Volkes
sind aber unsagbare Verbrechen
begangen worden, die zur
moralischen und materiellen
Wiedergutmachung verpflichten“.

Konrad Adenauer,
Regierungserklärung vom
27.9.1951.

In seiner Regierungserklärung vom 27.9.1951 hatte Adenauer zunächst dargelegt, warum die Notwendigkeit eines derartigen Abkommen sich keineswegs von selbst verstehe. Denn „das deutsche Volk“ habe „in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen“ – von denen es bekanntlich gar nichts wusste – „verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. Es hat in der Zeit des Nationalsozialismus im deutschen Volke viele gegeben, die mit eigener Gefährdung aus religiösen Gründen, aus Gewissensnot, aus Scham über die Schändung des deutschen Namens ihren jüdischen Mitbürgern Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Im Namen des deutschen Volkes“, fuhr er dann fort, „sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten“. Allerdings müssten dabei „die Grenzen berücksichtigt werden, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung der zahllosen Kriegsopfer und der Fürsorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen gezogen sind“.³¹ Weniger höflich ausgedrückt: In welchem Maß die Opfer entschädigt werden könnten, hänge davon ab, was nach Versorgung der Täter übrigbleibe.

Mit der Behauptung, die Verbrechen der Nazizeit seien nicht von Deutschen, sondern ‚im deutschen Namen‘ begangen worden, bestätigte Adenauer einen Konsens, der bis in die 1960er Jahre bestimmend blieb. Die offenbar Unbekannten, die ‚im deutschen Namen‘ gehandelt hatten, konnten im Gegensatz zu den Deutschen, die die Verbrechen tatsächlich begangen hatten, selbstredend auch nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Einige wenige jüdische Forscher und Intellektuelle versuchten, diesen Konsens zu durchbrechen, doch ihre Bestrebungen wurden mit der Begründung unbesehen vom Tisch gewischt, als Juden fehle ihnen die zur Beurteilung der Schoah erforderliche Objektivität. Merkwürdigerweise haftete dieser angebliche Mangel an Objektivität nur den Opfern, nicht aber den Tätern an.

Dass Adenauer die Ratifizierung des Abkommens schließlich erzwingen konnte, hatte mit moralischem Empfinden nichts zu tun. Um Druck auf sie auszuüben, wies Adenauer seine Kollegen immer wieder darauf hin, die Bundesrepublik könne nicht auf internationale Akzeptanz rechnen, solange sie sich einer derartigen Vereinbarung verweigere.³² Adenauers Vorhaben stieß auf massive Widerstände. Eine Allensbach-Umfrage im August 1952 ergab, dass 44 Prozent der Befragten die Leistung von Entschädigungszahlungen für unnötig hielten. Weitere 24 Prozent meinten, Entschädigungszahlungen seien zwar im Prinzip gerechtfertigt, doch sei

die vereinbarte Entschädigung viel zu hoch, und 21 Prozent mochten sich nicht festlegen. Lediglich elf Prozent der Befragten waren bereit, den Vertragsentwurf anstandslos zu bejahren.³³ Im Übrigen war das Abkommen auch in Israel umstritten. Nicht wenige meinten, die Bundesrepublik suche sich durch die Zahlung von Blutgeld von der Verantwortung für die Schoah freizukaufen. In dem Bestreben, das Abkommen zu vereiteln, schickten rechtszionistische Aktivisten sogar Briefbomben an Adenauer und den Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation.

Die Bundesrepublik versuchte 1965, mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Entschädigungsgesetzes (BEG Schlußgesetz) einen Schlussstrich unter die Entschädigungsfrage zu ziehen. Demnach sollten potenzielle Empfänger nur noch bis 1969 antragsberechtigt sein. Überlebende in den vormals kommunistischen zentral- und osteuropäischen Staaten erhielten überhaupt erst nach dem 1998 erfolgten Abschluss einer Vereinbarung zwischen der wiedervereinigten Bundesrepublik und der Claims Conference Entschädigungsleistungen.

Die Welle antisemitischer Schmierereien im Winter 1959/60

In den frühen Morgenstunden des 1. Weihnachtsfeiertages 1959 wurden die Kölner Hauptsynagoge in der Roonstraße und ein nahegelegenes Denkmal für Antifaschisten, die von der SS ermordet wurden, mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert. Innerhalb kürzester Zeit tauchten nun in der gesamten Bundesrepublik ähnliche Schmierereien auf. Einem im Februar 1960 veröffentlichten Weißbuch der Bundesregierung zufolge (auf das wir noch zurückkommen werden), gab es in der Zeit vom 25.12.1959 bis zum 28.1.1960 insgesamt 685 antisemitische bzw. „nazistische“ Vorfälle. Am 15.2. war die Gesamtzahl bereits auf 833 gestiegen. Die Reaktion der Bundesregierung beruhte auf drei grundlegenden Schutzbefehlungen: Sie erblickte, wie konnte es auch anders sein, in der deutschen Gesellschaft das primäre Opfer der antisemitischen Schmierereien; sie behauptete, dass die Täter Einzeltäter und, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, entweder Kinder oder Hooligans seien, die Aufmerksamkeit erregen wollten, sich inhaltlich aber gar nichts dabei dachten; und sie behauptete, dass die Vorfälle Teil einer von der DDR gesteuerten konzentrierten Kampagne seien.

Da die antisemitischen Vorfälle dem Ruf der Bundesrepublik im Ausland schadeten, war ‚Deutschland‘ offensichtlich das hauptsächliche Opfer. Diese Argumentationsweise stand so penetrant im Vordergrund der offiziellen Reaktionen, dass der Leiter der staatlichen Hamburger Pressestelle, Eric Lüth, schon Anfang Januar – allerdings vergeblich – davor warnte, „das Problem des Antisemitismus nur unter dem Aspekt außenpolitischer Besorgnisse zu sehen“.³⁴ Als das Bundeskabinett am 6.1.1960 zu einer Sondersitzung zusammenkam, war es Außenminister Heinrich von Brentano, der die Dringlichkeit der Angelegenheit begründete: „das Weltecho auf die antisemitischen Ausschreitungen“ werde in „zunehmendem Maße bedrohlich“.³⁵

In einer am 16.1.1960 ausgestrahlten Radio- und Fernsehansprache bemerkte Adenauer, die antisemitischen Vorfälle hätten „bei uns in Deutschland eine Welle der Empörung gegen die Täter, in manchen anderen Ländern eine Welle von Haß gegen die Deutschen überhaupt, insbesondere gegen das heutige Deutschland hervorgerufen“. Die Schmierereien seien „fast ausschließlich Flegeleien ... ohne politische Grundlage“. Adenauer wandte sich dann direkt an „meine deutschen jüdischen Mitbürger“ und danach an die nichtjüdische Bevölkerung und die übrige Welt:

An meine deutschen jüdischen Mitbürger wende ich mich heute und sage ihnen, sie können völlig unbesorgt sein. Dieser Staat steht mit seiner ganzen Macht hinter ihnen; ich bürgt ihnen für dieses Wort. Meinen deutschen Mitbürgern insgesamt sage ich: Wenn Ihr irgendwo einen Lümmel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe, die er verdient.

Unseren Gegnern im Ausland und den Zweiflern im Ausland sage ich, die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes in der Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus hat sich in der denkbar geschlossensten und stärksten Weise gezeigt. Das deutsche Volk hat gezeigt, dass diese Gedanken und Tendenzen bei ihm keinen Boden haben.

Adenauer kann unmöglich geglaubt haben, dass diese Behauptungen der Wahrheit entsprachen oder dass irgendjemand im In- oder Ausland ihnen Glauben schenken würde. Doch als Kanzler war es seine Pflicht, die offizielle Position der Bundesrepublik zu vertreten, auch wenn diese wesentlich mehr mit Wunschdenken als der Realität zu tun hatte. Allerdings

untergrub Adenauer dann die Glaubwürdigkeit auch dieses Wunschdenkens, indem er nicht nur die Zukunft arg optimistisch schilderte, sondern auch die Vergangenheit zurechtlog:

Dem Nationalsozialismus hat der größere Teil des deutschen Volkes in den Zeiten des Nationalsozialismus nur unter dem harten Zwang der Diktatur gedient. ... Ich glaube, das sollte man allmählich doch auch draußen erkannt haben. In dem deutschen Volke hat der Nationalsozialismus, hat die Diktatur keine Wurzel. ... Die Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus, die sich im deutschen Volk jetzt so spontan und einmütig offenbart hat, ist die gute Seite dieser abscheulichen Vorgänge.

So hatten die am Ende gut 1000 antisemitischen Schmierereien am Ende auch noch eine „gute Seite“.³⁶ Am 25.1.1960 lautete der Aufmacher der *Nürnberger Nachrichten*: „Dr. Adenauer zu den antisemitischen Ausschreitungen und der Kampagne gegen Bonn: „Man will die Feindschaft gegen Deutschland wieder anstacheln““³⁷

Rein logisch waren die zweite und dritte Schutzbehauptung (es handele sich um unpolitische Einzeltäter bzw. eine von der DDR gelenkte Kampagne) schwer miteinander zu vereinbaren. Die Spannung zwischen ihnen spiegelte eine Kontroverse zwischen Innenminister Gerhard Schröder und dem späteren bayerischen Ministerpräsidenten und damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß wider. Schröder wollte die Bedeutung der antisemitischen Vorfälle herunterspielen, indem er sie auf unpolitischen Hooliganismus und jugendliche Streiche zurückführte. Strauß hielt sich zwar gerade in Portugal auf, um dem Diktator António Oliveira Salazar seine Aufwartung zu machen, meinte aber dennoch, die Lage in der Bundesrepublik am besten einschätzen zu können. Ohne auch nur so zu tun, als habe er Beweise für seine Behauptungen, erzählte er der Presse, das Ganze sei eine von der SED koordinierte Kampagne. Als Schröder ihm öffentlich widersprach, legte Strauß, ohne die Erlaubnis der entsprechenden Behörden einzuholen, eine Reihe Dokumente unklarer Provenienz vor, die offenbar von den Altnazis bereitgestellt wurden, die den BND dominierten, und die seine These belegen sollten. Die Sozialdemokraten sprachen von einem „Privatkrieg“ zwischen Schröder und Strauß.³⁸ Adenauer ergriff schließlich für Strauß Partei und suchte die Unvereinbarkeit der beiden Versionen mit der kühnen These zu überbrücken, „die Täter seien vielleicht nicht darüber im Bilde, dass sie einer einheitlich gelenkten Aktion dienten“.³⁹

Die angeblichen ‚Beweise‘ für die Urheberschaft der SED bestanden darin, dass diese jede Blöße, die die Bundesrepublik sich gab, ausnutzte, um die DDR als das bessere Deutschland darzustellen. Das war in der Tat wahr, alles andere wäre auch überraschend gewesen. Das zu beweisen, hätte es auch keiner Dokumente bedurft. Daraus – in der Annahme, die Bundesrepublik sei unfähig, sich ihre Blößen selbst zu geben – zu folgern, die SED schaffe die Blößen überhaupt erst, war allerdings ein gewagter Sprung, den auch keines der veröffentlichten Dokumente je belegte. Dennoch ist diese Behauptung durch ständiges Wiederholen über Jahrzehnte hinweg so ‚wahr‘ geworden, dass sie inzwischen auch von ernsthaften Antisemitismusforschern und -forscherinnen wie Deborah Lipstadt als Beweis dafür ins Feld geführt wird, dass es Antisemitismus nicht nur ohne Juden, sondern auch, zwar nicht ganz, aber doch weitgehend ohne Antisemiten geben könne.⁴⁰

So besorgt war die Bundesregierung über den Schaden, den der Ruf des Landes durch die Vorfälle erleiden könnte, dass sie das besagte Weißbuch zum Thema veröffentlichte. Eingeleitet wurde es durch eine ausführliche Erklärung, die Schröder am 18.2.1960 im Bundestag abgegeben hatte. Darin behauptete er, „dass die Bevölkerung der Bundesrepublik auf die Hakenkreuzschmierereien sofort mit Abscheu und Empörung reagiert“ habe. „Nirgends gab es ein Wort der Entschuldigung, es gab vielmehr einhellige Ablehnung und die moralische Isolierung der Täter.“ Weiter führte er aus: „Die deutsche Öffentlichkeit sieht in den Sudeleien nicht nur üble Ausschreitungen einzelner unbelehrbarer Fanatiker und zum weit- aus größten Teil eine Gassenjungengesinnung, die etwa allein die Polizei und den Strafrichter angingen. Vielmehr empfindet sie die Schmierereien als einen bösen Verstoß gegen ihren durch Taten bewiesenen Willen zur Wiedergutmachung, zur Versöhnung und zur Toleranz.“⁴¹

Auf genau einer Seite befasste das Weißbuch sich mit einem möglichen rechtsradikalen Hintergrund der Schmierereien. Dagegen erstreckte sich der Abschnitt, der die Schmierereien der SED in die Schuhe zu schieben suchte, über sieben Seiten. Die Autoren des Weißbuchs bauten einen wahnwitzigen Popanz auf der Tatsache auf, dass die beiden Täter, die für die ersten Schmierereien in Köln verantwortlich waren, mehrmals mit einer aus der DDR stammenden Freundin in der DDR Urlaub gemacht hatten.⁴² Bei einem Besuch in Leipzig lernte einer der Täter lauf Weißbuch einen Lehrer kennen, der ihn mit einem weiteren Lehrer bekannt machte, der den örtlichen Sowjetsoldaten Deutschunterricht erteilte. „Mit den

beiden Lehrern“ habe der Täter dann „eine sowjetrussische Militärkantine“ aufgesucht, um „eine russische Bärenfellmütze zu erwerben“. Damit war offenbar der entscheidende Beweis erbracht, dass es sich bei den beiden Tätern um Agenten der Sowjetunion oder der DDR handelte, die von den Kommunisten mit antisemitischen Schmierereien beauftragt worden waren, um dem Ruf der Bundesrepublik zu schaden.⁴³

Mit Blick auf die internationale Kritik meinte Schröder: „Viele Äußerungen von dort verrieten, dass viele trotz aller Schriften über das ‚Dritte Reich‘ und trotz der totalitären Wirklichkeiten unserer Tage in den kommunistisch beherrschten Ländern noch immer keine Ahnung davon haben, was es heißt, unter einem totalitären Regime existieren zu müssen.“⁴⁴

Nun könnte man meinen, 685 antisemitische Vorfälle in einem Monat seien recht besorgniserregend. Allerdings erklärte das Weißbuch ausführlich, warum der Schein trüge. Zunächst einmal habe es sich bei 215 Schmierereien „nur“ um „Kinderkritzeleien“ gehandelt, die „nach Art und Ausführung offensichtlich von Kinderhand“ angebracht worden seien (also von Tätern die nicht älter als vierzehn seien).⁴⁵ Gerne wüsste man, wie die Unterscheidung von Erwachsenen- und Kinderhand im Einzelnen getroffen wurde. Umgekehrt stellt sich allerdings die Frage, warum – einmal angenommen, es habe sich bei diesen Schmierereien tatsächlich um „Kinderkritzeleien“ gehandelt – es nicht gerade besorgniserregend wäre, dass erst nach dem Krieg geborenen Kinder bei ihren Streichen nichts Besseres eingefallen war, als antisemitische Parolen zu kritzeln. Nachdem das Weißbuch von den verbleibenden 470 Vorfällen noch diejenigen abgezogen hatte, die auf unpolitische Hooligans zurückführen sein sollten, denen lediglich jedes Mittel recht war, um ihre Familien und die Behörden zu ärgern, verblieben 138 Schmierereien, die möglicherweise hätten erstgenommen werden müssen.⁴⁶ Auch hier stellt sich die gleiche Frage: Wenn ‚Hooligans‘ auch anderthalb Jahrzehnte nach dem Sturz des Nazi-Regimes außer antisemitischen Schmierereien und der Beschimpfung der bundesdeutschen Elite als „Judenhelfer“ und „Judenfreunde“ nichts einfällt, um ihre angeblich unspezifische und gänzlich unpolitische Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen, müsste dies doch eigentlich ganz besonders besorgniserregend sein.⁴⁷ Den Autoren des Weißbuchs zufolge waren am Ende jedenfalls nur acht Prozent der Täter in irgendeiner Form politisch motiviert.⁴⁸

Von den bis zum 28.1.1960 registrierten 685 Vorfällen hatten sich 69 in Bayern zugetragen. In Allersberg kam es gleich zu mehreren Vorfällen.

In ihrer Wochenendausgabe vom 2./3.1.1960 meldeten die *Nürnberger Nachrichten* den ersten Vorfall und bemerkten, bei den Tätern handele es sich „wahrscheinlich“ um „geltungsbedürftige Jugendliche, die ‚einmal in die Zeitung kommen‘ möchten“.⁴⁹ Es war zu offenkundig in großer Eile ausgeführten Schmierereien an mehreren Gebäuden gekommen, was daran zu erkennen sei, dass einige der Hakenkreuze nicht korrekt dargestellt worden seien. Daher sei davon auszugehen, dass die ‚geltungsbedürftigen Jugendlichen‘ mit einem Auto von Tatort zu Tatort geeilt seien. Jedenfalls waren sich alle sicher, dass die Täter nicht aus Allersberg stammten. In ihrer Doppelnummer vom 6./7.1.1960 meldeten die *Nürnberger Nachrichten* bereits den dritten antisemitischen Vorfall in Allersberg. In diesem Fall habe die Polizei „aus der Art der Schriftzüge“ geschlossen, „dass die Hetzparole wahrscheinlich von Kinderhand angebracht worden ist“.⁵⁰

Keine zwei Wochen später wurde ein Brandanschlag auf einen Synagogenkomplex in Amberg gemeldet. In diesem Fall war die Berichterstattung besonders bemerkenswert. Zunächst berichteten die *Nürnberger Nachrichten*, der Täter habe „einen Fußabstreifer mit Oel übergossen und angezündet. Man vermutet, dass der Anschlag“ – nicht etwa dem Fußabstreifer, sondern – „eigentlich der Synagoge und einem danebenstehenden jüdischen Wohnhaus galt“.⁵¹ Das Feuer sei entdeckt und gelöscht worden, ehe nennenswerter Schaden entstanden sei. Dagegen wurde in der *Welt* berichtet, es habe sich um einen Versuch gehandelt, „die Synagoge von Amberg (Oberpfalz) durch einen Brand zu vernichten“, und weiter: „Die Brandstifter legten das Feuer in einem Anbauschuppen an der Synagoge und versuchten, auch die benachbarte israelitische Schule sowie ein jüdisches Wohnhaus durch Brand zu vernichten.“ Die „auffordernden Flammen“ seien „von einer gegenüberliegenden Feuerwache ... bemerkt“ worden. Aus Furcht vor Nachahmungstätern habe die jüdische Gemeinde anfangs gebeten, über den Anschlag nicht zu berichten.⁵² Anders als die *Nürnberger Nachrichten* und die *Welt*, hielt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* es offenbar für angemessen, jemanden nach Amberg zu schicken, um sich vor Ort umzusehen. In ihrem Bericht hieß es dann: „Die Täter waren in einen dicht an der Synagoge stehenden Holzschuppen eingedrungen und hatten dort Kanister mit Oel ausgeleert, das sie anzündeten. ... Der brennende Holzschuppen“ sei dann gelöscht worden. Und weiter: „Der Brand wurde etwa um 20.15 Uhr gelegt, also zu einer Zeit, in der Passanten unterwegs waren. Die Öffentlichkeit war auf Wunsch des Amberger Oberrabbiners noch nicht über den Fall unterrichtet worden,

da die israelitische Gemeinde durch diese Nachricht ein neues Aufflackern der antisemitischen Aktionen befürchtete.“⁵³ Mit ihrem Bericht über den brennenden Fußabstreifer hatten die *Nürnberger Nachrichten* also ganz offensichtlich aus einem Elefanten eine Mücke gemacht.

Zu den wenigen Tätern, die man für politisch motiviert hielt, gehörte Bayerns notorischster Wiederholungstäter, der 22-jährige Schreiner Ludwig Vogel aus Kitzingen. Am 27.12.1959 warf er einen Gegenstand in ein in jüdischem Besitz befindliches Café in Kitzingen, das in ein von Hand verfertigtes, beidseitig mit Hakenkreuzen versehenes Plakat eingewickelt war. „Nieder mit den Juden! In die Gaskammern!“ stand darauf. „Das Unglaublichste aber“, so die *Nürnberger Nachrichten*, „hat sich Vogel mit einem Drohbrief an einen anderen jüdischen Barbesitzer in Kitzingen geleistet, den er in rüdem Ton aufgefordert hat, ‚sich am kommenden Montag um 05.30 Uhr auf dem Friedhof zwecks Erschießung einzufinden‘. Ein halber Zentner Kohle sei mitzubringen, ‚damit Deine lächerliche Figur verbrannt werden kann‘. Im Weigerungsfalle werde eine zwangsweise Vorführung erfolgen. Vogels Brief schließt mit den Worten: ‚Saujude, bald gehst du kaputt!‘ Unterzeichnet hat der Schmierfink den Brief mit ‚Die Vereinigung der fanatischen Antisemiten‘. Unter einer unleserlichen Unterschrift steht ‚Oberst a. D. der Waffen-SS‘“.⁵⁴ Vogel fuhr dann noch in das nahegelegene Scheinberg, wo er das Gerichtsgebäude und ein in jüdischem Besitz befindliches Geschäft mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmierte.

Der Polizei gegenüber gab Vogel an, er sei Anhänger der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP). Angeregt zu seinen Taten hatte ihn offenbar die Lektüre von Hitlers *Mein Kampf* sowie der Broschüre *Richter und Antisemiten* von Adolf von Thadden, einem der sechs DRP-Abgeordneten im niedersächsischen Landtag. In der Broschüre äußerte Thadden Zweifel sowohl an der Zahl der während der Shoah ermordeten Juden als auch an der Echtheit des Tagebuchs von Anne Frank und behauptete, die Juden hätten den zunehmenden Antisemitismus in der Weimarer Republik durch ihr Verhalten selbst provoziert. Vogel betonte jedoch, er habe allein gehandelt und die DRP trage keinerlei Verantwortung für seinen Taten.

Um den Jahreswechsel 1959/60 kam es nicht nur in Deutschland vermehrt zu antisemitischen Schmierereien, doch hatten derartige Vorfälle, wenn sie sich in Deutschland zutrugen, zwangsläufig eine besondere Resonanz, und Deutschlands Nachbarn teilten die Gelassenheit der

bundesdeutschen Behörden keineswegs. Die internationale Presse berichtete ausführlich und mit großer Besorgnis darüber, dass der Antisemitismus in der Bundesrepublik als politischer Faktor offenbar wieder im Kommen sei. „Ohne die von der Bundesregierung und den Länderregierungen ergriffenen Maßnahmen zur Umerziehung, Entnazifizierung und Wiedergutmachung an den Juden kleinreden zu wollen,” so hieß es im Londoner *Jewish Chronicle*, „ist es offensichtlich, dass insbesondere bei der Entnazifizierung der Justiz, des Bildungswesens und des gehobenen Beamtentums nicht annähernd genug unternommen worden ist.“⁵⁵

Am 17.1.1960 fand in London eine vom Verband jüdischer Kriegsveteranen und -veteraninnen (AJEX) organisierte Kundgebung mit anschließendem Schweigemarsch von Marble Arch zur deutschen Botschaft statt. Scotland Yard sprach von 7500 bis 8000 Teilnehmern, die Organisatorinnen nannten eine Teilnehmerzahl von 30 000. Unter ihnen waren 50 Überlebende deutscher Lager.⁵⁶ Den Veteranen schlossen sich „Studenten, Gewerkschafter, Hausfrauen, mehrere Parlamentsabgeordnete, zwei Londoner Bezirksbürgermeister und hier und da auch Kinder in kleinen Gruppen an“. Eine Abordnung überreichte dem Botschafter der Bundesrepublik eine Petition, in der daran erinnert wurde, „dass Antisemitismus das Fundament war, auf dem die Nazi-Bewegung errichtet wurde“. Die Abordnung erklärte dem Botschafter, dass „wir die jüngsten Vorfälle nicht als Taten vereinzelter Hooligans, sondern als Ausdruck organisierten Nazitums bewerten. Wir drückten unser Erschrecken darüber aus, dass so viele ehemalige Nazis gehobene Positionen im öffentlichen Dienst, bei der Polizei und in der Justiz bekleiden.“⁵⁷

Die DRP war eine von mehreren rechtsextremen Parteien, die in der Bundesrepublik zu verschiedenen Zeitpunkten einen erschreckenden Erfolg verbuchen konnten. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre war namentlich die von Adolf von Thadden geführte DRP-Nachfolgepartei NPD in sieben Landtagen vertreten und sie verpasste 1969 nur knapp den Einzug in den Bundestag. Später war die NPD erneut in den Landtagen der neuen Bundesländer Sachsen (von 2004 bis 2014) und Mecklenburg-Vorpommern (von 2006 bis 2016) vertreten. Allerdings haben bundesdeutsche Rechtsextremisten es nicht bei der Bewerbung um Parlamentssitze belassen, und es hat in der Geschichte der Bundesrepublik wiederholt von Rechtsextremisten verübte Terroranschläge gegeben. Ihnen fielen unter anderem 1980 in Erlangen Rabbi Shlomo Lewin und seine Partnerin Frieda Poeschke und 1992 in Frankfurt am Main die Überlebende Blanka Zmigrod

zum Opfer. Im Juli 2000 wurden sechs Juden im Düsseldorfer Stadtteil Wehrhahn durch einen Sprengstoffanschlag ermordet, und im November 2003 vereitelten Sicherheitskräfte einen Sprengstoffanschlag auf die Feier anlässlich der Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums in München. Der versuchte Anschlag auf die Synagoge in Halle an der Saale an Jom Kippur 2019 machte einmal mehr deutlich, dass jüdisches Leben in Deutschland nicht nur durch einen Mangel an gesellschaftlicher Akzeptanz bedroht wird, sondern auch ganz unmittelbar durch potenziell tödliche Gewalt, unter anderem von Rechtsextremisten.

Der Frankfurter Auschwitz-Prozess, die Verjährungsdebatte und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel

Am 20.12.1963 begann der erste der drei Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Er war der bis dahin umfangreichste und bedeutsamste von der deutschen Justiz in die Wege geleitete Prozess gegen Nazi-Täter. Sein Zustandekommen war in nicht unerheblichem Maße dem Hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer zu verdanken, der sich auf geradezu heldenhafte Weise für die Strafverfolgung von Nazi-Verbrechern einsetzte. Er selbst war 1936 als schwuler Jude aus Deutschland geflohen, doch 1949 zurückgekehrt.

Er hatte entscheidend dazu beigetragen, dass Adolf Eichmann als einer der wichtigsten Organisatoren der Schoah gefangen genommen werden konnte. Da deutsche Justizbeamte mögliche Angeklagte immer wieder gewarnt und ihnen dadurch die Flucht ermöglicht hatten, teilte Bauer die ihm zugespielten Informationen über Eichmanns Aufenthaltsort nicht mit seinen deutschen Kollegen, sondern täuschte diese und die deutsche Öffentlichkeit sogar aktiv, um stattdessen über mehrere Jahre hinweg heimlich mit dem israelischen Geheimdienst Mossad zusammenzuarbeiten. So konnte sichergestellt werden, dass Eichmann nicht gewarnt wurde und die Israelis sich seiner schließlich bemächtigen konnten. Der 1961 in Jerusalem geführte Prozess gegen Eichmann trug entscheidend dazu bei, das Wissen um die Schoah sowohl in Israel als auch international im öffentlichen Bewusstsein breiter zu verankern.

Die vom Frankfurter Landgericht am 20.8.1965 verkündeten Urteile fielen eher milde aus. Sechs Angeklagte erhielten lebenslänglich, drei wurden freigesprochen, und die übrigen wurden zu befristeten Haftstrafen

verurteilt. Dennoch trug der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess, ähnlich wie der Eichmann-Prozess, entscheidend dazu bei, einer breiteren Öffentlichkeit die Bedeutung der Schoah zu vermitteln. Die verübten Verbrechen wurden während des Prozesses detailliert dargestellt und die Presse berichtete ausführlich. Jüngere Deutsche erfuhren so häufig zum ersten Mal nicht nur davon, *dass* bestimmte Verbrechen begangen worden waren, sondern auch *wie*. Manche mochten sich nun nicht länger in das ‚kommunikativen Beschweigen‘ fügen, und einige Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller und Filmemacher begannen, sich mit dem Thema ernsthafter auseinanderzusetzen. Allerdings erregte der Prozess auch ein hohes Maß an Abwehr, und Fritz Bauer erhielt Unmengen hasserfüllte Post und Morddrohungen.

Das 1871 eingeführte deutsche Strafgesetzbuch sah für Mord eine Verjährungsfrist von 20 Jahren vor. Dies hätte die Strafverfolgung von Tätern, die im Rahmen der Verbrechen der Nazizeit gemordet hatten, nach dem 8.5.1965 unmöglich gemacht. (Geringere Tatbestände waren inzwischen ohnehin verjährt.) Diese Sachlage führte zu erbittertem Streit darüber, welches Rechtsgut vorzuziehen sei: War es wichtiger, dass die Opfer der schlimmsten Verbrechen weiterhin eine wenigstens theoretische Aussicht darauf hatten, dass die Täter doch noch zur Rechenschafft gezogen würden, oder wog das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Befriedung durch einen endgültigen Schlussstrich schwerer?⁵⁸

Insbesondere die CSU und die FDP wehrten sich energisch gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist. Schon im Januar ließ Bundesjustizminister Ewald Bucher (FPD) auf einer Parteiversammlung in Augsburg nicht nur keinen Zweifel daran aufkommen, wo seine Prioritäten lagen; er ließ auch seiner Wut darüber freien Lauf, dass man sich im Ausland für die Frage interessierte. Da es sich um eine rein deutsche Rechtsfrage handele, „lasse ich mich auch nicht von Demonstrationen in Washington

**Die Bundesrepublik habe
keine andere Wahl: „Wir
müssen es darauf ankommen
lassen, notfalls mit einigen
Mörtern zusammenzuleben.“**

und Tel Aviv beirren". Wenn die Bundesrepublik sich vom ägyptische Präsidenten Gamal Abdel Nasser nicht zu einem Waffenembargo gegen Israel zwingen lasse, so werde man sich von Israel auch nicht in der Verjährungsfrage unter Druck setzen lassen. Die Bundesrepublik habe keine andere Wahl: „Wir müssen es darauf ankommen lassen, notfalls mit einigen Mördern zusammenzuleben.“ Bucher ging davon aus, dass es in jedem Bundestagswahlkreis durchschnittlich 40 Nazi-Mörder (also insgesamt ungefähr 10 000) gebe, gegen die entweder noch keine Ermittlungen eingeleitet worden seien oder in deren Fällen die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien. Allerdings meinte er, die Zahl der Fälle, in denen Ermittlungen noch nicht begonnen hätten und angesichts der Verjährung dann auch nicht mehr aufgenommen werden könnten, sei relativ gering.⁵⁹

Der langjährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin und spätere Zentralratsvorsitzende Heinz Galinski rechnete in der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* scharf mit Buchers „beschämender Mißachtung der Gefühle der Opfer“ ab. „Der wortstarke Gegner jeglicher Fristverlängerung“ sei „offensichtlich in Rage darüber“ geraten, „dass man andernorts und zumal in Verfolgtenkreisen seiner unerschütterlichen Meinung zu widersprechen wagte“, und habe sich „zu einem wütenden Ausbruch hinreißen“ lassen. „Buchers Worte“ seien „die unsachlichste und deplacierte Aeußerung eines deutschen Politikers zu dieser Frage, die wir bislang vernommen haben.“ Bei der „sogenannten nationalen Rechten werden Buchers starke Worte zustimmendes Freudengeschrei auslösen“, so Galinski, und weiter: „mit seinen brüskierenden Worten hat er die Debatte über die Verjährung zum Sieden gebracht und eine ganze Menge Porzellan zerschlagen. Auch das Ausland, das gerade an der Verjährungsfrage, einem Prüfstein für die Demokratie, regen Anteil nimmt, wird Buchers verantwortungsloses Vorpreschen kaum als ein günstiges Vorzeichen für künftige Entwicklungen werten können.“⁶⁰

Am Ende wurde beschlossen, die Verjährungsfrist ab der Gründung der Bundesrepublik, also bis 1969, laufen zu lassen. Als auch diese Frist abzu laufen drohte, verlängerte der Bundestag die Verjährungsfrist nochmals um zehn Jahre, um sie 1979 dann endgültig abzuschaffen. Seitdem verjährt Mord in der Bundesrepublik nicht mehr.

Im März 1965 nahm die Bundesrepublik zudem diplomatische Beziehungen mit Israel auf. Zehn arabische Länder riefen daraufhin ihre Botschafter zurück.

Der ‚ehrbare‘ Antisemitismus der bundesdeutschen Linken

Bis zum Sechstagekrieg im Juni 1967 sympathisierten viele Linke in der Bundesrepublik (sofern sie nicht dem Parteikommunismus anhingen) mit Israel. Meist befürworteten sie die Leistung von Entschädigungszahlungen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass das Leben in Israel bis in die 1970er Jahre maßgeblich von der Arbeiterbewegung bestimmt wurde. Vor allem die Kibbutz-Bewegung erfreute sich bei Linken erheblicher – oft idealisierender und romantisierender – Beliebtheit.

Manche Konservativen feierten den israelischen Sieg im ‚Blitzkrieg‘, und die eher rechtsgerichtete Presse, darunter insbesondere die Zeitungen, die von dem von der Linken inbrünstig gehassten Axel Springer kontrolliert wurden, entwickelten ihre eigene Form der relativierenden Vergleiche, indem sie erklärten, Moshe Dayans Erfolge seien denen von Erwin Rommel ebenbürtig. Die radikale Linke dagegen wechselte nun in aller Regel die Seiten. Angetrieben von einer manichäischen antiimperialistischen Ideologie, stellte sie sich nun auf die Seite der arabischen Staaten und der Fatah. Im Konflikt zwischen den palästinensischen Arabern und Israel waren erstere vermeintlich die Unterdrückten, also gehörte das automatische Vorrecht auf Solidarität ihnen. Obendrein hatten die eigenen einstigen Opfer damit ihre Ansprüche praktischerweise verwirkt. In dem globalen antiimperialistischen Kampf, der die Weltsicht der Neuen Linken maßgeblich bestimmte, standen die Palästinenser (wie die palästinensischen Araber sich zu nennen begonnen hatten) auf der Seite der Unterdrückten, die sich dem US-amerikanischen Imperialismus widersetzten, während Israel als dessen Stützpunkt im Nahen Osten fungierte.

Dies stellte eine doppelte Opfer-Täter-Umkehr dar. Schließlich war die Aggression seit 1947 durchgängig von arabischer Seite und nicht von Israel ausgegangen. Doch hatte man die Araber erst zu den Opfern israelischer Täter gemacht und die israelischen Juden im nächsten Schritt mit den Nazis gleichgesetzt, gehörte man als deutscher Linker plötzlich nicht mehr dem deutschen Mörderkollektiv an und hatte sich nachträglich in einen Widerstandskämpfer verwandelt.

Aufmerksamen Beobachtern war sofort klar, dass der angeblich neuartige linke Antizionismus, der sich nun zunehmender Beliebtheit erfreute, nichts als alter Antisemitismus war. Auf dramatische Weise illustriert wurde dies durch den versuchten Anschlag der nach den uruguayischen Tupamaros benannten Tupamaros Westberlin auf die Gedenkfeier zum Jahrestag des Novemberpogroms von 1938, die am 9.11.1969 im jüdischen Gemeindehaus in der Westberliner Fasanenstraße stattfand. Das Gemeindehaus wurde nach dem Krieg auf dem Grundstück der dortigen, im November 1938 verwüsteten Synagoge errichtet. Zum Glück funktionierte der Zünder des Sprengsatzes nicht, sonst wären vermutlich Hunderte getötet und das Gebäude massiv in Mitleidenschaft gezogen worden. In der Nacht vor dem Jahrestag wurden in Westberlin mehrere Denkmale, einschließlich des Gedenksteins für die ehemalige Synagoge in Schöneberg, mit den Begriffen „Napalm“, „El Fatah“ und „Schalom“ beschmiert.

Am 13.11.1969 veröffentlichte das linksradikale Szeneblatt *Agit 883* ein Bekennerschreiben mit der Überschrift „Schalom + Napalm“, das sich sowohl auf den gescheiterten Anschlag als auch auf die Schmierereien bezog. Die Linke sei aufgrund „des deutschen Schuldbewußtseins“ unfähig, den arabisch-israelischen Konflikt richtig aufzufassen und sei unfähig über eine „neurotisch-historizistische“ Kritik an Israel hinauszugehen. Es sei höchste Zeit, „die enge Verflechtung des zionistischen Israel mit der faschistischen BRD“ zu bekämpfen. Die Gedenkfeier am 9. November sei insofern ein legitimes Ziel gewesen, als bei derartigen Veranstaltungen niemals angesprochen werde, „dass die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird“.⁶¹ Das Bekennerschreiben würde auch heute bei vielen Linken gut ankommen.

Viele im SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), der bis zu seiner Auflösung 1970 eine zentrale Rolle in der Neuen Linken der Bundesrepublik spielte, distanzierten sich zwar von dem fehlgeschlagenen Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum, doch waren es eher die Mittel als die Motivation, die kritisiert wurden, und nur die wenigstens waren bereit, sich mit ihrem eigenen Antisemitismus kritisch auseinanderzusetzen. Nicht nur in den verschiedenen K-Sekten, die in den 1970er Jahren gebildet wurden (und die man nicht mit dem Parteikommunismus der Alten Linken verwechseln darf), sondern in weitesten Teilen der radikalen Linken insgesamt gehörte der Hass auf Israel zur unerhinterfragten und unhinterfragbaren Grundausstattung.



▲
Als der israelische Außenminister Abba Eban 1970 zu einem Besuch in München weilte, organisierte die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, eine Protestkundgebung. Der Spruch auf dem Transparent vorne links – „Keine Mark und keinen Mann für ein zweites Vietnam“ – verweist auf die vom sozialdemokratischen Urgestein Wilhelm Liebknecht 1887 in Umlauf gebracht Parole „Dem Militarismus keinen Mann und keinen Pfennig“).

Foto: Fritz Neuwirth, Süddeutsche Zeitung

Krasser Antisemitismus gehörte auch zur Grundausrüstung der RAF (Rote Armee Fraktion). Als eine ihrer Gründerinnen, war die damals schon in Untersuchungshaft befindliche Ulrike Meinhof 1972 voll des Lobes für den palästinensischen Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München, den sie als „gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch“ bezeichnete. Israel, schrieb sie, „vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik“.⁶² Es gibt auch Indizien dafür, dass Linksterroristen in den nach wie vor ungeklärten Brandanschlag auf das jüdische Altersheim in München verwickelt waren, bei dem am 13.2.1970 sieben Bewohner starben.⁶³ Wie man manchen Reaktionen auf die Krise um die am 7.10.2023 verschleppten israelischen Geiseln entnehmen konnte, hat man in Israel auch nicht vergessen, dass die Terroristen, die das 1976 in Entebbe von israelischen Spezialeinheiten befreite Flugzeug entführten, die jüdischen von den nichtjüdischen Geiseln getrennt hatten. An dieser Selektion waren auch zwei deutsche Mitglieder der Revolutionären Zellen beteiligt.

Die Feindschaft gegen Israel war aber keineswegs auf die besonders militärischen oder bewaffneten Gruppen beschränkt, sondern in der Linken der Bundesrepublik weit verbreitet, so unter anderem bei den Grünen und in der Friedensbewegung. Für allzu viele wurde das Nachplappern palästinensischer Propaganda, die ihnen eine bequeme Rechtfertigung für ihren – mit äußerster Empörung geleugneten – Antisemitismus bot, zur zweiten Natur.

Für Jean Améry, den aus Österreich stammenden Überlebenden mehrerer Konzentrationslager, der im belgischen Widerstand tätig war, stand schon 1969 fest, dass der Antisemitismus, „im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus“ enthalten sei „wie das Gewitter in der Wolke“.⁶⁴ Améry führte seine erbitterte und zunehmend verbitterte Klage über den israelbezogenen Antisemitismus der Linken bereits vor einem halben Jahrhundert. Inzwischen ist es dieser ‚ehrbare‘, gegen Israel gerichtete Antisemitismus, der im Westen am weitesten verbreitet ist und die größte gesellschaftliche Akzeptanz genießt. Amérys Texte zum Antisemitismus sind daher von erschütternder Aktualität.

Der Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München und das Versagen der deutschen Behörden, 1972

Die Olympischen Spiele in München wurden am 26.8.1972 eröffnet. Am 5.9. verschaffte ein Kommando der palästinensischen Terrorgruppe Schwarzer September sich Zugang zur Unterkunft der israelischen Olympiamannschaft. Die Terrorgruppe war 1971 mit dem ursprünglichen Ziel geschaffen worden, nach der Tötung und Vertreibung der im jordanischen Bürgerkrieg unterlegen bewaffneten Palästinenser Vergeltung an Jordanien zu üben. Das Kommando, das die Freilassung von mehr als 300 Terroristen (darunter auch Ulrike Meinhof) erzwingen wollte, ermordete zwei Sportler und nahm neun als Geiseln. Obwohl die Bundesrepublik über keine für derartige Einsätze geeigneten Spezialkräfte verfügte, lehnten die deutschen Behörden ein israelisches Hilfsangebot ab. Dies führte dazu, dass sämtliche Geiseln bei einem katastrophalen Versuch, sie auf dem Bundeswehrflughafen in Fürstenfeldbruck zu befreien, getötet wurden. Zu allem Überfluss stellte sich nachträglich heraus, dass die deutschen Behörden wegen eines möglichen Anschlags gewarnt worden waren, die Warnungen aber ignoriert hatten.

Die Olympischen Spiele in München, 1972:
Die israelische Mannschaft bei der Eröffnungsfeier.
Foto: Sven Simon, Süddeutsche Zeitung



Angesichts dieses dramatischen Versagens war das Verhältnis der Angehörigen der ermordeten Sportler zu den deutschen Behörden bis vor wenigen Jahren äußerst angespannt. Sie forderten eine umfassende und transparente Untersuchung der Vorgänge und angemessene Entschädigungszahlungen. Erst 2022, als die Angehörigen drohten, die anlässlich des 50. Jahrestags des Anschlags am 5.9.2022 geplante offizielle Gedenkveranstaltung in München zu boykottieren, gaben die Behörden schließlich nach und sagten zu, dass das Bundesinnenministerium eine Kommission zur Aufarbeitung des Anschlags einberufen werde.⁶⁵ Es dauerte bis zu der Gedenkveranstaltung am 5.9.2022, ehe Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sich namens der Bundesrepublik bei den Angehörigen für das Geschehene entschuldigte. Anstatt, wie von vielen erhofft, die Erinnerungen an die Olympischen Spiele, die 1936 im Berlin der Nazis stattgefunden hatten, zu tilgen, wurden die Olympischen Spiele des Jahres 1972 für die israelische Mannschaft zu einer tödlichen Falle und rissen alte Wunden erstrecht wieder auf.

Die Namen der elf getöteten israelischen Sportler lauten: David Berger, Ze'ev Friedman, Yossef Gutfreund, Eliezer Halfin, Yossef Romano, Amitzur Shapira, Kehat Schor, Mark Slavin, Andrei Spitzer, Yakov Springer und Moshe Weinberg. Außerdem wurde der deutsche Polizist Anton Fliegerbauer getötet.



Die vor ihrer Repatriierung in der Münchner Synagoge aufgebahrten Särge der israelischen Sportler.

Foto: dpa/Süddeutsche Zeitung.

Ein vergangenheitspolitisches Großereignis: Die Ausstrahlung der US-Miniserie *Holocaust im deutschen Fernsehen, 1979*

In einem bis dahin ungekannten Ausmaß wurde die Schoah in der Bundesrepublik durch die im Januar 1979 erfolgte Ausstrahlung der US-Miniserie *Holocaust im deutschen Fernsehen* zum sowohl privaten wie auch öffentlichen Diskussionsgegenstand. Die Miniserie, die das Schicksal einer fiktiven deutsch-jüdischen Familie namens Weiß mit sehr viel mehr Rührseligkeit als historischer Genauigkeit darstellte, erzielte Zuschauerquoten von bis zu 39 % und trug entscheidend zur Verankerung des Begriffs ‚Holocaust‘ in der Bundesrepublik bei.

Viele Bundesbürgerinnen und -bürger, die bis dahin nur die vermeintlich objektiven, eher abstrakten Darstellungen deutscher Historiker kannten, wurden bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal mit der Schoah aus der Sicht der (wenn auch in diesem Fall fiktiven) Betroffenen konfrontiert. Der ästhetisierende und fiktionale Charakter der Miniserie und die Angleichung der historischen Tatsachen an die vermuteten Bedürfnisse des erstrebten breiten Publikums waren in hohem Maße problematisch. Doch zeigten die durch die Miniserie in der Bundesrepublik ausgelösten Diskussionen, dass sie dennoch einen bis dahin sorgsam anästhetisierten Nerv getroffen hatte. Viele wurden erstmals der Tatsache gewahr, dass die Täter und Täterinnen in aller Regel nicht dämonische Abgesandte des Teufels, sondern gewöhnliche Deutsche waren, die sich, wenn sie nicht gerade die Ermordung von Juden betrieben oder beförderten, liebevoll oder zumindest pflichtbewusst um ihre Familien kümmerten und genauso mit den banalen Herausforderungen des Alltags zu kämpfen hatten wie andere auch. Zudem fungierten die Juden in der Miniserie als handlungs- oder zumindest reaktionsfähige Menschen und nicht bloß als passive Masse.⁶⁶

Doch für manche gingen all die Zugeständnisse, die die Miniserie um der Zuschauerfreundlichkeit willen machte, noch lange nicht weit genug. Ursprünglich sollte *Holocaust* von sämtlichen Rundfunkanstalten im ersten Programm ausgestrahlt werden, doch legte der Bayerische Rundfunk dagegen sein Veto ein. Daher musste die Miniserie im jeweiligen dritten Programm gezeigt werden. Umso bemerkenswerter sind die dennoch erzielten hohen Zuschauerquoten. Doch für die CSU war die Sache damit noch lange nicht erledigt. Wenn man es zuließ, dass eine Miniserie über leidende Juden ausgestrahlt wurde, dann musste man um der Ausgewogenheit willen auch ein Programm über leidende nichtjüdische Deutsche

zeigen. Daher strahlte der BR 1981 eine eigens als Gegenstück zu *Holocaust* produzierte dreiteilige Dokumentation über die Leiden der Vertriebenen aus.⁶⁷

Allerdings fällt die Opfer-Täter-Umkehr des BR und der CSU im Vergleich zu den handfesteren Protesten kaum ins Gewicht. Unmittelbar vor Ausstrahlung der ersten Folge wurde zwei Fernsehmasten gesprengt. Die Täter waren mit ziemlicher Sicherheit die beiden Rechtsextremisten Peter Naumann und Bernhard Archner. Es wird geschätzt, dass rund 100 000 Zuschauer daher vor schwarzen Bildschirmen saßen, als sie die erste Folge sehen wollten.⁶⁸ In Westberlin verteilte die selbsternannte Nachfolgeorganisation der Hitler-Jugend, die Wiking-Jugend, Flugblätter mit der Parole „Ich bin kein Esel, ich glaube nicht an den Holocaust“. Die NPD behauptete, die Miniserie schüre Hass auf Deutsche, und meldete im Februar 1979 eine Protestkundgebung in München an. Die Kundgebung wurde aber verboten und Teilnehmer, die sich dem Verbot widersetzten, wurden festgenommen und ihre Flugblätter beschlagnahmt.⁶⁹

Richard von Weizsäckers Rede am 8. Mai und die Bitburg-Affäre, 1985

Am 8. Mai 1985 fand im Bundestag eine (allerdings nicht vom Bundestag organisierte) Gedenkveranstaltung anlässlich des 40. Jahrestags der deutschen Kapitulation am Ende des Zweiten Weltkriegs statt. Aus diesem Anlass hielt der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine national und international viel beachtete Rede, die eine bedeutsame Zäsur in der deutschen Gedenkkultur der alten Bundesrepublik darstellte. Entscheidend für die Wirkung der Rede war die hochgradig kontroverse Behauptung, Deutschland sei am 8.5.1945 befreit worden. Die allermeisten Bundesbürger und -bürgerinnen hatten den 8. Mai stets nur als Tag der deutschen Niederlage gesehen. Insbesondere die Kriegsgeneration protestierte energisch gegen Weizsäckers Umdeutung des Ereignisses.

Auch in Weizsäckers eigener Partei, der CDU, war man nicht gerade begeistert.⁷⁰

Die Wirkung von Weizsäckers Rede ist unbestreitbar. Vor allem auf der lokalen Ebene entwickelten sich zahlreiche in aller Regel private Initiativen, die sich dem Gedenken an die Opfer der Schoah und der anderen

Verbrechen der Nazizeit widmeten. Die Peitsche des Beharrens auf einer gesellschaftlichen Verantwortung für die Nazivergangenheit kam allerdings mit einem schuldabwehrenden Zuckerbrot. „Wir alle“, sagte Weizsäcker, „ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen“ (Hervorhebung hinzugefügt).⁷¹ Die Bereitschaft der Bundesbürger, eine Form von kollektiver Verantwortung für die Schoah anzunehmen, sollte also dadurch erkauft werden, dass die Frage tatsächlicher individueller Schuld keine Rolle mehr spielen würde.

Weizsäckers Umdeutung der Bedeutung des 8. Mai stellte ohnehin eine Form der Schuldabwehr dar. Nur eine winzige Minderheit der Deutschen erlebte den 8.5.1945 als Befreiung. Weizsäcker lud die Bevölkerung der Bundesrepublik nun ein, sich nachträglich als Teil dieser winzigen Minderheit zu betrachten. Die Frage, ob der 8. Mai als Tag des Zusammenbruchs oder der Befreiung gelten solle, bewegt bis heute immer wieder die Gemüter.

Immerhin räumte Weizsäcker ein, der „Völkermord an den Juden“ sei „beispiellos in der Geschichte“. Zudem betonte er, dass die Deportationen vor aller Augen stattgefunden hatten. Er drückte sich zwar nach wie vor sehr vorsichtig aus, dennoch sprengten seine Bemerkungen den noch vorherrschenden Mythos, man habe in Deutschland nicht wissen können, was den Juden angetan wurde. „Wer seine Ohren und Augen aufmachte“,



sagte er, „wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, ... nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah.“ Und weiter: „Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im Stilien selbst nach seiner Verstrickung“.⁷²

Dass Weizsäcker nicht einmal im Namen der von seiner Partei gestellten Bundesregierung sprach, war insofern klar, als Bundeskanzler Helmut Kohl drei Tage zuvor zusammen mit US-Präsident Ronald Reagan erst der Gedenkstätte in Bergen-Belsen und dann dem Soldatenfriedhof in Bitburg, wo unter anderem 49 Angehörige der Waffen-SS beerdigt worden waren, einen Besuch abgestattet hatte. Der Zentralrat der Juden in Deutschland, der sich in aller Regel bemühte, seine Kritik an der Bundesregierung so vorsichtig wie möglich zu formulieren, trat in diesem Fall zu einer Sonder-sitzung zusammen und gab bekannt, er wolle angesichts des geplanten Besuchs in Bitburg auch mit dem Besuch in Bergen-Belsen nichts zu tun haben. Von der FAZ einmal abgesehen, die sich in Drohgebärden gegen die angekündigten jüdischen Proteste erging, konnte die deutsche Presse an der Sache keinen rechten Grund zur Aufregung erkennen. Dagegen hagelte es aus dem Ausland Kritik, sowohl vor und nach dem Besuch.

„Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. ... Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im Stilien selbst nach seiner Verstrickung.“

- ◀ Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält am 8. Mai 1985 seine historische Rede im Bundestag, in der er den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnete.

Der Historikerstreit, 1986/87

Nicht zuletzt infolge der Beteiligung einiger der prominentesten Intellektuellen des Landes gehörte der Historikerstreit zu den wichtigsten und folgenreichsten vergangenheitspolitischen Debatten, die in der alten Bundesrepublik geführt wurden. Er fand daher auch international erhebliche Beachtung. In der erbittert geführten Auseinandersetzung ging es vor allem um zwei zentrale Streitpunkte. Zum einen ging es um die im Vorwort zu dieser Broschüre diskutierte Frage des präzedenzlosen (aber präzedenzschaffenden) Charakters der Schoah und den Sinn bzw. Wider-sinn von Gleichsetzungen der Schoah mit anderen teilweise vergleichbaren Verbrechen. Konkret ging es dabei insbesondere um das Verhältnis zur Sowjetunion Stalins und die Behauptung, die Verbrechen der Nazizeit seien den sowjetischen nachempfunden oder gar als Reaktion auf diese zu verstehen. Die Debatte wurde nicht zuletzt durch Befürchtungen bzw. Hoffnungen geprägt, die durch die 1982 erfolgte Ablösung der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt durch die CDU-FDP Koalition und die von Helmut Kohl verkündete ‚geistig-moralische Wende‘ begründet waren. Es gab allen Grund zu befürchten (oder, je nachdem, welchen Standpunkt man einnahm, zu hoffen), dass diese ‚geistig-moralische Wende‘ mit dem Versuch einhergehen würde, unter die kritische Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit einen endgültigen Schlussstrich zu ziehen. Als Kohl 1976 erstmals als Kanzlerkandidat antrat, sprach er bei einer Großkundgebung der Jungen Union in Gelsenkirchen von „jenem Schrecklichen, das in deutschem Namen an Menschen überall in Europa zur Zeit der Nazibarbarei geschehen ist“.⁷³ Das verhieß nichts Gutes.

Ausgelöst wurde die Kontroverse durch einen am 6. 6. 1986 in der FAZ veröffentlichten Aufsatz des konservativen Historikers Ernst Nolte mit der Überschrift „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. „Die der ‚Endlösung‘ gewidmete Aufmerksamkeit“, beklagte er, „lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab ... vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart – etwa denjenigen des Seinscharakters von ‚ungeborenem Leben‘ oder des Vorliegens von ‚Völkermord‘ gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.“⁷⁴

So weit, so schlecht. Dennoch wäre es wohl zu keinem Streit gekommen, hätte Nolte es dabei bewenden lassen. Anders sah es allerdings mit seiner Implikation aus, Auschwitz sei eine Reaktion auf Stalins Gulag gewesen. Die Verbrechen der Nazis, so legte er nahe, seien als Form der Notwehr gegen die bolschewistische Bedrohung zu bewerten. Um dies

darzulegen, griff er munter in die Kiste bewährter antisemitischer, antikommunistischer und slawophober bzw. russophober Klischees: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?“

Dass die Rechtstradikalen der Weimarer Republik im Allgemeinen und die Nazis im Besonderen in ihrem Bestreben, die Republik zu beseitigen, von vielen unterstützt wurden, die von einer geradezu hysterischen Furcht vor ‚den Kommunisten‘ beseelt waren, war hinlänglich bekannt und ist auch nie bezweifelt worden. Den „Rassenmord“ der Nazis mit dem „Klassenmord“ erklären wollen, konnte aber nur jemand, der die Juden für den Kommunismus verantwortlich machte, also ein klassischer Antisemit.

Erfreulicherweise hat Nolte mit seiner Intervention am Ende das genaue Gegenteil dessen erreicht, was er beabsichtigte. Die kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nazizeit kam nun in der Bundesrepublik erst so richtig in Gang.

Als das sozialliberale Gewissen der Bundesrepublik im Sonntagsgewand wandte sich Jürgen Habermas in einem am 11.7.1986 in der *Zeit* veröffentlichten Artikel energisch gegen Noltes „militanten Artikel“. Nolte und drei weitere konservative deutsche Historiker ergingen sich in Nazi-Apologetik und fälschten die Geschichte um, um sie ihren politischen Bedürfnissen als Kalte Krieger gefügig zu machen. Nolte leugne nicht nur die Singularität der Schoa, sondern präsentiere „die Judenvernichtung nur als das bedauerliche Ergebnis einer immerhin verständlichen Reaktion auf das, was Hitler als Vernichtungsdrohung empfinden müßte“.⁷⁵ Habermas‘ Kritik provozierte zahlreiche Reaktionen. Zu einer dramatischen Eskalation kam es, als einer der Herausgeber der FAZ, der Historiker Joachim Fest, am 29.8.1986 in der Zeitung eine Apologie für Nolte veröffentlichte. Fest beschuldigte Habermas des versuchten „wissenschaftlichen und womöglich persönlichen Rufmords“, bestritt, dass Nolte die Singularität der Schoah überhaupt infrage gestellt habe, und führte dann von langer Hand aus, wie viele Ähnlichkeiten es zwischen der Schoah und den „Mordfabriken der Stalin-Ära“ gebe.⁷⁶ Mehrere liberale Historiker wandten sich nun energisch gegen Fest, wobei der Streit sich allerdings zunehmend um (im engeren Sinne) politische Fragen drehte. Immerhin wurde der

Streit vorerst von Noltes Kritikern ‚gewonnen‘, und es gelang ihnen, einen einigermaßen stabilen Konsens zu etablieren, dass der ‚rassisch‘ überformte Antisemitismus der Nazis weder ein reaktives noch ein zufälliges Phänomen, sondern den Kern ihrer Ideologie darstellte. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie (sofern das der angemessene Ausdruck ist), dass etliche Argumente, die damals von sich selbst deutlich rechts der Mitte verortenden Historikern und Autoren vorgetragen wurden, heute mit großer Militanz von bekennenden Linken vertreten werden.

Die Vergangenheitspolitische Zweiteilung im postkommunistischen Europa

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der deutschen Wiedervereinigung zeigten sowohl Forscherinnen und Forscher und Intellektuelle als auch weite Teile der Öffentlichkeit ein gesteigertes Interesse an dem im Ostblock begangenen Unrecht und den politisch motivierten Verbrechen der kommunistischen Machthaber, die nun dank der zugänglich gewordenen Archive erstmals in vollem Ausmaß rekonstruiert werden konnten. Bedauerlicherweise ging dieses Interesse allzu oft mit einer Relativierung der Schoah und der erneuten Infragestellung ihrer Spezifizität einher.

Unter anderem hat diese Entwicklung zu einer weitgehenden Zweiteilung der Gedenkkultur in Europa geführt. In den postkommunistischen Ländern Zentral- und Osteuropas hat sich eine prägnante Tendenz herausgebildet, Kommunismus und Nationalsozialismus gleichzusetzen. Oft geht sie mit der Klage einher, ‚der Westen‘ versuche, diesen Ländern das eigene Geschichtsbild aufzuzwingen, dem zufolge nur die Opfer der Schoah zählten und das Leiden der Opfer des Kommunismus nebensächlich sei. Ehemalige Regimekritiker, die in der DDR verfolgt wurden, haben beklagt, sie würden wie „Opfer zweiter Klasse“ behandelt.⁷⁷ Dies hat vermeintlich zu kurz gekommene Opfergruppen dazu veranlasst, in einen Konkurrenzkampf um die Bedeutung und Qualität ihres jeweiligen Leidens einzutreten, der in aller Regel zu einer Relativierung der Schoah geführt hat. Allzu oft war das Ergebnis, dass am Ende nur noch der Opfer kommunistischer Verbrechen gedacht wurde. Russlands neo-imperialistischer Expansionismus hat diesen Trend in den letzten Jahren noch verstärkt. Seine verheerenden Auswirkungen lassen die Erinnerung an das Grauen der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs verblassen und nähren die Vorstellung, das wahrlich Schreckliche sei schon

immer aus dem Osten gekommen. Vergangenheitspolitische Deutungen werden fast immer entlang nationaler Grenzen konstruiert, was in diesem Fall allzu oft dazu führt, dass ehemalige Täter zu Opfern umgedeutet werden und umgekehrt.⁷⁸ Nicht zum ersten Mal wird dann die Kollaboration mit den Nazis als Form des heldenhaften Widerstands gegen den Osten präsentiert.

Die allgemeine Tendenz zur Relativierung der Schoah spiegelt auf besonders verstörende Weise die in den baltischen Staaten und insbesondere in Litauen sehr beliebte Vorstellung vom ‚doppelten Genozid‘ wider. Demnach sollen die sowjetische Besatzung und die Schoah gleich schlimme Genozide gewesen sein. Die einheimische Bevölkerung war also stets nur Opfer und jene, die mit den Deutschen unter anderem bei der Ermordung von Juden kollaborierten, sollen ehrenwerte Widerstandskämpfer gegen den sowjetischen Genozid gewesen sein.

Diesen Standpunkt vertrat beispielsweise die damalige lettische Außenministerin (und spätere EU-Kommissarin) Sandra Kalniete in einer Ansprache, die sie 2004 anlässlich der Eröffnung der Leipziger Buchmesse hielt. So empörend waren ihre Ausführungen, dass der Vizepräsident des Zentralrats der Juden Salomon Korn den Saal verließ. Er fand für seine Kritik deutliche Worte: „das beklagenswerte Schicksal Sandra Kalnietes und ihrer Angehörigen gibt ihr nicht schon das Recht, der Sowjetunion den gleichen rassistischen Ausrottungswillen gegenüber ‚Untermenschen‘ und ‚lebensunwertem Leben‘ zuzuschreiben, wie ihn der deutsche Nationalsozialismus auf einzigartige Weise gezeigt hat.“ Suche man „nach möglichen Gründen“ für ihre unerträglichen Aussagen, „dann stößt man auf ... das, was Sandra Kalniete verschwiegen hat, auf Kollaborations-Verbrechen, die Letten während der deutschen Besatzung in den Jahren 1941 bis 1944 verübt haben. 80 000 Letten gehörten der lettischen SS-Legion an, und weitere 30 000 wurden in der lettischen Polizei eingesetzt. Sie waren die willigen ‚Hilfstruppen‘ des in Lettland besonders grausam begangenen Völkermordes an den dortigen Juden.“

Korn beharrte darauf, dass „strukturelle Ähnlichkeiten unterschiedlicher Diktaturformen ... nicht dazu verleiten“ dürften, „im Sinne einer alle Diktaturen überstülpenden Totalitarismustheorie grundsätzliche Unterschiede in deren Ideologien zu nivellieren.“ Der Kommunismus habe sich in Zentral- und Osteuropa allerhand zuschulden kommen lassen, doch „nichts Analoges zu dem staatlich organisierten Massenmord, zum

eliminatorischen Antisemitismus, zur fabrikmäßigen Ermordung von Millionen Menschen, zum Vernichtungs- und ‚Lebensraum'-Krieg und zum Willen der Versklavung und Ausbeutung ganzer Völker“. Abschließend sprach Korn die folgende recht hellsehige Befürchtung aus:

„Die noch ausstehende oder nur in Ansätzen begonnene Auseinandersetzung der hinzutretenden osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten mit ihrer bis in die Gegenwart nachwirkenden antisemitischen Vergangenheit wird die erweiterte EU vor ein bisher unbeachtetes Problem stellen: Der gleichzeitig von Südeuropa vordringende islamistische Antisemitismus und der aus dem Osten Europas in die bisherige Europäische Union einsickernde ‚klassische‘ Antisemitismus werden eine ‚Zangenbewegung‘ vollziehen, die den in Westeuropa vorhandenen sekundären oder ‚schuldreflexiven‘ Antisemitismus vermutlich stärken wird.“⁷⁹

Die Behauptung, alle totalitären Regime seien gleichermaßen verbrecherisch, erscheint vielen in den postkommunistischen Staaten nicht zuletzt deshalb so plausibel, weil das Thema der Kollaboration mit den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs über Jahrzehnte hinweg völlig tabu war und es für viele auch weiterhin ist. Dass es unter ihren Landsleuten (bzw. deren Vorfahren) Kollaborateure gab, die zu Komplizen und Komplizinnen des Genozids an den europäischen Juden wurden bzw. sich aktiv an ihm beteiligten, ist oftmals unbekannt. Man denke nur an die massive Feindseligkeit, die dem polnisch-amerikanischen Historiker Jan T. Gross in Polen entgegebracht wurde, als er 2001 seine Darstellung des Pogroms in Jedwabne veröffentlichte.⁸⁰ Der Hitler-Stalin-Pakt stellte Jedwabne unter sowjetische Kontrolle. Am 10. 7. 1941 kam es nach dem Einmarsch der Deutschen zu einem Pogrom durch die polnische Bevölkerung, bei dem mindestens 340 Juden ermordet wurden. Die Wehrmacht war im Vorfeld ausdrücklich angewiesen worden, Angriffe auf Juden durch die Bevölkerung vor Ort im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu befördern. Weder in der Zeit der kommunistischen Herrschaft noch danach waren derartige Vorfälle problematisiert worden, und weite Teile der polnischen Öffentlichkeit reagierten erbost auf den Versuch, dies nun zu tun. Rūta Vanagaitė's 2016 zunächst in litauischer Sprache und seitdem in englischer und holländischer aber nicht in deutscher Übersetzung erschienene Darstellung des Antisemitismus der litauischen Bevölkerung erfreute sich eines ähnlich herzlichen Empfangs.⁸¹

Die Wehrmachtsausstellung, 1995–1999

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde eine vom Hamburger Institut für Sozialforschung organisierte Wanderausstellung mit dem Titel „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945“ in mehreren deutschen Städten gezeigt. Dass die Deportation und Ermordung von Millionen Menschen durch deutsche Sondereinheiten und der Betrieb der Todeslager ohne die Eroberungsfeldzüge der Wehrmacht nicht möglich gewesen wären, müsste sich eigentlich von selbst verstehen. Die Ausstellung ging jedoch einen entscheidenden Schritt weiter. Sie dokumentierte die direkte Beteiligung der Wehrmacht an zahllosen Verbrechen, insbesondere im Kontext des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion, und meldete damit lautstarken Widerspruch gegen die noch immer weit verbreitet Legende an, die Wehrmacht habe ehrenvoll gekämpft und „gewöhnliche“ deutsche Soldaten hätten an den Verbrechen keinen Anteil gehabt. „Die Wehrmacht“, so der Leiter der Ausstellung, der Historiker Hannes Heer, „hat dem osteuropäischen Judentum diesen ‚ersten Schlag‘ versetzt. Sie hat Juden gejagt und erschossen, sie hat sie gedemütigt und entmenschlicht, sie hat dazu beigetragen, sie in den ‚Abfall‘ zu verwandeln, der von Einsatzgruppen und Polizeibataillonen dann systematisch weggeräumt wurde.“⁸²

Als sich herausstellte, dass einige der etwa 1400 gezeigten Abbildungen falsch beschriftet worden waren, wurde dies als Vorwand genutzt, um die Glaubwürdigkeit der Ausstellung insgesamt in Frage zu stellen. Um den Vorwurf der Falschdarstellung unter allen Umständen zu entkräften, wurde die Ausstellung daraufhin überarbeitet. Im November 2001 eröffnete sie erneut und war dann bis März 2004 als Wanderausstellung unterwegs. Auch nach der Überarbeitung blieb das Ergebnis zwangsläufig das gleiche: Die Wehrmacht hatte im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion eine entscheidende Rolle gespielt und war an den dort begangenen Verbrechen maßgeblich beteiligt. Direkt oder indirekt waren unzählige Wehrmachtsangehörige an der Ermordung von Millionen Zivilisten beteiligt. Die Forschung hat diese Ergebnisse seitdem nur weiter vertieft.

Dass die Ausstellung auf massive Abwehr stieß, war kaum überraschend. Die CSU-Fraktion im Münchener Stadtrat etwa boykottierte die Eröffnung der Ausstellung und legte stattdessen aus Protest gegen die angeblich „pauschale Verunglimpfung aller Wehrmachts-Angehörigen“ am Grabmal



▲ Intergenerationeller Antisemitismus: Teilnehmer einer Demonstration gegen die Wehrmachtstausstellung, München, 1997.

Foto: Andreas Heddergott, Süddeutsche Zeitung

des unbekannten Soldaten im Hofgarten einen Kranz nieder. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) nannte die Ausstellung „generalisierend und beleidigend“.⁸³

Florian Stumfall, der einflussreiche Chefredakteur des *Bayernkuriens*, des Bulletins der bayerischen Staatsregierung, der die CSU 2021 verließ, weil sie ihm zu fortschrittlich geworden war, machte in der Ausstellung gleich einen „moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“ aus. Stumfalls Anklage war ein Meisterwerk der Schuldabwehr. Es lohnt sich daher, sie etwas ausführlicher zu zitieren:

„Daniel Goldhagen wird sich freuen und mit ihm alle, denen es eine Lust ist, Deutschland und die Deutschen pauschal zu verurteilen. Jener amerikanische Junghistoriker hatte in einem Buch den allerdings gescheiterten Versuch unternommen, den längst widerlegten und nicht einmal vor dem Nürnberger Tribunal unmittelbar nach Kriegsende erhobenen Vorwurf der Kollektivschuld der Deutschen an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu untermauern. (...)

Es wird von keiner Seite bestritten, dass Mitglieder der Wehrmacht während des Krieges Verbrechen begangen haben. Doch dies war eine vergleichsweise geringe Zahl von Fällen, die nach den Maßstäben individueller Schuld und Verantwortung zu beurteilen sind. Gegebenenfalls wäre hierbei sogar zu berücksichtigen, dass ein Krieg allgemein Hemmschwellen senkt, sonst wäre nicht erklärbar, dass Verbrechen der angesprochenen Art nicht nur in den Reihen der Deutschen Wehrmacht, sondern in allen kriegsführenden Armeen vorgekommen sind. Und um noch einmal darauf hinzuweisen: Das Tribunal in Nürnberg ging weder von einer deutschen Kollektivschuld aus, noch brandmarkte es die Wehrmacht als verbrecherische Organisation.

Es ist daher empörend, dass gerade Vertreter der Linken, die nie den Versuch unternommen haben, die grauenvollen Verbrechen des weltweiten Sozialismus von 1917 bis in unsere Tage anzusprechen, geschweige denn aufzuarbeiten, nun, fünfzig Jahre nach dem Krieg, daran arbeiten, die Strafmaßnahmen von Nürnberg gegenüber Deutschland noch zu verschärfen und einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk zu führen. (...)

Es geht also den Veranstaltern darum, Millionen von Deutschen die Ehre abzusprechen – wer aber derartig leichtfertig oder bösartig mit dem guten Namen anderer umgeht, muß sich fragen lassen, ob der Ehrbegriff in seinem Denken überhaupt einen Stellenwert hat.“⁸⁴

Die Proteste blieben allerdings nicht auf München beschränkt. Ihren Höhepunkt erreichten sie, als das Gebäude in Saarbrücken, in dem die Ausstellung zu diesem Zeitpunkt gezeigt wurde, in den frühen Morgenstunden des 9.3.1999 durch einen Sprengstoffanschlag schwer beschädigt wurde.⁸⁵ Dass die Ausstellung auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, also mehr als 50 Jahre nach Kriegsende, die Gemüter noch in solchem Maße zu erregen vermochte, zeigte, dass allzu viele Deutsche sich einen Schlussstrich unter eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Wehrmacht wünschten, die in Wirklichkeit noch gar nicht begonnen hatte. Dennoch gelang es der Ausstellung, die breitere Öffentlichkeit erstmals zur Kenntnisnahme der Verbrechen der Wehrmacht zu zwingen. Damit leistete sie einen entscheidenden Beitrag zur Fortentwicklung der deutschen Gedenkkultur.

Die Goldhagen-Debatte, 1996

Es war kein Zufall dass die Wehrmachtausstellung 1995 zum ersten Mal ihre Türen öffnete. Schließlich jährte sich 1995 die deutsche Kapitulation am Ende des Zweiten Weltkriegs zum 50. Mal. Erneut wurden alte vergangenheitspolitische Wunden aufgerissen und der Streit darum, ob Deutschland 1945 besiegt oder befreit worden sei, wurde so erbittert geführt wie eh und je. In diese ohnehin aufgeheizte Atmosphäre schlug Daniel J. Goldhagens 1996 veröffentlichtes Buch, *Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust* wie eine Bombe ein. Darin suchte der Soziologe und Politikwissenschaftler Goldhagen zu erklären, wie es dazu gekommen war, dass die Bedingungen, die die Schoah ermöglicht hatten, gerade in Deutschland gegeben waren. Seine Antwort: die Mehrheit der Deutschen sei schon seit Langem von einem eliminatorischen Antisemitismus beseelt gewesen, den die Schoah dann konsequent umsetzte. Die Deutschen quälten und ermordeten die Juden nicht, weil man es ihnen befohlen hatte, und schon gar nicht, weil sie sich, wie sie so oft behaupteten, im Befehlsnotstand befunden hätten. Sie taten es, weil sie den Antisemitismus, der Goldhagen zufolge schon seit Jahrhunderten für die deutsche Kultur konstitutiv gewesen sei und bei der Bildung des

deutschen Nationalstaats eine zentrale Rolle gespielt habe, nun endlich ausleben konnten. Nichts und niemand habe wie ‚die Juden‘ verkörpert, was es hieß, *nicht* deutsch zu sein, Goldhagens Darstellung ist keineswegs unproblematisch, doch gelang ihm insofern ein entscheidender Durchbruch, als er das Koordinatensystem sprengte, innerhalb dessen die Kontroverse zwischen sogenannten Intentionalisten und Strukturalisten/Funktionalisten seit mehr als zwei Jahrzehnten verlaufen war. Intentionalisten waren, wie der Name nahelegt, jene Wissenschaftler, die darauf beharrten, die Schoah sei, allen zufälligen Faktoren zum Trotz, die bei ihrer Ausführung eine Rolle gespielt haben mochten, auf die bewusste, ideologisch motivierte Absicht der Naziführung zurückzuführen, Europas Juden auszulöschen. Strukturalisten/Funktionalisten meinten dagegen, die entscheidenden Schritte, die zum Genozid führten, seien auf pragmatische Erwägungen zurückzuführen. Die Lage an der Ostfront sei irgendwann so schwierig geworden, meinten sie, dass sich verschiedene logistische Probleme und Versorgungsschwierigkeiten am ehesten dadurch lösen ließen, dass man sich der Juden entledigte. Strukturalisten/Funktionalisten argumentierten, an der Entscheidung, aus pragmatischen, sachlich fundierten Gründen zum Völkermord zu schreiten, sei ein relativ breites Spektrum an Einheiten, Ämtern und Entscheidungsträgern beteiligt gewesen. Dagegen hatte es sich für die Intentionalisten stets von selbst verstanden, dass die Verantwortung allein bei Hitler und seinen engsten Mitarbeitern gelegen habe. Goldhagen legte nun nahe, der intentionalistische Ansatz sei nicht zwingend an die Beschränkung der Verantwortung auf Hitler und den innersten Führungskreis gebunden, sondern sei auch mit der Berücksichtigung breiter gesellschaftlicher Verantwortung vereinbar.

Während Goldhagens Buch im Ausland vor allem bei einer breiteren Leserschaft meist gut ankam, wüteten etliche deutsche Historiker und ein Großteil der deutschen Presse bereits dagegen, ehe die deutsche Ausgabe von Goldhagens Buch überhaupt erschienen war. Goldhagens These sei eine Provokation um der Provokation willen. Ihm sei offenbar jedes Mittel recht, um in die Schlagzeilen zu kommen. Zudem sei er nicht einmal ein richtiger Historiker. Obendrein war er auch noch Jude, wie konnte er also objektiv und einer fundierten und gerechten Beurteilung fähig sein?⁸⁶ Das Maß und die Intensität des Hasses und der Häme, die Goldhagen entgegenschlugen, waren einfach atemberaubend. So erbost waren seine Kritiker und Kritikerinnen, dass sie sogar auf den alten Popanz von der angeblich den Deutschen vorgeworfenen ‚Kollektivschuld‘ zurückkamen. Im *Spiegel* meinte Rudolf Augstein, vom Urstereotyp des rachsüchtigen

Juden beseelt, der wahre ‚Vollstrecker‘ sei Goldhagen selbst (der Titel der deutschen Ausgabe seines Buchs lautete *Hitlers willige Vollstrecker*).⁸⁷ Der alten Logik folgend, der zufolge Juden sich den Antisemitismus selbst zuzuschreiben haben, behaupteten andere, Goldhagens Buch werde neuerlichen Antisemitismus provozieren.

Der rational nicht zu begründende Ärger auf Goldhagen verflog allerdings recht bald wieder, nachdem er erklärte, der über Jahrhunderte hinweg alle und alles in Deutschland durchwirkende Antisemitismus sei nach 1945 auf wundersame Weise verschwunden. So wurde aus dem kurzzeitigen *enfant terrible* mit großer Geschwindigkeit ein beliebter, preisgekrönter Talkshow-Gast.

Auschwitz als ‚Moralkeule‘: Martin Walsers Paulskirchen-Rede, 1998

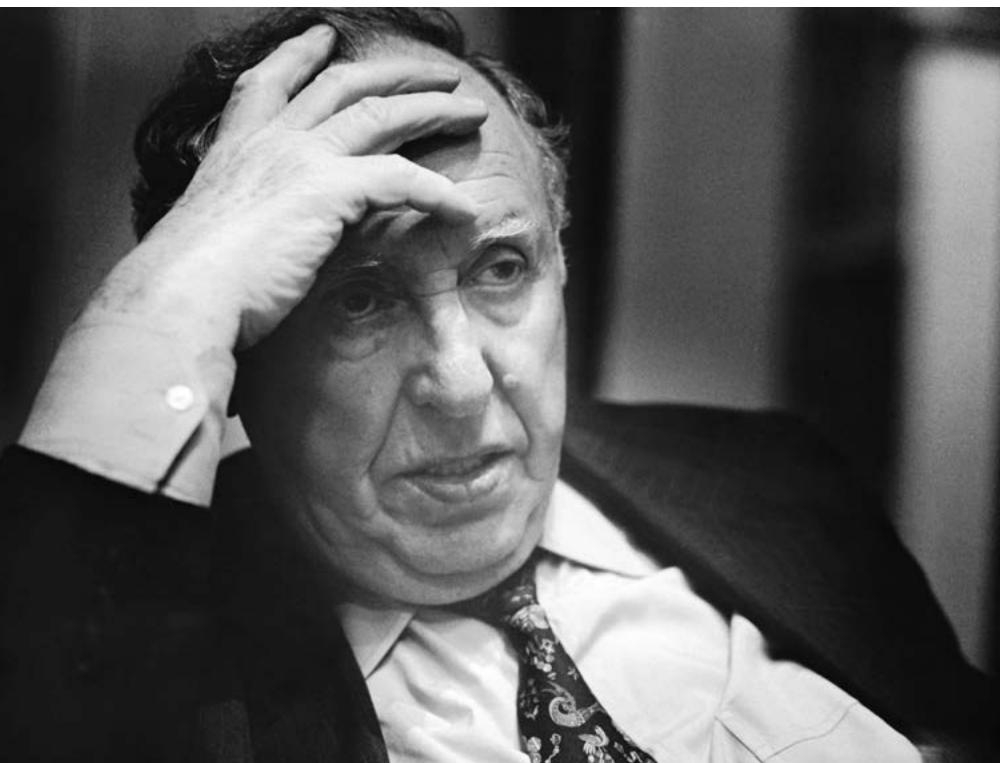
Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an ihn, hielt der Schriftsteller Martin Walser 1998 eine mäandernde Rede, die um die Andeutung kreiste, dass der Verweis auf Auschwitz nicht länger dazu geeignet sei, Deutsche zu anständigem Verhalten anzuhalten. Tatsächlich scheine die Berufung auf Auschwitz zunehmend missbräuchlichen Zwecken zu dienen. Der seit Jahrzehnten als Fürsprecher der Linken bekannte Schriftsteller dürfte nicht nur seinem Publikum sonst auch weiteren Teilen der Öffentlichkeit aus der Seele gesprochen haben. Dennoch nahm er die Pose des Tabubrechers ein, der es „vor Kühnheit zitternd“ wage, Verbotenes auszusprechen.

Walser beklagte eine zunehmende „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“. Auschwitz, so meinte er anmerken zu müssen, „eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung“. Diese polemischen Bemerkungen warfen unweigerlich die Frage auf, wer es denn sei, der sich der „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ schuldig mache. Angesichts des in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften weit verbreiteten und fest verankerten Ressentiments, dem zufolge ‚die Juden‘ ‚die Deutschen‘ mit der Schoah erpressen würden, konnte man, da er dazu nichts zu sagen hatte, nur annehmen, dass auch Walser die Sache so sah. Der Verweis auf

Auschwitz als „Moralkeule“ hätte ebenso gut aus dem Munde eines Neonazis stammen können.

Walser nahm auch auf die langwierige und erbittert geführte Kontroverse um die mögliche Errichtung eines zentralen Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin Bezug. Die Planungen würden auf einen „fußballfeldgroßen Alptraum“ und die „Monumentalisierung der Schande“ hinauslaufen. Auch dies waren Formulierungen, die von jedem Neonazi hätten stammen können. Zu den ermordeten Juden selbst oder zur jüngsten Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland hatte Walser nichts zu sagen. Voller Empathie war er dagegen für die (vermutlich nicht-jüdischen) deutschen Opfer jener „Meinungssoldaten“, die für den von ihm beklagten Missbrauch der Schoah verantwortlich waren.⁸⁸ Für diesen waren demnach nicht Zufallstäter verantwortlich, sondern es handelte sich um eine organisierte Verschwörung. Vieles von dem, was Walser meinte, sagen zu müssen, deckte sich bis hin zum Wortlaut mit den in unserer ersten Fallstudie diskutierten postkolonialen Polemiken.

Als Walser mit seiner Rede fertig war, sprangen die geladenen 1200 Gäste – alles, was in der deutschen Kultur, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft Rang und Namen hatte – mit vier Ausnahmen auf und boten dem Redner eine Standing Ovation. Zu den vier Ausnahmen, die das Geschehen mit ungläubigem Entsetzen beobachteten, gehörten der damalige Präsident des Zentralrats der Juden Ignatz Bubis und seine Frau Ida Bubis. Bubis beschuldigte Walser der „geistigen Brandstiftung“, doch waren die meisten Kommentatoren sich einig, er habe Walser lediglich missverstanden. Der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher lud Bubis und Walser zu einem gemeinsamen Gespräch ein, bei dem Bubis, um die Wogen zu glätten, den Vorwurf der „geistigen Brandstiftung“ zurücknahm. Dem *Spiegel* sagte Walser 2015, er würde die Rede so nicht noch einmal halten, nicht weil er seine Meinung geändert habe, sondern weil er hätte ausdrücklich sagen sollen, wen er der Instrumentalisierung der Schoah beschuldigte und wen nicht. Das habe zu Missverständnissen geführt. Allerdings bot er auch bei dieser Gelegenheit keine Aufklärung darüber, wen er gemeint habe.⁸⁹ Gleichwohl gibt es bis heute eine konservative und liberale Apologetik, die all jene des mut- und böswilligen Missverstehens beschuldigt, die es weiterhin wagen, Walsers Rede zu kritisieren.



▲ „Ich habe nichts oder fast nicht bewirkt“, meinte der Präsident des Zentralrats der Juden Ignatz Bubis in einem im Juli 1999, wenige Wochen vor seinem unzeitigen Tod, geführten Gespräch mit dem Stern. Nach einem Gespräch, das Bubis mit der Welt führte, berichtete diese wie folgt: „Noch immer sei ein Jude in Deutschland kein Deutscher, ergänzte Bubis ... ,Die Trennung ist geblieben.“ Dies liege vor allem am Desinteresse der Gesellschaft.“⁹⁰

Photo: Catherina Hess, Süddeutsche Zeitung

Walsers Paulskirchenrede hat zur Normalisierung und Förderung der unverhohlenen Abwehr von Forderungen nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit – von ganz links bis ganz rechts – erheblich beigetragen. Ein offensichtliches Beispiel für ihr Nachwirken ist die berüchtigte Rede, in der der extrem rechte AfD-politiker Björn Höcke 2017 in Dresden das Holocaust-Denkmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnete und eine „vergangenheitspolitische Wende“ forderte.⁹¹ Im Gegensatz zu ihren rechtsradikalen Vorgängern, bestreitet die AfD die in der Nazizeit begangenen Verbrechen nicht mehr. Stattdessen ist sie bestrebt, deren Bedeutung zu minimieren und sie im Kontext der

deutschen Geschichte als Ganzes als vernachlässigbares Detail darzustellen. Der damalige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland brachte dies 2018 paradigmatisch zum Ausdruck, als er erklärte, „Hitler und die Nazis“ seien „nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. ⁹² Die „Vogelschiss“-Bemerkung zog zwar allerhand Kritik auf sich, doch wurde allzu selten darauf hingewiesen, dass es einen deutschen Nationalstaat erst seit 1871 gibt. Von einer tausendjährigen deutschen Geschichte, ob erfolgreich oder nicht, kann also keine Rede sein. Gaulands Bildsprache war auch insofern bemerkenswert, als Menschen Vogel-Exkreme in aller Regel als unerwartet aus dem Nichts kommend wahrnehmen, also genau so, wie viele Deutsche auch den Nationalsozialismus nur zu gerne charakterisieren würden.

Die Möllemann-Affäre, 2002

Jürgen Möllemann spielte in der FPD über viele Jahre eine führende Rolle. In der Amtszeit Helmut Kohls war er von 1982 bis 1993 Bundesminister, musste dann aber aufgrund eines Korruptionsskandals zurücktreten. Von 1984 bis 1994 und dann erneut von 1996 bis 2002 war er FPD-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen. In der Hoffnung, er könne dadurch ein besseres Abschneiden der FPD bei den bevorstehenden Landtagswahlen erreichen, ließ er 2002 seinem Antisemitismus freien Lauf. Seit 1998 war die FPD erstmals seit 1969 nicht an der Bundesregierung beteiligt. Die Partei befand sich in einer gewissen Identitätskrise und war entschlossen, mit so ziemlich allen erdenklichen Mitteln dafür zu sorgen, dass sie wieder zu einem entscheidenden Machtfaktor wurde. Heute würde Möllemanns Versuch, sich sowohl den traditionellen als auch den muslimischen Antisemitismus nutzbar zu machen, vermutlich Anerkennung finden, doch war er seiner Zeit voraus. Damals gingen die übrigen Parteien noch davon aus, dass es für sie vorteilhafter sein würde, sich über Möllemanns Vorgehen zu empören. Nicht, dass irgend jemand sich über seine Kampagne wundern konnte. Schon 1979 hatte er dem damaligen Außenminister Genscher dazwischengefunkt und erstmals diplomatische Komplikationen verursacht, indem er sich mit Yasser Arafat traf und den „staatlichen Terror“ Israels gegen die Palästinenser beklagte. ⁹³

Die Affäre begann im März 2002 mit einer Erklärung des 1995 erstmals gewählten nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten der Grünen Jamal Karsli, der zuvor bereits aufgefallen war, als er während eines

Besuchs im Irak Saddam Hussein vollmundig lobte. „Die israelische Armee wendet Nazi-Methoden an!“ erklärte er nun. „Gerade von Deutschen sollte auf Grund der eigenen Geschichte eine besondere Sensibilität erwartet werden, wenn ein unschuldiges Volk den Nazi-Methoden einer rücksichtslosen Militärmacht schutzlos ausgeliefert ist.“⁹⁴ Das ging selbst den Grünen zu weit, und sie leiteten Ausschlussverfahren ein, um ihn aus Partei und Fraktion zu entfernen. Karsli beschloss daraufhin, den Ausgang des Verfahrens nicht abzuwarten, und trat von sich aus bei den Grünen aus – und schloss sich, von Möllemann enthusiastisch begrüßt, stattdessen der FPD-Landtagsfraktion an. Möllemann selbst hatte sich kurz zuvor wie folgt zu den palästinensischen Selbstdmordattentaten geäußert, durch die während der Zweiten Intifada hunderte Israelis ermordet und tausende verletzt wurden: „Israels Politik fördert den Terrorismus. Was würde man denn selber tun, wenn Deutschland besetzt würde? Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt. ... Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.“

Dann gab Karsli – angeblich ohne zu wissen, mit wem er sich eingelassen hatte – der rechtsradikalen *Jungen Freiheit* ein Interview. „Man muss zugestehen“, erzählte er der *Jungen Freiheit*, „dass der Einfluss der zionistischen Lobby sehr groß ist: Sie hat den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und kann jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit ‚klein‘ kriegen. Denken Sie nur an Präsident Clinton und die Monica-Lewinsky-Affäre. Vor dieser Macht haben die Menschen in Deutschland verständlicherweise Angst.“ Dies rief den Zentralrat der Juden auf den Plan, der sich ungewohnt deutlich über Karsli äußerte, worauf Möllemann allerdings mit einem saftigen ‚jetzt erstrech‘ reagierte. „Ich fürchte“, erklärte er dem *heute-journal*, „dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland gibt, leider, die wir bekämpfen müssen, mehr Zulauf verschafft hat als [der israelische Premierminister] Herr Sharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art.“ Gemeint war der damalige Vizepräsident des Zentralrats Michel Friedman. Während viele seinen Äußerungen über Israel zweifellos zugestimmt hätten und diese ihm wohl kaum das Genick gebrochen hätten, war er durch seinen gezielten Angriff auf einen der Vizepräsidenten des Zentralrats, gemessen an den damaligen Maßstäben, dann doch zu weit gegangen. Der Druck seitens des Zentralrats und nun auch der Bundespartei wurde folglich so intensiv, dass Karsli überredet werden konnte, sich aus der Landtagsfraktion der FDP wieder

zurückzuziehen. Allerdings beharrten Karsli und Möllemann darauf, sie hätten sich nichts zuschulden kommen lassen und Karsli habe lediglich als der Klügere nachgegeben, um die Wogen zu glätten.

Bald stellte sich heraus, dass Möllemann noch gar nicht richtig in Fahrt gekommen war. Kurz vor der Bundestagswahl im September 2002 ließ er acht Millionen Exemplare eines Flugblattes drucken und in Umlauf bringen, auf dem er sich anhand seiner Tiraden gegen Sharon und Friedman als „Einer wie wir“ anpries. Sharon „schickt Panzer in Flüchtlingslager und missachtet Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrates“ und „Michel Friedman verteidigt das Vorgehen der Sharon-Regierung. Er versucht, Sharon-Kritiker Jürgen W. Möllemann als ‚anti-israelisch‘ und ‚antisemitisch‘ abzustempeln.“ Und weiter: „Von diesen Attacken unbeeindruckt, wird sich Jürgen W. Möllemann auch weiterhin engagiert für eine Friedenslösung einsetzen, die beiden Seiten gerecht wird. Denn nur so kann die Gefahr eines Krieges im Nahen Osten gebannt werden, in den auch unser Land schnell hineingezogen werden könnte.“⁹⁵ Obwohl es erneut Kritik hagelte, hielt die FPD selbst jetzt weiter zu ihm, obwohl einige in der Partei nun doch nach einem Vorwand zu suchen begannen, um ihn loszuwerden. Als die Partei nicht einmal die Hälfte der erhofften Stimmen erhielt, wurde Möllemann gezwungen, seinen Rücktritt auf dem Bundesvorstand zu erklären. Was ihn am Ende den Kopf kostete, war allerdings nicht sein Antisemitismus, sondern die Tatsache, dass unklar blieb, wie er die mehr als €1 Millionen für den Druck und Vertrieb des antisemitischen Flugblatts aufgebracht hatte. Als die Justiz angesichts des Verdachts, er habe gegen die gesetzlichen Parteienfinanzierungs-Vorschriften verstößen, eine Untersuchung seiner verwickelten finanziellen Verhältnisse einleitete, beging Möllemann Selbstmord.

Seine antisemitischen Kampagne brachte Möllemann Lob von verschiedenen Rechtspopulisten und rechtsextremen Politikern und Gruppen ein. Als erster gratulierte ihm der damalige Chef der FPÖ, Jörg Haider. Sowohl vor als auch nach seinem Selbstmord bezogen sich zahlreiche rechtsextreme Sekten auf Möllemanns Märtyrium. Dass ein so mächtiger und einflussreicher Politiker wie Möllemann so gnadenlos verfolgt werde, nur weil er sich traue, die Wahrheit zu sagen, zeige, wie sehr die Deutschen unter dem jüdischen Joch stünden.⁹⁶

Die Große Renaissance der Selbsteinopferung

Angesichts der 1990 erfolgten deutschen Wiedervereinigung gingen viele davon aus, die verschiedenen seit 1945 offen gebliebenen Fragen seien nun endgültig bereinigt. Zudem musste die neue, größere Bundesrepublik notgedrungen versuchen, eine tragfähige nationale Identität zu entwickeln. Folglich wurden die vergangenheitspolitischen Debatten – wie der erneute Streit von 1995 um die Bewertung der deutschen Kapitulation und die Auseinandersetzungen um die Wehrmachtsausstellung, um Goldhagens Buch und um Walsers Rede zeigten – in den 1990er Jahren eher wieder erbitterter geführt. Unter anderem führte dies zu einer erneuten Betonung des (tatsächlichen oder eingebildeten) Leidens der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs, das in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bereits im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen gestanden hatte. Die Behauptung, die Deutschen würden durch jene, die auf der Notwendigkeit der fortgesetzten kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beharrten, viktimisiert, wurde nun zunehmend um die Überzeugung erweitert, die Deutschen seien von Anfang an die wahren Opfer der betreffenden historischen Ereignisse gewesen.

Seit der Jahrtausendwende erscheinen reihenweise Bücher, Kino-, Fernseh- und Dokumentarfilme, die sich dem Leiden nichtjüdischer Deutscher während des Zweiten Weltkriegs widmen. In *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945* evozierte Jörg Friedrich wiederholt mit der Schoah assoziierte Formulierungen. Er beschrieb Luftschutzräume mehrmals als Krematorien und beklagte mehr als zwanzig Mal die „Vernichtung“ deutscher Zivilisten durch die Alliierten Angriffe.⁹⁷ Das alljährliche, unkritische Gedenken an die allzu oft als ‚Bombenholocaust‘ bezeichnete Bombardierung Dresdens am 13.2.1945 ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. „In Dresden ist der Anti-Hitler Krieg zu dem entartet, was man zu bekämpfen vorgab und wohl auch bekämpft hatte: Zu Barbarei und Unmenschlichkeit, für die es keine Rechtfertigung gibt“, schrieb Ulrike Meinhof 1965 anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der Bombardierung Dresdens in der Zeitschrift *konkret* unter Berufung auf den revisionistischen britischen Historiker David Irving, einen der weltweit bekanntesten Holocaustleugner, der sich damals allerdings noch ein wenig behutsamer ausdrückte.⁹⁸

Auch das Fernsehen ist hier kräftig beteiligt. Man denke etwa an den Zweiteiler *Die Flucht* (2007), der die Leiden einer aus Ostpreußen fliehenden adeligen Familie in Szene setzt und damit gewissermaßen die nachholende fiktionale Ergänzung zu der dreiteiligen Dokumentation über Vertriebene bietet, die der Bayerische Rundfunk als Gegengift zur *Holocaust*-Miniserie produzierte. Der viel diskutierte Dreiteiler *Unsere Mütter, unsere Väter* (2013) gehört ebenfalls in diesen Kontext. „Zwar zählt zu den fünf Freunden auch der (Alibi-)Jude Viktor,” bemerkte Jennifer Nathalie Pyka in der *Jüdischen Allgemeinen*, „allerdings beschränkt sich seine Funktion auf diskretes Verschwinden“. Die Trilogie, so Pyka, sei „eine Offenbarung für alle, die schon immer wussten, dass nicht nur die Juden, sondern auch und vor allem die Deutschen Hitler zum Opfer fielen.“⁹⁹ Die *Bildzeitung* sah sich durch die Miniserie veranlasst, die Frage „Waren deutsche Soldaten wirklich so grausam?“ zu stellen (immerhin beantwortete sie die Frage mit einem eindeutigen ‚Ja‘).¹⁰⁰ In der *taz* stellte der Historiker Ulrich Herbert klar, dass „Unsere Väter und unsere Mütter ... eben nicht nur junge Leute“ gewesen seien, „die einfach nur leben wollten, es wegen des Krieges aber nicht konnten, wie es der Film suggeriert. Es handelte sich um eine hoch ideologisierte, politisierte Generation, die den Deutschen Sieg, den Sieg des nationalsozialistischen Deutschlands wollte, weil sie ihn für richtig hielt.“¹⁰¹

Allzu oft sind derartige Produktionen und ihre Rezeption von einer weiteren Inkarnation der Tabubrecher-Pose geprägt, als sei es den Deutschen allzu lange verwehrt worden, sich zu ihrem eigenen Leiden zu äußern. Dies ist nicht nur insofern verstörend, als der historische Kontext der dargestellten Leidenserfahrungen in vielen Fällen vernachlässigt oder sogar manipuliert wird, um Fragen nach den Ursachen und der Verantwortung für die dargestellten Ereignisse aus dem Weg zu gehen, sondern auch, weil die Tabubrecher-Pose unweigerlich die Frage aufwirft, wer die Deutschen denn angeblich daran gehindert hat, über ihre eigenen Leiden zu sprechen. Dieses Tabu hat es nie gegeben. Deutschen war es niemals verwehrt, über ihr eigenes Leid zu reden, und es dürfte kaum einen Aspekt des Nationalsozialismus geben, über den sie sich seit 1945 so ausführlich geäußert haben.¹⁰²

- 1 Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland. München: Ullstein, 2001, S. 46, 93.
- 2 Osmar White: Conquerors' Road. An Eyewitness Report of Germany 1945. Cambridge: Cambridge University Press, 2003, S. 93.
- 3 Zitiert in Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen: Bleicher, 1991, S. 80.
- 4 Einer Schätzung zufolge soll es in Deutschland, Österreich und Italien im Laufe der Jahre insgesamt ca. 330 000 jüdische DPs gegeben haben.
- 5 Siehe Jutta Fleckenstein und Tamar Lewinsky (Hgg.): Von da und dort – Überlebende aus Osteuropa. Berlin: Henrich & Henrich, 2011, S. 121–123.
- 6 Remarks by John J. McCloy, High Commissioner US Zone, Germany. In: Conference on „The Future of the Jews in Germany“. Heidelberg: Office of Adviser on Jewish Affairs [1949], S. 20–22, 21.
- 7 Ebd.
- 8 W. E. Süskind: Judenfrage als Prüfstein. In: Süddeutsche Zeitung, 2.8.1949.
- 9 Briefe an die SZ. Judenfrage als Prüfstein. In: Süddeutsche Zeitung, 9.8.1949.
- 10 Jüdische Demonstration gegen die SZ. In: Süddeutsche Zeitung, 11.8.1949.
- 11 Ebd.
- 12 Institut für Demoskopie. Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung m.b.H.: Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik. Herbst 1949.
- 13 Ebd., IV, 1.
- 14 Ebd., IV, 2.
- 15 Ebd., IV, 3.
- 16 Ebd., I, 6.
- 17 Ebd., IV, 5.
- 18 Ebd., VIII, 1. Von 1946 bis 1951 war Philipp Auerbach, der die Lager Auschwitz, Groß Rosen und Buchenwald überlebt hatte, in Bayern Staatskommissar für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte. Dadurch wurde er zu einem der bekanntesten – und verhasstesten – jüdischen Überlebenden der Nachkriegsjahre. Er verwaltete erhebliche finanzielle Mittel und machte sich vielerorts dadurch unbeliebt, dass er sich mit großem Engagement für die jüdischen Überlebenden einsetzte. Da die Maßgaben des Landeshauptschulrechts nicht gerade darauf zugeschnitten waren, den Überlebenden der Pogrome, Gettos, Konzentrations- und Todeslager schnelle und unbürokratische Hilfe zukommen zu lassen, fand sich ohne größere Schwierigkeiten ein Vorwand, um Auerbach nicht nur loszuwerden, sondern ihn obendrein vor Gericht zu stellen. In einem skandalösen, durch und durch antisemitischen Verfahren wurde er 1952 der Unterschlagung und des Betrugs schuldig gesprochen und beging daraufhin Selbstmord. Ein Untersuchungsausschuss des Landtags stellte allerdings fest, dass Auerbach trotz seiner Eigenheiten genau der Richtige für sein Amt gewesen war: „Solche Aufgaben waren nicht mit normalen Mitteln und auch nicht von Persönlichkeiten zu lösen, die zwar getreu dem Gesetz arbeiteten, der außergewöhnlichen Lage gegenüber jedoch ziemlich hilflos gewesen wären. Mit anderen Worten: Behörden und Beamte im eigentlichen Sinne wären der Schwierigkeiten noch weniger Herr geworden.“ Schlußbericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt (LEA.), 10.12.1953, S. 15, <https://www.bayern.landtag.de/webangebot3/views/vorgangsanzeige/vorgangsanzeige.xhtml?gegenstandid=3357>.
- 19 Allensbach-Umfrage, VIII, 4.
- 20 Ebd., VIII, 4.
- 21 Ebd., I, 6.
- 22 Ebd., XII, 2.
- 23 Ebd., XIV, 2.
- 24 Ebd., XV, 2.
- 25 Ebd., XV, 4.
- 26 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955. Allensbach: Verlag für Demoskopie, 1956, S. 128–129.
- 27 Siehe: Der große Frieden mit den Tätern. Gespräch über die „zweite Schuld“ mit Ralph Giordano. In: Gesellschaftliche Monatshefte Nr. 10 (1988), S. 605–614.
- 28 Hermann Lübbe: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579–599, 594. Wie Hanne Leßau gezeigt hat, war dies auch die Prämisse, die den unter Aufsicht der Westalliierten durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen zugrunde lag. Siehe Hanne Leßau: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit. Göttingen: Wallstein, 2020.
- 29 Hannah Arendt: Besuch in Deutschland. Aus dem Amerikanischen von Eike Geisel. Berlin: Rotbuch, 1993, S. 24–25.
- 30 Agreement between the State of Israel and the Federal Republic of Germany, https://treaties.un.org/Pages/showDetails.aspx?objid=080000028014fe9f&clang=_en.
- 31 Erklärung der Bundesregierung zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden. Deutscher Bundestag – 165. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 27. September 1951, https://www.bundestag.de/mmediathek?videoid=7233068_2?url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MjMzMDY4XzI=&mod=mediathek.

- 32 Es ist mitunter suggeriert worden, Adenauer sei die Aussöhnung mit Israel ein Herzensanliegen gewesen und er habe derartige Argumente lediglich vorgebracht, weil es ihm sonst nicht möglich gewesen wäre, die Vereinbarung durchzusetzen. Doch hat er sich in einem Gespräch mit Günter Gaus noch 1966, also mehr als zwei Jahre nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler, in gleicher Weise geäußert, obwohl er nun keine pragmatischen Rücksichten mehr zu nehmen brauchte. Gefragt, warum er das Abkommen mit Israel forciert habe, fügte er sogar noch ein traditionelles antisemitisches Argument hinzu: „Wir hatten den Juden so viel Unrecht getan, wir hatten solche Verbrechen an ihnen begangen, dass sie irgendwie gesühnt werden mussten oder wieder gutgemacht werden mussten, wenn wir überhaupt wieder Ansehen unter den Völkern der Erde gewinnen wollten. Und weiter: Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen.“ Immerhin war es inzwischen offenbar möglich einzuräumen, dass „wir“ die Verbrechen begangen hatten und nicht irgendwelche Unbekannten „im Namen Deutschlands“. Günter Gaus im Gespräch mit Konrad Adenauer. Ich habe mich nie beirren lassen, 4.1.1966, https://www.rbb-online.de/durperson/interview_archiv/adenauer_konrad.html.
- 33 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, S. 130.
- 34 Nicht nur außenpolitisch sehen. In: Nürnberger Nachrichten, 5.1.1960. Der Sozialdemokrat Erich Lüth, der in der Weimarer Republik dem liberalen Lager angehört hatte und in der Nazizeit Mitläufer war, widmete nach 1945 einen Großteil seiner Energie der Aussöhnung zwischen Juden und Nichtjuden bzw. zwischen der Bundesrepublik und Israel. Am bekanntesten ist sein 1950 veröffentlichter Aufruf, die Filme Veit Harlangs, des Regisseurs des antisemitischen Hetzfilms *Jud Süß* (1940), zu boykottieren. Harlangs Produzent zog daraufhin gegen Lüth vor Gericht. Erst am 15.1.1958 endete die Kampagne gegen Lüth mit einer der wichtigsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Indem es bestätigte, dass es Lüth gestattet war, zum Boykott von Harlangs Filmen aufzurufen, legte es nicht nur die verfassungsrechtlich garantierte Redefreiheit expansiv aus, sondern stärkte auch den Status der Grundrechte im Verhältnis zu anderen Rechtsgütern. Siehe Hugh Ridley: *Law in West German Democracy*. Leiden: Brill, 2019, S. 67–78.
- 35 Sondersitzung am Mittwoch, dem 6. Januar 1960, <https://kabinettspfotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/f0b1007c-46cb-416d-af2a-3274b5051a00>.
- 36 Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung. Bonn, 1960, S. 62–63.
- 37 Nürnberger Nachrichten, 25.1.1960.
- 38 „KP-Agenten machen sich bezahlt.“ Verteidigungsministerium veröffentlicht Gehlen-Material. In: Die Welt, 20.1.1960; Schröder und Strauß über die Hintergründe uneinig. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.1.1960.
- 39 92. Kabinettssitzung am Mittwoch, dem 20. Januar 1960, <https://kabinettspfotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/efcc062d-38ce-40a4-9424-f4716034ae2d#K1e8-01c-4a3>.
- 40 Lipstadt: Jewish conspiracy myths are an attack on the very nature of democracy, 26.2.2024, <https://www.jewishnews.co.uk/lipstadt-anyone-who-accepts-jewish-conspiracy-myths-has-given-up-on-democracy/>.
- 41 Weißbuch, S. 6.
- 42 Damals herrschte noch Reisefreiheit.
- 43 Weißbuch, S. 57
- 44 Ebd., S. 24.
- 45 Ebd., S. 45.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd., S. 46.
- 48 Ebd., S. 49.
- 49 Schmierfinken! Pest der Hakenkreuzmalerei auch in Franken. In: Nürnberger Nachrichten, 2/3.1.1960.
- 50 Zum dritten Mal in Allersberg. In: Nürnberger Nachrichten, 6/7.1.1960.
- 51 Ermittlungen erfolglos. In: Nürnberger Nachrichten, 20.1.1960.
- 52 Brandstiftung in der Pfalz. In: Die Welt, 20.1.1960.
- 53 Brandstiftung an der Synagoge. In: Frankfurt Allgemeine Zeitung, 20.1.1960.
- 54 Schmierfinken! Pest der Hakenkreuzmalerei auch in Franken; Weißbuch, 39–40.
- 55 Action and Reaction. In: Jewish Chronicle, 15.1.1960.
- 56 Die *Nürnberger Nachrichten* (18.1.1960) sprachen von „einer der größten Kundgebungen, die die britische Hauptstadt seit Jahren erlebt hat“.
- 57 Britons Protest Anti-Semitic Acts. Jewish War Veterans Lead London Throng in March on Bonn's Embassy. In: New York Times, 18.1.1960; London March Over Nazism. Protest Made to German Embassy. In: The Daily Telegraph, 18.1.1960.
- 58 In einer im Januar 1965 durchgeführten Allensbach-Umfrage sprachen 60 % der Befragten sich gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist aus. Bei einer anderen Umfrage waren es sogar 67 %. Fragen des Rechtsfriedens spielten dabei eine sehr nachgeordnete Rolle. Das entscheidende Argument gegen die Verlängerung lautete: „Auch die ehemaligen Kriegsgegner hätten Verbrechen begangen“. Siehe Manfred Kittel: Eine Zentralstelle zur Verfolgung von Vertreibungsverbrechen? In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54, 2 (2006), S. 173–207, 188, www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2006_2_1_kittel.pdf.
- 59 Bucher: Bonn allein für Verjährungsfrist zuständig. Der Minister lehnt Einmischung des Auslandes ab. In: Die Welt, 18.1.1965; Notfalls mit einigen Mördern zusammenleben, sagt Bucher. In: Süddeutsche Zeitung, 18.1.1965; Sowjets wollen Verjährungsfrist ignorieren. Appell der Bundesregierung „Tarnung der faktischen Amnestie“/Bucher: Notfalls mit Mördern zusammenleben. In: Frankfurter Rundschau, 18.1.1965.

- 60 Heinz Galinski: Deplacierte Reaktion. Zu Äußerungen des Bundesjustizministers. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 22.1.1965.
- 61 Zitiert bei Wolfgang Kraushaar: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburg: Hamburger Edition, 2005, S. 48.
- 62 Ulrike Meinhof: Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, <https://socialhistoryportal.org/raf/5343>.
- 63 Die Ermittlungen wurden im Winter 2024/25 erneut aufgenommen.
- 64 Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus (1969). In ders.: Werke, Bd. 7: Aufsätze zur Politik und Zeitgeschichte. Stuttgart: Klett-Cotta, 2005, S. 131–140, 133.
- 65 Bundesinnenministerin Faeser setzt Kommission zur Aufarbeitung des Olympia-Attentats 1972 ein, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/04/historikerkommission.html>.
- 66 Siehe Eva Gruberová und Marc Grimm: Zeitzeugen und Gegenwartszeugen. Möglichkeiten emotionalen Lernens anhand von Biografien in der historischen und politischen Bildungsarbeit. In Julia Bernstein, Marc Grimm und Stefan Müller (Hgg.): Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag, 2022, S. 222–241, 227.
- 67 Frank Bösch: Medien und Gesellschaftswandel. Zeithistorische Perspektiven auf die Erforschung des Bayerischen Rundfunks. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 80, 3 (2017), S. 579–591, 589–590.
- 68 Siehe Daniel Koehler: Right-Wing Terrorism in the 21st Century. London: Routledge, 2017, S. 83–84, 203–204.
- 69 Süddeutsche Zeitung, 29.1. und 19.2.1979, zitiert in Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989. Frankfurt/Main: Campus, 1997, S. 361.
- 70 Vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten gehörte Weizsäcker dem liberalen Flügel der CDU an. Als Jurastudent hatte er beim Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozess als Hilfsverteidiger für seinen Vater fungiert. Ernst von Weizsäcker wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 jedoch begnadigt.
- 71 Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/02/150202-RvW-Rede-8-Mai-1985.html>.
- 72 Ebd.
- 73 Helmut Kohl: Rede auf der Grosskundgebung der Jungen Union anlässlich der Aktion Menschenrechte in Gelsenkirchen, 10.4.1976, <https://www.bundeskanzler-helmut-kohl.de/seite/10-april-1976-1/>. Im Januar 1984 verursachte Kohl während seines Israelbesuchs einen Eklat, als er sich der Knesset mit den Worten vorstellte: „Ich rede vor Ihnen als einer, der in der Nazizeit nicht in Schuld geraten konnte, weil er die Gnade der späten Geburt und das Glück eines besonderen Elternhauses gehabt hat.“ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 2.2.1984, S. 113. Zum Ursprung des Ausdrucks ‚Gnade der späten Geburt‘ siehe <https://www.spiegel.de/politik/verschwiegene-enteignung-a-976d7e96-0002-0001-0000-000013519977>.
- 74 Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.1986, https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0080_nol&object=facsimile&st=&l=de.
- 75 Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung. In: Die Zeit, 11.7.1986.
- 76 Joachim Fest: Die geschuldete Erinnerung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.1986.
- 77 Hubertus Knabe: Opfer zweiter Klasse, 25.3.2019, <https://hubertus-knabe.de/opfer-zweiter-klasse/>.
- 78 Im Museum der Opfer des Genozids in Vilnius und dem Haus des Terrors in Budapest ist dieser Ansatz auf erschütternde Weise umgesetzt worden. Siehe Ljiljana Radonić: Introduction: The Holocaust/Genocide Template in Eastern Europe. In: Journal of Genocide Research 20, 4 (2018), S. 483–489.
- 79 Salomon Korn: NS- und Sowjetverbrechen. Sandra Kalnietes falsche Gleichsetzung. In: Süddeutsche Zeitung, 31.3.2004.
- 80 Jan T. Gross: Nachbarn: Der Mord an den Juden von Jedwabne. Aus dem Englischen von Friedrich Giese. München: C. H. Beck, 2001.
- 81 Rūta Vanagaitė und Efraim Zuroff: Our People: Discovering Lithuania's Hidden Holocaust. Lanham: Rowman & Littlefield, 2020.
- 82 Hannes Heer: „Hitler war's“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit. Berlin: Aufbau, 2005, S. 264–280, 279.
- 83 Hannes Burger: Proteste und Hysterie um Wehrmacht-Ausstellung. In: Die Welt, 26.2.1997, <https://www.welt.de/print-welt/article634515/Proteste-und-Hysterie-um-Wehrmacht-Ausstellung.html>.
- 84 Florian Stumfall: Wie Deutsche diffamiert werden. In: Bayernkurier, 22.2.1997.
- 85 Sprengstoffanschlag auf Wehrmacht-Ausstellung. In: Die Welt, 10.3.1999.
- 86 Die weit verbreitete Anmaßung, der zufolge die Täter und ihre Nachfahren, nicht jedoch die Opfer und deren Nachfahren zu einer objektiven Beurteilung der Nazizeit und der Schoah fähig sein sollen, spielte in dem berühmten Briefwechsel zwischen Martin Broszat, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, und dem bereits erwähnten Historiker der Schoa, Saul Friedländer, der Professuren an der Universität Tel Aviv und UCLA innehatte, eine wichtige Rolle. Der Briefwechsel wurde 1988 zunächst in den Fachzeitschriften *Yad Vashem Studies* und *New German Critique* veröffentlicht. Siehe Martin

- Broszat und Saul Friedländer: Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36, 2 (1988), S. 339–372.
- 87 Rudolf Augstein: Der Soziologe als Scharfrichter. In: *Der Spiegel*, 14.4.1996, <https://www.spiegel.de/politik/der-soziologe-als-scharfrichter-a-e0706a-fa-0002-0001-0000-000008909530>. Für Augstein ergab sich die Wertlosigkeit von Goldhagens Buch schon daraus, „dass der Nobelpreisträger Elie Wiesel Goldhagens Buch für einen ‚riesigen Beitrag zum Verständnis des Holocaust‘ erklärt.“
- 88 Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1998. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1998; <https://hdms.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/start/1/rows/10/sortfield/score/sortorder/desc/searchtype/simple/query/walser/docId/440>; Frank Schirmacher (Hg.): *Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1999.
- 89 Martin Walser distanziert sich von Paulskirchen-Rede: „Ich könnte die Paulskirchenrede so nicht mehr halten“. In: *Der Spiegel*, 1.5.2015, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/martin-walser-paulskirchenrede-so-nicht-meर halten-a-1031674.html>.
- 90 „Herr Bubis, was haben Sie bewirkt?“ – „Nichts, fast nichts“. Interview von Michael Stoessinger und Rafael Seligmann mit Ignatz Bubis. In: *Stern*, 29.7.1999, S. 56–59. Zu den Leserbriefen, die der Stern nach Veröffentlichung des Interviews erhielt, gehörten die beiden folgenden: „Wer derart pauschalierend als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland in einem öffentlichen Interview vorgibt, zu wissen, was jeder Deutsche denkt, schürt und verursacht damit in hohem Maße Antisemitismus bei der jungen Generation. E. RUSSLING Taufkirchen“; „Warum kann Herr Bubis nicht akzeptieren, dass die heutige Generation zwar zu der Geschichte steht, aber nicht immer dafür verantwortlich gemacht werden will? LISA RESCHKE Stuttgart“. In: *Stern*, 12.8.1999, S. 9.
- 91 Bubis zieht Negativ-Bilanz seiner Amtszeit. In: *Die Welt*, 28.7.1999.
- 92 Höcke-Rede im Wortlaut: „Gemütszustand eines total besieгten Volkes“. In: *Der Tagesspiegel*, 19.1.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutszustand-eines-total-besieгten-volkes-5488489.html>.
- 93 Gauland bezeichnet NS-Zeit als „Vogelschiss in der Geschichte“. In: *Der Tagesspiegel*, 2.6.2018, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article176912600/Afd-Chef-Gauland-bezeichnet-NS-Zeit-als-Vogelschiss-in-der-Geschichte.html>.
- 94 Ein wenig weinerlich. In: *Der Spiegel*, 19.8.1979, <https://www.spiegel.de/politik/ein-wenig-weinerlich-a-96eba243-0002-0001-0000-000039908684>.
- 95 Die folgende Zusammenfassung beruht auf: Möllemann-Affäre: Die Zitate, die die Republik bewegen. In: *Der Spiegel*, 5.6.2002, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/moellemann-affaere-die-zitate-die-die-republik-bewegen-a-199445.html>; Jamal Karsli und Jürgen Möllemann. Chronik der Entwicklung der Ereignisse. In *Berliner Morgenpost*, 18.5.2002, <https://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article102915141/Jamal-Karsli-und-Juergen-Moellemann-Eine-Chronik-der-Entwicklung-der-Ereignisse.html>.
- 96 Siehe: FDP hofft auf deutlichen Rechtrück in Deutschland: Möllemann gibt wieder den Antisemiten, <http://www.antisemitismus.net/deutschland/moellemann.htm>.
- 97 Rechtsextreme Propaganda, die sich positiv auf Möllemann bezog, wurde in den Jahren 2002 und 2003 in mehreren Verfassungsschutzberichten dokumentiert. Siehe beispielsweise: Bundesministerium des Inneren: *Verfassungsschutzbericht 2002*, S. 80, <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/handle/10900/62843>; Bundesministerium des Inneren: *Verfassungsschutzbericht 2003*, S. 90, 100, <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/handle/10900/62845>; Der Senator für Inneres, Kultur und Sport [Bremen]: *Verfassungsschutzbericht 2002*, S. 21, <https://www.transparenz.bremen.de/verfassungsschutzbericht-2002-51809?as1=bremen02.c.732.de>; Senatsverwaltung für Inneres [Berlin]: *Verfassungsschutzbericht 2003*, S. 66, https://digital.zib.de/viewer/metadata/15329888_2003/1/.
- 98 Annette Seidel-Arpaci:
- 99 Ulrike Meinhof: Dresden. In: konkret Nr. 3 (1965), S. 10–11; reprint in: Ulrike Marie Meinhof: *Die Würde des Menschen ist antastbar*. Berlin: Wagenbach, 1984, S. 62–64.
- 100 Jennifer Nathalie Pyka: Opferneid als Dreiteiler. In: *Jüdische Allgemeine*, 19.3.2013, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/opferneid-als-dreiteiler/>.
- 101 Ralf Georg Reuth: Die große Diskussion um „Unsere Mütter, unsere Väter“: Waren deutsche Soldaten wirklich so grausam? Für einen deutschen Soldaten wurden 10 Zivilisten erschossen. In: *Bild*, 18.3.2013, <https://www.bild.de/unterhaltung/tv/unsere-muetter-unsere-vaeter/waren-deutsche-soldaten-wirklich-so-grausam-29562878.bild.html>.
- 102 Ulrich Herbert: „Unsere Mütter, unsere Väter“: Nazis sind immer die anderen. In: *taz* 21.3.2013, <https://taz.de/Unsere-Muetter-unsere-Vaeter/!5070893/>.

Fallstudie 3:

Das ehemalige KZ Dachau als Brennpunkt vergangenheitspolitischer Trends und Kontroversen



Im Folgenden werden einige zentrale Entwicklungen rund um das ehemalige Konzentrationslager Dachau und seine Gedenkstätte beschrieben, die exemplarisch für Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland stehen. Dabei prallen Erinnerung und Gedenken, gesellschaftliche Verantwortung und politisches Handeln immer wieder aufeinander. Der gesellschaftliche und politische Umgang – von Verdrängung und Ignoranz bis hin zu engagiertem Gedenken – hat sich im Laufe der Jahrzehnte herausgebildet. Außerdem wird die anhaltende Konfrontation mit Relativierungen, Verleugnungen und Angriffen auf das Gedenken deutlich.

Das Konzentrationslager in Dachau war eines der ersten offiziellen (also nicht von örtlichen Kräften auf Eigeninitiative ‚wild‘ betriebenen) Konzentrationslager. Es wurde am 22.3.1933 eröffnet, war bis zum Ende der Naziherrschaft in Betrieb und galt als Modell für die übrigen KZ. Mehr als 200 000 Gefangene durchliefen das Hauptlager und seinen verschiedenen Nebenlager. Mindestens 41 500 Gefangene wurden ermordet oder überlebten den Hunger, die Seuchen und/oder die ständigen Misshandlungen oder Folter nicht.

US-amerikanische Truppen befreiten das Lager am 29.4.1945. Anfangs nutzte die amerikanische Militärregierung die Baracken des ehemaligen KZ zur Unterbringung von DPs (Displaced Persons). Ab Juli 1945 diente das ehemalige KZ als Internierungslager für Nazi-Täter. Die bayerische Landesregierung beschloss 1948, einen Teil des Lagers zur Unterbringung deutscher Vertriebener aus Zentral- und Osteuropa zu nutzen.

Etliche jüdische Überlebende des Lagers schlossen sich der Organisation She'erit ha-pletah (Der Rest der Entronnenen) an. Der erste Präsident des bald für die gesamte amerikanische Besatzungszone zuständigen Zentralkomitees der befreiten Juden, Zalman Grinberg, und sein Nachfolger,

David Treger, sowie deren enge Mitarbeiter Levi Shalit und Samuel Gringauz waren alle Überlebende der Dachauer Nebenlager in und um Kaufering.

Die erst im Jahr 1965 eröffnete Gedenkstätte erstreckt sich nur über einen Teil des ehemaligen Lagers. Zur Gedenkstätte gehören inzwischen der ehemalige Zugangs- und Gefangenengbereich, die Krematorien, der nahegelegene ehemalige SS-Schießstand in Hebertshausen, der bei den Massengräbern am Leitenberg geschaffene Ehrenfriedhof und der nördliche Abschnitt des Waldfriedhofs, in dem 1312 ehemalige Gefangene, die zum Zeitpunkt der Befreiung zwar noch lebten, aber nicht mehr gerettet werden konnten, beerdigt wurden. Seit 2003 werden die Lager-Gedenkstätten in Dachau und Flossenbürg von der Stiftung Bayerische Gedenkstätten verwaltet.

Die Lager-Gedenkstätten sind gleichzeitig ehemalige Tatorte, Gedenkorte und Friedhöfe und sie spielen in der deutschen Gedenkkultur eine bedeutsame Rolle. Seit 1945 sind sie immer wieder Gegenstand zum Teil erbitterter vergangenheitspolitischer Kontroversen gewesen, an denen sich der jeweils geltende offizielle Konsensus und die Bereitschaft der deutschen Gesellschaft, Verantwortung für die Verbrechen der Nazizeit zu übernehmen (oder nicht), ablesen lassen.

Die Einstellung der örtlichen Bevölkerung nach der Befreiung des Lagers

Unmittelbar nach der Befreiung konfrontierten die US-amerikanischen Truppen auch in Dachau die örtliche Bevölkerung mit den im Lager begangenen Verbrechen. Würdenträger und Bürger und Bürgerinnen, die in der Stadt etwas zu sagen hatten, wurden in Gruppen ins Lager gebracht. Dort hielten Zivil- und Militärfotografen ihre Reaktionen auf die neben den Krematorien aufgehäuften Berge verwesender Leichen fest. Dachauer Bürger, die der NSDAP angehört hatten, wurde gezwungen, die Leichen auf offenen Fuhrwerken durch die Stadt zu einem neuen Massengrab am Leitenberg zu befördern, ein Vorgang, der sich über mehrere Tage hinzog. Statt sie zum Umdenken zu bewegen, steigerten diese Maßnahmen lediglich die Abwehr der örtlichen Bevölkerung, die befanden, nach Hitler hätten sie nun auch die ausländischen Besatzer misshandelt.

Die Siebte US-Armee entsandte Angehörige der Psychological Warfare Branch (PWB) nach Dachau, die in ihrem Bericht festhielten, es gebe mit Blick auf ihre Haltung zum Lager in der örtlichen Bevölkerung drei Gruppen. Den drei Gruppen ordneten sie jeweils eine Art Parole zu.¹ Die Parole der ersten Gruppe sei: „Man hat uns alle in jeder Hinsicht angelogen.“ Die Angehörigen dieser Gruppe beschwerten sich in erster Linie über das unziemliche Verhalten mancher der im KZ arbeitenden SS-Angehörigen der örtlichen Bevölkerung gegenüber. Man habe ihnen erzählt, die Züge, die ständig durch die Stadt zum Lager fuhren, transportierten nicht Menschen, sondern Güter für die Wehrmacht oder geplünderte Wertstoffe aus Frankreich, und dem hätten sie Glauben geschenkt. Wenn man ihnen erzähle, was sich im Lager tatsächlich zugetragen habe, „geben sie vor, überrascht und schockiert zu sein“. Die PWB-Angehörigen stellten klar, es könne „mit Gewissheit gesagt werden, dass diejenigen, die jetzt behaupten, sie hätten nur einen einzigen tagsüber ankommenden Zug mit möglichen Gefangenen gesehen, wissentlich lügen.“

Das Motto der zweiten Gruppe sei: „Das war alles ganz furchtbar, aber was hätten wir tun können?“ Dies sei die am Ort am Weitesten verbreitete Haltung und sie werde sogar von Bürgern und Bürgerinnen geteilt, deren Antifaschismus nicht in Zweifel stehe. „Diese Leute geben zu, dass die ganze Stadt dank des Bestehens des Lagers und der mit ihm verbundenen SS-Bonzen wirtschaftlich florierte.“ Allerdings sei es „womöglich nicht ohne Relevanz, dass diejenigen, die die Nazis am eindeutigsten kritisierten, jene waren, die sich dies insofern leisten konnten, als sie aufgrund ihrer Tätigkeit keinen alltäglichen Kontakt zur SS hatten“. Dass es sich im Nachkriegs-Dachau nicht gehörte, über den lebhaften Handel der Stadt mit dem Lager und den „SS-Bonzen“ zu sprechen, dürfte sich von selbst verstehen.

Der dritten Gruppe zufolge sei das Lager „in den Augen der zivilisierten Menschheit ein Skandal“. Zu dieser Gruppe gehörten nur sehr wenige Dachauer und Dachauerinnen, ja, bei genauerem Hinsehen schien sie aus nur einer Person zu bestehen, einem ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschafter namens Josef Engelhard. Seinen Angaben zufolge hätten 90 Prozent der Einwohner und Einwohnerinnen Dachaus „Dreck am Stecken und sich mit dem Blut unschuldiger Menschen besudelt“. Sie seien „feige und Feiglinge! Sie waren alle zu feige – sie wollten einfach nichts riskieren. Und so war es überall in Deutschland. Die Mutigen kann man an den Fingern beider Hände abzählen.“ Menschen, die sich wie Engelhard

trauten, die Dinge beim Namen zu nennen, blieben lange Zeit die absolute Ausnahme. Die allermeisten seiner Dachauer Mitbürger wuschen ihre Hände in Unschuld und igelten sich in der Wahnvorstellung ein, sie seien die wahren Opfer.

Mit Ausnahme des Landesentschädigungsamts, in dem jüdische Überlebende das Sagen hatten, bemühten die Bayerischen Behörden sich darum, so zu tun, als habe es das KZ in Dachau nie gegeben. Am ehesten konnten die Überlebenden Maßnahmen der Behörden, die ein mögliches künftiges Gedenken vereiteln sollten, dadurch etwas entgegensetzen, dass sie die internationale Presse einschalteten. Insbesondere die Presse in den Vereinigten Staaten war für Klagen der Überlebenden besonders empfänglich, weil Dachau bei vielen nichtjüdischen Amerikanern in etwa den Status innehatte, denn Bergen-Belsen bei den Briten genoss: Es war *das* Lager.

Anfang 1948 beschloss der Bayerische Landtag – einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD – das ehemalige KZ künftig als Arbeitslager zur „Umerziehung von asozialen Elementen“ zu nutzen. Dieses Vorhaben wurde jedoch nicht umgesetzt, weil es der Landesregierung an Unterkünften für deutsche Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone und Osteuropa mangelte. So wurde aus dem ehemaligen KZ die Wohnsiedlung Dachau-Ost. Dort gab es nicht nur Wohnungen, sondern auch Geschäfte, ein Kino und Anfang der 1960er ein neben den Krematorien gelegenes Restaurant, das den passenden Namen „Restaurant am Krematorium“ trug. Dies war selbst für deutsche Verhältnisse eine seltene Leistung in Sachen Verdrängung. Diese Art der Unsichtbarmachung des Sachverhalts gerade dadurch, dass man ihn beim Namen nennt, zeugt von einer ungeheuerlichen Indifferenz den Opfern gegenüber.

Der Leitenberg-Skandal

Im August 1949 stellte René Simon, ein Überlebender des Lagers, der sich in Dachau niedergelassen hatte, fest, dass am Leitenberg, in unmittelbarer Nähe der dortigen Massengräber, in denen die Leichen unzähliger Gefangener verscharrt worden waren, Sand abgebaut wurde und dass dabei menschliche Gebeine entdeckt worden waren. Unmittelbar nach der Befreiung des Lagers war der Plan, bei den Massengräbern ein Denkmal zu errichten, gescheitert und seitdem war nichts unternommen

worden, um die Massengräber zu markieren. Die örtlichen Behörden beharrten (zurecht) darauf, bei den nun gefundenen Gebeinen handele es sich nicht um ehemalige Gefangene des KZ. Darüber, um wessen Gebeine es sich handelte, herrschte allerdings keine Einigkeit. Der sozialdemokratische Stadtrat Georg Andorfer behauptete, es handele sich um Bewohner einer spätmittelalterlichen Siedlung, der Bürgermeister dagegen meinte, es handele sich um Soldaten aus der Zeit der Napoleonischen Kriege. Vermutlich waren sie sich ihrer Sache so sicher, weil sie die Lage der Massengräber ganz genau kannten, doch wäre es inopportun gewesen, dies so deutlich zu sagen. Jahr(zehnt)elang die Klage zu führen, man sei dadurch schwer traumatisiert worden, dass man gezwungen wurde, die Leichen der Gefangenen zu den Massengräbern am Leitenberg zu bringen, heißt noch lange nicht, dass man etwas von der Existenz oder Lage der Massengräber weiß oder gar auf den Gedanken kommen könnte, es sei nicht ratsam, in deren unmittelbarer Nähe Sand abzubauen.

Als auch die Bayerische Landesregierung die Bedenken der Überlebenden nicht nachzuvollziehen vermochte, wandten diese sich an die internationale Presse. Wer die Tatsachen in diesem Zusammenhang (zum Teil erheblich) ausschmückte, womöglich wissentlich falsch darstellte oder etwaigen Missverständnissen nicht energisch genug entgegengrat, lässt sich nicht mehr ermitteln. Jedenfalls wurde nun in amerikanischen, britischen und französischen Zeitungen mit Entsetzen berichtet, es habe sich doch um die Gebeine ehemaliger Gefangene gehandelt, die beim Sandabbau entdeckt und gedankenlos abgeräumt worden waren. In manchen Berichten hieß es sogar, die Knochen seien zermahlen und einer kommerziellen Verwendung zugeführt worden.

Angesichts dieser Berichte schritt die amerikanische Militärregierung ein und ordnete den sofortigen Stopp des Sandabbaus an. Mehrere Delegationen, darunter eine französische unter der Leitung von Justizminister Edmond Michelet, reisten in der Folgezeit an, um sich selbst ein Lagebild zu verschaffen. Den Bayerischen Behörden mochte die Sache selbst bestenfalls gleichgültig sein, solange aber behauptet wurde, es sei etwas Unangemessenes vorgefallen, war sie entschlossen, jede Verantwortung für das Geschehene abzuwehren. Auf die Berichte der angereisten Delegationen reagierte sie stets beleidigt, und die deutschen Zeitungen berichteten immer wieder, in den Berichten würde das Gegenteil dessen, was sie tatsächlich feststellten, behauptet.

Vom Trotz der bayerischen Behörden zunehmend irritiert, suchte der US-amerikanische Landeskommisar für Bayern Clarence Bolds schließlich am 21.11.1949 Ministerpräsident Ehard auf und teilte ihm mündlich und in einem überreichten Schreiben unmissverständlich mit, dass die Situation am Leitenberg umgehend einer angemessenen Lösung zugeführt werden müsse. Ehard berief noch am selben Tag sein Kabinett ein, um die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, und am 16.12.1949 wurde am Leitenberg ein provisorischer Gedenkort eingeweiht.

Damit war der Skandal vorbei, und das Interesse der internationalen Presse verklang rasch wieder. Doch ganz vorbei war die Geschichte noch nicht. Als der Leitenberg-Skandal am 13.12.1949 in der französischen Nationalversammlung behandelt wurde, wurde Außenminister Robert Schumann beauftragt, sich für ein Abkommen einzusetzen, das die Bundesrepublik verpflichten würde, die Gräber und Gebeine ehemaliger KZ-Häftlinge zu bewahren und zu pflegen, was er offenbar auch getan hat. Die Bundesrepublik war damals noch an eine nach dem Ersten Weltkrieg geschlossene Vereinbarung gebunden, die sie zur Pflege der Gräber ausländischer Soldaten verpflichtete. Am 27.5.1952, einen Tag nach der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags, nicht ahnend, dass dieser von Frankreich nicht ratifiziert werden würde, verabschiedete der Bundestag in Absprache mit dem Bundesrat ein neues Kriegsgräbergesetz, das die Gräber ehemaliger KZ-Häftlinge zwar in einer gesonderten Kategorie führte, regulären Kriegsgräbern aber gleichstellte. Es betraute die Länder mit der Kriegsgräberpflege, doch wurden die entstehenden Kosten von der Bundesregierung erstattet. Das Gesetz trat rückwirkend zum 1.4.1951 in Kraft. Da die Bundesregierung verpflichtet war, in dieser Sache bundeseinheitliche Standards durchzusetzen, war auch Bayern künftig an das neue Gesetz gebunden. Die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel reichten zwar nicht zur Einrichtung von Gedenkstätten, aber insofern die ehemaligen Lager *de facto* auch Gräberstätten waren, waren die Bundesländer nun verpflichtet, sie zu bewahren und zu pflegen. Die bayerischen Behörden legten den Buchstaben des neuen Gesetzes so minimalistisch wie möglich aus, indem sie die Zahl der 493 betroffenen Gräberstätten durch Exhumierungen und Umbettungen auf 75 verringerte. Um die ehemaligen Lager kümmerten sie sich auch weiterhin nicht.

Der Leitenberg-Skandal hatte noch eine weitere Folge. Die bayerischen Behörden übertrugen die Verantwortung für die wenigen vorhandenen Gedenkorte in Dachau an das Landesentschädigungsamt. Sollte es zu

weiteren Skandalen kommen, wären dann die für Dachau verantwortlichen Juden im Landesentschädigungsamt schuld. Doch wurde den Behörden schnell klar, dass sie damit einen Fehler begangen hatten, denn sie konnten mit den Gedenkorten nun nicht mehr nach eigenem Gutdünken verfahren.

Die Ausstellung im großen Krematorium

Kurz nach der Befreiung hatte das Komitee ehemaliger Gefangener im großen Krematorium eine Ausstellung mit lebensgroßen, SS-Angehörige und Gefangene darstellenden Puppen eingerichtet, die das Landesentschädigungsamt nach Übernahme der Verantwortung für den Komplex im Jahr 1950 grundlegend überarbeitete. Im Januar 1952 veröffentlichte einer der Redakteure der *Süddeutschen Zeitung*, Joachim Steinmayr, in der Zeitung einen ausführlichen Bericht über seinen Besuch im ehemaligen Lager. Die Überschrift lautete „Wenn das Grauen zur Sehenswürdigkeit wird“.

Steinmayrs Besuch in Dachau war offenbar durch die Lektüre eines im Dezember 1951 in der amerikanischen Zeitschrift *Commentary* erschienenen Berichts des österreichischen Kunsthistorikers Alfred Werner (Weintraub) motiviert. In dem Bericht beschrieb Werner, der 1938/39 in Dachau inhaftiert war und nun in den Vereinigten Staaten lebte, seine Erfahrung während eines Besuchs des ehemaligen KZ.² In der *Süddeutschen Zeitung* klang das dann, den Sinn von Werners Reise und Intention völlig verkehrend, so:

„Rückkehr nach Dachau“ – darüber schreibt Alfred Werner, einst jüdischer Schutzhäftling Nr. 27660, jetzt US-Bürger, im Dezemberheft der amerikanischen Monatsschrift „Commentary“. Werner schildert, wie er als Tourist im Jahre 1951 das ehemalige KZ Dachau wiedersah, wie ihn zu Beginn am Dachauer Bahnhof ein dienstbeflissener Taxi-Chauffeur unaufgefordert fragt „Der Herr wünscht das Krematorium“, und wie ihm am Ende der Führer im Krematorium erklären will, auf welche Weise die Leichen in den Verbrennungsofen geschoben wurden. „Ich sagte ihm darauf“, schreibt der Verfasser, „dass ich nun genug hätte“. Unser Redaktionsmitglied hat – ohne sich als Journalist erkennen zu geben [sic] – wie Alfred Werner das Krematorium in Dachau besucht und seine Eindrücke nachstehend aufzeichnet [sic].

Dass Werner wohl kaum als „Tourist“ nach Dachau gekommen war, hätte jedem verständigen Menschen eigentlich sofort klar sein müssen. Werners Artikel stellte das jedenfalls eindeutig klar. Er war gekommen, weil er hoffte, seine grauenhaften und weiterhin quälenden Erfahrungen im Lager besser verarbeiten zu können, wenn er den Ort noch einmal in seinem befreiten Zustand wiedersah. „Ich musste noch einmal kommen,“ schrieb er, „um mit meinen eigenen Augen zu sehen, dass in den Öfen der Krematoria kein Feuer mehr brannte, dass die Schornsteine nicht mehr rauchten. Man sagte mir, tausende ehemalige Dachauer kämen so wie ich, vorgeblich um nachzusehen, ob der Gedenkort auf angemessene Weise gepflegt werde, tatsächlich aber, so vermute ich, um sicherzugehen, dass das Feuer wirklich aus ist.“

Auf dem Weg nach Dachau sei er von einem im Zug Mitreisenden gefragt worden, ob er komme, um sich die reizenden Sehenswürdigkeiten der Stadt anzusehen. Als er geantwortet habe, er wolle die Krematoria besuchen, „war der ältere Herr gar nicht überrascht. Er verfügte über einen Grundstock eingeübter Phrasen für diesen Anlass, die er unbeschwert herbetete. Wie wunderbar es sei, dass das Vaterland Hitler endlich los sei. Doch wäre der ohne die Unterstützung der westlichen Demokratien jemals an die Macht gekommen? Ja, das Lager, das sei für Deutschland eine Schande, doch seien die Dachauer – er selbst eingeschlossen – völlig unschuldig. Sie mit den im Lager geschehenen Dingen in Verbindung zu bringen, sei ungerecht. Er habe von den unerfreulichen Dingen eh erst 1945 erfahren. Er habe nie irgendwelche Gefangenen gesehen. Allerdings hätten er und seine Familie den Zwangsarbeitern auf den Feldern oft zu essen gegeben.“ Werner zufolge sei die Bevölkerung Dachaus in ihrer Einstellung zum ehemaligen Lager „zwiegespalten“: „Einerseits wäre es

Ja, das Lager, das sei für Deutschland eine Schande, doch seien die Dachauer – er selbst eingeschlossen – völlig unschuldig. Sie mit den im Lager geschehenen Dingen in Verbindung zu bringen, sei ungerecht. Er habe von den unerfreulichen Dingen eh erst 1945 erfahren.

ihnen am liebsten, wenn die Gebäude – oder zumindest die Krematorien – beseitigt würden. ... Doch sei das Lager für die Stadt ein gutes Geschäft gewesen. Zwei Jahrzehnte lang war es ein gutes Geschäft und es ist auch jetzt ein gutes Geschäft.“ Werner „musste unfreiwillig lachen“ als der Taxifahrer ihn sofort gefragt habe, ob er zum Krematorium wolle. „Nein, meine Zeit fürs Krematorium war noch nicht gekommen, aber ich wollte mir ansehen, was vom Lager noch übrig ist.“ Werner schloss seinen Bericht mit den Worten: „Ich war müde und mir war übel. Ich wollte die verfluchte deutsche Erde von den Schuhen streifen.“

Ähnlich hat Steinmayer sich am Ende seines Besuchs offenbar auch gefühlt, nur wollte er nicht die verfluchte deutsche Erde abstreifen, sondern die geheiligte deutsche Erde vom ehemaligen Lager befreien. Aus heutiger Sicht erscheint Steinmayers Bericht merkwürdig nichtssagend. Er paraphisierte verschiedene Meinungen und Argumente, die er in Dachau gehört hatte. Manche sprachen sich für, andere gegen die Beseitigung der Spuren des ehemaligen KZ aus. Steinmayer schloss mit der energischen Forderung „Es muß etwas geschehen“. Doch erklärte Steinmayer zu keinem Zeitpunkt, was denn nun eigentlich seines Erachtens am Status quo so furchtbar sei. Dass „die Schaustücke“ im Krematorium „ohne attraktive Wirkung an den Wänden aufgezogen“ worden seien, konnte ja nicht gut sein Verdammungsurteil über den Gedenkort als Ganzes rechtfertigen. Er hatte auch allerhand an einer Gruppe US-Soldaten auszusetzen, die den Gedenkort besichtigten: „Die Kamera gezückt, schlendern ... die unbekümmerten Amerikaner“ übers Gelände, klagte er, ohne offenbar auf die Idee zu kommen, dass der Ort für sie eine andere Bedeutung haben könnte, weil sie – im Gegensatz zu ihm – zu den Befreiern gehörten.³

Tatsächlich brauchte Steinmayer gar nicht anzugeben, worin das Problem mit der Ausstellung bestand, denn für seine Leser und Leserinnen dürfte sich von selbst verstanden haben, dass deren Existenz das Problem war. An Bayern, die Steinmayers Forderung, dass „etwas geschehen“ müsse, aus vollem Herz zustimmten, mangelte es gewiss nicht. Der bayerischen Staatsregierung kam sie jedenfalls recht. Um die Ausstellung entfernen zu können, musste dem Landesentschädigungsamt allerdings erst die Verantwortung für das ehemalige KZ wieder entzogen werden. Sie wurde nun der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen übertragen. Vermutlich, um die zu erwartende Kritik abzumildern, wartete man erst noch die Gedenkveranstaltung anlässlich des

Jahrestages der Befreiung des Lagers Ende April 1953 ab. Zwei Wochen später wurde die Ausstellung entfernt.

Am 5.6.1953 berichtete der Londoner *Jewish Chronicle* unter der Überschrift „Dachauer Ausstellung Verboten“: „Auf Anordnung des bayrischen Finanzministeriums ... sind die im ehemaligen Krematorium ausgestellten Fotografien und Zeichnungen entfernt worden. Erich Preuss, ein ehemaliger Gefangener in Dachau, der für die Ausstellung verantwortlich war, wurde angewiesen, keine Besucher mehr durch den Gedenkort zu führen, an dem die Gaskammern, die Galgen und andere Ausstellungsgegenstände bewahrt worden sind. Das Verbot, hieß es von amtlicher Seite, solle ‚unkontrollierbare Propaganda‘ unterbinden.“⁴

Heinrich Junkers Antrag auf Schließung des Gedenkorts im großen Krematorium, 1955

Nach den Landtagswahlen von 1954 verprellte die CSU (die zuvor eine große Koalition angeführt hatte) ihre potenziellen künftigen Koalitionspartner so nachhaltig, dass schließlich eine Vierparteienkoalition unter sozialdemokratischer Führung gebildet wurde. Ministerpräsident wurde der unbelastete Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der die Nazizeit im Exil in Österreich und dann in der Schweiz verbracht hatte. Unmittelbar nach dem Krieg war er, von den Amerikanern ernannt, schon einmal Ministerpräsident gewesen.

Vor diesem Hintergrund brachte der Dachauer Landtagsabgeordnete und Landrat des Landkreises Dachau Heinrich Junker am 19.7.1955 im Landtag einen Antrag auf „Schließung des Krematoriums im Camp Dachau für den öffentlichen Besuch“ ein.

Der Antrag war angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Landtag zum Scheitern verurteilt. Vielleicht hoffte Junker, er könnte Abgeordnete aus den eher rechts der politischen Mitte angesiedelten Koalitionsparteien durch seinen Antrag zum Koalitionsbruch bewegen. Das Krematorium sei „zu schließen, damit nicht weiterhin damit Propaganda gemacht werden kann, dass hier Opfer des Nationalsozialismus vergast oder lebendig verbrannt worden seien“, so Junker.⁵ Gleichzeitig legte er einen weiteren Antrag vor: „Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht, auf dem Friedhof auf dem Leitenberg bei Dachau neben dem

fragwürdigen Mausoleum auch ein Kreuz anzubringen, das kennzeichnet, dass es sich um die Grabstätte vieler Christen handelt.“⁶ Bei dem „fragwürdigen Mausoleum“ handelte es sich um die nach dem Leitenberg-Skandal errichtete Gedenkstätte.

Sollte es Junker in erster Linie um die Öffentlichkeitswirksamkeit seiner Forderungen gegangen sein, war seine Aktion jedenfalls ein voller Erfolg. Bei jüdischen Organisationen und Überlebenden-Verbänden im In- und Ausland stieß sie auf helle Empörung. Im Londoner *Jewish Chronicle* fand seine Initiative im Jahresüberblick 1954/55 in der Rubrik „Neonazismus“ Erwähnung.⁷ Nach längerer Zeit gab es sogar Kritik aus Junkers eigener Partei, etwa von Paul Nerreter, einem vormaligen Staatsminister im bayrischen Innenministerium.

In ihrem Leitartikel vom 22.7.1955 lehnte auch die *Süddeutsche Zeitung* Junkers Initiative ab. „Es ist die Wahrheit,“ hieß es dort, „obwohl viele es uns damals nicht glauben wollten, dass das deutsche Volk 1945 in seiner Mehrheit von den Konzentrationslagern und ihren Schrecken nichts gewußt hat. Wir wußten nicht, wir ahnten nur – und in letzter Scham und Verzweiflung klammerten wir uns an die Hoffnung, das Geahnte möchte in seiner letzten Teufelei doch nicht wahr sein. Als wir dann belehrt wurden,“ habe das bei besonders empfindlichen und gewissenhaften Menschen zu einer „Verdüsterung seines Selbstbewußtseins, seines höchst persönlichen Ehrgefühls auf Jahre hinaus“ geführt. „Leidenschaftlich bestritten diese Menschen“ dennoch „die deutsche Kollektivschuld. Die Kraft dazu“ bezögen sie „aus der Überzeugung, dass in diesem einzigartigen und hochpolitischen Falle die Regel gelten müsse vergeben heißt nicht vergessen!“

Dem Festhalten an diesem Prinzip sei „der Kredit“ zu verdanken, „den unser Volk auf der Welt wieder erworben hat“. Die Deutschen müssten Wege finden, „unseren Kindern in rücksichtsloser Wahrhaftigkeit, und eben darum versöhnlich darzustellen, wie ein schlechter Mann namens Hitler das Land in Unehre und Grauen stürzte, und wie unschuldige Menschen dabei gelitten haben.“ Der Leitartikel schloss mit den Worten: „So wenig wir die Finsternis des Mittelalters aus dem Gedächtnis tilgen und so wenig Frankreich die Schreckensherrschaft der Guillotine aus seiner Geschichte streicht, so wenig haben wir das Recht, auszuradieren, was nur ein Gnadenakt der Geschichte löschen kann.“⁸ Im Klartext: man fühle sich unter zwei Voraussetzungen verpflichtet, der Opfer der Nazizeit zu

gedenken: Es müsse erstens anerkannt werden, dass alle Deutschen außer Hitler Hitlers Opfer waren, und zweitens, dass Hitlers Verbrechen der „Finsternis des Mittelalters“ und der „Schreckensherrschaft der Guillotine“ gleichzusetzen seien.

Zu Junkers prominentesten Unterstützern gehörte der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Joseph Baumgartner, der der Bayernpartei angehörte. Im Londoner *Jewish Chronicle* war am 19.8.1955 zu lesen, er habe seine Unterstützung des Schließungsantrags damit begründet, dass „das Krematorium eine unfaire Diskriminierung der Stadt und des Kreises Dachau darstelle“.⁹

Am 20.9.1955 zog Junker seinen Schließungsantrag zurück. Er begründete dies damit, dass er erst jetzt über die aus dem Kriegsgräbergesetz von 1952 erwachsenen Verpflichtungen informiert worden sei. Sollte dies wahr sein, würde es lediglich illustrieren, wie oberflächlich Junkers Befassung mit der Frage von Anfang an war. „Er bat um Nachsicht für die Einwohner der Stadt“, berichtete die Londoner *Times*. „Der Name Dachau sei in der ganzen Welt schlechtgemacht worden, sagte er, und wenn Dachauer gemeinsam mit einem Bus, auf dem der Name der Stadt stehe, ins Ausland führen, könnten sie sicher sein, dass es an dem Bus, wo immer er hielt, zu Schmierereien kommen würde.“¹⁰ Dass die Dachauer und Dachauerinnen in keiner Weise dafür verantwortlich waren, dass man im Ausland auf den Ortsnamen negativ reagierte, verstand sich für Junker von selbst. Der zweite Antrag Junkers wurde vom Ausschuss für Kulturpolitische Fragen dahingehend geändert, dass am Leitenberg nicht nur ein Kreuz, sondern auch ein Magen David installiert werden sollte. In dieser, Junkers Absichten wohl kaum entsprechenden Form wurde der Antrag dann vom Landtag angenommen.

Am Ende war Junkers Schuss nach hinten losgegangen.¹¹ Ohne seine Intervention hätten die Verantwortlichen die Entscheidung, ob und wie in Dachau eine Gedenkstätte eingerichtet werden solle, vermutlich noch jahrelang vor sich hergeschoben. Junker lenkte nicht nur auf völlig unnötige Weise die geballte Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit im In- und Ausland auf den Stand der Dinge in Dachau, er tat es noch dazu zu dem einen Zeitpunkt in der bayerischen Nachkriegsgeschichte, da die Regierung von der SPD geführt wurde. Für die ehemaligen Gefangenen des Lagers verdeutlichte Junkers Antrag, dass es höchste Zeit war, sich verbindlicher zu organisieren und an die Spitze der Bestrebungen, eine

angemessene Gedenkstätte in Dachau zu schaffen, zu stellen. Die SPD-geführte Landesregierung, die bei den meisten Wählern unbeliebte Entscheidung, eine Gedenkstätte einzurichten, vermutlich allzu gerne vermieden hätte, musste sich angesichts der Ungeheuerlichkeit von Junkers Initiative dazu verpflichten. Es dauerte zwar noch ein Jahrzehnt, bis die Gedenkstätte am 9.5.1965 tatsächlich eröffnet werden konnte, und die Organisationen der ehemaligen Gefangenen mussten in dieser Zeit fortdauernd Druck ausüben, um weitere Verzögerungen zu verhindern. Dennoch stand, als Junker seinen Antrag im September 1955 zurückzog, fest, dass es für bayerische Landesregierungen hinfest so gut wie unmöglich sein würde, die explizite Zusage, in Dachau eine Gedenkstätte zu errichten, zurückzunehmen.

Die Proteste von Angehörigen der Neuen Linken am 8.9.1968

Am 8.9.1968 wurde ein vom internationalen Lagerkomitee in Auftrag gegebenes, vor dem ehemaligen Wirtschaftsgebäude der SS errichtetes Denkmal eingeweiht. Das Lagerkomitee wurde seit Jahren von scharfen politischen Gegensätzen erschüttert, insbesondere zwischen kommunistischen ehemaligen Gefangenen einerseits und nicht- bzw. antikommunistischen Überlebenden andererseits. Bei dieser Gelegenheit bestanden die französischen und belgischen Nationalkomitees darauf, dass die Streitkräfte der Westalliierten, die Deutschland (und, im Fall der Vereinigten Staaten, das Lager) befreit hatten, bei der Einweihung vertreten sein sollten. Die USA, Belgien, Frankreich und das Vereinigte Königreich entsandten daher Ehrengarden und Militärkapellen, und amerikanische und holländische Kampfflugzeuge überflogen während der Zeremonie die Gedenkstätte.

Die Zeremonie wurde wiederholt von Aktivisten des SDS und der Sozialistischen Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die sich kurz darauf der neu-gegründeten DKP anschloss, unterbrochen. In jener den '68ern eigenen unnachahmlichen Weise hatten sie den denkbar ungeeignetsten Anlass gewählt, um eine Reihe verschiedener Klagen zu führen, was dazu führte, dass in den meisten Fällen niemand mit Sicherheit sagen konnte, gegen wen ihre Parolen sich jeweils richteten. In der Annahme, es handele sich bei ihnen um Neonazis, begannen etliche ehemalige Gefangene, die Demonstranten zu verprügeln.

Den Angaben der Demonstranten zufolge galt ihr Protest in erster Linie dem Westberliner Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz, der im Verlauf der Zeremonie in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident (als Vertreter des Bundespräsidenten) eine Ansprache hielt, und in zweiter Linie der NATO. Auf ihren Transparenten standen Parolen wie „Dachau grüßt Hitlers Nachfolger“, „Heute gedenken sie – morgen henken sie“ und „Heute Pogromhetze, morgen die Endlösung, Herr Schütz“. „Während der Gedenkminute für die Toten,“ berichtete die FAZ, „schallten Sprechchöre „Nato raus“ über den Appellplatz.“¹² Selbst wenn man die Prämisse akzeptiert, die Demonstranten hätten lediglich ihren Hass auf Schütz und die NATO nach Dachau gebracht, zeugten ihre Parolen von einer Relativierung sowohl des Nationalsozialismus im Allgemeinen als auch der Schoah im Besonderen, wie sie krasser kaum hätte sein können. Anderen Berichten zufolge beschimpften sie die militärischen Ehrengarden mit dem Ruf „Nazis raus!“ Auch die Rationalisierung, sie hätten Kritik an der NATO üben wollen, weil diese sich nicht gegen die griechische Militärdiktatur gestellt habe, kann nichts daran ändern, dass die Demonstranten nun jene, die das Lager befreit hatten, als Nazis beschimpften.

„Die Demonstranten“, berichtete Terry Coleman im *Guardian*, „brüllten während der gesamten zweistündigen Zeremonie immer wieder Parolen, die sich gegen die NATO, Apartheid und die Amerikaner in Vietnam richteten. Sie waren geistlos und durch nichts zu entschuldigen. Sie begriffen nicht, dass sie bloß die alten Gefangenen quälten und gegen die Militärkapellen nichts ausrichteten.“¹³ Im Übrigen war auch der israelische Botschafter anwesend, wie wollte man also wissen, ob die Demonstranten nicht auch in ihm einen Nachfolger Hitlers erblickten (angesichts ihrer üblichen Rhetorik sprach sogar sehr viel dafür). Gegen die Anwesenheit militärischer Formationen *nur* der ehemaligen Westalliierten hätte es ein durchaus ernstzunehmendes Argument gegeben: dass die Rote Armee nicht eingeladen worden war, eine Delegation und Ehrengarde zu entsenden. Auch gegen einige Bemerkungen, mit denen Schütz während seiner Ansprache Nazi-Deutschland und den Ostblock gleichsetzte, hätte man berechtigte Kritik erheben können. Doch all das interessierte die Demonstranten nicht.

Über den Vorfall wurde in der ausländischen Presse ausführlich und mit erheblichem Entsetzen berichtet.¹⁴ Dagegen brachte die schwer links-lastige bundesdeutsche Delegation, wiewohl ihr die Mittel der Demonstranten nicht gänzlich angemessen zu sein schienen, Verständnis für deren

Protest auf. Darin spiegelte sich der bis heute vorhandene Pazifismus vieler dem liberalen und linken Lager zuzurechnenden Deutschen wider, die sich der grundlegenden Wahrheit verweigern, dass Nazideutschland anders als mit militärischen Mitteln nie besiegt werden können.

Mehrere Journalisten, die an der Zeremonie teilgenommen hatten, berichteten, sie hätten mit ehemaligen Gefangenen gesprochen, die von der Gestaltung der Gedenkstätte enttäuscht waren. Ein ausführlicher Bericht von Christopher Warman in der Londoner *Times* trug die Überschrift „Besucher vom gesäuberten Dachau enttäuscht“. Etliche Gefangene hatten ihm erzählt, sie fänden keinen rechten Bezug zur Gedenkstätte mehr, da sie sich vom ehemaligen Lager so sehr unterscheide. Die beiden rekonstruierten Gefangenensbaracken seien „reinlich, fast klinisch“. Warman zitierte einen britischen Überlebenden namens Andrew Robertson: „Dies ist nicht das Lager, das ich kannte. Bei diesem Besuch hat es mir nicht allzu viel bedeutet.“ „So hat es keinerlei Bedeutung“, habe ein weiterer Überlebender, Bronislav Kowalczyk, gesagt. „Das Meiste ist beseitigt worden.“¹⁵

Die Einweihung des internationalen Denkmals im September 1968 gilt allgemein als Höhepunkt jener Phase, in der die Bewahrung und Gestaltung des Gedenkorts in erheblichem Maße den ehemaligen Gefangenen und ihren Organisationen oblag. Allerdings markierte sie auch deren Endpunkt.

Neue Impulse

Die 1970er Jahre waren eine Zeit neuer Impulse. Diese gingen oft von Basisinitiativen aus, die sich der Geschichte des Nationalsozialismus an ihren Wohnorten, bislang vernachlässigten Opfergruppen und sogenannten ‚vergessenen‘ Lagern in ihrer Region zuwandten. Die größeren, allgemein einigermaßen bekannten Lager allein betrieben in Deutschland mehr als 500 Nebenlager und in Europa gab es in den von den Nazis kontrollierten Gebieten, Zwangsarbeits-, Kriegsgefangenen- und Umerziehungslager eingeschlossen, mehr als 40 000 Lager. Der in der Nähe von Landsberg gelegene Lagerkomplex Kaufering, der von Dachau betrieben wurde, fiel in diese Kategorie der ‚vergessenen‘ Lager. Deutschlands Arbeitskräftemangel wurde 1944 so akut, dass das Regime notgedrungen die Rückführung von körperlich ausreichend belastbaren Juden aus Auschwitz und einigen osteuropäischen Ghettos als Sklavenarbeiter in der

Rüstungsindustrie in das einst für „judenrein“ erklärte Vaterland gestattete. In diesem Zusammenhang wurden insgesamt rund 23000 Juden in die elf Lager gebracht, die zum Lagerkomplex Kaufering gehörten. Von zehn dieser Lager wurden inzwischen sämtliche Spuren beseitigt. Auch von dem elften ist außer den Massengräbern nicht viel übriggeblieben.

Dass es vom Lager Kaufering VII noch sichtbare Spuren gibt, ist auf eine von der bayerischen Staatsregierung widerwillig und spärlich bezuschusste Privatinitiative zurückzuführen. Der Gedenkort kann zwar besichtigt werden und es werden auch Führungen angeboten, doch gibt es bis heute, allen Anstrengungen zum Trotz, keine angemessen ausgestattete Gedenkstätte Kaufering VII. Ähnlich erging es zunächst dem ehemaligen Schießplatz der SS in Hebertshausen, auf dem die SS zwischen Oktober 1941 und dem Sommer 1942 mehr als 4000 sowjetische Kriegsgefangene, viele von ihnen Juden, ermordete. Zwar weihte das Komitee der ehemaligen Gefangenen dort 1964 ein Denkmal ein, doch wurde der ehemalige Schießplatz jahrelang vernachlässigt und verfiel zunehmend. Auch hier ist es der Beharrlichkeit verschiedener Basisorganisationen und Opferverbände zu verdanken, dass der Schießplatz 2014 schließlich als Gedenkort gestaltet und Teil der Gedenkstätte in Dachau wurde.

Der Genozid an den europäischen Juden fing wie erwähnt erst in den frühen 1980er Jahren an, in der deutschen Gedenkkultur eine prominente Rolle zu spielen. Das galt auch für die Lager-Gedenkstätten. Dass zwar viele Juden in den Lagern innerhalb Deutschlands ermordet wurden oder infolge der grauenhaften Zustände umkamen, sich jedoch keines der Todeslager in Deutschland befand, mag zur Langlebigkeit dieser Ausblendung beigetragen haben. In dem Maße, in dem sich die Einsicht allgemein durchsetzte, dass der Antisemitismus der Kern des Nationalsozialismus war, konnten auch die Lager-Gedenkstätten sie nicht länger ignorieren.

In der oberen Reihe (von links ▶ nach rechts): Pepi Schopper, Brala Ernst und Wallani Georg.

In der unteren Reihe: Romani Rose und Jakob Bamberger.

Foto: Zentralrat der deutschen Sinti und Roma.

Der Hungerstreik deutscher Sinti (1980)

Am 4.4.1980, begannen zwölf Sinti, von denen vier Überlebende deutscher Lager waren, in der auf dem Gelände des ehemaligen Lagers errichteten evangelischen Versöhnungskirche einen unbefristeten Hungerstreik. Sie verlangten, dass der versuchte Genozid an den Sinti und Roma als solcher anerkannt werden solle, und protestierten gegen die noch immer diskriminierende, teilweise auf Akten aus der Nazizeit zurückgreifende Behandlung, der sie seitens der bayerischen Behörden ausgesetzt waren. Die Protestaktion fand national und international erhebliche Beachtung. Die Hungerstreikenden forderten zudem die Errichtung eines Kulturzentrums in Dachau. Diese Forderung wies der Stadtrat umgehend zurück. Schließlich sei die bestehende Lager-Gedenkstätte schon Last genug. So bedrängt fühlte sich die Kommune, dass Bürgermeister Lorenz Reitmeier sich, um die Ablehnung zu begründen, zu der Bemerkung hinreißen ließ, „die Dachauer Bürger“ würden „als kleine diskriminierte Minderheit ... das bedauernswerte Schicksal der Zigeuner“ teilen.¹⁶ Nachdem die Staatsregierung einige Zugeständnisse gemacht und die Opposition versichert hatte, sie werde sich für verschiedene Anliegen einsetzen, bei denen die Staatsregierung sich stur stellte, folgerten die Hungerstreikenden, dass sie alles erreicht hatten, worauf sie realistischerweise hoffen konnten, und brachen den Hungerstreik am 11.4. ab.



Der Lange Kampf um das Jugendgästehaus

Im Jahr 1982 bildete sich eine von ehemaligen hochrangigen Politikern protegierte Gruppe, die sich für die Einrichtung einer internationalen Begegnungsstätte einsetzte.

Dort sollten junge Besucher der Gedenkstätte unterkommen und sich mit der Geschichte des Lagers vertraut machen können. Dieses Vorhaben stieß auf massiven Widerstand. Bayern hatte sich bereits als einziges Bundesland geweigert, sich an den Kosten der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz zu beteiligen,¹⁷ und die CSU wollte eine solche „Vergangenheitsbewältigungsstätte“ schon gar nicht vor der eigenen Haustür dulden. Die „Aufarbeitung der deutschen Geschichte in den Jahren zwischen 1933 und 1945“ sei schließlich „eine nationale Aufgabe“, so die örtliche CSU, „deren Bewältigung in geistiger, psychischer und organisatorischer Hinsicht nicht allein einer Stadt wie Dachau aufgebürdet werden“ könne. Das „moralische Recht auf Widerstand“ gegen die geplante Jugendbegegnungsstätte, verlautbarte der Dachauer CSU-Vorsitzende Georg Engelhard, „leiten wir ab von dem Widerstandsrecht unserer Eltern, die Häftlingen geholfen haben“. Es sei ein Skandal, dass dieser Widerstand von der Gedenkstätte nicht gewürdigt werde. „Bis zum letzten Blutstropfen“, so der CSU-Fraktionsvorsitzende im Dachauer Stadtrat Manfred Probst, werde man das Vorhaben bekämpfen.¹⁸ Am Ende konnten sich die Befürworter der Jugendbegegnungsstätte dennoch gegen den Widerstand der Dachauer durchsetzen. Im Jahr 1995, also 30 Jahre nach ihrer Einweihung, besuchte Edmund Stoiber anlässlich des 50. Jahrestags seiner Befreiung als erster bayerischer Ministerpräsident das ehemalige Lager, und am 4.5.1998 konnte auch die Jugendbegegnungsstätte offiziell eröffnet werden.

Gravierende Vorfälle seit 2000

Die Lager-Gedenkstätten sind seit jeher antisemitischen Schändungen und Angriffen ausgesetzt gewesen. In diesem Abschnitt beziehen wir uns lediglich auf eine kleine Auswahl solcher Vorfälle seit der Jahrtausendwende.

Am Morgen des 16.9.2001, nur wenige Tage nach dem verheerenden Terroranschlag vom 9. September, entdeckten Mitarbeiter der Gedenkstätte,

dass die beiden rekonstruierten Baracken in erheblichem Umfang mit antisemitischen und antiamerikanischen Parolen beschmiert worden waren. Diese lauteten unter anderem: „Die Amis wollten wie Hitler die Welt beherrschen“, „Die USA die Bomben + Gas + Abfackelmeister von Vietnam sind verlogene ölgierige Judenwichser“, „Deutsche Politiker sind Juden + Amilakaien“, „Die Juden wollen im 3. Weltkrieg ausgerottet werden“ und – vermutlich als Anspielung auf den Verschwörungsmythos, „die Juden‘ bzw. der Mossad seien für den Terroranschlag verantwortlich – „Der Jud ist verantwortlich für die Moslemterroristenanschläge in den USA“. Zudem wurden zwei Vorstandsmitglieder des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch und Michel Friedman, namentlich genannt und diffamiert.

Der *Süddeutschen Zeitung* zufolge erklärte ein Sprecher der Polizeidirektion Fürstenfeldbruck am folgenden Tag, „es gebe noch keine Spur. ,Wir wissen nicht, aus welcher Ecke das Ganze kommt.“¹⁹ Dagegen berichtete die *Frankfurter Rundschau*, der bayerische Innenminister Günther Beckstein gehe von einem „rechtsextremistischen Hintergrund“ aus.²⁰ Wie Beckstein dies angesichts der Beschimpfung Hitlers in einem Atemzug mit „den Amis“ gefolgert haben wollte, bleibt ein Rätsel. Diese besonders unplausible Einordnung – noch dazu seitens eines dem rechten Parteirand zuzurechnenden CSU-Politikers, für den es politisch viel nützlicher gewesen wäre, linke Antisemiten ins Visier zu nehmen – spiegelt eine bis vor kurzem bestehende Praxis der Polizei und Strafverfolgungsbehörden wider, antisemitische Vorfälle automatisch als rechtsextrem einzuordnen, selbst wenn gar keine konkreten Hinweise auf einen derartigen Hintergrund vorliegen. Die für die Schmierereien an den Baracken verantwortlichen Täter wurden nie identifiziert.

Am Morgen des 2.11.2014 entdeckten Mitarbeiter der Gedenkstätte, dass das schmiedeeiserne Tor zum ehemaligen Lager mit der berüchtigten Inschrift „Arbeit macht frei“ gestohlen worden war. Gut zwei Jahre später wurde es im norwegischen Bergen aufgefunden.

Am 4.2.2019 erschien der rechtsextreme Vlogger und selbsternannte „Volkslehrer“ Nikolai Nerling, der seitdem wegen Volkverhetzung und Holocaustleugnung rechtskräftig verurteilt wurde, in der Gedenkstätte, um Aufnahmen für ein Propagandavideo gegen den deutschen „Schuldkult“ zu machen. „Ich fühle mich nicht schuldig“, erklärte er in dem Video. „Geht zu Gedenksteinen, geht zu Lagern und sagt, dass ihr euch nicht

schuldig fühlt. Für ein freies Deutschland und gegen den Schuldgeist.“ Er forderte eine die Gedenkstätte besuchende Schulklasse auf, dem, was man ihnen bei der Führung erzähle, nicht zu glauben. Der Rede vom „Schuldgeist“, der den Deutschen von ausländischen Mächten aufgezwungen werde, um sie zu demütigen, zu unterdrücken und auszubeuten, sind wir in dieser Publikation schon mehrmals begegnet. Glaubt man an die Existenz dieses Kults, bieten sich Lager-Gedenkstätten als Angriffspunkte selbstredend in besonderer Weise an.

Während der Corona-Pandemie war die Gedenkstätte mehrfach mit aufgebrachten Impfgegnern und Querdenkern konfrontiert. Zahlreiche Besucher und Besucherinnen hielten es für angebracht, in der Gedenkstätte die zur Eingrenzung der Pandemie eingeführten Maßnahmen mit den Verbrechen der Nazizeit gleichzusetzen und sich selbst mit den Opfern jener Verbrechen.

Versuche, die Verbrechen der Nazis mit dem in der DDR geschehenen Unrecht gleichzusetzen

Mit subtileren Angriffen auf ihren Status sind Lager-Gedenkstätten wie Dachau auch aus dem Spektrum der demokratischen Parteien konfrontiert. In diese Kategorie fiel beispielsweise das 2004 von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte „Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“. Es spiegelte eine im wiedervereinigten Deutschland weit verbreitete Tendenz wider, Nazideutschland und die DDR gleichzusetzen. Als die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr Konzept vorlegte, war es bereits infolge des neuen sächsischen Gedenkstättengesetzes, das die Verbrechen der Nazizeit und das in der SBZ/DDR begangene Unrecht gleichsetzte, zu heftigem Streit gekommen. Anfang 2004 hatten der Zentralrat der Juden, der Zentralrat deutscher Sinti und Roma und die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz sich daraufhin aus dem Stiftungsrat der sächsischen Gedenkstättenstiftung zurückgezogen. Erst 2010 trat der Zentralrat der Juden dem Stiftungsrat wieder bei, nachdem ihm eine Änderung des Gedenkstättengesetzes noch vor den nächsten Landtagswahlen zugesichert worden war.

Das Gesetz wurde 2012 tatsächlich revidiert. Ihm wurde eine Präambel vorangestellt, in der es unter anderem hieß: „Die vom Freistaat Sachsen errichtete Stiftung arbeitet die Wesensmerkmale und grundlegenden Unterschiede zwischen der Diktatur des Nationalsozialismus und der kommunistischen Diktatur heraus und vermittelt das Wissen um die Singularität des Holocaust. Sie relativiert nicht die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus mit Verweis auf die Verbrechen des Kommunismus.“ Allerdings verdrehte die Präambel die Absichtserklärung dann prompt wieder im Sinne einer falsch verstandenen Ausgewogenheit und fügte hinzu: „Ebenso bagatellisiert sie nicht die Verbrechen der kommunistischen Diktatur mit Verweis auf diejenigen des Nationalsozialismus.“²¹

Von der sächsischen Kontroverse war die Gedenkstätte in Dachau zwar nicht direkt betroffen, doch wird auch sie immer wieder mit Bestrebungen konfrontiert, Nazideutschland und die DDR gleichzusetzen. Wie Salomon Korn 2007 in einem Interview erklärte, ist diese Gleichsetzung schlicht falsch: „Wenn man vergleicht, was von Hitlerdeutschland und was von der DDR ausging, dann stellt man einerseits ein nie da gewesenes Inferno und andererseits ein großes Unrecht fest, aber eines ohne Vernichtungswillen gegenüber bestimmten Minderheiten oder anderen Völkern.“ Es kommt hinzu, dass die Sowjets die Diktatur in der SBZ/DDR gegen den Willen weiter Teile der dortigen Bevölkerung durchsetzten. „Aus dieser Sicht“ liege dann „das Böse nicht so sehr in der deutschen Geschichte, sondern in der kommunistischen, der sowjetischen, dann sind die Deutschen keine Aggressoren, sondern Opfer. Und im Schatten der SED-Diktatur lassen sich auch ehemalige Nazis rehabilitieren, wenn sie gegen das SED-Regime waren und nun als Opfer des Stalinismus gelten können.“²²

Ausblick

Wie andere Lager-Gedenkstätten auch, sieht die Gedenkstätte in Dachau sich in ihrem Bestreben, Gedenken und Bildung zu integrieren, einer Reihe nicht zu unterschätzender Herausforderungen gegenüber. Dazu zählen die bereits erwähnte Zweiteilung der europäischen Gedenkkultur; die Tatsache, dass es bald keine Zeitzeugen mehr geben wird; die Frage, wie die Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund zur deutschen Gedenkkultur ins Verhältnis gesetzt werden können; die von beiden Enden des politischen Spektrums ausgehenden immer penetranter vorgetragenen Relativierungen der Schoah und immer aggressivere antisemitische Propaganda, die seit dem 7. Oktober 2023 zu einem wahrhaften Tsunami angeschwollenen ist – und dies alles, während immer häufiger behauptet wird, die Verbrechen der Nazizeit hätten ohnehin schon allzu viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen.



- 1 Siehe William W. Quinn u. a.: SS Dachau, Mai 1945, S. 22–25, <https://archive.org/details/dachau00unse>.
- 2 Alfred Werner: Return to Dachau. In: Commentary, December 1951, <https://www.commentary.org/articles/alfred-werner/return-to-dachaunot-all-the-perfumes-of-arabia/>.
- 3 Joachim Steinmayr: Wenn das Grauen zur Sehenswürdigkeit wird ... Sieben Jahre nach der Befreiung ist das KZ Dachau ein düsterer Anziehungspunkt für Fremdenverkehr. In: Süddeutsche Zeitung, 12./13.1.1952.
- 4 Dachau Exhibition Banned. In: Jewish Chronicle, 5.6.1953.
- 5 Bayerischer Landtag, 3. Legislaturperiode, Beilage 640, <https://www.bayern.landtag.de/webangebot3/views/vorgangsanzeige/vorgangsanzeige.xhtml?gegenstandid=6529>. Die Lagerverwaltung schickte die Gefangenen, die bei der 'Selektion' durchfielen, zur Ermordung durch Gas in die in der Nähe von Linz gelegene 'Euthanasie'-Anstalt in Hartheim. Daher fanden in Dachau keine systematischen Vergasungen statt. Ein Überlebender sagte im Rahmen des Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunals aus, eine kleine Anzahl Gefangener sei bei Vergasungsexperimenten in der Dachauer Gaskammer ermordet worden. Seit 1945 haben Holocaust-Leugner sich immer wieder auf Dachau berufen, um den vermeintlichen Nachweis zu führen, dass das bloße Vorhandensein von Gaskammern in Lagern noch gar nichts beweise, und zu behaupten, antideutsche Kräfte würden systematisch die Lüge verbreiten, es habe in Dachau Vergasungen gegeben. Mitunter ist sogar behauptet worden, die Krematorien seien überhaupt erst von den amerikanischen Besatzern errichtet worden. Dass die Aussage des betreffenden Überlebenden über experimentelle Vergasungen in der Fachliteratur mit allergrößter Vorsicht behandelt und letztlich nicht ernstgenommen wird, zeugt von dem Maß, in dem diese Kampagnen der Leugner nachwirken – und davon, mit wem Junker sich mit seiner Initiative bedenkenlos gemein mache.
- 6 Bayerischer Landtag, 3. Legislaturperiode, Beilage 641, <https://www.bayern.landtag.de/webangebot3/views/vorgangsanzeige/vorgangsanzeige.xhtml?gegenstandid=6531>.
- 7 Review of the Year. In: Jewish Chronicle, 16.9.1955.
- 8 Das Steiflicht. In: Süddeutsche Zeitung, 22.7.1955.
- 9 Closing of Dachau Urged. In: Jewish Chronicle, 19.8.1955.
- 10 Dachau Crematorium to Stay Open. Proposal to Close Memorial Resisted. In: The Times, 22.9.1955.
- 11 Junkers Karriere erlitt durch die Affaire keinen Schaden. Als die CSU 1957 wieder die Führung der Staatsregierung übernahm, wurde er erst Staatssekretär im Innenministerium und 1962 Innenminister, um dann 1966 auf einen lukrativen Posten im halbstaatlichen Bayerischen Bankensektor zu wechseln.
- 12 Enthüllung des KZ-Mahnalls von Demonstranten gestört. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.9.1968, S. 7.
- 13 Terry Coleman: Young Show Emotions at Dachau. In: The Guardian, 9.9.1968.
- 14 Siehe (alle vom 9.9.1968): Leftists Disturb Ceremony at Dachau Memorial. In: Jerusalem Post; 50 Leftists Interrupt Ceremonies at Dachau. In: New York Times; Youths Disrupt Rite at Dachau. In: The Washington Post; Ex-Prisoners of Dachau Clash With Students. In: The Daily Telegraph; Leftist Protests Disrupt Rites At Site of Dachau Death Camp. In: International Herald Tribune; Leftists Cry Slogans at Dachau Memorial. In: The Globe and Mail; Students Invade Dachau Ceremony. In: The Guardian; Dachau Victims Battle with Students. In: Daily Mail; Riot at Nazi Victims' Shrine. In: Daily Mirror.
- 15 Christopher Warman: Cleaned-Up Dachau Disappoints Visitors. In: The Times, 9.9.1968.
- 16 Hans Holzhaider: KZ-Gedenkstätte Dachau: Verweigerung und Vernunft. In: Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010, <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/kz-gedenkstaette-dachau-verweigerung-und-verunft-1.451339>.
- 17 Grüner Spendenaufrruf für Auschwitz. In: taz, 13.12.1986, <https://taz.de/!1873458/>.
- 18 Walter Gierlich: Jugendbegegnungsstätte am Konzentrationslager: „Wir werden uns mit aller Kraft wehren“. In: Die Zeit, 15.5.1987, <https://www.zeit.de/1987/21/wir-werden-uns-mit-aller-kraft-wehren/komplettansicht>; Letzter Blutstropfen. In: Der Spiegel, 23.7.1989, <https://www.spiegel.de/politik/letzter-blutstropfen-a-ff4cf92e-0002-0001-0000-000013495259>.
- 19 Felicitas Amler: „Ein Schandfleck“ in Dachau. Empörung über Schändung der KZ-Gedenkstätte. In: Süddeutsche Zeitung, 18.9.2001.
- 20 KZ-Gedenkstätte Dachau. Ermittler gehen von rechtsextremem Motiv aus. In: Frankfurt Rundschau, 18.9.2001.
- 21 Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes vom 16. November 2012, <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/12624-Aend-SaechsGedenkStG#a1>.
- 22 Evelyn Finger: Diktaturenvergleich jetzt! Neuer Streit um die Gedenkpolitik: Was unterscheidet NS-Verbrechen von DDR-Unrecht? Ein Interview mit Salomon Korn. In: Die Zeit, 19.11.2007, <https://www.zeit.de/2007/47/Gedenkstaetten>.

Begrifflicher Rahmen und Kategorien

RIAS Bayern verifiziert antisemitische Vorfälle im Austausch mit den Meldenden und erfasst sie danach systematisch. Dieses Verfahren ermöglicht es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Bayern zu treffen. Im Folgenden werden die Definitionen und Kriterien vorgestellt, auf denen die Analysen beruhen. RIAS Bayern berücksichtigt dabei neben antisemitischen Straftaten auch antisemitische Vorfälle, die keinen justizialen Tatbestand erfüllen.

Als inhaltlicher Referenzrahmen zur Bewertung antisemitischer Vorfälle dient die unter anderem von der Bundesregierung empfohlene „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde in einer von RIAS Berlin und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin dem deutschsprachigen Kontext geringfügig angepassten Fassung von RIAS Bayern übernommen. RIAS Bayern orientiert sich zudem an der 2013 von der IHRA verabschiedeten „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“. Bei der Unterscheidung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und nicht-antisemitischer Kritik an der Politik israelischer Regierungen wird außerdem die von Natan Sharansky vorgeschlagene Trias von Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards (der sogenannte 3-D-Test) zugrunde gelegt. Die Bedeutung der von RIAS Bayern

verwendeten Begriffe und Kategorien ist nicht notwendigerweise deckungsgleich mit der Bedeutung der Begriffe und Kategorien, die etwa bei Sicherheitsbehörden Anwendung finden.

Antisemitische Vorfälle werden von RIAS Bayern in verschiedenen Kategorien erfasst. Bei der Weiterentwicklung und Anwendung dieser Kategorien sowie beim Austausch über Auswertungsmethoden steht RIAS Bayern im regelmäßigen Austausch mit dem Bundesverband RIAS e.V. Die im Folgenden beschriebenen, von RIAS Bayern genutzten Kategorien zur systematischen Erfassung antisemitischer Vorfälle wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und von RIAS Berlin dem deutschen Kontext angepasst.

Art des Vorfalls

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Schoah-Gedenkorten, also Gedenkstätten,

Gedenktafeln, Stolpersteine, Geschäftsstellen entsprechender Organisationen sowie sonstiger Erinnerungszeichen für die Opfer der Schoah. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalthandlungen. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für online getätigte antisemitische Äußerungen, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten werden auch antisemitische Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums gewertet. In der Kategorie **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische (Online-)Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten.

Zur Tätigkeit von RIAS Bayern gehört auch das proaktive Monitoring von Versammlungen mit bekannter bzw. zu vermutender antisemitischer Ausrichtung durch Vor-Ort-Beobachtungen und Analyse der relevanten Hintergründe und Berichterstattung. Werden bei Reden, Parolen, mitgeführten Transparenten oder in der Ankündigung anhand der beschriebenen Kriterien antisemitische Inhalte festgestellt, wird die Versammlung als ein Fall von verletzendem Verhalten gewertet.

Erscheinungsformen

Inhaltlich unterscheidet RIAS Bayern bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Im antisemitischen **Othering** werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht-dazugehörig beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden.

Religiös begründete Stereotype sind Teil des **antijudaistischen Antisemitismus**, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen und Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich.

Wird Jüdinnen und Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet.

Der **Post-Schoah-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung daran abgelehnt wird.

Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Bayern klassifiziert den politischen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt sich jedoch auf der Grundlage der Informationen, die dem Projekt vorliegen, dieser politische Hintergrund nicht eindeutig bestimmen. Grundsätzlich unterscheidet RIAS Bayern zwischen folgenden sieben politischen Spektren:

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem entsprechenden Spektrum verbunden sind. Rechtsextremismus wird als Sammelbegriff verwendet für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Verbindendes Element des Rechtsextremismus sind Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, das Streben nach ethnischer Homogenität von Völkern und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Rechtspopulismus wird hingegen als Sammelbegriff für eine abgemilderte und modernisierte Variante des Rechtsextremismus verstanden. Während der traditionelle Rechtsextremismus die Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, insbesondere Rassismus und Antisemitismus, vorwiegend biologisch begründet, bedient sich der Rechtspopulismus vor

allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus verfolgt nicht die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, wie der Rechtsextremismus, sondern ihre autoritäre Umformung und Aushöhlung. Rechtspopulismus wird des Weiteren als eine bestimmte Form politischer Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf die scharfe Abgrenzung von und Entgegensezung zu bestimmten politischen Eliten abzielt und sich zumindest nach außen hin von rechtsextremen Positionen und Akteur:innen abgrenzt. Bei antisemitischen Vorfällen sind die Unterschiede zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf der Akteur:innenebene, aber insbesondere bei den verwendeten antisemitischen Stereotypen zunehmend schwer auszumachen. Sie werden deshalb unter der gemeinsamen Kategorie rechtsextrem/rechtspopulistisch gezählt. Diese Kategorie umfasst auch Akteur:innen, die sich im oben beschriebenen Sinne nicht auf ein ethnisch-national gedachtes deutsches, sondern auf z. B. ein polnisches, ukrainisches oder türkisches Kollektiv beziehen.

Als **links/antiimperialistisch** wird ein Vorfall klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte

oder Symboliken, darunter auch fundamentalistische, verbunden sind, und bei denen kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, darunter auch islamistische, verbunden sind und bei denen kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert.

Einem **verschwörungsideologischen Milieu** werden Gruppen oder Personen zugerechnet, bei denen die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können im herkömmlichen politischen Spektrum mitunter nicht eindeutig verortet werden.

Auch für das Milieu des **israelfeindlichen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum israelfeindlichen Aktivismus zählt RIAS Bayern beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist:innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die im Sinne der RIAS-Kategorien weltanschaulich

nicht als rechtsextrem/rechtspopulistisch, links-antiimperialistisch oder religiös-fundamentalistisch verortet werden können und deren Akteure für sich beanspruchen, eine demokratische Position einzunehmen.

Report Antisemitism!

Contact us if you are **affected**
by **antisemitism** or are a **witness**
to **antisemitic incidents**!

Our service is **confidential**,
anonymizing, and we stand
unequivocally **at the side**
of those affected.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы
столкнулись с **антисемитизмом**
или являетесь **свидетелем**
антисемитских инцидентов!

Наша работа **конфиденциальна**,
анонимна и мы на
стороне **потерпевших**.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns,
wenn Sie von **Antisemitismus**
betroffen oder **Zeuge** von
antisemitischen Vorfällen sind!

Wir arbeiten **vertraulich**,
anonymisierend und **parteilich**.



tel. 089 1 22 23 40 60
rias-bayern.de
info@rias-bayern.de

RIAS Bayern befindet sich
in der Trägerschaft des

VEREIN FÜR AUFKLÄRUNG
UND DEMOKRATIE E.V. 

gefördert vom



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Die Veröffentlichungen
stellen keine
Meinungsäußerung
des StMAS dar. Für
inhaltliche Aussagen
tragen die Autor:innen die
Verantwortung.

RIAS Bayern

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern

unsere Angebote

Vertrauliche Annahme von Meldungen
antisemitischer Vorfälle

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenenberatung)

Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation
der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen,
Gruppen und Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **www.rias-bayern.de** oder die Telefonnummer 089 122 23 40 60 mitteilen.